



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll
der 48. Sitzung
- Endgültige Fassung -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 20. Mai 2015, 16.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus (PLH), Saal 2.700
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt

<i>Zeugenvernehmung</i>	<i>Seite</i>
- Herr W. O., BND, Sachbearbeiter	4
- Herr W. K., BND, Unterabteilungsleiter T1 (Beweisbeschlüsse Z-52 und Z-72)	74
- Herr D. B., BND, Unterabteilungsleiter T2 (Beweisbeschluss Z-86)	120



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Lindholz, Andrea Schipanski, Tankred Sensburg, Prof. Dr. Patrick Warken, Nina	Marschall, Matern von Wendt, Marian
SPD	Flisek, Christian Mittag, Susanne	Zimmermann, Dr. Jens
DIE LINKE.	Renner, Martina	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Notz, Dr. Konstantin von	Ströbele, Hans-Christian

Fraktionsmitarbeiter

CDU/CSU	Bredow, Lippold von Feser, Dr. Andreas Fischer, Sebastian Wodrich, Anja
SPD	Ahlefeldt, Johannes Dähne, Dr. Harald Etzkorn, Irene Hanke, Christian Diego Heyer, Christian
DIE LINKE.	Halbroth, Anneke Martin, Stephan Scheele, Dr. Jürgen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kant, Martina Pohl, Jörn



Nur zur dienstlichen Verwendung

Teilnehmer Bundesregierung	
Bundeskanzleramt	Bernard, Jan Heinemann, Martin Pabst, Daniel Wolff, Philipp Zygojannis, Dr. Philipp
Auswärtiges Amt	Berkemeier, Gunnar Lehmann, Uta
Bundesministerium des Innern	Akmann, Torsten Darge, Dr. Tobias Jacobi, Stephan Weiss, Jochen
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	Grätsch, Gabriele
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	Linden, Stephan
Bundesministerium für Verteidigung	Theis, Björn Henschen, Elmar Voigt, Björn
Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Kremer, Dr. Bernd

Teilnehmer Bundesrat	
LV Bayern	Luderschmid, Florian
LV Hessen	Steinbach, Arvid



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 16.46 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die 48. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode.

Ich stelle fest: Die Öffentlichkeit ist hergestellt. Sollte es aus Platzmangel irgendwie nicht klappen, geben Sie uns ein Zeichen. Das, was wir an Plätzen ermöglichen können, sehen Sie; das machen wir auch. Aber aufgrund der Sondersitzung war kein anderer Saal im Deutschen Bundestag frei, sodass wir in diesen Ausschussraum gehen müssen. Von daher hoffe ich, dass doch alle irgendwie Platz finden, die dem Ausschuss beiwohnen wollen.

Ich begrüße die Vertreter der Öffentlichkeit und der Presse an dieser Stelle sehr herzlich.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir, wie in jeder Sitzung, einige Vorbemerkungen.

Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme grundsätzlich nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe den **einzigen Punkt der Tagesordnung** auf:

Zeugenvernehmung

- W. O., BND, Sachbearbeiter
- W. K., BND, Unterabteilungsleiter T1 (Beweisbeschlüsse Z-52 und Z-72)
- D. B., BND, Unterabteilungsleiter T2 (Beweisbeschluss Z-86)

Der Beweisbeschluss Z-52 stammt vom 09.10.2015, der Beweisbeschluss Z-72 vom 18.12.2014 und der Beweisbeschluss Z-86 vom 23.04.2015. Es wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag - Bundestagsdrucksache

18/843 - durch Vernehmung der Zeugen W. O., W. K. und D. B.

Wenn sich hiergegen kein Widerspruch erhebt, stelle ich fest, dass diese Zeugen damit heute insgesamt ordnungsgemäß terminiert sind.

Für den Zeugen W. O. hat der Ausschuss noch keinen Beweisbeschluss gefasst. Daher schlage ich vor, zu beschließen: Es wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag Bundestagsdrucksache 18/843 durch Vernehmung von Herrn W. O. als Zeugen. Wer dafür ist, so zu beschließen, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Ich sehe keine. Enthaltungen? - Sehe ich auch nicht. Damit ist das so beschlossen.

Das ist ungewöhnlich, dass wir das in der Zeugenvernehmungssitzung machen; aber das musste noch gemacht werden. Sie jetzt erst herauszuschicken und wieder hineinzubitten, haben die Obleute für nicht effektiv gehalten; deswegen haben Sie das jetzt miterleben können.

Zunächst werden die Zeugen W. O. und W. K. hintereinander öffentlich vernommen. Im Anschluss findet die nichtöffentliche Vernehmung statt. Herr D. B. wurde bereits in der letzten Sitzung öffentlich vernommen. Heute wird er nur noch nichtöffentlich gehört.

Vernehmung des Zeugen W. O.

Als Erstes begrüßen darf ich unseren Zeugen Herrn W. O. Wenn Sie bitte vorne Platz nehmen möchten. - Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich bin davon ausgegangen, dass wir D. B. auch erst öffentlich vernehmen.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN): Ja!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: War eigentlich bisher nicht so verabredet, ist aber machbar.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist gut.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre super!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn das Konsens ist hier. - Ich sehe ein Nicken. - Dann kommen wir zu unserem Zeugen W. O.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung so kurzfristig gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundstagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen an dem Protokoll vorzunehmen, falls etwas nicht so übertragen worden ist, wie Sie es gesagt haben. - Haben Sie hierzu noch Fragen?

Zeuge W. O.: Nein

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. - Ich stelle fest, dass Sie von einem Rechtsbeistand begleitet werden. Der Rechtsbeistand ist uns bekannt; trotzdem möchte ich Sie noch einmal bitten, sich vorzustellen.

RA Johannes Eisenberg: Rechtsanwalt Eisenberg aus Berlin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. Seien Sie begrüßt.

Herr W. O., vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig

und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch gegebenenfalls Disziplinarverfahren. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein. Okay, alles klar. - Sie sehen das: Wenn das Lämpchen oben am Mikrofon leuchtet, dann ist es an.

Zeuge W. O.: Ah ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt ist es an. - Aber es bleibt beim Nein, richtig?

Zeuge W. O.: Nein, ist so gut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Alles klar. Das gibt sich mit der Zeit; keine Sorge.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss die Frage zurückstellen kann und sie dann gegebenenfalls in einer nichtöffentlichen Vernehmung oder in einer eingestuften Vernehmung erneut stellen kann. - Gibt es hierzu Fragen?

Zeuge W. O.: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie gemäß § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, also ohne durch Fragen unterbrochen zu werden. Danach würde zunächst ich Sie befragen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für Nachfragen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, immer eine Fraktion nach der anderen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Ich darf Sie bitten, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen, wobei die Angabe der Initialen und Ihres Dienstsitzes bei Ihnen ausreicht.

Zeuge W. O.: Name: W. O., Dienstsitz: Bad Aibling.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Zunächst möchte ich Ihnen - ich hatte es ja gerade schon angekündigt -, wenn Sie dies wünschen, entsprechend § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit geben, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Möchten Sie dies?

Zeuge W. O.: Nein, ich möchte mich nicht äußern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann hätte ich einige Fragen an Sie. - Wenn Sie mir ganz kurz ein bisschen Ihren beruflichen Hintergrund schildern können: Was haben Sie für eine Ausbildung? Was haben Sie studiert gegebenenfalls? Wie ist Ihr Werdegang gewesen?

Zeuge W. O.: Ich habe mittlere Reife abgeschlossen und dann sofort beim - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich darf Sie bitten, möglichst nah ans Mikro zu gehen. Das erleichtert uns das Hören, insbesondere auch den Stenografen eine Aufzeichnung.

Zeuge W. O.: Ich habe die mittlere Reife abgeschlossen und bin dann 1983 in den Bundesnachrichtendienst eingetreten. Habe dort eine funktechnische Ausbildung gemacht und habe dann verschiedene Verwendungen innerhalb der Technischen Aufklärung durchlaufen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie diese Verwendungen mal etwas darlegen? Was haben Sie nach 93 - die Ausbildung - da gemacht? - Ich frage mal vorher: Waren Sie bei der Bundeswehr vorher?

Zeuge W. O.: 1983.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: 1983. - Haben Sie vorher Wehrdienst geleistet?

Zeuge W. O.: Nein, den habe ich dazwischen geleistet. - Ich habe beim Bundesnachrichtendienst angefangen. Habe von 1985/1986 meinen Wehrdienst absolviert. War dann in einer Außenstelle des Bundesnachrichtendienstes, mit Unterbrechung eben des Wehrdienstes. Bin dann 1989 in die Zentrale gewechselt nach Pullach.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber Sie sind nicht Zeitsoldat gewesen. Das war wirklich nur Wehrdienst?

Zeuge W. O.: Nein, nur der Wehrdienst.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge W. O.: Bin dann in die Zentrale gewechselt nach Pullach. Habe dort verschiedene Tätigkeiten ausgeführt und bin 2005 dann nach Bad Aibling auf meinen jetzigen Dienstposten gewechselt, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge W. O.: - wo ich mit Selektorenprüfung eben befasst bin.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also, das Thema Selektorenprüfung haben Sie genau seit welchem Zeitraum in Ihrem Bereich?

Zeuge W. O.: Seit 2005, August 2005.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: 2005. - Bis heute?

Zeuge W. O.: Bis heute, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist ja schön. - Wenn Sie vielleicht einmal zum Einstieg erklären können, möglichst genau, was man unter Selektoren versteht, dass wir hinterher da nicht irgendwie ein unterschiedliches Verständnis von haben.

Zeuge W. O.: Ein Selektor ist ein Merkmal, das ein Endgerät oder einen Teilnehmer beschreibt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ein Endgerät oder einen Teilnehmer.

Zeuge W. O.: Ja, eine Handynummer, eine E-Mail-Adresse.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also, über bestimmte Kennungen kann ich entweder einen Teilnehmer - das kann auch zum Beispiel beim Messenger-Dienst irgendetwas sein, was ich da mit übermittelt kriege - - Da ist es nämlich komplizierter wahrscheinlich als bei einer E-Mail und einer Handynummer, -

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - wenn ich einen Messaging-Dienst habe. Aber da kann ich anscheinend auch fix erkennen, wer der Teilnehmer ist, an irgendeiner Zahlen-, Buchstabenkombination.

Zeuge W. O.: Es gibt Parameter, wo man so was erkennen kann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und ansonsten habe ich Gerätekennungen. Das bezieht sich dann auf Mobiltelefone, auf sonstige

Mobil Devices wahrscheinlich oder auch noch auf andere Dinge?

Zeuge W. O.: Gerätekennungen eigentlich für Mobilendgeräte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, wir gehen jetzt nicht auf IPs vom Rechner, oder doch?

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gar nicht. - Also, IPs spielen jetzt hier bei Selektoren keine Rolle?

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Jetzt probiere ich mal, etwas Ordnung in die Zahlen reinzubringen. Ein Telekommunikationsmerkmal - - Also, Sie sagen ein Gerät oder eine Person, die hat bei Ihnen, wenn man mal altogether die ganze Masse, wie viel die auch immer sein mag, betrifft - - eine höhere Zahl an Selektoren, -

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - weil es diese sogenannten Permutationen gibt - was auch keine Sache des Normalsprachgebrauchs ist; aber gut. Wir wissen dann zumindest hier, was wir meinen. - Wie ist denn der Faktor da, über alles gesehen? Was würden Sie sagen? Wenn Sie ein Telekommunikationsmerkmal haben, wie Sie es sagen, ein Gerät oder eine Person, wie viele verschiedene Selektoren, also Abwandlungen davon, gibt es denn jemals? Damit man die Größen mal - - weil ja immer von verschiedenen Zahlengrößen die Rede ist. Wir hören mal die Zahl 12 000; das wäre 2 000. Da muss man ja irgendwie mal mit klarkommen. Es geht mir jetzt nicht um die konkreten Zahlen, sondern nur ums Prinzip.

Zeuge W. O.: Man kann es nicht feststellen, weil jeder Selektor oder jedes Merkmal, jedes Telekommunikationsmerkmal, je nachdem, um was es sich handelt, hat eine unterschiedliche Anzahl von Permutationen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Bei der Handynummer: eins zu eins?

Zeuge W. O.: Nein, können auch zwei oder mehr sein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Warum? Erklären Sie mir das am theoretischen Beispiel.

Zeuge W. O.: Da können Wildcards drin sein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was kann da drin sein? Wildcards?

Zeuge W. O.: Wildcards, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es ist sehr laut hier; ich verstehe Sie kaum.

Zeuge W. O.: Laut? Muss ich - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, Sie sind gut; aber der Rest ist auch leider gut.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN): Sie müssen
näher ran!)

Zeuge W. O.: Ich muss näher ran?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja.

(Von der Zuschauertribüne
hängt ein Stromkabel
herunter)

- Jetzt muss ich mal eben fragen: Da hängt irgendwas runter, nicht dass das irgendeinen erschlägt.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Keine Sorge, das
ist - -)

Da oben ist kein Strom, nicht? Nein, hier unten auch nicht. - Entschuldigung, jetzt geht es weiter.

Zeuge W. O.: Können Sie die Frage bitte noch mal stellen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, ich würde gerne wissen, bei einer Handynummer, wie viele Permutationen gibt es? Ich bin der Idee aufgesessen, die anscheinend falsch ist, bei der Handynummer wäre es eins-eins. Sie sagen aber: Nein, es gibt sogenannte Wildcards. Dann hatte ich gefragt: Was ist eine Wildcard? Dass ich die letzten Stellen weglasse und dann einen Joker setze - -

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, okay.

Zeuge W. O.: Nein, so nicht. - Je nachdem, wie eine Rufnummer übertragen wird, kann natürlich vorne ein +Ländervorwahl stehen. Dann kann zwischen der Ländervorwahl und der Städte-einwahl ein Blank stehen - kann, aber muss eben nicht, und da werden dann entsprechend Wildcards gesetzt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Das könnte auch - manche sagen 0033 -

Zeuge W. O.: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - oder +33 oder was auch immer - -

Zeuge W. O.: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also das sind die Wildcards. Also, ich kann nicht, sagen wir mal, sagen, ich möchte jetzt alle 0170 Wildcard, und dann hat er mir da alles, was 0170 für die Telekom unterwegs ist - - fischt er mir raus.

Zeuge W. O.: Macht meiner Ansicht nach keinen Sinn.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist ja eine Betrachtersache. Wäre das technisch möglich, dass man die Wildcard nach der 0170 setzt? Müsste ja jetzt nicht 0170 sein.

Zeuge W. O.: Kann ich nicht sagen. Wahrscheinlich -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist Ihnen nicht - -

Zeuge W. O.: - würde das zu viele Erfassungen - - Ich weiß es nicht. Kann ich nicht sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist Ihnen aber so nicht bekannt?

Zeuge W. O.: Nein, nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also bei Handynummern gibt es diese Wildcards bei den Länderkennungen - 00, + usw. - und bei dem Städte- - der Null für die Stadt, die dann in Klammern gesetzt werden kann oder sonst irgendwas, damit man nicht dadurch einen konkreten Selektor kaputtschießt, indem der eine es angibt mit Null und der andere ohne Null.

Zeuge W. O.: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wie sieht das denn bei E-Mails aus? Kann man da irgendwie - - Also da, sage ich mal, sind die Permutationen also gering. Kann ich das irgendwie bei E-Mails einordnen?

Zeuge W. O.: Bei E-Mails kommt es darauf an, wie viele Sonderzeichen sich in einer E-Mail befinden, wie viele Bindestriche, wie viele Punkte, weil jedes Sonderzeichen durch einen Hexadezimalwert ersetzt werden kann, der dann wieder eine neue Permutation erzeugt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jedes Zeichen, kann das nicht durch eine Hexadezimalzahl ersetzt werden?

Zeuge W. O.: Nein, nur die Sonderzeichen werden eigentlich ersetzt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Okay. Also bei meiner Adresse peter.mustermann@musterstadt.de - oder sagen wir nicht „de“, sagt man auch: .xy - da gibt es die Permutationen mit Punkt, ohne Punkt. Oder wie soll ich mir das vorstellen?

Zeuge W. O.: Nein, das ist eigentlich immer ein Punkt; aber der Punkt wird eben durch einen Hexadezimalwert ersetzt, durch ein %2e oder das @ durch ein %40.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was gewinnt man dadurch?

Zeuge W. O.: Je nachdem, wo es auf einer Strecke übertragen wird, wird eben diese E-Mail-Adresse auch in diesem Zustand übertragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ah. Es ist also nicht, dass Sie, sagen wir mal, größere Varianten absuchen, dass man es einmal mit Punkt schreibt oder zusammen oder wie auch immer, sondern dass die Übertragung dieser konkreten Mail-Adresse auf unterschiedlichen Strecken mit unterschiedlicher Darstellung des Sonderzeichens erfolgt.

Zeuge W. O.: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also es geht um eine E-Mail-Adresse, die aufgrund der Übertragung durch die Strecke anders dargestellt wird, weil die Sonderzeichen umgewandelt werden, die normalen Zeichen nicht.

Zeuge W. O.: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Kann ich da auch mit Jokern arbeiten? Oder sind das die Joker?

Zeuge W. O.: Das sind keine Joker; das ist einfach eine Ersetzung von diesen Sonderzeichen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge W. O.: Joker machen an dieser Stelle keinen Sinne, weil sonst würde ich ja wieder zig andere dann als Beifang haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, genau.

Zeuge W. O.: Und ich bin ja an dieser einen Adresse interessiert.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also joker@mustermann.com - -

Zeuge W. O.: Habe ich so nie gesehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Haben Sie denn gesehen www.mustermann.com? Jetzt sagen Sie nicht: Nein, Mustermann habe nie gesehen.

Zeuge W. O.: Eine URL?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja.

Zeuge W. O.: Könnte ich mich nicht dran erinnern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wir haben ja noch ein bisschen Zeit, ist ja noch nicht aller Tage Abend heute. Aber jetzt verstehe ich das System schon mal, mit diesen Umwandlungen von Sonderzeichen. - Wenn Sie sich jetzt mal die Gesamtzahl der genutzten Selektoren anschauen - - Sie haben es ja im Grunde von Anfang an mitgekriegt, oder? Sie haben ja gesagt seit 2005.

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann müssten Sie ja quasi von Anfang an mit dabei gewesen sein. Oder sind Sie auch erst später dazugekommen?

Zeuge W. O.: Als ich in Bad Aibling angefangen habe, gab es schon Datenbanken, wo IP-Selektoren gestanden haben, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: IP-Selektoren?

Zeuge W. O.: - meines Wissens, und auch Rufnummern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Jetzt müssen wir es mal auflösen, weil ich ja eben nach IP gefragt hatte. Da haben Sie gesagt: Nein. - Oder ich habe es falsch verstanden. Was ist dann ein IP-Selektor, wenn gar nicht nach IPs geguckt wurde?

Zeuge W. O.: Eine E-Mail-Adresse.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist ein IP-Selektor in Ihrer Bezeichnung?

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil ich ja eben gefragt hatte: E-Mails, Gerätekenung - -

Zeuge W. O.: Also nicht wie eine IP-Adresse, sondern ein Merkmal, das im IP-Verkehr auftaucht, also eine E-Mail-Adresse.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Man kann es auch kompliziert ausdrücken. Also, das ist nicht an Sie - - aber okay. - Aber was ich interessant finde, ist - - Also, vor 2005 gab es das schon? Wie lange denn schon?

Zeuge W. O.: Weiß ich nicht; kann ich keine Aussage machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wer war denn vor Ihnen dafür zuständig? Auf welche Stelle sind Sie denn - - Für wen sind Sie denn Nachfolger? Keine Klarnamen; Sie können das alles abkürzen.

Zeuge W. O.: Ich war kein Nachfolger; ich bin da neu hingekommen und habe dann von einem Kollegen, der da schon vorher war, diese Aufgabe übernommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Der vorherige Kollege, haben Sie da mitgekriegt, wer das war? Oder der war dann irgendwie weg?

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie war es denn mit der Anzahl der Selektoren 2005? Keine konkrete Zahl, weil Sie werden sie ja wahrscheinlich gezählt haben. Wenn Sie das jetzt verfolgen über die ganze Zeit bis heute, kann man dann sagen: „2005 war schon ungefähr der Stand von heute“? Oder war das ganz, ganz wenig und ist dann angewachsen, in bestimmten Jahren besonders schnell? Wie kann man das beschreiben, diese Gesamtdatei, von der ja in der Presse jetzt



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zahlen geistern „8, 9 Millionen Selektoren“? Ich will da gar keine genaue Zahl wissen, außer Sie möchten sie mir anbieten.

(Unruhe)

- Nein, ich sage ja, ich will keine wissen; aber wenn der Zeuge sich aufdrängt, kann ich ihn nicht hindern. Also, ich kann schon, ich will nur nicht, aber - -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge W. O.: Also, eine konkrete Zahl kann man nicht sagen. - Und es wurde ja 2011 diese Datenbank, in der diese Selektoren gesammelt werden, neu aufgesetzt. Vorher kann ich keine Aussage mehr machen. Und in dieser Zeit wuchs der Datenbestand stetig an, wobei das natürlich nicht die aktiven Selektoren waren, sondern die wurden historisiert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was heißt das: „die wurden historisiert“? Also, ich bin immer so noch in der Verständnisphase und - -

Zeuge W. O.: Ja, die wurden einfach - - Es wurden immer neue Selektoren, die noch nicht bekannt waren, in diese Datenbank eingetragen. Auch wenn sie nicht mehr aktiv in die Steuerung gingen, blieben sie trotzdem in dieser Datenbank vorhanden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sorry, dass ich jetzt so ein bisschen - - Also, wenn ich das so verstehe, gab es doch irgendwann die Initialzündung und die Initialbestückung. Dann sind peu à peu Selektoren eingestellt worden in die Datei, die dann aber erst mal überprüft wurden. Dann kriegten sie das Flag „Überprüfung“, nenne ich das jetzt mal, dann wurden sie überprüft, und dann wurde irgendwann gesagt: „Nein, abgelehnt“, oder: „Alles okay, aktiv“. Ich drücke es jetzt etwas vereinfacht aus. Was heißt jetzt „historisiert“ oder „historische Selektoren“?

Zeuge W. O.: Genau, wie Sie es gesagt haben. Die wurden eingetragen, dann gab es ein Flag, dass sie eben freigegeben wurden für die Erfassung

oder nicht freigegeben für die Erfassung. Nur, wenn jetzt in einem neuen Profil, die täglich herkommen, ein neuer Selektor drin war, hatte der keinen Status in der Datenbank, wurde neu eingetragen; dann musste er erst überprüft werden und wurde dem ein Zustand gegeben. Die alten wurden aber nie gelöscht. Deswegen der Aufwuchs.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie ist das? Jetzt habe ich, sagen wir mal, eine Handynummer als Selektor, der ist - vielleicht weiß ich es ja bei der Handynummer - potenzieller Terrorist in Afghanistan. Der schmeißt diese Handynummer irgendwann weg. Die bleibt dann aber ewig im System drin; da kriegt man nicht eine Meldung: Kann man rausnehmen, gibt's nicht mehr.

Zeuge W. O.: Nein, gibt es keine Meldung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und wenn die irgendwann dann ein anderer mal hat, so eine Handynummer, was ja auch passiert, dass mal eine Handynummer wieder vergeben wird - Pech gehabt.

Zeuge W. O.: Stellt man fest, dass der Teilnehmer, den ich vorher gesucht habe, nicht mehr an diesem Handy sich befindet, und wird es dann eben entsprechend rausnehmen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Aber erst im Grunde, wenn man die Kommunikation sieht und stellt fest: Das ist plötzlich der Schreiner von nebenan, und der liefert gar keine Handgranaten mehr, sondern andere Sachen.

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. Also irgendwie muss es ja gehen. - Diese Gesamtzahl der Selektoren, hatte ich gefragt, die ist einmal durch die Initialbeladung, -bepackung der Datei gestartet worden, und dann ist sie gewachsen. Können Sie da sagen, ob es Phasen gab, wo das besonders stark gewachsen ist? Sie sagten, 2011 ist die Datenbank neu aufgesetzt worden. War das eine technische Angelegenheit, was da gemacht worden ist, oder eine strukturelle Veränderung dieser Datenbank?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. O.: Nein, das war technisch neu.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das heißt?

Zeuge W. O.: Vorher wurden immer ganze Equations, die einen Teilnehmer identifiziert haben, geschickt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das erklären Sie mir noch mal.

Zeuge W. O.: Also, wenn ein Teilnehmer eine E-Mail-Adresse hat und eine Telefonnummer, dann war das in einer Equation zusammengefasst.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sagen Sie das Wort noch mal.

Zeuge W. O.: „Equation“ nennt sich das Wort.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ah, okay.

Zeuge W. O.: Ja. - Und vorher kamen die immer - - oder mussten immer alle geprüft werden, und wenn einer eben abgelehnt wurde, dann mussten wir den Partner bitten, dass er ihn rausnimmt, und dann wurde die ganze Equation eben entfernt. Und 2011 ging man dazu über, dass man diese Equation aufgetrennt hat und jeden Selektor einzeln in die Datenbank eingetragen hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt muss ich noch mal fragen - nur dass ich es verstehe; es tut mir leid, dass ich da so lahm bin -: Warum mussten Sie den Partner bitten, dass er sie rausnimmt, wenn Sie ihn gar nicht aktiv stellen? Könnten Sie doch sagen: Ich lasse den auf deaktiv.

Zeuge W. O.: Nein, zu dem damaligen Zeitpunkt mit dem Altsystem war das nicht möglich. Ich konnte entweder es rausschicken an die Erfassung oder es nicht rausschicken, und solange eben ein geschützter Selektor drin war, konnten wir es nicht in die Erfassung geben. Also mussten wir den Partner bitten, dass er es rausnimmt, bevor wir es in die Erfassung geben konnten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also bis 2011 hatten Sie noch kein Flag „aktiv/nicht aktiv“, sondern Sie haben sie bekommen, außerhalb - - Also, sagen wir mal, sie sind auf Server hochgeladen worden. Dann haben Sie sie erst mal in die Überprüfung geschickt und haben Sie noch nicht ins System eingestellt.

Zeuge W. O.: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ab 2011 sind sie ins System direkt hochgeladen - - auch separat?

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sind auch überprüft worden, ins System, und dann erst mal deaktiv und nach einer Überlegungsphase oder wie auch immer - - Sie konnten sie auf jeden Fall deaktiv und aktiv stellen.

Zeuge W. O.: Richtig, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, was 2011 noch nicht ging. Da, wenn man sie reinpackte, wären sie aktiv gewesen. Richtig?

Zeuge W. O.: Wenn wir sie rausgeschickt hätten. Wenn wir den Partner nicht gebeten hätten, dass er sie rausnimmt, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wieso musste man den Partner bitten? Das ist doch Ihr System im BND gewesen. Oder hat der Partner das betrieben?

Zeuge W. O.: Das war ein System, wo wir gegenseitig unsere Suchbegriffe geprüft haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da muss ich noch mal genau nachfragen. Also, die Prüfung der Suchbegriffe, wo erfolgte die? Den Standort meine ich jetzt. An welchem Ort?

Zeuge W. O.: Die Prüfung der Suchbegriffe erfolgt in der Zentrale in Pullach.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So habe ich es auch nämlich verstanden. - Das Gegenlaufen



Nur zur dienstlichen Verwendung

der Streckeninhalte und der Selektoren, wo erfolgte das?

Zeuge W. O.: Der Streckeninhalte?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also das, was Sie von der Strecke zum Beispiel über die Satellitenerfassung abgegriffen haben. Sie wählen ja Strecken aus, Sie wählen ja nicht Afghanistan at all, sondern Sie wählen Strecken über den Satelliten aus. Dann haben Sie Ihre Selektoren, und dann lassen Sie die Strecke gegenlaufen, und wenn der Selektor trifft, dann kriegen Sie einen Output als Inhalt.

Zeuge W. O.: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wo erfolgte das?

Zeuge W. O.: Das passiert in Bad Aibling.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, so habe ich es auch verstanden. - Jetzt verstehe ich aber die Aussage noch nicht so ganz. Warum mussten Sie denn die Amerikaner bitten, irgendwo irgendwas rauszunehmen, wenn der - -

Zeuge W. O.: Wir haben - - Entschuldigung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn der Selektor in Pullach überprüft wird und wird freigegeben, wird dann nach Bad Aibling geschickt, ins deutsche System eingestellt? Warum muss man denn die Amerikaner irgendwas fragen?

Zeuge W. O.: Wenn ein geschützter Teilnehmer drin war, wenn wir das zur Überprüfung nach München geschickt haben und die haben gesagt: „Da ist ein Selektor drin, den dürft ihr nicht weitergeben“, dann mussten wir den Partner bitten, diesen Selektor rauszunehmen, bevor wir das gesamte Profil in die Erfassung geben konnten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sorry. Ist vielleicht auch, weil heute Mittag ist und nicht normaler Sitzungstag. Ich habe es immer noch nicht verstanden. Es muss nicht Ihr Fehler sein. Hat es irgendwer anders? Vielleicht dann - - nein. Okay, dann - -

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kann nur in das Gesamtsystem eingestellt werden!)

- Ja, noch mal? Ja, also, vielleicht, dass Sie es mir noch mal erklären. - Wenn wir von einem Selektor ausgehen oder Handynummer - das macht es vielleicht einfacher - - Der hat keine E-Mail, also nicht eine ganze Equation - -

Zeuge W. O.: Es gibt nur Equations. Also, Sie haben eine Equation. In dieser Equation - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und da steckt nur eine Handynummer drin, weil ich von dem halt nicht mehr habe.

Zeuge W. O.: Genau. - Diese Handynummer ist geschützt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, das ist eine von irgendwem auch immer, der im deutschen Interesse ist.

Zeuge W. O.: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das merken die Kollegen in Pullach.

Zeuge W. O.: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und die sagen: Sorry, ist nicht.

Zeuge W. O.: Dann konnte ich das nicht raus-schicken, weil ich - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wo raus?

Zeuge W. O.: In die Erfassung. Damit wir Ergebnisse bekommen hätten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Richtig. Genau.

Zeuge W. O.: Sondern ich musste erst den Partner bitten: Bitte nehmt den raus.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wo raus?

Zeuge W. O.: Diesen Selektor aus dieser Equation.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja.

Zeuge W. O.: Wenn der Partner diese Handynummer rausgenommen hat aus der Equation, erst dann konnten wir das in die Erfassung schicken.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, aber die Equation ist ja dann leer.

Zeuge W. O.: Die war weg dann hinterher, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja aber - -

Zeuge W. O.: Aber ich konnte ja nicht - - Solange die drinsteht, kann ich sie nicht rausschicken; -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

Zeuge W. O.: - ich würde ja sonst einen geschützten Teil in die Erfassung geben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber wenn Sie den Kollegen in Bad Aibling einfach sagen: „Sorry, die Handynummer geben wir euch nicht, weil wir festgestellt haben in Pullach, das ist in deutschem Interesse“, dann muss man den Amerikanern doch eigentlich gar nichts sagen.

Zeuge W. O.: So lief das System.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ja. - Weil ich darauf hinauswill: Haben die Amerikaner irgendwie auf irgendwas einen Zugriff? Stellen die Sachen ein, und sehen die, dass wir eine Ablehnung bezüglich eines Selektors - - Anscheinend ja, wenn Sie den Amerikanern mitteilen: Sorry, den Selektor Handy - -

Zeuge W. O.: Das war bis 2011.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ja.

Zeuge W. O.: Also, wir reden jetzt bis 2011.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, wenn Sie einen Selektor, die Handynummer zum Beispiel, nicht akzeptieren, dann wurde das den Amerikanern gesagt, und dann haben Sie die Wortwahl benutzt: Dann haben die es rausgenommen.

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wo haben die es genau rausgenommen?

Zeuge W. O.: Die haben das aus dem Profil, das sie an uns schicken, rausgenommen, haben uns ein neues geschickt, in dem der Selektor nicht mehr drin war.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und die schicken immer ein Gesamtprofil?

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt - kling. Also, die Amerikaner regelmäßig, wenn die sie updaten, schicken die das gesamte Selektorenprofil, ja? Also diese große Zahl, -

Zeuge W. O.: Bis 2011 war es so.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - wie groß sie auch immer ist.

Zeuge W. O.: Ja, genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So. - Und damit Sie nicht gesagt haben: „Ihr schickt uns ja immer wieder die gleichen, die wir nicht wollen“, haben Sie denen gesagt: Sorry, den nicht.

Zeuge W. O.: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt - verstanden. Glaube ich auf jeden Fall. - Und in Bad Aibling haben die sowieso nichts eingestellt, weil Sie gar nicht nach Bad Aibling weitergeleitet haben. Deswegen konnten die gar nicht in die Erfassung geraten.

Zeuge W. O.: Habe ich jetzt nicht verstanden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aus Pullach wurde ja, wenn ein Selektor aus einer Equation nicht akzeptiert wurde, dann dieser Selektor auch nicht nach Bad Aibling geleitet, sodass er ins Erfassungssystem eingestellt worden ist.

Zeuge W. O.: Doch, er wurde schon an uns geschickt, weil wir mussten ja den Partner informieren, dass er den rauszunehmen hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, aber er wurde nicht ins System eingestellt, ins Erfassungssystem. Er wurde nur den Amerikanern mitgeteilt: Den haben wir nicht genommen.

Zeuge W. O.: Genau: „Den müsst ihr rausnehmen.“

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. „Den müsst ihr rausnehmen aus eurem regelmäßigen Update der Selektorengesamtlste.“

Zeuge W. O.: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wie ein einfacher Sachverhalt auch irgendwie kompliziert werden kann. - Und ab 2011 funktionierte das irgendwie pfiffiger.

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nämlich wie genau?

Zeuge W. O.: Es wurde eine Equation aufgebrochen, und es wurde jeder Selektor in die Datenbank eingetragen und konnte dann definiert werden über einen Zustand: Er ist freigegeben, oder er ist nicht freigegeben. - Und wenn ein Selektor nicht freigegeben wurde, wurde beim Generieren dieses Selektorprofils diese Equation gar nicht generiert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Trotzdem haben die Amerikaner doch weiterhin ihre Gesamtselektorenliste rübergeschoben. Die müssen ja dann auch noch eine Meldung gekriegt haben, oder?

Zeuge W. O.: Die haben eine Rückmeldung gekriegt, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Im Endeffekt ist also der Mehrgewinn, dass Sie von Pullach und Bad Aibling mit der gleicher Datenbank einfach mit schnellerer Flag-Setzung arbeiten konnten.

Zeuge W. O.: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Aber das Mitteilen an die Amerikaner: „Diese Selektoren konnten wir nicht nehmen“, das erfolgte weiter - nicht automatisiert, dass die auch auf die Datei gucken konnten, oder? -, sondern - -

Zeuge W. O.: Nein, in die Datei konnten sie nicht schauen. Es wurde automatisch über ein Skript - - wurde - -

RD Philipp Wolff (BK): Da bitte ich, den Kontakt zu den Amerikanern - - kann er in nichtöffentlicher Sitzung was dazu sagen, aber nicht in öffentlicher.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, aber ich habe schon da den Punkt verstanden jetzt, glaube ich. - Mir war nur wichtig, dass die nicht auf unsere Auswahldatei gucken können; so habe ich es verstanden - außer Sie würden es gleich in nicht-öffentlicher Sitzung anders darstellen. - Okay. Ich hoffe, dass ich den Teil jetzt halbwegs verstanden habe.

Jetzt kommen wir mal zu meiner Ausgangsfrage zurück. Sie können es ja seit 2005 verfolgen; das ist ein sehr langer Zeitraum. Gab es da eine Phase, wo massiv Selektoren dazukamen, oder sind die fast kontinuierlich, Pi mal Daumen, angewachsen?

Zeuge W. O.: Ich habe es nicht beobachtet; kann ich nichts sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kann man das überhaupt beobachten, oder ist das so viel? Will auch keine Zahl von Ihnen wissen. Ist das beobachtbar? Guckt da einer drauf?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. O.: Es schaut keiner drauf. Es gibt ein entsprechendes Datumsflag in der Datenbank; aber es wird nicht ausgewertet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Umgekehrt: Diejenigen Selektoren, weil immer von Listen die Rede ist - das sieht ja so aus, als hätte man irgendwie 1 000 Aktenordner da rumstehen; eigentlich müsste man doch von einer Datenbank reden -, in der Datenbank, die Sie auf „deaktiv“ geflaggt haben, also nicht akzeptiert haben, können Sie da sagen, dass es irgendeinen Zeitraum gab, wo plötzlich das richtig anwuchs, oder ist das kontinuierlich erfolgt?

Zeuge W. O.: Also, 2013 ist die gewaltig angewachsen, weil ich eben von meinem Dienststellenleiter den Auftrag hatte, nach „Europa“ zu suchen. Da wurde mir jede Menge abgelehnt. Aber vorher konnte ich es nicht beobachten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Komme ich gleich noch mal drauf. - Also da, vorher, konnten Sie nicht sagen, im Jahr 2006, 2007, 2008, da hätte es schon mal so einen Peak gegeben.

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Dann komme ich mal auf das von Ihnen angebotene Jahr 2013 zu sprechen. In 2013, sagten Sie, da ist die Ablehnungsliste deutlich angewachsen. Warum? Wir haben es ja gerade schon gesagt.

Zeuge W. O.: Ja. Ich habe von meinem Dienststellenleiter den Auftrag bekommen, das Selektorprofil nach europäischen Regierungseinrichtungen zu durchforsten und mal zu schauen, was da drin ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ohne dass ich jetzt Details wissen will: Aber wie durchforstet man so was? Also bei einer E-Mail kann ich mir das vorstellen; aber wir haben ja eben nicht nur E-Mails da drin, wir haben Messenger-Dienste, wir haben das, was Sie als IP alles haben, außer mal E-Mails, also nicht IP-Adressen, sondern IP-basierend. Ist das kompliziert? Weil eine E-Mail kann ich mir - - das ist zu - - geht mir rein und - -

RD Philipp Wolff (BK): Also, zur Art der Selektorenprüfung bitte ich den Zeugen in nichtöffentlicher Sitzung Aussagen machen zu lassen. Auch wenn er nicht in Details geht, letztlich wird es immer um die Inhalte der Prüfung gehen und da - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Aber vielleicht eine Frage wäre mir wichtig: Kann ich so was durch einfaches Draufgucken - - Das müsste doch gehen. Also, kann ich da auf der Liste erkennen, wenn ich so - die mag lang sein - - Aber wenn ich da mit dem Finger so entlanggehe, kann ich sagen: „Ist es, ist es nicht, ist es, ist es nicht“? Geht das so einfach?

Zeuge W. O.: So einfach geht es nicht, nein. Also, diese Prüfung fand eigentlich fast ausschließlich auf E-Mail-Adressen statt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ach so, okay. - Und die anderen, wenn das so kompliziert ist, nicht?

Zeuge W. O.: Konnten wir nicht machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ah, okay. - Auch bis heute nicht?

Zeuge W. O.: Meines Wissens nicht, nein.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Meines Wissens ... nein“! - Christian Flisek
(SPD): Es ist alles sehr leise! Wir verstehen die Antworten kaum!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Das daran, dass das Mikro so weit weg ist. Legen Sie sich ruhig auf den Tisch, wie ich.

Zeuge W. O.: Ich habe es ja eh schon genau vor mir.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich glaube, das können Sie sich auch näher ranziehen. Nicht zu feste ziehen!

Zeuge W. O.: Ja, ich ziehe schon.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, alles klar. Jetzt kriegen wir es aber hin. - Also, wenn ich es richtig verstehe, hat Ihr Dienststellenleiter - richtig? -

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - im Jahre 2013 gesagt: Check mal die E-Mail-Adressen auf europäische E-Mail-Adressen, insbesondere Regierungsadressen.

Zeuge W. O.: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber nur die E-Mails?

Zeuge W. O.: Was anderes konnte ich - - kann ich nicht prüfen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt muss ich mal fragen: Ich hatte eben so ein schönes Bild von der Equation, dass das eine Sinnhaftigkeit ist, dass ich bei einer Person Daten zusammenführen kann aus Handy und E-Mail. Und wenn Sie meine Handynummer haben und patrick.sensburg@bundestag.de, dann wird irgendwo klar, wenn es in der Equation ist, das scheint wohl die gleiche Person zu sein, oder der die erstellt hat, hat überhaupt keinen Sinn und Zweck dahinter. Jetzt muss man doch bei der E-Mail-Adresse auch erkennen können: Ist das auch die Handynummer von der Person?

Zeuge W. O.: Nachdem nach 2011 diese Equations aufgebrochen wurden -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ah.

Zeuge W. O.: - und einzelne Datensätze mit Datenbank geschrieben wurden, war das nicht mehr möglich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das war ja ganz schön pfiffig. Okay. - Ich verstehe aber den Sinn des Aufbrechens der Equation nicht, weil das - -

Zeuge W. O.: Das macht eigentlich auch nichts aus, weil, wenn aus einer Equation ein Datensatz

in der Datenbank auf „disapproved“ gesetzt wird, dann wird die Equation auch nicht geforwarded.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Weil darum geht es mir jetzt: Wenn Sie eine E-Mail-Adresse, die ja personenbezogen ist, haben wir ganz zu Anfang gesagt, gefunden - - Also, zum Beispiel mich haben Sie da nicht drauf gefunden, weil ich G-10-geschützt bin. Aber nur so als Beispiel. Also hoffe ich auf jeden Fall; sonst dürfen Sie das hier eben sagen. Dann wäre es ja auch klug, wenn man dann gleichzeitig auch meine Mobilnummer rausgepackt hätte.

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie so was 2013 leisten können? Oder waren da bei den E-Mails in der Equation nie die Handynummern - -

Zeuge W. O.: Ich habe die Equations nicht geprüft. Ich habe die Equation nicht geprüft.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge W. O.: Ich habe in die Datenbank nur reingeschaut, ob einzelne Datensätze den Vorgaben meines Dienststellenleiters entsprochen haben, und habe die auf „geschützt“ gesetzt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge W. O.: Und dann, wenn hinterher die Equation zusammengebaut wurde und ein Selektor aus dieser Equation, die ja auf „geschützt“ gesetzt gewesen - - wäre die ganze Equation nicht geforwarded worden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wann wird die hinterher zusammengebaut? Eigentlich war sie ja weg. Baut man die hinterher zusammen bei der Aktivliste dann theoretisch? Das System, macht die das oder - -

Zeuge W. O.: Das macht ein System, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Jetzt muss ich es doch mal so verstehen, dass das, was



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie 2013 gemacht haben, aktiv war. Und dann haben Sie gesagt: „Jetzt gucken wir noch mal hin“, und haben die E-Mail-Adressen mit europäischem Bezug, Regierungen, rausgenommen.

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da, wo Sie einen Selektor, E-Mail, auf „disapproved“ gestellt haben - - dann ist die ganze Equation „disapproved“.

Zeuge W. O.: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also auch die Handynummer, die zur E-Mail-Adresse gehört, wäre auf „disapproved“ gestellt.

Zeuge W. O.: Nein, die wäre nach wie vor auf „approved“; aber die würde nicht rausgeschickt, weil die ganze Equation einen abgelehnten Selektor beinhaltet. Deswegen geht die ganze Equation nicht raus.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wo rausgeschickt?

Zeuge W. O.: In die Erfassung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die ist doch schon in der Erfassung. Sie haben doch die aktiv gestellten in der Erfassung durch - -

Zeuge W. O.: Die war in der Erfassung; aber ich habe ja dann einen Selektor auf „disapproved“ gesetzt, und dann wird die ganze Equation rausgenommen aus der Erfassung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: „Rausgenommen“ heißt insgesamt auf „disapproved“, oder was heißt „rausgenommen“?

Zeuge W. O.: Nein, es wird ein Selektor aus dieser Equation - - Wenn „disapproved“ ist, dann wird die ganze Equation, egal welchen Zustand die anderen Selektoren aus dieser Equation haben, nicht in die Erfassung gegeben, wird nicht rausgeschickt in die Erfassung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber - -

Zeuge W. O.: Solange er nicht „disapproved“ ist, läuft er.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. - Aber wenn da drin ist: die Handynummer, die E-Mail-Adresse von mir - - Jetzt finden Sie meine E-Mail-Adresse, setzen die auf „disapproved“, dann ist doch meine Handynummer noch „approved“?

Zeuge W. O.: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und die bleibt auch „approved“?

Zeuge W. O.: Die ist weiterhin „approved“, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und die ist ja auch nie ab 2011 mehr in einer Equation gewesen, weil die gab es ja nicht mehr. - Hat das System jetzt irgendwie die Verbindung hergestellt von meiner E-Mail zu meiner Handynummer, so dass meine Handynummer dann auch mal raus ist, wie Sie sagen - 2013 in Ihrer Aktion.

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also die Handynummer würde drinbleiben.

Zeuge W. O.: Ja, aber die würde nicht in die Erfassung gehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Warum nicht?

Zeuge W. O.: Weil die ganze Equation rausgefallen ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie erkennt der denn die Equation? Weil es die doch gar nicht mehr seit 2011 eigentlich gab?

Zeuge W. O.: Die wird ja hinterher wieder zusammengebaut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hinter was?

(Der Zeuge seufzt)



Nur zur dienstlichen Verwendung

- Ja, sorry, Sie können sich hinterher das Bild über Abgeordnete machen, wie blöd die fragen, aber - -

Zeuge W. O.: Es kommt ein Zugriffsprofil nach Bad Aibling. Dort wird es auch - - mit Equations - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sorry, dass ich unterbreche. Da ist, glaube ich, unser Dissens. Ich rede jetzt von denen, die 2013 von Ihnen angeschaut wurden. Die kommen nicht nach Bad Aibling, die stecken schon im System drin, -

Zeuge W. O.: Okay, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - seit Jahren möglicherweise, weil Sie gar nicht nachvollziehen können, ob die 2008, 2011, 2012, wann auch immer, gekommen sind. Und Sie haben sich doch aus dem Gesamtprofil über ein Flag rauswerfen lassen, wo sind EU-E-Mails mit bestimmtem Regierungsbezug, indem Sie bestimmte Kennungsmerkmale von Regierungs-E-Mail-Adressen dazu selektiert haben aus der Gesamtliste, aus dem gesamtaktiven Pool, wo manche 8 bis 9 Millionen von schreiben.

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So. Jetzt erklären Sie mir mal - - Da kommt doch erst gar nichts rein; das ist doch schon aktiv im System, im deutschen System drin.

Zeuge W. O.: Wir holen täglich mehrmals Updates zu diesen Selektorenlisten von den Amerikanern ab, das heißt, wenn ein neues Update abgeholt wird, wird es ja wieder in die Datenbank eingetragen, und dann wird auch ein neues, aktives Profil für die Erfassung erstellt, und wenn sich dann in der Datenbank Ihre E-Mail-Adresse von „approved“ auf „disapproved“ gesetzt hat, dann wird Ihre Equation zu dem Zeitpunkt nicht mehr erstellt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Der Gedankengang, der technische Schritt, der hat mir gefehlt, weil über dieses Updaten mit dem neuen Gesamtselektorenvolumen, da erfolgt dann

im Grunde das Rausfallen der disapprovten Gesamtequation, die da das System herstellt.

Zeuge W. O.: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also wäre dann in dem Fall auch meine Handynummer raus gewesen. Hätten die Amerikaner mal irgendwie eine Woche gebraucht, dann wäre im Zeitraum, weil dann kein Update erfolgt wäre, halt die Handynummer mit drin gewesen.

Zeuge W. O.: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann können Sie sich also sicher sein, da, wo Mail und andere Teile einer Equation bestanden haben, dass die gesamte Equation raus ist, bei dem, wo Sie E-Mail-Adressen gefunden haben.

Zeuge W. O.: Mhm, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bei denen, wo keine E-Mail-Adressen bekannt sind, aber andere Arten Selektoren - - diese stecken immer noch drin, weil keiner bis jetzt danach geguckt hat. Wäre aber meine Empfehlung, das mal zu machen. - Jetzt habe ich den Teil aber schon mal, ich glaube es, verstanden. Das ergibt sich meistens in den Sitzungen, dass dieses Bewusstsein sich dann mal wieder ändert; aber ich glaube, ich habe jetzt wirklich den Teil verstanden.

Wenn wir uns jetzt noch mal - - Ich komme gleich wieder auf die deutschen, auf die Negativliste zurück oder - weiß ich nicht - negativ geflaggt. Wie kann es sein, dass im Verhältnis zur stark wachsenden Zahl der Gesamtliste die Zahl der Negativliste bis 2 000 relativ kontinuierlich groß geblieben ist - natürlich am Anfang bei der Initialbelegung gewachsen ist; da ist natürlich auch ein massives Wachstum, das erste, der Gesamtliste gewesen -, aber ansonsten die Negativliste gar nicht wie eine Parabelkurve angestiegen ist? Weil die irgendwann gesagt haben: „Macht keinen Sinn“? Oder wie soll sich das - -

Zeuge W. O.: Kann ich keine Aussage zu machen. Weiß ich nicht, warum das so ist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - 2013, als Sie die Selektoren durchgeschaut haben auf europäische Regierungselektoren, war da noch jemand anders und hat eine Selektorenüberprüfung durchgeführt?

Zeuge W. O.: Habe ich jetzt gehört, dass der Dr. T. auch parallel eine Selektorenprüfung gemacht hat, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Haben Sie das jetzt erst im Rahmen dieses Untersuchungsausschusses gehört, oder haben Sie das damals schon mitgekriegt, und haben gedacht: „Ach, da arbeitet noch einer parallel zu mir“?

Zeuge W. O.: Ich habe es damals mitgekriegt. Der Dr. T. war bei uns in Bad Aibling und hat sich das angeschaut und sich von mir erklären lassen, wie das Ganze aufgebaut ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Hat man sich da irgendwie abgesprochen: „Ich mache das, Dr. T. macht das“?

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist das normal, dass zwei an der gleichen Baustelle arbeiten, aber wenig Absprachen erfolgen?

Zeuge W. O.: Es sind zwei verschiedene Unterabteilungen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir haben ja auch verschiedene Ausschüsse, und da spricht man auch nicht immer, aber manchmal miteinander, guckt, dass man - - Aber das hat Sie jetzt nicht gewundert, dass der Dr. T. einen ähnlichen Auftrag gekriegt hat?

Zeuge W. O.: Ich wusste nicht, welchen Auftrag er hat. Er hat sich nur bei uns draußen den Aufbau dieser Datenbank angeschaut und hat sich ein Profil mit nach München genommen, oder ich habe es ihm geschickt. Weiß ich jetzt nicht mehr genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: „ein Profil“ heißt?

Zeuge W. O.: Den Auszug aus der Datenbank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also quasi die Daten der Datenbank.

Zeuge W. O.: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Wie groß ist so was? Passt das auf einen USB-Stick?

RD Philipp Wolff (BK): Also, wenn wir über konkrete Zahlen reden, bitte in eingestufte Sitzung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bloß nicht. Ich wollte jetzt gar nicht wissen, wie viele Gigabyte oder was weiß ich was, wollte nur gucken, wie man so was handeln kann. - Sie haben es ihm nicht gemailt, hoffe ich.

Zeuge W. O.: Ich weiß nicht mehr, wie ich es ihm habe zukommen lassen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Okay. - Aber nicht als Ausdruck, sondern schon digital.

Zeuge W. O.: Selbstverständlich digital.

(Lachen bei der LINKEN
und dem BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Besser man stellt eine Frage, als dass man hinterher - - Okay. - Wie haben Sie das denn bei sich bearbeitet? Also, Sie haben bei sich einen Zugriff auf die Datenbank in Ihrem Rechner?

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und da ist ein Programm drauf - Details will ich gar nicht wissen -, und da machen Sie diese Bearbeitung, die Flag-Setzung und so was. Ist das ein normaler Rechner, oder brauchen Sie dafür ein besonderes Gerät?

Zeuge W. O.: Das ist ein normaler Rechner.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Hat der einen besonders großen Speicher? Ist der besonders schnell? Standard - -

Zeuge W. O.: Das ist ein Standard-BND-Rechner.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich frage nur, weil ich mich dran erinnere, dass der Dr. T. gesagt hat, er konnte das gar nicht alles von seinem Rechner machen, er musste erst einen neuen Rechner kriegen. Da muss der ja ein Uraltgerät gehabt haben. - Okay. - Ist Ihnen nichts bekannt?

Zeuge W. O.: Nein, weiß ich nichts.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil mich hatte gewundert, dass er einen separaten Rechner gekriegt hat, extra um diese große, große Datei verwalten zu können, und der Rechner da hinterher auch wieder abgegeben war.

Zeuge W. O.: Weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie geben Ihren Rechner nicht ab?

Zeuge W. O.: Ich hoffe, dass ich noch einen habe, wenn ich nach Hause komme.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Alles klar, gut. So weit dazu. - Ist Ihnen bekannt, dass die Selektoren, die 2013 noch gefunden worden sind, dann mit den amerikanischen Partnern in Bad Aibling besprochen worden sind? Wissen Sie da was drüber?

Zeuge W. O.: Weiß ich nichts drüber, nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wer hätte das denn gemacht, so ein Gespräch zu führen?

Zeuge W. O.: Die Führung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber das wäre jetzt nicht Herr U. gewesen.

Zeuge W. O.: Unter Umständen. Weiß ich nicht, wer solche Gespräche führt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Aus Ihrer Kenntnis heraus, gab es da irgendwelche Konsequenzen, nachdem Sie jetzt diese Sachen rausgepackt haben, Dr. T. vielleicht irgendwas gemacht hat, was Sie aber nicht mitgekriegt haben? Hat es danach irgendwie Veränderungen gegeben?

Zeuge W. O.: Also, aufgefallen ist mir nichts.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie mal geguckt, ob die Amerikaner immer noch die Dinger einsteuern, die Sie rausnehmen, rausgenommen haben, also diese europäischen Adressen?

Zeuge W. O.: Die waren ja geflaggt. Die würden kein zweites Mal in die Datenbank eingetragen werden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Weil die ja auch dann die Meldung kriegen und die dann sehen: Das ist nicht akzeptiert. - Und zweimal versuchen geht das technisch nicht, oder?

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also der gleiche Selektor, der würde dann direkt systemisch abgelehnt -

Zeuge W. O.: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - an diesem Server, wo man sie drauf -

Zeuge W. O.: Das war auch der Vorteil der neuen Datenbank, dass ich wirklich jeden Selektor nur einmal definieren muss: Er ist abgelehnt oder freigegeben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann ist ja gut, dass man da 2011 drauf gekommen ist. Gab es da einen Anlass für? War das das Handling? Hat man sich geärgert, dass man immer wieder Sachen rüberschickt, die dann wieder drinstanden? Das ist ja Aufwand.

Zeuge W. O.: Wir mussten immer warten, bis der Partner eben einen Selektor rausgenommen hat,



Nur zur dienstlichen Verwendung

bevor wir das weitergeben konnten. Und jetzt konnten wir einfach sagen: „Ich definiere den Zustand eines Selektors“, und konnten es gleich in die Erfassung geben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Jetzt frage ich mal - das sind die letzten Fragen, obwohl ich, wie gesagt, hier noch einen ganzen Batzen hätte; aber ich bin jetzt - - habe jetzt gerade mal so was verstanden, dann hör ich auch gleich auf. Ich würde gerne noch wissen, ob Sie den Bereich, wo Sie gearbeitet haben, im Bundesnachrichtendienst - - würden Sie den als besonders zukunftsgerichtet bezeichnen?

Zeuge W. O.: Hm.

(Zuruf von RA Johannes Eisenberg)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, das hat schon seinen Grund, die Frage. Ich gucke immer ganz weit nach vorne, Herr Eisenberg. - War das ein Bereich, wo Sie gesagt haben: „Da sind wir im Bundesnachrichtendienst in einer Kooperation, die macht Sinn, die stärkt den BND, da sind wir zukunftsorientiert“, oder sind wir da auf einer Schiene, die ist noch Kleinspur?

Zeuge W. O.: Nein, die ist sehr zukunftsorientiert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und das war schon klar im Amt, dass diese Erfassung über Selektoren, dass das was Wichtiges war fürs Amt und dass das funktionieren musste? Also, nicht „musste“ im Sinne von musste, was wolle, sondern das Ziel war schon: Das soll laufen.

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie was mit G-10-Filterung dabei zu tun gehabt, oder war das nicht in Ihrem Beritt?

Zeuge W. O.: Doch, ist auch mein Bereich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist auch in Ihrem Beritt.

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie würden Sie das Thema G-10-Filterung bezeichnen?

Zeuge W. O.: In welchem Zusammenhang?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: War das wichtig? Gab es da einmal im Jahr eine Memo: „Denkt an G 10“?

Zeuge W. O.: Also, G 10 war bei uns in Bad Aibling immer sehr hochgeschrieben. Mein Dienstposten ist auch speziell für G 10 eingerichtet worden, und wir haben immer sehr, sehr darauf geachtet, dass wirklich alles G-10-konform bei uns läuft. Wir hatten einmal jährlich eine G-10-Belehrung, und in meiner vorherigen Tätigkeit war ich auch im Bereich G 10 in der Zentrale tätig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie viele hatten denn das Thema G 10 also so intensiv auf dem Schirm wie Sie?

Zeuge W. O.: Eigentlich die ganze Führung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge W. O.: Sachgebietsleiter bis Dienststellenleiter.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und die Sachbearbeiter? Haben die auch - -

Zeuge W. O.: Auch die Nachrichtenbearbeiter wurden immer wieder sensibilisiert, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge W. O.: - hatten mich auch als Ansprechpartner und waren bei der jährlichen Belehrung auch immer anwesend.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie kann es dann sein, dass dann noch französische E-Mail-Adressen drin waren?

Zeuge W. O.: Hat mit G 10 nichts zu tun.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, genau. - War das gar nicht so wichtig? War da im Grunde vielleicht diese tolle Kooperation, weil sie so wichtig war, wichtiger als der Bereich? Wollte man über eine stärkere Filterung die Kooperation nicht gefährden? Kann das ein Grund gewesen sein?

Zeuge W. O.: Das weiß ich nicht. Das weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Weil G 10 scheint ja wirklich - das haben auch andere Kollegen von Ihnen gesagt - wirklich ein zentrales Thema - - aber irgendwie anscheinend EU ja nicht so. Oder haben Sie da genauso viel in Sachen EU gemacht?

Zeuge W. O.: Aber EU zu prüfen, war nie meine Aufgabe. Es war immer nur G-10-Prüfung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge W. O.: Also bis auf das eine Mal, wo ich den Auftrag hatte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Hat auch nie einer mal nach gefragt: „Sollten wir nicht auch mal nach EU gucken?“?

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wäre das nach Ihrer Einschätzung ein großer Ausfall gewesen an - hinterher - Meldungen bzw. an Ausleitungen von Inhalten?

Zeuge W. O.: Kann ich nicht abschätzen; weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sehen Sie das gar nicht? Also weil das nicht Ihrem Bereich - - Sehen das diejenigen, die sich mit den Inhalten beschäftigen, oder haben Sie das auch - - Also, können Sie das sehen an Ihrem System? Nicht: „Sehen Sie das?“ im Sinne von: „Verstehen Sie das?“, sondern: Sehen Sie das auf Ihrem Computer?

Zeuge W. O.: Nein, das sehe ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also Sie sehen den Output im Endeffekt nicht. Sie wählen die Selektoren aus, stellen sie ein. Was hinterher dann bei der Erfassung rauskommt, sehen Sie nicht.

Zeuge W. O.: Nein, schaue ich mir nicht an.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil das wäre nämlich jetzt eine meiner Fragen gewesen. Mit dem, was Sie gemacht haben, wo die negativ geflaggt nach oben gegangen sind, ob dann massiv der Output auf der anderen Seite runterging. Das hätte mich interessiert.

Zeuge W. O.: Kann ich nicht drauf antworten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, schade. - Dann wäre ich so weit erst mal durch. Ich kann mich ja später noch mal einschalten. - Wir kommen jetzt zu den Fragerunden der Fraktionen. - Falls Sie was zu trinken brauchen, das steht vor Ihnen. Wenn Sie irgendwas anderes brauchen oder ein kleines Püschchen, sagen Sie es. Das geht jetzt schlagartig rund. Also melden Sie sich. Sie sollen immer fit sein und auf alle Fragen antworten können, insbesondere auf die, die Frau Kollegin Renner Ihnen jetzt stellt. Es beginnt nämlich die Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Zeuge W. O., ich würde gerne noch mal bei Ihrer Verwendung bleiben. Von wann bis wann waren Sie in Bad Aibling?

Zeuge W. O.: Von 2005, August 2005, bis heute.

Martina Renner (DIE LINKE): Und Sie sind Sachbearbeiter?

Zeuge W. O.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Immer in derselben Abteilung?

Zeuge W. O.: Immer in der TA, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Immer in der TA. Gut. - Mich würde interessieren: Warum wurde



Nur zur dienstlichen Verwendung

denn bei den Selektoren keine Überprüfung jenseits der E-Mails vorgenommen?

Zeuge W. O.: Es wurden auch Überprüfungen der Telefonnummern vorgenommen.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, die Telefonnummern wurden nach G 10 -

Zeuge W. O.: Selbstverständlich.

Martina Renner (DIE LINKE): - und nach anderen Kriterien auch - -

Zeuge W. O.: 2013 auch nach EU.

Martina Renner (DIE LINKE): Und dann gibt es aber noch viele andere Dinge: Geräte, Kennziffern, Messenger-Systeme, Skype. Wir sind ja jetzt in der - - Ab 2011 reden wir ja über andere Formen von Kommunikationsmerkmalen jenseits von E-Mails und Telefon.

Zeuge W. O.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Was ist mit denen?

Zeuge W. O.: Also kann ich nicht überprüfen.

Martina Renner (DIE LINKE): Deswegen wurden sie nicht überprüft, weil man sie nicht überprüfen kann.

Zeuge W. O.: Wir haben ja nur die Daten rausgezogen und haben sie dann nach München geschickt zum Überprüfen. Was da dann passiert ist - - Wir haben ja nur das zurückgekriegt, was wir rauszunehmen haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wie will man dann ausschließen, dass unter diesen Kommunikationsmerkmalen nicht G-10-Grundrechtsträger/-innen sind?

Zeuge W. O.: Müssten Sie die entsprechende Person fragen, die die Prüfung vornimmt, in der Zentrale.

Martina Renner (DIE LINKE): Diese Selektoren werden in der Zentrale geprüft.

Zeuge W. O.: Richtig.

Martina Renner (DIE LINKE): Alle?

Zeuge W. O.: Alle Selektoren, ja, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): In Bad Aibling hat man nur die E-Mails geprüft.

Zeuge W. O.: Nein, wir prüfen nichts. Wir ziehen nur aus der Datenbank die Adressen raus, schicken die nach München zum Prüfen und kriegen ein Ergebnis zurück mit dem, was wir abzulehnen haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber Sie haben ja mal eine Prüfung vorgenommen.

Zeuge W. O.: 2013, auf Anweisung meines Dienststellenleiters.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Und da war die Anweisung auch genau darauf nur gerichtet, die E-Mails zu überprüfen.

Zeuge W. O.: Genau. Und Telefonnummern. Genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Bei den E-Mails würde mich noch interessieren: Sind das E-Mails, die zu einer Person gehören, oder können auch E-Mails zu einer Institution gehören?

Zeuge W. O.: Sowohl als auch.

Martina Renner (DIE LINKE): Können sich hinter der Institution auch mehrere Personen verbergen?

Zeuge W. O.: Das weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie es ausschließen?

Zeuge W. O.: Nein, ausschließen kann ich es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist Ihnen so ein Fall bekannt, wo eine Institution in den E-Mails aufgefunden wurde, und keine Person?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. O.: Hätte ich kein Beispiel, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Diese Selektoren, die in Bad Aibling eingesetzt werden, werden die lediglich bei den Daten zur Verwendung gebracht, die vom Satelliten stammen?

Zeuge W. O.: Im Augenblick ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wie war das im Zeitverlauf ab 2005 bis heute?

Zeuge W. O.: Es wurde dann auch mal für einen anderen Ansatz eingesetzt.

Martina Renner (DIE LINKE): Da reden wir über „Eikonol“, oder? Waren es dieselben Selektoren, die bei „Eikonol“ eingesetzt wurden, wie bei der Satellitenerfassung?

Zeuge W. O.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Prüfung zu den Selektoren für die Operation „Eikonol“, fand die in Pullach statt oder in Bad Aibling?

Zeuge W. O.: Es wurde immer nur in Pullach geprüft. Es ist immer das gleiche Verfahren: Wir ziehen die Daten aus der Datenbank, schicken sie nach Pullach, die prüfen und schicken uns zurück, was wir aus der Datenbank zu entfernen haben bzw. abzulehnen haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Als die Daten aus der Datenbank an Dr. T. übergeben wurden für die Prüfung in 2013, waren das sämtliche Daten in der Datenbank oder nur ein Ausschnitt?

Zeuge W. O.: Ich denke, er hat alle gekriegt. Weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, wer hat die ihm gegeben? Sie haben ja vorhin gesagt: Die hat er sich entweder geholt oder die wurden übermittelt oder - -

Zeuge W. O.: Ich weiß nicht, wie er es gekriegt hat. Ich weiß auch nicht, welchen Umfang die hatte.

Martina Renner (DIE LINKE): Vorhin haben Sie, glaube ich, gesagt, Sie haben die Daten ihm gegeben.

Zeuge W. O.: Ja, aber ich weiß nicht, was drin war.

Martina Renner (DIE LINKE): Ah, aber wenn ich jemandem Daten gebe, weiß ich ungefähr, was es ist. Also, was heißt jetzt „Auszug“? Hat er einen Auszug gehabt, oder hat er alle Selektoren gehabt?

Zeuge W. O.: Ich weiß nicht, was er gekriegt hat. Ich habe nur - - Ich habe ihm einen Auszug - ich weiß nicht, wie ich es sagen soll - -

Martina Renner (DIE LINKE): Einen Teil der Selektoren - -

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat er alle Selektoren bekommen?)

- Alle Selektoren oder einen Teil der Selektoren?

Zeuge W. O.: Also, ich denke, er hat alle bekommen; aber ich weiß es nicht mehr, was er damals bekommen hat.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also!)

Martina Renner (DIE LINKE): Also - -

Zeuge W. O.: Ich habe nicht überprüft, was er gekriegt hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Dann machen wir es jetzt mal ganz plastisch. Also, das müssen wir uns jetzt vorstellen: Herr Dr. T. kommt und sagt: Ich möchte gerne die Selektoren überprüfen. - Und was passiert dann?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt meldet sich der Herr Wolff aus irgendeinem Grund. Herr Wolff.



Nur zur dienstlichen Verwendung

RD Philipp Wolff (BK): Zu Einzelheiten der Prüfung, gerade in 2013 und auch davor, kann der Zeuge in nichtöffentlicher Sitzung Angaben machen, und dann wird er auch Angaben machen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn die Selektoren in Bad Aibling ankommen, gehen die - wie oft täglich? - nach Pullach?

Zeuge W. O.: Einmal wöchentlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Einmal wöchentlich?

Zeuge W. O.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und innerhalb dieser Woche sind sie nicht aktiv gestellt?

Zeuge W. O.: Richtig.

Martina Renner (DIE LINKE): Warum nur einmal wöchentlich? Ich habe immer gedacht, da geht es um Verhinderung von Terroranschlägen und Ähnliches, da werden tagesaktuell neue Dinge eingespielt, weil man festgestellt hat, Terrorist XY hat gerade in Pakistan sein Handy weggeworfen und sich eine neue Karte gekauft irgendwie. Und dann hat man eine Woche Zeit, irgendwie das nach Pullach zu schicken? Das erschließt sich mir wenig.

Zeuge W. O.: Es ist sehr viel Aufwand, diese Prüfung durchzuführen; deswegen hat man uns die Vorgaben gemacht, dass wir das nur einmal die Woche machen müssen.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Daten werden dann in welcher Form nach Pullach geschickt?

RD Philipp Wolff (BK): Also, auch zu Einzelheiten bitte in nichtöffentlicher Sitzung. Auch wenn man jetzt wirklich in - - Jetzt geht es wirklich in die Details, wie das genau geprüft wird. Das bitte in nichtöffentlicher Sitzung; da wird er was sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Da Sie ja schon 2005 in Bad Aibling waren: Haben Sie Erinnerung daran, wie es dazu kam, dass die

Selektoren „EADS“ und „Eurocopter“ aufgefallen sind?

Zeuge W. O.: Ich weiß nicht, warum die aufgefallen sind. Vielleicht bin ich darüber gestolpert. Ich weiß, dass ich damals eine Mail geschrieben habe an den Leiter oder an 20A, an die - - G-10-Referat mit den Selektoren, die ich eben gefunden hatte.

RD Philipp Wolff (BK): Auch dazu wird der Zeuge in nichtöffentlicher Sitzung dann was sagen. Die Unterlagen sind alle eingestuft, wenn es um Dienst... (akustisch unverständlich) geht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Dann frage ich eben nicht mehr danach, sondern: Können Sie sagen, mit wem Sie zu diesem Vorgang damals kommuniziert haben?

(RA Johannes Eisenberg:
Nein!)

- Ja, das dürfte er sagen dürfen.

Zeuge W. O.: Dr. K.

Martina Renner (DIE LINKE): Dr. K.?

Zeuge W. O.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Mit anderen Personen nicht?

Zeuge W. O.: Nicht dass ich wüsste. Also, ich weiß, dass ich diese Mail an Dr. K. geschrieben habe.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das U. K.?)

Martina Renner (DIE LINKE): U. K. - oder wer?

(Zuruf des Abg. Christian
Flisek (SPD))

- Die Frage von Herrn Flisek würde ich gerne stellen: Wer ist Dr. K.?



Nur zur dienstlichen Verwendung

(RA Johannes Eisenberg: Da müssen Sie die Bundesregierung befragen! Der Zeuge darf da keine Namen nennen!)

- Ach, jetzt geht's ja los hier. Also, wir reden - -

RD Philipp Wolff (BK): Auch hier weise ich darauf hin: Sie stellen ihm immer Fragen - - Aber ich gehe davon aus, dass sich das jetzt auf eingestufte Unterlagen bezieht.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, ich beziehe mich auf seine Antwort. Er hat gesagt,

(RA Johannes Eisenberg: Eben, die hat es nicht weiter ausgeführt!)

er hat es Herrn Dr. K. geschickt. Also, zu Kürzeln haben wir ja in der Vergangenheit hier auch gesprochen.

RD Philipp Wolff (BK): Ja, Frau Renner, aber dem liegt -

Martina Renner (DIE LINKE): Ich meine, wir sind schon gezwungen, hier dieses M&M-Spiel zu machen.

RD Philipp Wolff (BK): - ja Kommunikation zugrunde.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, ich mache jetzt mal hier von diesem Prioritätenknopf Gebrauch. Es hilft immer, wenn einer redet und die anderen zuhören. Frau Renner hat eine Frage gestellt, Herr Wolff möchte dazu entgegenen. „Wer ist Dr. K.?“, war, glaube ich, die Frage. Ist das - -

Martina Renner (DIE LINKE): Seine Funktion möchte ich wissen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil wir ja mehrere K.s mit Nachnamen haben inzwischen.

RD Philipp Wolff (BK): Ich wollte darauf hinweisen, dass dem Kommunikation in Akten zugrunde liegt, die eingestuft sind. Wenn Sie ihn nur, natürlich, fragen, mit wem er kommuniziert

hat, da habe ich kein Problem mit. Aber ich habe gedacht, es geht jetzt auf die Inhalte, und da habe ich ein Problem mit. - Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein. Nur die Person soll zugeordnet werden.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe nach der Funktion - - Meine Frage „Wer ist Dr. K.“ bezog sich nicht darauf, dass ich sein Freizeitverhalten wissen möchte, sondern ich würde gerne seine Funktion innerhalb des BNDs erfahren.

Zeuge W. O.: Er war Referent bei 20AD.

Martina Renner (DIE LINKE): 20AB?

Zeuge W. O.: 20AD.

Martina Renner (DIE LINKE): AD.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und der hat den Vornamen U.?

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Alles klar. Danke.

Martina Renner (DIE LINKE): Mutig, Herr Vorsitzender! U. K., gut, das war die Person, die dann in solchen Fällen zu informieren war? Ich frage jetzt nach der Funktion.

Zeuge W. O.: Das war die Stelle, die für G 10 zuständig war.

Martina Renner (DIE LINKE): Und normalerweise hat man Sie zu G-10-Verstößen informiert?

Zeuge W. O.: Ja. - Aber ich denke, ich war unsicher, ob EA- - ob die beiden Firmen -

(Martina Renner (DIE LINKE): Die mit „E“ beginnen!)

- ja - G-10-geschützt waren oder nicht. Deswegen habe ich ihn entsprechend informiert.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Jetzt müssten wir an die nächste Fraktion übergeben.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - In der ersten Fragerunde kommt als nächstes die Fraktion der SPD dran, Herr Kollege Flisek mit den Fragen.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, Sie haben gerade gesagt, Sie haben sich also mit Herrn Dr. W. - - U. K. darüber auseinandergesetzt.

Zeuge W. O.: W. U. K.?

Christian Flisek (SPD): U. K.

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ja. Es ist alles sehr verwirrend mit diesen Kürzeln. - Wo saß der: in Bad Aibling oder in Pullach?

Zeuge W. O.: In Pullach.

Christian Flisek (SPD): Was hat der für eine Aufgabe gehabt?

Zeuge W. O.: War damals G-10-Jurist.

Christian Flisek (SPD): G-10-Jurist? - Okay. Und über was haben Sie mit dem gesprochen?

Zeuge W. O.: Über alle Fragen, die ich hatte bezüglich G 10.

Christian Flisek (SPD): Nur G 10?

Zeuge W. O.: G 10, ja.

Christian Flisek (SPD): Mit dem haben Sie nicht über EU geredet?

Zeuge W. O.: Nein, war damals nie ein Thema.

Christian Flisek (SPD): Auch nicht anlässlich der Sonderprüfung 2013?

Zeuge W. O.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Also, das war sozusagen eher Ihre Hotline, wenn man so will, für alle Fragen, die da aufgetaucht sind?

Zeuge W. O.: Genau: Wenn es Unklarheiten gab bezüglich G 10, hat man entsprechend ihn angerufen.

Christian Flisek (SPD): Können Sie mal ein Beispiel nennen für eine typische Unklarheit?

Zeuge W. O.: Wenn irgendwo ein Bearbeiter zu mir kam und sagte: „Ich hab hier was, ich bin mir unschlüssig, ob es G 10 ist oder nicht. Was soll ich damit machen?“, und ich ihm auch keine Antwort geben konnte, haben wir entsprechend den Herrn K. informiert.

Christian Flisek (SPD): Können Sie mal ein typisches Beispiel nennen?

Zeuge W. O.: Müsste ich jetzt - -

Christian Flisek (SPD): Kann ja abstrakt genug sein.

Zeuge W. O.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Können Sie sich ja eins ausdenken, also ein typisches - nicht fiktives - Beispiel, damit wir mal einen Begriff bekommen.

Zeuge W. O.: Wenn sich zwei ausländische Teilnehmer in einer E-Mail im Inhalt über eine deutsche Firma unterhalten.

Christian Flisek (SPD): Aha. Zwei ausländische Teilnehmer, die sich im Inhalt über eine deutsche Firma unterhalten, und dann wurde das - -

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Aha, ist interessant; da kommen wir vielleicht noch mal drauf zurück.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jetzt habe ich mal eine Frage, und zwar: Sie haben gesagt, Sie kriegen da mehrfach täglich die Lieferung, sammeln das, schicken das einmal die Woche dann zur Prüfung. Kommt das dann auch einmal in der Woche wieder zurück alles?

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ist das die einzige Aufgabe, die Sie wahrnehmen?

Zeuge W. O.: Nein, ich habe noch andere. Ich bin auch für - -

Christian Flisek (SPD): Okay. Wie viel Prozent Ihrer Stelle ist durch diese Tätigkeit in Anspruch genommen?

Zeuge W. O.: 10 Prozent.

Christian Flisek (SPD): 10 Prozent?

Zeuge W. O.: Circa, ja.

Christian Flisek (SPD): Okay. Also Sie haben ansonsten 90 Prozent andere Aufgaben?

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Haben die irgendwas mit unserem Untersuchungsauftrag zu tun, die 90 Prozent anderen Aufgaben?

Zeuge W. O.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Gar nicht?

Zeuge W. O.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Okay. Also, das bestätigt ja auch meinen Eindruck, dass das jetzt sehr übersichtlich war. Jetzt noch mal zu der Situation der Sonderprüfung 2013: Also, vorher ist auf G 10 geprüft worden - ja? -, da gab es U. K., hat man ihn gefragt, wenn es Probleme gab. Dann fing das an mit der EU. Warum 2013?

Zeuge W. O.: Weiß ich nicht. Ich habe 2013 die mündliche Anweisung vom Dienststellenleiter bekommen; da habe ich dies umgesetzt.

Christian Flisek (SPD): Wann genau in 2013?

Zeuge W. O.: August 2013.

Christian Flisek (SPD): Könnte das was, vielleicht, mit den Snowden-Veröffentlichungen zu tun haben?

Zeuge W. O.: Weiß ich nicht, wäre eine Mutmaßung.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie sich darüber Gedanken gemacht?

Zeuge W. O.: Eigentlich auch nicht. Nachdem er mich angewiesen hat, ich soll das prüfen, habe ich das umgesetzt.

Christian Flisek (SPD): Na ja, aber das ist natürlich jetzt komisch - nicht? -: Die ganze Zeit nur G 10 und jetzt auf einmal plötzlich EU.

Zeuge W. O.: Ich habe öfters von ihm Sonderaufträge bekommen. Das ist nichts Ungewöhnliches gewesen.

Christian Flisek (SPD): Okay. Und wie war das? Gab es da ein Telefonat, eine schriftliche Anweisung?

Zeuge W. O.: Das war mündlich in seinem Büro.

Christian Flisek (SPD): Mündlich in seinem Büro? Also er hat gesagt: „Kommen Sie her!“, -

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): - und da sind Sie hingegangen? Und was hat er Ihnen da so sinngemäß gesagt?

Zeuge W. O.: Schau doch mal in das Profil von unserem Partner, was da an Regierungsadressen der EU drinsteht! - So sinngemäß.

Christian Flisek (SPD): Sinngemäß, genau. - Und hat er dann gesagt: „Schauen Sie sich mal alles an!“, oder: „Machen Sie mal eine Stichprobe!“? Und hat er Ihnen gesagt: „Dafür haben Sie jetzt



Nur zur dienstlichen Verwendung

nur einen Tag“, oder: „zwei Stunden“, oder: „zwei Wochen“?

Zeuge W. O.: Zeitliche Vorgabe hat er mir keine gemacht. Er hat bloß mal gesagt: Such dir die EU-Länder raus und prüf mal!

Christian Flisek (SPD): Und prüf mal, -

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): - was du findest? Das gesamte Profil?

Zeuge W. O.: Genau.

RD Philipp Wolff (BK): Zu Einzelheiten der Prüfung, -

Christian Flisek (SPD): Ja, ja.

RD Philipp Wolff (BK): - weise ich dazu noch mal darauf hin - -

Christian Flisek (SPD): Sind wir ja gar nicht. - War das damals eine stressige Zeit? - Nein, oder?

Zeuge W. O.: Kann ich nichts sagen, weiß ich nicht mehr.

Christian Flisek (SPD): Na ja, gut, es gab halt diese Snowden-Veröffentlichungen. Ich denke mal, dass man sich ja zumindest irgendwie im BND auch darüber den einen oder anderen Gedanken gemacht hat. - Scheinbar nicht.

Zeuge W. O.: Ich bin nicht „der BND“.

Christian Flisek (SPD): Nein, Sie sind aber ein wichtiger Mitarbeiter des BND, zumindest für unseren Untersuchungsgegenstand. - Keine Gedanken gemacht? Hat man nicht mal darüber gesprochen irgendwo mit den Mitarbeitern, mit den Kollegen: „Mensch, wir sitzen hier in Bad Aibling, jetzt geht das wieder los wahrscheinlich. Jetzt kommen richtig stressige Zeiten. Jetzt müssen wir wahrscheinlich alles noch mal hier - - Nichts?“

Zeuge W. O.: Man hat es in der Presse verfolgt, was wieder Neues rauskam.

Christian Flisek (SPD): Ich kann mir das überhaupt nicht vorstellen. Also, man geht doch gemeinsam essen, Mittag oder irgendwie so - nicht? -, soziale Kontakte. Ich frage deswegen - - Ich will halt wissen, was passiert ist, Herr Eisenberg.

(Zuruf von RA Johannes Eisenberg)

Ich glaube, dass es für uns ganz interessant ist, ob das jetzt einfach hier - - ob das eine mehr oder weniger funktionierende Befehlsmaschine ist oder ob man tatsächlich einfach mal sich zusammensetzt und sagt, ganz menschlich - -

(RA Johannes Eisenberg: Befehlsempfänger essen auch zu Mittag! - Heiterkeit)

- Na ja, hoffe ich.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur Eisenberg nicht! - Heiterkeit)

- Nein, also ernsthaft jetzt: Ist da nie irgendwo mal in der Zeit darüber gesprochen worden?

Zeuge W. O.: Man hat sich unterhalten, was jetzt in der Presse wieder veröffentlicht worden ist; aber das war es auch.

Christian Flisek (SPD): So. Und was gab es da für einen Eindruck? Gab es jetzt Befürchtungen, dass mehr Arbeit kommt, dass vielleicht jetzt irgendwo wieder - -

Zeuge W. O.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Nein. - Und dass dieser Auftrag eventuell in diesem Zusammenhang stand?

Zeuge W. O.: Müsste ich mutmaßen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Na ja, sollen Sie ja nicht. - Dass man auf der Grundlage von G 10 so genau war, ich meine, das ist ja sozusagen die Situation, wie sie rechtlich jetzt sich darstellt. Dann gibt es aber diese berühmten deutschen Interessen.

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Was können Sie mir denn dazu sagen? Wie ist das denn in der Zeit vor der Sonderprüfung - - Wie hat das denn eine Berücksichtigung gefunden?

Zeuge W. O.: Wir haben in Bad Aibling nicht geprüft, wir haben das nach München gegeben zum Prüfen, und die haben uns gesagt - - Was jetzt da genau getroffen hat, haben wir nie hinterfragt.

Christian Flisek (SPD): Sie haben aber immer mal was zurückbekommen.

Zeuge W. O.: Richtig, ja.

Christian Flisek (SPD): So. Dann haben Sie natürlich vielleicht auch erkennen können, was die Kollegen und Kolleginnen von der Prüfung in Pullach zurückweisen und was nicht. Und da gibt es doch mal - - Also, man guckt sich das doch an.

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Dann erkennt man doch da irgendwie so ein Muster mal. Und dann denkt man sich: Ja, - - Meine Frage ist: Haben denn jenseits von G 10 deutsche Interessen tatsächlich auch schon vor der Sonderprüfung eine Rolle gespielt?

Zeuge W. O.: Also, es gab Treffer auf deutsche Interessen, weil natürlich im Firmennamen dann auch mal eine deutsche Firma aufgetaucht ist, die vielleicht aber jetzt gar nicht betroffen war.

Christian Flisek (SPD): Aber das wäre doch G 10.

Zeuge W. O.: Nicht unbedingt.

Christian Flisek (SPD): Wieso?

Zeuge W. O.: Wenn in der Deutung eines Telekommunikationsmerkmals drinsteht: Ist in Verbindung mit Firma Siemens in irgendwo.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Funktionsträgertheorie!)

Christian Flisek (SPD): Funktionsträgertheorie.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ist das so?)

- Wie ist das denn: „Firma Siemens in irgendwo“?

Zeuge W. O.: Nein. Ich habe nicht gesagt: „Firma Siemens in irgendwo“, ich habe gesagt: Dieses Merkmal ist in Verbindung mit der Firma Siemens.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge W. O.: Ja. Dann war dieses Merkmal ja für uns eigentlich kein G 10; aber nachdem in der Deutung „Siemens“ eben stand, wurde es rausgenommen.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Das wird Siemens sehr lustig finden!)

Christian Flisek (SPD): Also zum Beispiel diese zwei Ausländer, die miteinander kommunizieren und „Siemens“ sagen.

Zeuge W. O.: Ja.

(Heiterkeit des Abg.
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Christian Flisek (SPD): Okay. - Eine andere Frage: Dass man nie irgendwie die EU früher mal in Bezug auf deutsche Interessen ernster dann



Nur zur dienstlichen Verwendung

mal aussortiert hat, liegt das vielleicht daran, dass es dafür keine vernünftigen rechtlichen Regelungen gab, also nicht so wie bei G 10?

Zeuge W. O.: Ob das nicht gemacht wurde, weiß ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Ich vermute das halt. Ich vermute das sehr stark.

Vielleicht sagen Sie mir noch mal: Also, diesen Auftrag konkret, den haben Sie erhalten von Ihrem - -

Zeuge W. O.: Von meinem Dienststellenleiter.

Christian Flisek (SPD): Das ist der - -

Zeuge W. O.: R. U.

Christian Flisek (SPD): R. U. - Mündlich in seinem Büro?

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und er hat gesagt, das gesamte Profil sich anzuschauen?

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Hat er gesagt, was jetzt der Grund von seiner Seite noch mal war, warum er das macht?

Zeuge W. O.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Nicht.

Zeuge W. O.: Er hat mir nur gesagt, ich habe das umzusetzen.

Christian Flisek (SPD): Und zum Dr. T. hatten Sie während der Sonderprüfung Kontakt oder vorher?

Zeuge W. O.: Vorher.

Christian Flisek (SPD): Nachher nicht?

Zeuge W. O.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Hat Ihnen der R. U. irgend Material an die Hand gegeben?

Zeuge W. O.: Nein, meines Wissens nicht.

Christian Flisek (SPD): Ich habe das jetzt gerade nicht verstanden.

Zeuge W. O.: Nein, nein, meines Wissens nicht.

Christian Flisek (SPD): Nein.

Zeuge W. O.: Also, ich kann mich nicht erinnern, dass er mir irgendwelche Unterlagen gegeben hätte. Das war dieser mündliche Auftrag.

Christian Flisek (SPD): Und er hat wirklich gesagt: „Legen Sie einfach mal los!“? Wie lange haben Sie denn dafür gebraucht?

Zeuge W. O.: Für eine erste Einschätzung ein paar Stunden, paar Tage oder einen Tag.

Christian Flisek (SPD): Was jetzt: Stunden, mehrere Tage, einen Tag?

Zeuge W. O.: Einen Tag.

Christian Flisek (SPD): Was hatten Sie dann zusammen?

Zeuge W. O.: Also, beim ersten Mal habe ich eigentlich nur auf - -

RD Philipp Wolff (BK): Also, zu den Einzelheiten, wie gesagt, -

Christian Flisek (SPD): Ja.

RD Philipp Wolff (BK): - bitte in der nichtöffentlichen Sitzung, gerade wenn es jetzt - -

Christian Flisek (SPD): Also einen Tag. Und dann sind Sie anschließend wieder zum R. U. hin?

Zeuge W. O.: Ich habe ihm eine Mail geschickt mit dem Ergebnis, was ich gefunden hatte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): So. Und was hat er dann gesagt?

Zeuge W. O.: Ich soll es rausnehmen.

Christian Flisek (SPD): Löschen?

Zeuge W. O.: Das war die Antwort, ja.

Christian Flisek (SPD): So. Das haben Sie dann gemacht?

Zeuge W. O.: Ich habe sie auf inaktiv gestellt; löschen ist nicht möglich bei uns.

Christian Flisek (SPD): Ja. - Und haben Sie dann - - War das dann damit erledigt? Hatten Sie denn zumindest den Eindruck, dass Sie - - Haben Sie tatsächlich das gesamte Profil durchgesehen gehabt?

Zeuge W. O.: Wir haben in dem Profil nach speziellen Endungen gesucht. Wir haben nicht das gesamte Profil manuell durchsucht, sondern wir haben einfach mal nach - - über eine Filterfunktion nach Endungen gesucht.

Christian Flisek (SPD): Also eine Stichprobe nach ganz bestimmten Kriterien.

Zeuge W. O.: Richtig.

Christian Flisek (SPD): Wer hat die denn - - Wer hat diese Endungen denn ausgewählt? Sie?

Zeuge W. O.: Die habe ich ausgewählt, ja.

Christian Flisek (SPD): Da haben Sie auch keine Vorgaben gehabt?

Zeuge W. O.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Und auch keine vom Dr. T. oder sonst irgendwas?

Zeuge W. O.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Aha. - Das war Ihr freies Ermessen?

Zeuge W. O.: Ich habe ihn dann darüber informiert, was ich gefunden hatte.

Christian Flisek (SPD): Nein, bei der Auswahl der Kriterien: Das war Ihr freies Ermessen?

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Da hat auch der R. U. keine Vorgabe gemacht?

Zeuge W. O.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Ist interessant. Und dann sind Sie nach einem Tag zu ihm hin, dann kam das, dann war die Sache erledigt?

Zeuge W. O.: Ich habe - - Per E-Mail habe ich ihn informiert.

Christian Flisek (SPD): Ja, ja. Dann war das erledigt?

Zeuge W. O.: Nein, ich habe da noch weitergearbeitet: Ich habe dann versucht, das Profil zu verfeinern. Das war die erste Prüfung, der eine Tag.

Christian Flisek (SPD): Ja, okay. Verfeinerung, erzählen Sie uns darüber mal was?

Zeuge W. O.: Da hat man im Internet recherchiert, was es sonst noch für Endungen gibt.

RD Philipp Wolff (BK): Also, zu den Details der Prüfung bitte ich wirklich, den Zeugen - - Es wird immer - -

Christian Flisek (SPD): Ja, okay. Okay, okay. - Gut, dann habe ich jetzt eine andere Frage. Das war im Sommer 2013. Dann kam der März 2014, dann stand wieder in den Zeitungen - vielleicht hat man sich darüber unterhalten im BND; ich weiß es nicht -: Im Bundestag konstituiert sich ein Untersuchungsausschuss zum Thema NSA, und da gibt es einen ganz berühmten zweiten Teil, der beschäftigt sich mit der Frage: Was haben die deutschen Geheimdienste, namentlich der BND, sozusagen für einen Beitrag geleistet bei dem Ganzen? Das ist ja das hier. Was haben Sie



Nur zur dienstlichen Verwendung

sich denn in Bezug auf die Ergebnisse von 2013 im August gedacht im März/April 2014?

Zeuge W. O.: Ich war mir dessen nicht mehr gewahr, dass das passiert ist. Ich habe das gemacht, und das war abgeschlossen für mich.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie nicht irgendwie mal einen Moment gedacht: „Ah, jetzt wird mein Ergebnis sicherlich auch eine Rolle spielen“?

Zeuge W. O.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Und da haben Sie auch nie mehr wieder irgendwo mal mit dem R. U. darüber gesprochen?

Zeuge W. O.: Nicht, dass ich mich erinnere, nein.

Christian Flisek (SPD): Und der R. U. hat das auch nicht von seiner Seite mal irgend- - Wie oft reden Sie mit dem?

Zeuge W. O.: Sporadisch.

Christian Flisek (SPD): Sporadisch.

Zeuge W. O.: Nicht häufig.

Christian Flisek (SPD): Nicht häufig. Also man sieht sich nicht?

Zeuge W. O.: Man sieht sich mal über den Hof laufen; aber man spricht eigentlich selten miteinander.

(Zuruf: Need to know!)

Christian Flisek (SPD): Das heißt, im Frühjahr 2014 und fortfolgende, als es dann losging mit Bad Aibling ja auch - - Also, der R. U., der war ja jetzt schon zweimal hier. Er war dann einmal schon mal hier - - Verfolgt man das, wenn der dann hier aufläuft? Schon, nicht?

Zeuge W. O.: Sicherlich liest man den Blog mit, ja.

Christian Flisek (SPD): Und selbst da haben Sie nicht eine Sekunde daran gedacht: „Damals habe ich EU prüfen müssen, da waren Suchbegriffe aktiv, scharfgestellt, die mussten gelöscht, herausgenommen werden, könnte eine Rolle spielen“? Keine Sekunde?

Zeuge W. O.: Nein. Das war damals abgeschlossen.

Christian Flisek (SPD): Schien so, dass das abgeschlossen war. - Momentan habe ich keine weiteren Fragen. Wir können gleich mal weitermachen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Wenn die Fraktion insgesamt keine Fragen mehr hat, kommen wir zur nächsten Fraktion, nämlich zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Der Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr W. O., warum wurden die Prüfungen dieser Selektoren eigentlich nicht in Bad Aibling gemacht?

Zeuge W. O.: Das war ein System, das war bei uns nicht vorhanden: Die wurden mit DAFIS geprüft, automatisiert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber ist das nicht irgendwie tierisch umständlich: Sie bekommen diese Equations, dann schicken Sie das zuerst nach München und dann kriegen Sie das wieder zurück. Das kostet doch alles Zeit und so. - Ich frage Sie mal anders: Hat vielleicht Pullach Bad Aibling misstraut in Hinblick auf den Einsatz der Selektoren?

Zeuge W. O.: Ich weiß nicht, ob uns Pullach misstraut hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurde auch nie diskutiert?

Zeuge W. O.: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatten Sie ein Gefühl? - Jetzt sagt Eisenberg wieder: Gefühle spielen keine Rolle.

(RA Johannes Eisenberg:
Beim Mittagessen wahrscheinlich! - Heiterkeit)

- Ja, beim Mittagessen. Befehlsempfänger haben auch beim Mittagessen Gefühle, Herr Eisenberg, ja.

Also, bei der Prüfung 2013: Kann es sein, dass Sie diesen Auftrag Ihres Chefs bekommen haben, weil man mit Erschrecken in Bad Aibling festgestellt hat, dass Pullach das prüft? War vielleicht so eine Stimmung im Raum: „Um Gottes willen, die prüfen unsere Selektoren. Bitte, lieber W. O. - Eisenberg, hören Sie mal auf, Ihren Zeugen zu beeinflussen, *meinen* Zeugen zu beeinflussen! - War da irgendwie so eine Stimmung: „Da müssen wir jetzt vorweggreifen, bevor die da um Gottes willen rumwühlen in dem Kram“?

Zeuge W. O.: Ich kenne die Motivation meines Dienststellenleiters nicht, warum er mir angetragen hatte, das zu machen. Ich weiß es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das denn ein Gedanke, mit dem Sie sich vertraut machen könnten? Ich bitte um -

Zeuge W. O.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - wahrheitsgemäße Beantwortung meiner Frage.

Zeuge W. O.: Ich weiß es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha, Sie wissen das nicht. - Hat denn Dr. T. dann Dinge geliefert, die über das, was Sie geprüft haben, hinausgingen? Das kam ja später.

Zeuge W. O.: Ich habe das Prüfergebnis vom Dr. T. nie gesehen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie können uns nicht sagen - obwohl Sie derjenige sind, der die Selektoren zur Prüfung an Herrn Dr. T. übergeben hat -, ob das alle Selektoren waren?

Zeuge W. O.: Ich habe nicht geprüft, was er gekriegt hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber Sie haben es doch übergeben.

Zeuge W. O.: Wir haben einen Auszug gemacht; aber ich habe jetzt nicht geprüft, ob in dem Auszug, den er ... (akustisch unverständlich) gekriegt hat, alles drin war.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann es denn sein, dass da nicht alles drin war?

Zeuge W. O.: Technisch, sicherlich, wäre es möglich gewesen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wieso denn das?

Zeuge W. O.: Wenn man irgendwie die Datenbank falsch abfragt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann es sein, dass Sie sie falsch abgefragt haben?

Zeuge W. O.: Möglicherweise; ich weiß es nicht mehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist aber ein gravierender Vorgang, und ich wüsste jetzt nicht, welchen Zeugen wir befragen sollten außer Ihnen, der uns diese Frage beantworten soll. Ich sage Ihnen, da gibt es Testate der Bundesregierung, die auf diesen Ergebnissen beruhen. Wenn jetzt hier rauskommt, dass überhaupt nicht sicher ist, dass Dr. T. das gesamte Profil überprüft hat, dann wirft das sehr gravierende Fragen auf.

Zeuge W. O.: Ich kann es Ihnen nicht mehr sagen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist krass. - Vor dem Jahr 2013: Haben deutsche Interessen irgendeine Rolle gespielt bei dem, was Sie gemacht haben? Nicht G 10, deutsche Interessen.

Zeuge W. O.: Bei dem, was ich gemacht habe? Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, es hätte sein können, dass österreichische Regierungsmitglieder, Schweizer Wirtschaftsunternehmen, italienische Automobilkonzerne, das alles im Auftragsprofil drin war, es hätte den BND nicht gekümmert?

Zeuge W. O.: Wir haben nur die Selektoren aus der Datenbank rausgezogen, haben die zur Prüfung gegeben und haben das Ergebnis, das wir zurückbekommen haben, eingepflegt. Mehr haben wir nicht gemacht. Ich kann Ihnen die Philosophie der Prüfung nicht erklären.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Sie können nicht sagen, dass auf europäische und deutsche Interessen - in Klammern: nicht G 10 - vor 2013 irgendwie Rücksicht genommen wurde?

Zeuge W. O.: Weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt kommen wir zu der G-10-Frage. Ich habe hier so einen Zettel, das sind die Selector Types. Meine Mitarbeiterin kann Ihnen eine Kopie geben.

(Eine Mitarbeiterin der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN übergibt dem
Zeugen ein Schriftstück)

Das kommt aus der Deutschlandakte Snowden, die der *Spiegel* veröffentlicht hat. Da sind verschiedene Selektoren drauf. Ich frage jetzt mal unabhängig von den Dingen - da sagt mir vieles nichts; aber deswegen wollte ich es ja auch mit Ihnen besprechen -: Ist es vorstellbar, dass einfach ein Name ein Selektor ist? Herr W. O., jetzt

erst mal unabhängig von der Liste: Ist es vorstellbar, dass ein Name ein Selektor ist?

Zeuge W. O.: Nichtöffentlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie bitte?

Zeuge W. O.: Nichtöffentlich würde ich dazu Stellung nehmen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie können mir nicht sagen, ob ein Name ein Selektor ist? Das ist ein Geheimnis, das das Staatswohl berührt? Herr Wolff, bitte!

RD Philipp Wolff (BK): Die genaue Selektorenzusammensetzung ist tatsächlich durchaus von großer Bedeutung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das glaube ich - aber auch für die Öffentlichkeit und für unsere Beurteilung des Agierens des BND.

RD Philipp Wolff (BK): Aber - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat lauter Selektoren genannt; dazu haben Sie nichts gesagt. Jetzt frage ich Sie: Das war ja alles total legitim. E-Mail-Nummern, darf er alles sagen, Telefonnummern, ganz brav G-10-geprüft.

RD Philipp Wolff (BK): Ich versuche nur - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wenn es jetzt um Namen geht, wo eine G-10-Prüfung sehr schwierig ist, da darf er plötzlich - - das ist dann Staatsgeheimnis? - Ich hoffe, Sie haben die Zeit angehalten.

RD Philipp Wolff (BK): Herr von Notz, ich versuche nur, von vornherein klarzumachen, dass das jetzt sehr ins Detail gehen kann. Vorhin hat er das technisch erklärt - das ist was anderes gewesen meines Erachtens - mit den Permutationen. Jetzt geht es wirklich darum: Was kann abgefragt werden?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

RD Philipp Wolff (BK): Das halte ich im Detail - - Wenn es sich jetzt auf den Namen beschränkt, würde ich sagen: Dazu kann er was sagen. - Aber wenn es jetzt immer weiter ins Detail geht, dann wird es nachrichtendienstlich von erheblicher Bedeutung, auch für ausländische Dienste, wie der BND so was aufbaut.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Wolff, wenn er hier darstellt, dass das alles ganz brav G-10-geprüft ist, und es könnte sein, dass Orte oder Namen, also Einwahlstationen oder Wortketten - „Schneemann“, keine Ahnung - -

(RA Johannes Eisenberg:
„Karotte“! - Heiterkeit)

- „Karotte“. Und was fällt Ihnen noch - - Und „Eisenberg“!

(RA Johannes Eisenberg:
Genau! - Heiterkeit)

Wenn ich das aneinanderreihe - weil da jetzt wieder ein Name dabei ist -, da interessiert mich einfach: Kann man das G-10-filtern? Oder ist es vielleicht einfach nicht filterbar? Dafür müsste ich aber wissen, ob es ein Selektor sein kann. Das ist doch eine Frage, bei der die Öffentlichkeit ein Recht hat auf eine Antwort.

RD Philipp Wolff (BK): *Sie* haben ein Recht auf Antwort, Herr von Notz. Wenn man das umfassend erfragt, lässt das letztlich tiefe Schlüsse auf die nachrichtendienstliche Methodik zu. Das ist etwas, was er in geheimer Sitzung sicher beantworten kann, und zwar vollumfassend, aber eben nicht in öffentlicher.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich würde sagen, das sind Kenntnisse, die jeder hat, der eine Staffel *Homeland* geguckt hat. Aber wenn Sie das hier zum Staatsgeheimnis machen wollen, bitte schön.

RD Philipp Wolff (BK): Also, ob in *Homeland*

(Zuruf: Das ist eine Topserie, ganz klar!)

die Sachen tatsächlich den Tatsachen entsprechen, halte ich für bedenklich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich sehe, es ist sinnlos. Aber es spricht ja vieles dafür, dass das ein Selektor sein kann. - Aber ich frage Sie jetzt mal zu den Dingen, die ich hier von Edward Snowden habe, der mit Informationen großzügiger ist als die Bundesregierung. Da sind einmal hier Cookies: Hotmail GUIDs, Google prefIDs, YahooBcookies, Twitter-Hash, ramblerRUID, FacebookMachine. Sind das Selektoren?

Zeuge W. O.: Nein, das sind keine Selektoren. Das sind Selektorentypen.

(Heiterkeit des Abg.
Christian Flisek (SPD))

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ein neuer Begriff, den hatten wir noch nicht. Was ist ein Selektortyp?

Zeuge W. O.: Eine E-Mail ist ein Selektortyp.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah. Dann frage ich mal: Einen Selektor des Selektortypen FacebookMachine, wie prüfen Sie den G 10?

Zeuge W. O.: Ich prüfe ihn gar nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie prüft ihn Pullach G 10?

Zeuge W. O.: Das weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie mal eine Rückmeldung bekommen: „Den FacebookMachine-Selektor, den nehmen wir nicht“?

Zeuge W. O.: Weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie keine Erinnerung?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. O.: Nein, weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann das daran liegen, dass man das nicht G-10-prüfen kann?

(RA Johannes Eisenberg
berät sich mit dem Zeugen)

- Ich stelle die Frage mal anders - das können Sie vielleicht beantworten -: Wie viel Prozent der Selektoren waren denn Telefonnummern und E-Mail-Adressen?

Zeuge W. O.: Habe ich nie ausgewertet, weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 5, 10, 50, 75 Prozent?

Zeuge W. O.: Möchte ich nicht - - Weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es kann also sein, dass es nur 5 Promille waren und dass 99,5 Prozent einfach Selektoren waren, die nicht G-10-gefiltert werden konnten?

Zeuge W. O.: Müsste ich mutmaßen, kann ich nicht sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber Sie können meiner These auch nicht widersprechen. Also es könnte so sein. Das ist ja interessant zu wissen. Haben Sie schon mal was vom Kontrollsystem gehört?

Zeuge W. O.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein? Hat es vielleicht mal eine Bereinigungsaktion der Selektoren gegeben in Hinblick auf das Jahr 2007/2008?

Zeuge W. O.: Nicht dass ich wüsste. Kann ich mich nicht erinnern.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren Sie nicht beteiligt?

Zeuge W. O.: Wenn es eine gegeben hat, war ich nicht beteiligt. Ich weiß es nicht mehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie können das nicht beantworten?

Zeuge W. O.: Nein, ich kann es nicht sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vertiefte Fragen müsste er gleich in der nächsten Fragerunde bei Bündnis 90/Die Grünen beantworten. Wir kämen nämlich jetzt zur nächsten Fraktion, der CDU/CSU. Es beginnt Kollege von Marschall.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, ich habe eine Frage noch mal eingehend auf den Beginn Ihres Statements. Sie haben dort ausgeführt, dass Sie - ich glaube, Sie haben so formuliert - Messenger-Dienste auch erkennen können, also dass Sie eine Erkennung von Messenger-Nachrichten, eine Zuordnung leisten können.

Zeuge W. O.: Zu Messenger-Diensten habe ich nichts ausgeführt.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Doch, doch. Sie haben schon den Hinweis gegeben, dass die sozusagen erkenntnisstechnisch identifiziert werden können.

Zeuge W. O.: Sicher, es gibt Selektoren dafür, ja.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Mir geht es einfach nur darum: Kann man eine Kommunikation, die über einen Messenger-Dienst geführt wird, sozusagen über die E-Mail-Adresse oder über die Telefonnummer der jeweiligen Kommunikationspartner sozusagen auch dann regional bzw. national zuordnen?

Zeuge W. O.: Das ist Erfassungstechnik, kann ich nichts sagen zu.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Also, Sie wissen es nicht, oder?

Zeuge W. O.: Ich weiß es nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Matern von Marschall (CDU/CSU): Also, Sie wissen nicht, ob man eine Nachricht aus Messenger-Diensten einem bestimmten Land zuordnen kann?

Zeuge W. O.: Weiß ich nicht.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Gut. Das wäre eigentlich meine Frage gewesen.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich habe nur noch ein paar ergänzende Nachfragen. Herr Zeuge, Sie hatten ja ausgeführt, Sie haben den Auftrag bekommen, die Überprüfung durchzuführen. Zum einen: Wer wusste denn noch davon, dass Sie diese Überprüfung durchführen? Haben Sie da mit jemandem darüber gesprochen, oder wussten das lediglich Sie?

Zeuge W. O.: Das wusste eigentlich nur ich. Möglicherweise habe ich auf dem Gang mal gesagt: Jetzt muss ich das auch noch machen. - Aber ansonsten - - Intensiv darüber gesprochen habe ich eigentlich mit niemandem.

Nina Warken (CDU/CSU): Und die Meldung Ihrer Ergebnisse haben Sie dann auch nur an R. U. gegeben, oder haben Sie noch jemand anderen über Ihre Ergebnisse informiert?

Zeuge W. O.: Nein, die habe ich nur dem Dienststellenleiter gegeben.

Nina Warken (CDU/CSU): Und wissen Sie, wen der dann wiederum informiert hat über die Ergebnisse?

Zeuge W. O.: Nein, weiß ich nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Konnten Sie dann im Anschluss an Ihre Prüfung - Sie hatten ja dann die Mail bekommen mit „Löschchen!“ -, konnten Sie dann irgendwelche Veränderungen - - stattfinden? Sind da Maßnahmen ergriffen worden, wurde vielleicht die Prüfung geändert, verbessert oder irgendwie so?

Zeuge W. O.: Habe ich nichts feststellen können.

Nina Warken (CDU/CSU): Gab es Änderungen im Ablauf?

Zeuge W. O.: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie haben schon von dem Auftrag gesprochen, den Sie bekommen haben. Wie genau war der denn? Sie haben gesagt, man hat Ihnen gesagt, Sie sollen mal nach „eu“ suchen. Und dann hat man es Ihnen selbst überlassen? Oder hat man Ihnen vielleicht auch konkrete Hinweise gegeben, zum Beispiel nach den Endungen „diplo“, „bundesamt“ und sonstigen Sachen zu suchen?

Zeuge W. O.: Nein. Es war nur der Auftrag, ich soll nach europäischen Regierungsadressen suchen.

Nina Warken (CDU/CSU): Und wie sind Sie da vorgegangen?

RD Philipp Wolff (BK): Zu den Details bitte in eingestufte Sitzung.

Nina Warken (CDU/CSU): Ihr Kontakt zu dem Dr. T., der war vor Beginn Ihrer eigenen Prüfung. - Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge W. O.: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Können Sie das ungefähr zeitlich einordnen?

Zeuge W. O.: Ich denke - - Nein. - Frühjahr.

Nina Warken (CDU/CSU): Früher?

Zeuge W. O.: Frühjahr.

Nina Warken (CDU/CSU): Frühjahr.

Zeuge W. O.: Frühjahr 2013.

Nina Warken (CDU/CSU): Frühjahr 2013?

Zeuge W. O.: Ja. Aber ist eine Mutmaßung. Ich denke mal, das ist - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. Aber gehen wir mal davon aus: Im Frühjahr 2013 hat Dr. T. sich an Sie gewandt und um Übermittlung dieser Datenbank gebeten für seine ... (akustisch unverständlich).

Zeuge W. O.: Der war bei uns vor Ort und hat sich das Ganze mal angeschaut. Im Zuge dessen wollte er dann eben einen Auszug aus dieser Datenbank haben.

Nina Warken (CDU/CSU): Haben Sie dann irgendwann auch Ergebnisse von seiner Prüfung mitbekommen?

Zeuge W. O.: Nein, ich nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Haben Sie dann danach noch mal Kontakt mit ihm gehabt?

Zeuge W. O.: In Bezug auf die Prüfung? Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Nein. - Gehen Sie davon aus, dass die Überprüfung des Dr. T. auch im Zusammenhang mit dem Auftrag an Sie stand, oder ist das - - Sind die Ergebnisse da irgendwie eingeflossen in den Auftrag an Sie?

Zeuge W. O.: Ich weiß nicht, was der Dr. T. geprüft hat. Wie gesagt, der Auftrag war, europäische Regierungsadressen zu suchen.

Nina Warken (CDU/CSU): Und Sie haben dann mit dem Dr. T. in keiner weiteren Art und Weise, als Sie geprüft haben, noch mal Kontakt gehabt, Rücksprache gehabt?

Zeuge W. O.: Nein. Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Dann noch eine Nachfrage zur Überprüfung der Selektoren. Da hatten Sie gesagt, die findet in Pullach statt und das ist schon immer so. Also, wir haben auch Zeugen gehabt, die gesagt haben, dass zwischen 2005 und 2008 die Prüfung in Bad Aibling stattgefunden habe.

Zeuge W. O.: Auf G 10, ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Bitte?

Zeuge W. O.: Auf G 10. Die Prüfung auf G 10: Von 2005 bis August 2008 fand sie bei uns statt, und ab 2008 wurde das dann nach Pullach verlagert.

Nina Warken (CDU/CSU): Was die G-10-Prüfung betrifft. Und sämtliche anderen Prüfungen finden auch in - -

Zeuge W. O.: Ab 2008 findet jede Prüfung in Pullach statt.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Im Moment wurde ja beim BND so eine Arbeitsgruppe eingerichtet, um diese ganzen Vorgänge, über die wir hier sprechen, zu untersuchen. Sind Sie Teil dieser Arbeitsgruppe?

Zeuge W. O.: Welche Arbeitsgruppe?

RD Philipp Wolff (BK): Der Zeuge kann Angaben machen. Ich weise nur darauf hin, dass es eigentlich nicht untersuchungsgegenständlich ist; dass wir das im Rahmen der Beratungssitzungen behandeln. Aber er kann Angaben machen.

Zeuge W. O.: Welche Arbeitsgruppe?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich glaube, er weiß gar nicht, welche Arbeitsgruppe gemeint ist; deswegen kann er wahrscheinlich keine Angaben machen.

Zeuge W. O.: Welche spezielle Arbeitsgruppe wurde eingerichtet?

Nina Warken (CDU/CSU): Dann hat sich, glaube ich, die Frage auch erledigt.

Zeuge W. O.: Ob ich bei der Datenschutzbeauftragten - - In der Arbeitsgruppe der Datenschutzbeauftragten bin ich nicht, nein. Die waren zwar bei mir vor Ort; aber ich selber bin nicht Mitglied dieser Gruppe.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. - Dann hat der Kollege Wendt noch eine Nachfrage.

Marian Wendt (CDU/CSU): Danke. - Eine Frage: Wie groß war in Ihrer Zeit zwischen 2005 bis



Nur zur dienstlichen Verwendung

2008 die Dienststelle in Bad Aibling? Wie viele BND-Mitarbeiter waren da nach Ihrem Wissen eingesetzt? - Circa: eher 20, eher 100?

Zeuge W. O.: Circa 100, schätze ich mal.

Marian Wendt (CDU/CSU): Circa 100?

Zeuge W. O.: Ja, circa 100.

Marian Wendt (CDU/CSU): Sie hatten eben gesagt, dass zwischen 2005 und 2008 die G-10-Prüfungen in Bad Aibling stattfanden, und Ihre Dienststelle oder Ihr Dienstposten konkret wurde ja speziell für G 10 geschaffen.

Zeuge W. O.: Ja.

Marian Wendt (CDU/CSU): Waren Sie bei dieser Prüfung anwesend, bei der G-10-Prüfung der Selektoren?

Zeuge W. O.: Zwischen 2005 und 2008?

Marian Wendt (CDU/CSU): Genau. Wurde ja in Bad Aibling gemacht.

Zeuge W. O.: Die habe ich selbst gemacht.

Marian Wendt (CDU/CSU): Da haben Sie selbst durchgeführt?

Zeuge W. O.: Ja.

Marian Wendt (CDU/CSU): Okay. - Können Sie vielleicht erläutern, nach welchen Grundsätzen, welchen Maßstäben Sie das geprüft haben?

(Zeuge W. O., an seinen Rechtsbeistand gewandt:
Darf ich das sagen? -
RA Johannes Eisenberg, an die Vertreter der Bundesregierung gewandt: Jetzt ist der Wolff weg! Darf er das sagen in öffentlicher Sitzung? - Gegenruf eines Vertreters der Bundesregierung: Die Details der Selektorenprüfung? Nichtöffentlich!)

- Gut. - Und aus Ihrer Meinung heraus: Wieso wurde das dann von Bad Aibling nach Pullach verlagert? War man mit der Qualität der Arbeit nicht zufrieden? Hatte das andere Ursachen? War der Partner vielleicht unzufrieden, weil Sie vielleicht zu streng - -

Zeuge W. O.: Es wurde die Masse zu groß; wir konnten es nicht mehr leisten.

Marian Wendt (CDU/CSU): Wie bitte?

Zeuge W. O.: Die Masse der Selektoren wurde zu groß; wir konnten es nicht mehr leisten.

Marian Wendt (CDU/CSU): Ich habe dann noch mal eine Frage bezüglich der Endungen. Sie haben ja die Liste. Sie hatten ja gesagt, im August 2013 wurden Sie von Ihrem Dienststellenleiter aufgefordert, die Selektoren der Partner zu überprüfen auf EU-Regierungen.

Zeuge W. O.: Ja.

Marian Wendt (CDU/CSU): Kennen Sie alle E-Mail-Endungen der Regierungen europaweit?

Zeuge W. O.: Nein.

Marian Wendt (CDU/CSU): Gab es da eine Liste oder wie geht man da vor? Haben Sie angefangen - - Sie haben das einfach gemacht, haben Sie gesagt. Haben Sie da gegoogelt und sich die Listen von Regierungsendungen erarbeitet? Oder gab es da Handbücher, wo so was steht? Also, das sind ja ganz praktische Fragen, allgemein, unabhängig von der Selektorenprüfung.

(RA Johannes Eisenberg:
Nichtöffentliche Sitzung!)

- Okay.

Dann noch mal der Unterschied - nur dass man von den Begriffen her klar war -, weil wir haben beim letzten Zeugen eine wunderbare Auflistung bekommen, auch eine Übersicht. Es geht uns ja grundsätzlich um die Informationen, mit denen eine Person kommuniziert. Wir wollen ja die Inhalte wissen, nicht nur die Telefonnummer,



Nur zur dienstlichen Verwendung

sondern was dahintersteckt, den Inhalt. Es geht uns ja ersterweise um die Person. Die hat verschiedene Merkmale, eine E-Mail, verschiedene Mails, verschiedene Telefone, verschiedene IP-Adressen und wo - - Und dann kann man das entsprechend - - gibt es zu jeder E-Mail-Adresse, jeder Telefonnummer ganz viele Selektoren; Sie hatten das ja aufgeführt, -

Zeuge W. O.: Ja.

Marian Wendt (CDU/CSU): - mit den Hexadezimalwerten, wie eine E-Mail-Adresse dargestellt werden kann. Worin besteht noch mal der Unterschied, aus technischer Sicht, zwischen einem Selektorentyp - - weil Sie sagten, dass ein Selektorentyp ein E-Mail ist. Was ich bisher weiß, ist es aber ein Merkmal. Ist ein Selektorentyp gleich ein Merkmal?

Zeuge W. O.: Es ist ein Merkmaltyp.

Marian Wendt (CDU/CSU): Okay, das ist ein Oberbegriff.

Zeuge W. O.: Ja.

Marian Wendt (CDU/CSU): Okay, also Selektoren; das nur noch mal zu meinem Verständnis.

Und haben Sie die Listen, die Sie vom Partner bekommen haben - - waren das komplette Datensätze mit Namen, also mit der entsprechenden Zielperson und mit mehreren Merkmalen und entsprechend mehreren Selektoren?

Zeuge W. O.: Nichtöffentlich darf ich dazu Stellung nehmen.

Marian Wendt (CDU/CSU): Und die Permutation von den Merkmalen haben Sie vorgenommen oder wurden die bereits mitgeliefert?

Zeuge W. O.: Die Permutationen werden mitgeliefert.

Marian Wendt (CDU/CSU): Okay. Aber Sie haben da nicht Hinweis gegeben: „Oder können Sie vielleicht noch die Permutation - - infrage kommen?“? Weil insbesondere im Deutschen gibt es

ja „ö“ und „i“ und „ei“, das ist ja - - Diese ganzen Umlaute gibt es ja im Amerikanischen nicht - - und auf Fehler hingewiesen entsprechend, also Verbesserungsvorschläge - -

Zeuge W. O.: Nein, die Permutationen werden im Profil mitgeliefert.

Marian Wendt (CDU/CSU): Okay, und die prüfen Sie nicht, die setzen Sie dann nur eins zu eins ein?

Zeuge W. O.: Genau.

Marian Wendt (CDU/CSU): Okay. Das waren meine Fragen. Danke.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Herr Zeuge, ich habe noch mal eine eher grundsätzliche Frage, und zwar geht es noch mal um - - Sie sind ja Selektorenexperte, Sie stellen das ein, Sie nehmen es raus. Welche Arten von Daten wurden denn mit diesen Selektoren gefiltert? Waren das Metadaten oder was? Oder welche Daten liefen denn da durch die Selektoren durch?

Zeuge W. O.: E-Mails, Voice-Erfassung oder Spracherfassung.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Also, gut, das, was wir vorhin hatten. Und aus welchen Erfassungsansätzen war das?

Zeuge W. O.: Das war aus den Ansätzen aus Bad Aibling, aus der Satellitenerfassung.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Aus Satellit.

Zeuge W. O.: Ja, genau.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Und haben Sie denn Kenntnis darüber, ob diese Selektoren dann a) bei der Operation „Eikonol“ eingesetzt wurden und b) auch bei der Kabelerfassung?

Zeuge W. O.: Also, in „Eikonol“ wurden sie eingesetzt. Wir haben nur *eine* Datenbank, und alle jemals in Bad Aibling aufgesetzten Erfassungsansätze wurden damit beliefert.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. Also auch für die Kabelerfassung werden diese Selektoren genutzt, -

Zeuge W. O.: Ja.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): - und für die Satellitenerfassung werden sie letztlich auch genutzt.

Zeuge W. O.: Ja.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, dass das noch einmal angesprochen wird!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich hätte jetzt auch noch ein paar Fragen. Eine ergibt sich aus Ihrer Antwort gerade auf die Frage des Kollegen Schipanski nach den Permutationen. Danach hatte ich ja auch eben gefragt, und da haben Sie mir erklärt, dieser „“, der kann je nach Strecke anders dargestellt werden, Prozentirgendwas oder, haben Sie, glaube ich, eben gerade geantwortet. Das sind die Permutationen, richtig?

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt haben Sie gesagt, die Permutationen werden schon mitgeliefert.

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann muss doch derjenige, der die Selektoren und die Permutationen liefert, auch wissen, welche Strecken Sie nutzen.

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Werden die Strecken auch gleich mitgeliefert, -

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - welche Strecken Sie abgreifen sollen in Bad Aibling?

Zeuge W. O.: Nein, das wird pauschal mitgeliefert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ohne zu wissen, auf welche Strecke Sie eigentlich gehen?

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sprich: Alle potenziellen Permutationen werden mitgeliefert in der Hoffnung, dass dann auch jede Permutation, je nach Strecke, die Sie abgreifen vom Satelliten, dann auch greift?

Zeuge W. O.: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, dann verstehe ich das. Aber die Strecke entscheidet schon der BND, oder wird die auch benannt?

Zeuge W. O.: Nein, die Strecke entscheidet - - Also, ich denke, die entscheidet der BND. Ich bin jetzt nicht der Nachrichtengewinner, der das aufschaltet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich kam jetzt nur auf die Idee, weil: Der die Permutation bezeichnet, der muss ja auch wissen - - Aber wenn dann alle möglichen Permutationen mitgeliefert werden, dann ergibt sich da auch schon wieder eine Logik draus.

Ich möchte eine grundsätzliche Frage noch mal stellen: Wir haben ja - das ist von ganz vielen Zeugen dargestellt worden - unterschiedliche Filterungen: G-10-Filterung etc. Und dann haben wir eben darüber gesprochen, dass dann auch die herausgefiltert werden, die im deutschen Interesse stehen. - Richtig?

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die im deutschen Interesse stehen, wonach bemisst sich das? Woher wissen Sie, was im deutschen Interesse steht?

Zeuge W. O.: Ich prüfe es nicht, ich weiß es nicht; ich kriege nur das Ergebnis mit.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Von wem?

Zeuge W. O.: Aus Pullach.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wer prüft das da?

Zeuge W. O.: Namen? - Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nicht den Klarnamen, das Referat.

Zeuge W. O.: T2AB.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bitte?

Zeuge W. O.: T2AB.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ah, T2AB. Und Sie wissen nicht, wie sich das definiert: „deutsches Interesse“?

Zeuge W. O.: Nein, habe ich kein Wissen darüber.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Weil das muss ja schon eine gewisse Klarheit in der Definition haben; sonst weiß ich ja nicht, wenn mir da so ein Selektor vorliegt: Ja oder nein? - Sie wissen auch nicht, ob es dazu eine Dienstanweisung gibt?

Zeuge W. O.: Nein, weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist nicht Ihr Bereich?

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann müssen wir mal mit den Kollegen weiterfragen. Es würde mich schon interessieren, ob es da eine Positivliste gibt, ob es da eine Dienstanweisung gibt. Weil irgendwie muss der Sachbearbeiter es ja rauskriegen. Er kann ja schlecht mit dem Damen sagen: „Die Firma habe ich schon mal gehört“, oder - - Okay. Dann mal eine konkrete Frage: Nach Angaben von *Spiegel Online* soll der Begriff „Bundesamt“ in mehr als zehn Anfragen

der NSA aufgetaucht sein. Ist Ihnen der Begriff „Bundesamt“ mal über den Weg gelaufen?

Zeuge W. O.: Darf ich nur nichtöffentlich Stellung nehmen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So hat es der *Spiegel* geschrieben. Kann ich auch nichts - - Ich habe es nicht so gesagt; so stand es im *Spiegel online*. Wer das nachprüfen will: 1. Mai 2015 unter dem Titel „Generalbundesanwalt prüft Verdacht einer Straftat“. So war der Artikel bei *Spiegel online*.

Weil mich hätte jetzt interessiert - vielleicht könnten Sie das generell beantworten -: Bei diesem Suchbegriff „Bundesamt“: Was würde Ihnen da direkt einfallen, also jetzt nicht, welche Bundesämter, sondern welche Art von Filterung?

Zeuge W. O.: Eigentlich E-Mail-Filterung - Selektion, E-Mail-Selektion.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ich hätte vielleicht sogar noch eine Stufe vorher gedacht. Wäre das nicht was, was eigentlich unter die G-10-Filterung direkt fallen müsste?

Zeuge W. O.: Weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wissen Sie nicht oder - -

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wo ist Ihr Problem? Also ich hätte sofort gedacht: Bundesamt ist doch ein deutscher Begriff. Der muss doch G-10-gefiltert sein.

Zeuge W. O.: Also pauschal „Bundesamt“, denke ich mal - -

(RA Johannes Eisenberg:
Gibt es auch in Österreich!)

G 10?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist nicht G 10?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. O.: Nein, würde ich jetzt eigentlich so nicht sehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Was - -

Zeuge W. O.: Der Begriff „Bundesamt“: Warum soll der G 10 sein?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil das deutsch ist, dachte ich.

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nicht deutsch? Also wo - - Warum - -

Zeuge W. O.: Die Person - - Also, nach meinem Verständnis -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, die Person - -

Zeuge W. O.: - ist die Person geschützt und nicht das Bundesamt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also die Behörden und Ämter sind grundsätzlich alle gar nicht geschützt, sondern nur die Personen, die in den Behörden arbeiten?

Zeuge W. O.: So hätte ich es ausgelegt, ja. Aber ich glaube, da müsste ich jetzt - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also „Bundestag“ ist nicht geschützt.

Zeuge W. O.: In so einem Fall würde ich jetzt einen Juristen beiziehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ah, okay.

Zeuge W. O.: Da würde ich jetzt den Dr. K. anrufen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Weil sonst, die Konsequenz - - Wenn der Jurist es genauso beantworten würde, würde es ja heißen: „Bundestag“ ist gar nicht geschützt, auch „Deutscher Bundestag“ nicht, aber „Kollegin Renner@bundestag“ ist geschützt. Okay. - Dann

würde ich - - Weil ich hätte jetzt mal gedacht: „Bundesamt“ ist doch ein klassischer Hinweis für eine G 10, können wir rausnehmen. - Aber okay, dann müssen wir das auch noch mal - - Wer kann dazu was sagen?

Zeuge W. O.: Das müsste ein Jurist - - oder T2AB, ob sie das auf ihrer Liste haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Und die wären auch dafür zuständig, irgendwas mit „Bundesamt“ dann rauszunehmen - nicht Sie?

Zeuge W. O.: Ja. Die machen die Prüfung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was machen sie? Entschuldigung.

Zeuge W. O.: Die machen die Prüfung. T2AB macht die Prüfung. Also die müssen es auf die Liste bringen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Jetzt sagen Sie mir noch mal die Abgrenzung der Aufgabenbereiche von denen und Ihnen.

Zeuge W. O.: Wir nehmen die Selektoren des Partners entgegen, spielen es in unsere Datenbank ein. Nach der Prüfung T2AB definieren wir den Zustand: Der ist freigegeben für die Erfassung oder nicht. - Das machen wiederum wir. Und dann machen wir einen Export in die Erfassungssysteme.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann habe ich jetzt keine weiteren Fragen. Gut. - Oh, Entschuldigung. Aber der Kollege Schipanski noch auf dem Zeitkontingent der Union.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Wenn wir noch eine Minute haben. - Herr Zeuge, noch mal mit den Selektoren und den entsprechenden Daten. Ich habe das verstanden: Wir haben einheitliche Selektoren für alle Erfassungsansätze. Sie haben gesagt: Das gilt für Satellit, und das gilt für Kabel. - Jetzt haben wir ja aber unterschiedliche Datenströme. Also wir haben einmal Fax, wir haben einmal Telefon, wir haben einmal diesen E-Mail-Verkehr.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. O.: Ja.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Habe ich denn dafür dann unterschiedliche Datenbanken von Selektoren?

Zeuge W. O.: Es gibt zwei unterschiedliche Datenbanken: eine für Rufnummernselektion oder für Wahlverkehrsselektion und eine für IP-Selektion.

RD Philipp Wolff (BK): Zu Einzelheiten zum Aufbau der Datenbanken auch in nichtöffentlicher Sitzung dann umfassend.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Ja, die Frage resultierte jetzt nur aus der Berichterstattung, dass Sie in Bad Aibling ja gegenwärtig IP-Erfassung mit den Selektoren nicht mehr machen, und da stellt sich natürlich schon die Frage - - müssen Sie ja mindestens zwei Datenbanken haben, wenn Sie ja noch Telefon und Fax -

Zeuge W. O.: Ja, ja.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): - zumindest dort bearbeiten. - Gut, danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, jetzt scheint es bei der Union keine Fragen mehr zu geben. - Dann kommen wir jetzt zur zweiten Fragerunde. - Die zweite Fragerunde beginnt auch wieder die Fraktion Die Linke mit Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - Herr W. O., also Sie waren auch dafür zuständig, die Flags zu setzen, wenn zum Beispiel Selektoren abgelehnt wurden?

Zeuge W. O.: Richtig.

Martina Renner (DIE LINKE): Richtig?

Zeuge W. O.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie denn mal außerhalb von E-Mails und Telefonnummern bei anderen Selektorentypen Flags gesetzt?

Zeuge W. O.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Kommt das häufiger vor?

Zeuge W. O.: Das ist durchaus die Regel, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist durchaus die Regel?

Zeuge W. O.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Also auch bei anderen Selektorentypen werden - - wurden Ablehnungen verfügt?

Zeuge W. O.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat denn der AND bei der Übergabe der Selektoren so etwas wie eine Erklärung, Erläuterung beigefügt?

Zeuge W. O.: Bei - -

RD Philipp Wolff (BK): Also, zu Einzelheiten in dem Bereich bitte auch nur in eingestufter Sitzung - zum Kontakt mit dem ausländischen Nachrichtendienst.

Martina Renner (DIE LINKE): Ob es Erläuterungen zu den Selektoren gibt?

RD Philipp Wolff (BK): Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Weil?

RD Philipp Wolff (BK): Das betrifft die ganz konkrete Kooperation, wie das abläuft, und das ist definitiv eingestuft. Und es hätte auch erheblich nachteilige Auswirkungen auf die Kooperation, wenn das bekannt werden würde.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - In dieser Datenbank, in der die NSA-Selektoren liefen: Wurden da auch deutsche Selektoren eingestellt?

Zeuge W. O.: In welcher Datenbank? Die für IP- oder die für Wahlverkehr?

Martina Renner (DIE LINKE): Nehmen wir beide.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. O.: IP nein, Wahlverkehr ja.

RD Philipp Wolff (BK): Und zum Aufbau der Datenbank - ich hatte es gerade gesagt; ich mache den Zeugen darauf aufmerksam - bitte in eingestufte Sitzung - wie die Datenbanken funktionieren.

Martina Renner (DIE LINKE): In welchem Verhältnis standen denn die deutschen zu den Selektoren des AND? Zahlenverhältnis!

Zeuge W. O.: Geringer.

Martina Renner (DIE LINKE): Eins zu zehn? Eins zu hundert?

Zeuge W. O.: Eins zu vier.

Martina Renner (DIE LINKE): Zu welchem Zeitpunkt?

Zeuge W. O.: Also jetzt, aktuell.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie, ob diese Selektoren außerhalb von Bad Aibling noch in anderen Außenstellen eingesetzt werden?

Zeuge W. O.: Nein, weiß ich nicht

Martina Renner (DIE LINKE): Und werden diese Selektoren außerhalb der Bundesrepublik eingesetzt - bei Erfassungsansätzen des BND?

Zeuge W. O.: Weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Selektoren kommen doch in Bad Aibling an -

Zeuge W. O.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): - und gehen dann zur Prüfung nach Pullach -

Zeuge W. O.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): - und kommen wieder zurück.

Zeuge W. O.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Oder gehen die noch woanders hin?

Zeuge W. O.: Die kommen zu uns zurück.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat innerhalb der JSA die US-amerikanische Seite Zugang zu den Selektoren?

RD Philipp Wolff (BK): In eingestufte Sitzung kann der Zeuge dazu Angaben machen.

Martina Renner (DIE LINKE): Warum?

RD Philipp Wolff (BK): Weil auch das die Einheiten der Kooperation betrifft. Das ist dieselbe Begründung wie vorhin. Das hat erheblich -

Martina Renner (DIE LINKE): Also, ich meine, diese Kooperation - -

RD Philipp Wolff (BK): - nachteilige Auswirkungen, wenn bekannt wird, wie vor Ort en détail kooperiert wird.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, ich glaube, gerade diese Kooperation ist ja zentraler Untersuchungsgegenstand. Also Sie können ja jetzt nicht immer mit dem Wort „Kooperation“ irgendwie uns sozusagen einen zentralen Aufklärungsgegenstand unseres Untersuchungsauftrages hier - -

RD Philipp Wolff (BK): Darum geht es auch nicht, Frau Renner. Der Zeuge wird umfassend in eingestufte Sitzung dazu aussagen - aber eben in eingestufte Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Also ich habe ja nur danach gefragt, ob der AND Zugang zu den Selektoren hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich möchte nur darauf hinweisen, dass das Zeit kostet.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jeder nutzt seine Zeit, wie er möchte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): So, okay, dann machen wir es anders: Gab es innerhalb der JSA für die US-amerikanischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen nach Ihrer Kenntnis - Sie waren ja viele Jahre in Bad Aibling - Beschränkungen, was den Zugang zu Daten angeht?

(MR Torsten Akmann
(BMI): Ist doch die gleiche Frage!)

- Nein, das ist nicht die gleiche Frage.

RD Philipp Wolff (BK): Also, der Zeuge wird zu dem Komplex umfassend Angaben machen. Es ist wirklich schwierig, da zu differenzieren, Frau Renner; das werden Sie doch selber auch einräumen müssen. Er kann ja das dann auch sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Hatten Sie im Zusammenhang mit der Sonderprüfung im Sommer 2013 nochmals mit Dr. K. im Nachgang gesprochen?

Zeuge W. O.: Dr. K.?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, den hatten wir vorher: U. K.

Zeuge W. O.: Ja. Wir haben öfters mal miteinander gesprochen, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch noch mal zu diesem Thema?

Zeuge W. O.: Weiß ich nicht, ob wir noch mal darüber gesprochen haben. Das kann ich Ihnen nicht mehr sagen. Ich habe darüber öfters mit ihm telefoniert. Ob wir jetzt noch mal über das Thema gesprochen haben oder nicht, kann ich nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir haben ja hier eine Reihe von Zeugen schon gehört und werden zu denen auch noch Vernehmungen durchführen. Hatten Sie denn zu Einzelnen - ich sage Ihnen jetzt nur die Kürzel: D. B., T. B., R. U., W. K., Dr. K. - vor Ihrer Aussage heute im Untersuchungsausschuss noch mal Kontakt?

Zeuge W. O.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): In welchem Rahmen? Dienstlich? Oder ging es auch um das, was im Untersuchungsausschuss Gegenstand ist?

Zeuge W. O.: Es war dienstlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Und ging es um den Untersuchungsausschuss und unsere Gegenstände?

Zeuge W. O.: Haben wir uns selbstverständlich auch darüber unterhalten, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wann war das? Bei welchen Anlässen?

Zeuge W. O.: Bei Treffen beim Präsidenten, bei sonstigen Treffen in der Zentrale.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sind Sachbearbeiter, sind bei Treffen beim Präsidenten dabei. Wie kommt das denn?

Zeuge W. O.: Ich wurde geladen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ah. Wann war das denn?

Zeuge W. O.: Ja, das war Ende März dieses Jahres, ja.

RD Philipp Wolff (BK): Also jetzt reden wir - - Jetzt geht es um die - -

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist aber jetzt nicht die Kooperation mit dem AND.

RD Philipp Wolff (BK): Nein, nein, Frau Renner. Jetzt geht es um die Sachverhaltsaufklärung. Wir haben dazu auch schon in Beratungssitzungen darüber gesprochen. Der Zeuge kann dazu gerne was sagen - da habe ich kein Problem mit -, aber es ist jetzt nicht Untersuchungsgegenstand im Sinne des, der - - im Untersuchungsverfahren.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Also die Frage, inwieweit sich der Zeuge auf die Sitzung vorbereitet hat, gehört irgendwie in den Bereich, dass wir uns - -

RD Philipp Wolff (BK): Deswegen habe ich auch nicht interveniert.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ja, genau, und deswegen war ja auch die Frage durchaus zulässig, bei welchem Anlass er beim Präsidenten saß. Und er hat ja ausgesagt: Das war Ende März. - Habe ich richtig verstanden?

Zeuge W. O.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und da ging es um was?

Zeuge W. O.: Um einen Sachstandsbericht für die Unterabteilung - - für die Abteilung TA. Sachstandsbericht für die Abteilung TA.

Martina Renner (DIE LINKE): War das ein einmaliges Treffen?

Zeuge W. O.: Es war beim Präsidenten ein einmaliges Treffen, aber es sind dann Videokonferenzen gefolgt.

Martina Renner (DIE LINKE): Gibt es neben den Videokonferenzen auch Schriftverkehr, E-Mails zu diesen Vorgängen?

Zeuge W. O.: Denke ich mit Sicherheit, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Werden die Videokonferenzen bei Ihnen aufgezeichnet?

Zeuge W. O.: Weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Außerhalb des Termins beim Präsidenten: Gab es noch weitere Termine zu dieser - -

Zeuge W. O.: Zu dieser Arbeitsgruppe?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, Selektorenproblematik nenne ich es jetzt mal.

Zeuge W. O.: Nein, das war nicht Selektorenproblematik; das war allgemein.

Martina Renner (DIE LINKE): Ach, das war allgemein?

Zeuge W. O.: Ja, ja, das war nicht wegen der Selektorenproblematik.

Martina Renner (DIE LINKE): Und warum - -

RD Philipp Wolff (BK): Also, jetzt geht es aber wirklich nicht um die Vorbereitung, ob der Zeuge vorbereitet wurde. Jetzt geht es einfach um die Sachverhaltsaufklärung. Ob es da Videokonferenzen gab: Da haben wir in den Beratungssitzungen auch schon häufig dazu ausgeführt.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, haben Sie nicht.

RD Philipp Wolff (BK): Zur Sachverhaltsaufklärung haben wir hier -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

RD Philipp Wolff (BK): - den Leitungsstab gehabt, der genau das geschildert hat, was Ergebnis dieser Videokonferenzen und dieser Gespräche und dieser Prüfungen ist. Das ist ja ziemlich normal.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich will es mal erläutern: Wir haben zu bestimmten Prüfschritten zu diesen Selektoren komischerweise keine Unterlagen, und wenn ich natürlich höre, dass anscheinend eine Form der Kommunikation auch Videokonferenz ist, was mir bis dato nicht klar ist, müssen wir das einfach für uns einbeziehen, dass das möglicherweise auch in Zukunft ein Beweismittel sein kann. Deswegen frage ich danach.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Und wir müssen natürlich auch für uns immer wieder einen Punkt finden, wo wir hier sagen, welche Beweismittel wir bis jetzt nicht in Betracht gezogen haben, um sie auch in Zukunft



Nur zur dienstlichen Verwendung

irgendwie dann anfordern zu können. Deswegen ist das schon ganz interessant, weil wir ja feststellen: Es gibt viele mündliche Absprachen bei Zimmern [sic!] unter vier Augen, und es gibt irgendwie wenig Dokumentation zu bestimmten Dingen. Und da könnte ja jetzt diese - - sozusagen diese Form der Kommunikation für uns interessant sein.

Es ging nicht um die Selektorenprüfung?

Zeuge W. O.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber dann muss ich jetzt mal so fragen: Wie kommt man dann als Sachbearbeiter in eine Präsidentenrunde?

Zeuge W. O.: Wenn er mich einlädt.

Martina Renner (DIE LINKE): Weil Sie sind der Experte - -

Zeuge W. O.: Da müssen Sie den Präsidenten fragen, warum er mich einlädt.

RD Philipp Wolff (BK): Also das ist jetzt wirklich nicht im Untersuchungszeitraum!

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Warum geht das denn nicht?)

- Das gehört in eine Beratungssitzung, nicht hierher.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Warum denn? -
Gegenruf von RA Johannes
Eisenberg: Weil das nicht
Untersuchungsgegenstand
ist! - Gegenruf des Abg.
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Natürlich ist das
Untersuchungsgegenstand!)

Martina Renner (DIE LINKE): Ich muss doch die Zeugenqualität hier beurteilen können.

RD Philipp Wolff (BK): Es steht ja jetzt hier nicht irgendwo eine Zeugenvorbereitung im Raum. Jetzt geht es darum, welche Besprechungen der Zeuge völlig unabhängig von irgendeinem Untersuchungsgegenstand wahrnimmt.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay, dann sagen wir, ergänzen wir das jetzt mal fröhlich irgendwie. - Hatten Sie denn auch Dienstreisen in die USA?

Zeuge W. O.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein?

Zeuge W. O.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Hatten Sie denn mal Besprechungen in Bad Aibling, bei denen auch US-amerikanische Vertreter außerhalb der Mitarbeiter der JSA anwesend waren?

Zeuge W. O.: Möglicherweise. Ich kannte eigentlich nur die JSA-Mitarbeiter, mit denen ich direkt im Kontakt war. Ich habe nicht jeden JSA-Mitarbeiter gekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber Sie waren nicht selbst in der JSA? Oder war - -

Zeuge W. O.: Ich war selbst in der JSA.

Martina Renner (DIE LINKE): Sehen Sie, das ist auch mal interessant. Dann können Sie ja auch etwas vielleicht dazu sagen - ich glaube, die Frage ist zulässig -, ob es bestimmte Beschränkungen gab irgendwie, unter denen irgendwie die US-amerikanischen Mitarbeiter Zugang oder nicht Zugang zu den Datenbanken hatten.

RD Philipp Wolff (BK): Er wird in nichtöffentlicher Sitzung dazu Angaben machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und weitere Angaben zu Fragen in öffentlicher Sitzung müssten wir dann in der nächsten Fragerunde machen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, machen wir.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir hätten jetzt als nächste Fraktion die Fraktion der CDU/CSU.

(Andrea Lindholz
(CDU/CSU): Nein!)

- Sie hat in öffentlicher Sitzung anscheinend keine Fragen mehr. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Der Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr W. O., können Sie uns erklären, warum die Operation „Eikonol“ eingestellt wurde?

Zeuge W. O.: Nein. Ich bin Sachbearbeiter. Das ist ein Politikum. Kann ich nichts dazu sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es war ein Politikum?

Zeuge W. O.: Denke ich mal. Also das - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also es gab keine Bezüge zu Ihrer Ebene, sondern es war ein Politikum?

Zeuge W. O.: Also zu meiner Ebene gab es keine Beziehungen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie auch nichts gehört, was da der Grund für sein soll?

Zeuge W. O.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War ja ein großes Projekt.

Zeuge W. O.: Verschiedenes, aber das sind Mutmaßungen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge W. O.: Verschiedenes gehört, aber das sind alles Mutmaßungen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Verschiedenes gehört“! Was ist denn Ihre Theorie, warum das beendet wurde?

Zeuge W. O.: Meine Theorie? - Weil zu wenig rauskam.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zu wenig rauskam für wen?

Zeuge W. O.: Für den Partner.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für den Partner?

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der hat zu wenig Ergebnisse bekommen.

Zeuge W. O.: Ja. Meine persönliche Meinung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat er nicht viele Metadaten bekommen? Sie meinen, er hat zu wenige Meldungen bekommen?

Zeuge W. O.: Erfassungen, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Erfassungen“?

Zeuge W. O.: Erfassungen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die Metadaten, die waren ihm nicht genug?

Zeuge W. O.: Ist nicht mein Metier: Metadaten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so.

Zeuge W. O.: Ich bin nur für Selektion zuständig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah, das ist ein interessanter Punkt. Kann denn eine Selektion ohne Metadaten überhaupt stattfinden?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. O.: Ich weiß nicht, wie die Metadaten-erfassung funktioniert. Ich bin nur für die Selektorenprüfung verantwortlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber haben die Selektoren nicht etwas mit den Metadaten zu tun?

Zeuge W. O.: Ich denke mal, ja. Aber da müssten Sie im - -

(Lachen des Abg.
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Ich prüfe die Selektoren nur.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich will wirklich - - Ich habe mir fest vorgenommen, dass das nicht so einen satirischen Charakter bekommt wie eben in der ersten Fragerunde. - Also, Sie sind der Verantwortliche in Bad Aibling für die Selektorenprüfung, -

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und ich bitte Sie, mir jetzt wahrheitspflichtig die Antwort auf die Frage zu geben, ob das was mit Metadaten zu tun hat.

Zeuge W. O.: Die Selektoren - - Ich prüfe die Selektoren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge W. O.: Für was diese Selektoren eingesetzt werden, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich weiß, dass sie für die Erfassung eingesetzt werden. Ob sie bei der Metadatenerfassung eingesetzt werden, weiß ich nicht. Ich bin nicht für die Metadatenerfassung zuständig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie können Sie die These in den Raum stellen, dass das eingestellt wird wegen zu wenig Output?

(RA Johannes Eisenberg:
Weil Sie gefragt haben!)

- Ja, ich frage, genau. - Aber wie kommen Sie zu der Erkenntnis?

Zeuge W. O.: Das ist eine Mutmaßung. Sie haben mich nach meiner

(RA Johannes Eisenberg:
Sie haben nach der
Mutmaßung gefragt!)

- genau - Mutmaßung gefragt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und obwohl Sie nicht sagen können, was mit den - - ob man nicht die Metadaten filtern muss oder ob es nur um Meldungen geht und so, ist das Ihre These?

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha, okay. - Wenn Sie Selektoren rausgenommen haben aus der Prüfung: Was war dafür die technische Verwendung? Also wie hat man das gesagt? Was war der Begriff? Selektoren - -

Zeuge W. O.: Die sind rauszunehmen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge W. O.: Die sind rauszunehmen aus dem Profil.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Rauszunehmen“?

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist aber was anderes als Löschen.

Zeuge W. O.: Löschen können wir nicht. Wir können sie nur auf „disapproved“ setzen, und das bedeutet: aus der Erfassung rausnehmen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie jemand fragt - - Oder wenn Sie sagen: „Ich habe hier die und die Daten, was soll ich damit machen?“, und jemand sagt zu Ihnen: „Löschen!“: Was meint er denn?

Zeuge W. O.: Ich soll sie aus der Erfassung nehmen. Das heißt, ich muss sie in der Datenbank auf „disapproved“ setzen, und dann werden sie aus der Erfassung genommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und warum sagt der Mann „Löschen!“ und nicht „Nehmen Sie das aus der Erfassung!“?

(RA Johannes Eisenberg: Da müssen Sie den Mann fragen!)

Zeuge W. O.: Das ist umgangssprachlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Sie sagen schon „Löschen“ dazu?

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Diese Ergebnisse, die Sie da zutage gefördert haben 2013: Wem wurde das denn noch so gemeldet?

Zeuge W. O.: Von meiner Seite?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vonseiten Bad Aiblings.

Zeuge W. O.: Bad Aibling: Weiß ich nicht. Ich kann nur sagen von meiner Seite, und ich habe meinen Dienststellenleiter informiert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihre Dienststellenleiter?

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Plural?

Zeuge W. O.: Meinen Dienststellenleiter.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Singular.

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sonst niemand anders?

Zeuge W. O.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie wissen nicht, ob die Information nach oben weitergegeben wurde?

Zeuge W. O.: Weiß ich nicht, nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch mal zu dieser Begrifflichkeit „Equation“.

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Habe ich richtig verstanden. - Das ist praktisch ein Paket, ein Selektorenpaket. Würde das die Sache treffen?

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie groß kann das sein?

Zeuge W. O.: Es kommt auf die Anzahl der Permutationen an, die drin sind. Das kann - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich mir gedacht.

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wie groß ist so eine - - Können das 5 oder 5 000 oder 5 Millionen Begriffe sein?

Zeuge W. O.: Nein, das sind 50, 100.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 100?

Zeuge W. O.: Fiktiv.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge W. O.: Fiktiv jetzt angenommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Kann aber variieren?

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnten auch ein paar Tausend sein theoretisch?

Zeuge W. O.: Nein, so viele werden es mit Sicherheit nicht sein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, ein paar Hundert.

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und es gibt nichtdrängende Selektoren, die also nicht erst mal in dem Prozedere - wir reden jetzt vor 2013, ja - - die nicht sofort eingestellt wurden, sondern alle erst mal lagen, hängen eine Woche ab in Pullach, bevor sie dann bei Ihnen eingegeben wurden.

Zeuge W. O.: Es gab vor 2000 - - Oder: Mit JSA gab es noch die Möglichkeit, einen sogenannten Emergency Approve zu machen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ohne Prüfung?

Zeuge W. O.: Vorerst ohne Prüfung. Das war dann eine manuelle Prüfung vor Ort, wo man gesagt hat: „Okay, es ist augenscheinlich in Ordnung, diesen Selektor zu steuern oder dieses Selektorpaket zu steuern“, und dann wurde es freigegeben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah. Und das war vor 2000? Bis wann lief das so?

Zeuge W. O.: 2011 - bis 2011.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie oft kam das vor?

Zeuge W. O.: Selten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Heißt was?

Zeuge W. O.: In meiner Zeit in Bad Aibling viermal, fünfmal.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei diesen Permutationen überlege ich ja immer. Wenn man Selektoren einstellt - jetzt von NSA-Seite - und man sieht, die Deutschen melden zurück, den wollen sie nicht, weil das irgendwie ihre Interessen verletzt oder G 10: Ist es möglich, durch eine Permutation denselben Selektor wieder einzuspielen, also letztlich - - Oder: nicht denselben Selektor, dasselbe Ziel.

Zeuge W. O.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum nicht?

Zeuge W. O.: Weil die Permutationen immer aus diesem Selektor generiert werden. Also, Sie müssen den Selektor genau so eingeben, und dann werden die Permutationen daraus erzeugt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die werden technisch erzeugt?

Zeuge W. O.: Ja, die werden technisch erzeugt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und es kann - - Das ist ein abschließendes System sozusagen? Wenn ich einmal - - Es gibt nur eine bestimmte Anzahl von Permutationen, und andere sind dann nicht denkbar? Also wenn ich einen bestimmten Selektor habe, dann gibt es eben zu dem nur sieben Permutationen, und damit ist alles abgedeckt?

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wenn Sie jetzt eine E-Mail-Adresse haben: thomas.müller@bayernmuenchen.de - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Das ist vielleicht ein schlechtes Beispiel. Aber Sie haben einen Thomas Müller. Dann kriegen Sie ja ganz viele Ergebnisse von Thomas Müllern - auch die vielleicht nicht der Thomas Müller sind, den Sie erfassen wollen mit dem Selektor.

Zeuge W. O.: Unter Umständen, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie geht man damit um, also mit diesen doppeldeutigen Selektoren, bei denen überhaupt nicht klar ist: Wer oder was ist erfasst? Ist der G 10 oder nicht? Ist der deutsche Interesse oder nicht?

Zeuge W. O.: Wir geben ihn zur Prüfung, und wenn die sagen: „Er darf drinbleiben“, dann bleibt er drinnen. Wenn sie sagen: „Er muss raus“, nehmen wir ihn raus.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es denn eine Policy, die hieß: „In dubio pro Einstellen“ oder: „In dubio contra Einstellen“?

Zeuge W. O.: Da müssen Sie die Prüfgruppe fragen. Kann ich nicht beantworten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Prüfgruppe in Pullach?

Zeuge W. O.: In Pullach, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie, wir hatten einen Zeugen aus Pullach. Der hat gesagt: Eigentlich für die Prüfung verantwortlich war Bad Aibling.

Zeuge W. O.: Okay.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, und deswegen frage ich mich, ob das wirklich so ist, dass Sie damit gar nichts zu tun hatten, oder ob das so ein bisschen jetzt „blame game“ ist. Also Sie sagen, Sie hatten mit der Prüfung in Bad Aibling gar nichts zu tun. Gar nichts?

Zeuge W. O.: Wir hatten von 2005 bis 2008 - ich habe es vorher erwähnt - haben wir es vor Ort

geprüft, und ab Mitte 2008 ist es nur noch über München gelaufen - über Pullach.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und warum ist das so gewesen?

Zeuge W. O.: Weil die Masse zu groß geworden ist - an Selektoren, die zu prüfen waren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und es ist nicht irgendwie 2007, 2008 irgendwas Relevantes passiert - viele Selektoren aufgefallen, die deutsche Interessen verletzen, oder so?

Zeuge W. O.: Nein, meines Wissens nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein? Oder ist es Ihnen nicht bekannt?

Zeuge W. O.: Meines Wissens nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Den Rest der Fragen müssten wir in der nächsten Runde stellen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gerne.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und wir kommen jetzt zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Danke. - Nur damit wir es jetzt wirklich noch mal klar haben, weil Sie ja jetzt doch immer wieder - ich will keine Wortklauberei betreiben - mal gesagt haben: Ich bin für die Selektorenprüfung zuständig. - Ja?

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Also Sie prüfen nach 2008 in Bad Aibling keine Selektoren, -

Zeuge W. O.: Nein.

Christian Flisek (SPD): - außer bei dieser Sonderprüfung, -

Zeuge W. O.: Richtig.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): - die im Sommer 2013 stattgefunden hat -

Zeuge W. O.: August 2013.

Christian Flisek (SPD): - auf Weisung Ihres vorgesetzten Dienststellenleiters R. U., -

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): - dem Sie dann auch berichtet haben -

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): - und wo Sie dann nicht wissen, was im Übrigen damit passiert ist. - Jetzt frage ich Sie mal, weil es kommt mir komisch vor unter einem Aspekt. Sie sagen jetzt die ganze Zeit: Ich habe nichts mit Selektorenprüfungen zu tun. Das machen die in Pullach - eigene Abteilung dort, also eigene Truppe da, Prüftruppe.

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und jetzt kommt auf einmal aus Bad Aibling wie aus dem Himmel heraus - Sie haben ja gesagt, Sie können sich das gar nicht erklären, in welchem Zusammenhang, oder Sie haben keine Mutmaßung, in welchem Zusammenhang das stehen könnte - ein Prüfauftrag aus Bad Aibling.

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und ich habe Sie so verstanden: Sie haben sich auch nicht mit Pullach im Rahmen dieser Sonderprüfung irgendwie abgestimmt.

Zeuge W. O.: Nein. Es war ein Sonderauftrag meines Dienststellenleiters.

Christian Flisek (SPD): Und dann wird - - führt das sozusagen dazu, dass unmittelbar im Ergebnis Selektoren entfernt werden, gelöscht werden oder herausgenommen - wie auch immer man das jetzt bezeichnet.

Zeuge W. O.: Das war die Anweisung meines Dienststellenleiters. Das wurde rausgenommen.

Christian Flisek (SPD): Ja, ja, ja, ist mir alles klar. Nur: Das ist natürlich schon mal eine ziemliche Extranummer, die ja einen Bruch darstellt mit allem, was vorher da war. Weil vorher sind ja Selektoren nur in Pullach geprüft worden, und nur das, was Pullach gesagt hat, wurde rausgenommen - nichts anderes. Da haben Sie ja nur vollstreckt. Und jetzt auf einmal prüft Bad Aibling selber. Sie prüfen!

Zeuge W. O.: Ich habe nicht geprüft.

Christian Flisek (SPD): Doch.

Zeuge W. O.: Ich habe nachgeschaut, was drinnen ist. Das war mein Auftrag. Ich sollte - -

Christian Flisek (SPD): Ja, aber Sie haben doch selber gesagt, dass Sie - - Sie haben ja keine Kriterien vorgeliefert be- -

Zeuge W. O.: Richtig, ja.

Christian Flisek (SPD): Sie prüfen.

Zeuge W. O.: Ja, genau.

Christian Flisek (SPD): Sie prüfen.

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Sie haben nach Ihrem Ermessen die Kriterien festgelegt auf einmal und haben das dann Ihrem Vorgesetzten vorgelegt, und auf der Grundlage kam dann die Anweisung: „Löschen!“.

Zeuge W. O.: Richtig.

Christian Flisek (SPD): Ohne Abstimmung mit Pullach?

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Hat der Ihnen das gesagt: „Bloß nicht mit Pullach abstimmen!“?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. O.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie da nicht mal irgendwie das Bedürfnis gehabt, dann mit der Abteilung - wie heißt sie - T2AB sich da zu besprechen?

Zeuge W. O.: Nein, habe ich nicht gehabt.

Christian Flisek (SPD): Wieso nicht?

Zeuge W. O.: Das war ein Auftrag meines Dienststellenleiters. Ich hinterfrage die nicht. Wenn er zu mir sagt, ich habe das zu tun, dann muss ich das machen.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie irgendwann mal von dieser Abteilung T2AB da - - Sind Sie darauf angesprochen worden?

Zeuge W. O.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Das Ergebnis ist ja gewesen, dass Selektoren, die scharfgestellt waren, sozusagen nachträglich aufgrund Ihrer Kriterien als kritisch bewertet worden sind.

Zeuge W. O.: Richtig, durch meinen Dienststellenleiter, ja.

Christian Flisek (SPD): Durch Ihren Dienststellenleiter in dem Fall.

Zeuge W. O.: Richtig.

Christian Flisek (SPD): Und der hat dann gesagt: „Löschen!“?

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und da ist es nie - - Gab es eine Reaktion der Amerikaner in Bad Aibling darauf?

Zeuge W. O.: Auf meiner Ebene nicht.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie irgendwelche Kontakte zu Amerikanern in Bad Aibling?

Zeuge W. O.: Gehabt ja, jetzt nicht mehr. Im Rahmen JSA selbstverständlich.

Christian Flisek (SPD): Was ist eigentlich mit dieser Liste vom Dr. T.? Die hat bei Ihrer Arbeit ja gar keine Rolle gespielt, haben Sie gesagt, nicht?

Zeuge W. O.: Hm.

Christian Flisek (SPD): Ich habe irgendwie den Eindruck, die ist irgendwo in einem schwarzen Loch verschwunden. Ja, ich stelle mir die Frage: Wie kann das sein, dass da eine Abteilung, also eine Unterabteilung in einer anderen Abteilung, prüft und - -

(RA Johannes Eisenberg
hält sich den Kopf - Lachen
des Abg. Christian Flisek
(SPD))

- Ich muss gerade lachen wegen Herrn Eisenberg.

(RA Johannes Eisenberg:
Mache ich wieder was
falsch?)

- Nein, absolut nicht.

(RA Johannes Eisenberg:
Woher soll er das wissen,
Herr Abgeordneter?)

- Ja, ja, nein, das ist - - Ich musste nur lachen, weil Sie das so dezent gemacht haben.

(RA Johannes Eisenberg:
Wie? Was? Ich habe gar
nichts gemacht! Ich habe
mir nur den Kopf
gehalten!)

- Nein? Okay, ja, ist ja gut. Ich musste trotzdem lachen.

(RA Johannes Eisenberg:
Dann ist ja wenigstens
einer heiteren Gemütes!)

Und der prüft das, und dann prüfen Sie das noch mal aufgrund einer Vorgabe vom - - Und das ist irgendwie - - Da gibt es jemanden, der sich die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mühe macht, und das spielt für Ihre Arbeit keine Rolle. Da können Sie auch - - haben Sie gar keine Erklärung für?

Zeuge W. O.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Aber Sie haben mit dem Dr. T. geredet?

Zeuge W. O.: Im Vorfeld.

Christian Flisek (SPD): Über was denn?

Zeuge W. O.: Wie diese Datenbank aufgebaut ist. Er wollte einfach mal sehen, wie diese US-Selektoren aussehen.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge W. O.: Und da war er im Vorfeld mal draußen bei uns, und dann haben wir da reingeschaut.

Christian Flisek (SPD): „Im Vorfeld“: War das in einem zeitlichen Zusammenhang zu dieser Arbeit?

Zeuge W. O.: Vor 2013 - vor August 2013.

Christian Flisek (SPD): Ja. Wann? Wie viel? War das jetzt Jahre vorher?

Zeuge W. O.: Ja, früher haben wir das vorher - -

Christian Flisek (SPD): Bitte?

Zeuge W. O.: „Früher“, glaube ich, habe ich vorher gesagt.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Haben Sie den Eindruck, das stand im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit bezogen auf die Erstellung einer Liste?

Zeuge W. O.: Die Anweisung kam wesentlich später. Ich habe da keinen Bezug hergestellt.

Christian Flisek (SPD): Sind denn jetzt damals, als Sie EU - - Also, es sind ja verschiedene Kriterien da von Ihnen geprüft worden. Dann gab es

die erste Anweisung „Löschen!“ - die erste. Gab es da noch weitere Recherchen von Ihnen?

Zeuge W. O.: Ja. Ich habe dann tiefergehend noch gesucht, ja.

Christian Flisek (SPD): Tiefergehend?

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Tiefergehend im Rahmen desselben Such- - Also, waren das dieselben Suchkriterien, oder haben Sie das erweitert?

Zeuge W. O.: Ich habe es zum Teil noch erweitert, weil ich mehr Erkenntnisse mir zusammengesucht habe.

Christian Flisek (SPD): Und das heißt, da sind auch dann noch mal entsprechende Treffer zustande gekommen?

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Genauso viele wie beim ersten Mal oder mehr oder doppelt oder weniger?

Zeuge W. O.: Das kann ich nicht sagen. Weiß ich nicht mehr.

Christian Flisek (SPD): Wissen Sie nicht?

Zeuge W. O.: Nein, weiß ich nicht mehr, wie viele das waren.

Christian Flisek (SPD): So. Und dann haben Sie gesagt, dass Sie irgendwann beim Präsidenten waren. In diesem Jahr?

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Im März?

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie denn dem Präsidenten von Ihrer Tätigkeit damals erzählt?

Zeuge W. O.: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Was?

Zeuge W. O.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Nein?

Zeuge W. O.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Was war denn der Anlass, dass Sie beim Präsidenten waren?

(RA Johannes Eisenberg:
Das hatten wir doch schon
mal!)

- Ja, ich will es noch mal hören.

(RA Johannes Eisenberg:
Nein!)

- Wie „Nein“?

(RA Johannes Eisenberg:
Das ist nicht Unter-
suchungsgegenstand!)

- Was?

(RA Johannes Eisenberg:
Das ist nicht Unter-
suchungsgegenstand!)

- Ja, dann müssen Sie ins Mikrofon sprechen, Herr Eisenberg. Dann verstehe ich Sie.

RA Johannes Eisenberg: Das ist nicht Unter- -
Das hatten wir schon mal.

(Christian Flisek (SPD):
Och!)

Die Frage ist, glaube ich, von Frau Renner oder von Herrn Dr. von Notz gestellt worden, und da haben wir schon eingewandt gegen eine Zeugnispflicht, dass das nicht zum Untersuchungsgegenstand gehört, -

Christian Flisek (SPD): Er hat da mal - - Er hat ja gesprochen.

RA Johannes Eisenberg: - welche Gespräche der Zeuge außerhalb des Untersuchungsgegenstandes mit dem Präsidenten führt.

Christian Flisek (SPD): Also, wir haben ja innerhalb unseres Untersuchungsgegenstandes Zeitpunkte, die da irgendwie scheinbar zusammenfallen. Und wenn dann zentrale Zeugen, die mit solchen Listenzusammenstellungen beschäftigt sind, ein Rendezvous mit dem Präsidenten haben - und Frau Kollegin Renner hat ja zu Recht darauf hingewiesen, dass das jetzt nichts Alltägliches ist, wenn man sich sogar selten mit seinem Dienststellenleiter trifft und redet -, dann habe ich den Eindruck, hat das sehr viel mit unserem Untersuchungsgegenstand zu tun.

Also konkret die Frage: Sie haben dem Präsidenten keinerlei Hinweise über diese Tätigkeit im Sommer 2013 gegeben?

Zeuge W. O.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Weder über die erste Suche noch über die zweite Suche?

Zeuge W. O.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Sie sind diesbezüglich auch nicht befragt worden?

Zeuge W. O.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Hat der Präsident Sie bei diesem Treffen über Ihre Tätigkeit im Zusammenhang mit Selektoren befragt?

Zeuge W. O.: Ich denke, wir haben mal darüber gesprochen, ja.

Christian Flisek (SPD): Okay. Also war das Thema?

Zeuge W. O.: Unter anderem.

Christian Flisek (SPD): Unter anderem war das Thema?

Zeuge W. O.: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): War der Grund dieses Treffens, dass es hier zum Beispiel einen Untersuchungsausschuss gibt?

Zeuge W. O.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Hm!

(Susanne Mittag (SPD): Das kommt mir so vor wie *Was bin ich?!)*

- Ja, ja, das ist fast so ähnlich.

Zeuge W. O.: Aber das müssten Sie ja vielleicht den Präsidenten fragen, was da Anlass war.

Christian Flisek (SPD): Ja, können wir morgen.

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Aber manchmal ist das auch ganz gut, wenn man vorher weiß, wie Sie die Dinge sehen.

(RA Johannes Eisenberg: Wenn Sie hier rechtzeitig fertig werden!)

- Bitte?

(RA Johannes Eisenberg: Wenn Sie hier rechtzeitig fertig werden mit den heutigen Zeugen!)

- Ach, Ihnen kann das doch nur recht sein.

(Heiterkeit - Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, das stimmt!)

Also, Sie haben aber mit dem Präsidenten über Selektoren gesprochen?

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): So. Hat er Sie gefragt, was Sie da in Bad Aibling machen mit den Selektoren?

Zeuge W. O.: Nein, es ging grundsätzlich darum.

Christian Flisek (SPD): Grundsätzlich darum?

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie da selber geredet? Also, das war ein Treffen mit mehreren Leuten? Da waren ja nicht nur Sie?

Zeuge W. O.: Richtig. Das war ein ganzer Saal voll, ja.

Christian Flisek (SPD): Ein ganzer Saal voll?

Zeuge W. O.: Ja, ein Besprechungsraum.

Christian Flisek (SPD): Ein Besprechungsraum?

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Da war auch R. U. dabei?

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ja. War da auch W. B. dabei?

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Dr. T.?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff meldet sich.

RD Philipp Wolff (BK): Ich würde das gerne klarstellen. Das ist so ein Rumgeeiere. - Es gab im Rahmen der Aufklärung - - Ich gehe davon aus, der Zeuge meint das Treffen, wo auch ich anwesend war?

Zeuge W. O.: Ja, richtig, im Vorfeld, ja.

RD Philipp Wolff (BK): Im Rahmen der Sachverhaltsaufklärung im Nachgang gab es ein Treffen. Da war auch die Dienst- und Fachaufsicht anwesend, um den Sachverhalt festzustellen. Ich gehe davon aus, Sie meinen dieses Treffen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Entschuldigung, das müsste der Zeuge aber schon selbst beantworten; sonst brauchen wir ihn nicht mehr.

RD Philipp Wolff (BK): Ja. Ich will es nur klarstellen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sorry, nein! Wirklich: Das bitte ich den Zeugen zu beantworten.

RD Philipp Wolff (BK): Aber ich will auch klarstellen, dass das nicht in den Untersuchungszeitraum fällt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wissen wir jetzt noch nicht. Und jetzt interessiert es mich wirklich. - Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Ich gehe davon aus: Das fand alles im Zuge der Sachverhaltsaufklärung zu dem Beweisbeschluss unseres Untersuchungsausschusses - - Das war Anlass dieses Treffens. - Was denn jetzt, Herr Eisenberg? Nicht Untersuchungsgegenstand?

(Zuruf des RA Johannes Eisenberg - MR Torsten Akmann (BMI): Nein, -zeitraum! Es ist nicht der Zeitraum! Das ist Gegenwart! - RD Philipp Wolff (BK): Wir haben doch zur Sachverhaltsaufklärung - -)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Noch mal: Ich bitte jetzt - - Jetzt mache ich mal die Mikros aus. Und jetzt ist der Zeuge dran und kein anderer, und der beantwortet jetzt die Frage. Punkt. Und ich sage Ihnen - -

(Heiterkeit)

Zeuge W. O.: Jetzt reden zu viele Leute auf mich ein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, sorry! - Herr Eisenberg, Sie können sich beraten. Es bleibt bei der Frage, und ich möchte auch die Antwort hören, und die wird auch genau so protokolliert.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge W. O.: Es gibt diesen Sachstandsbericht der Abteilung TA, und in diesem Zusammenhang fand ein Treffen statt beim Präsidenten.

Christian Flisek (SPD): Und ich vermute, das ist jetzt abgestimmt, mehr sagen Sie dazu nicht. Also, es war *ein* Treffen?

Zeuge W. O.: Es war *ein* Treffen beim Präsidenten in Berlin und am Folgetag dann in Pullach mit dem Herrn Minister Altmaier.

Christian Flisek (SPD): Sehr gut. - Ist denn, wenn Sie von Ihrer Arbeit dort nicht so berichtet haben, also über Ihre Prüfung da im Sommer 2013 - erste, zweite, vielleicht mehr, aber zwei haben wir jetzt - - Hat jemand anders Vorgesetzter von Ihnen eine Darstellung gemacht, was da gelaufen ist?

Zeuge W. O.: Weiß ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Sie waren doch dabei

(Susanne Mittag (SPD): Bei der Veranstaltung!)

bei dem Treffen.

Zeuge W. O.: Bei der Veranstaltung?

Christian Flisek (SPD): Ja. Ob der R. U. oder ein anderer Vorgesetzter von Ihnen berichtet hat?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Aus unserer Sicht ist die Sachverhaltsaufklärung außerhalb des Untersuchungszeitraums, und wir können dazu in den Beratungssitzungen Stellung nehmen - das tun wir auch, das haben wir in der Vergangenheit gemacht, das werden wir morgen machen -, aber ich glaube nicht, dass der Zeuge dafür eine Aussagegenehmigung hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt muss ich mal fragen: Um welchen Zeitpunkt geht es



Nur zur dienstlichen Verwendung

denn? An den Zeugen, weil der Zeuge muss es entscheiden.

(RA Johannes Eisenberg:
Dann bitte ich jetzt mal,
mir die Gelegenheit zu
geben, mit dem Zeugen
darüber zu sprechen!)

- Das können Sie machen. Wir unterbrechen die Sitzung. Sie als Anwalt haben die Chance, mit Ihrem Zeugen sich zu beraten, aber so, dass wir alle nicht in Unruhe kommen. Danke schön. - Für zwei Minuten unterbrochen.

(Unterbrechung von
19.07 bis 19.08 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann geht die Sitzung weiter. Herr Zeuge.

(RA Johannes Eisenberg:
Wenn ich für den Zeugen
das noch mal erläutern
darf?)

- Nein, nein. Es ist nett gemeint, aber - -

(RA Johannes Eisenberg:
Er beruft sich auf eine
Beschränkung der Aussage-
genehmigung! Er gibt aber
an als Zeitpunkt den März
2015!)

- Also es geht um ein Treffen im März 2015?

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz kurz, dann ist der Kollege Flisek wieder dran. - Und da ging es - das möchte ich doch gern wissen - um etwas, was den Untersuchungsauftrag betrifft? Oder war das ein ganz anderes Treffen grundsätzlich in BND-Fragen?

(RA Johannes Eisenberg:
Der Zeuge hat jetzt gerade
vom Dienstherrn gehört,
dass seine Aussage-
genehmigung diesen Punkt
nicht umfasst!)

- Das weiß ich alles gar nicht. Noch mal der Zeuge. Entschuldigung! - Und da ging es um einen Untersuchungs- - um den Untersuchungsgegenstand bei diesem Treffen im März 2013, oder war das was ganz anderes, was mit uns hier gar nichts zu tun hat?

Zeuge W. O.: Mir wurde gerade gesagt, das befindet sich außerhalb meiner Aussagegenehmigung. Ich darf dazu nichts sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, mag ja sein, sorry. Jetzt bin ich aber hartnäckig, weil Sie stehen hier als Zeuge unter Wahrheitspflicht und Sie müssen das schon auf Ihr eigenes Kerbholz nehmen. Ich frage Sie jetzt noch mal: Ging es in diesem Treffen im März 2013 um einen Gegenstand, der Untersuchungsgegenstand ist?

(RA Johannes Eisenberg:
Das hat mit Wahrheits-
pflicht nichts zu tun!)

RD Philipp Wolff (BK): Er hat dazu keine Ausnahme genehmigung, und wir werden dazu im Rahmen der Beratungssitzung morgen gerne detaillierte Ausführungen machen, aber nicht im Rahmen der Beweisaufnahme.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie können ihm leider nicht die Aussagegenehmigung darüber nehmen, ob es um einen Gegenstand geht, der Untersuchungsgegenstand ist. Sorry!

(RA Johannes Eisenberg:
Der Zeuge macht dazu jetzt
keine Angaben!)

RD Philipp Wolff (BK): Doch, weil es außerhalb des Untersuchungszeitraums ist. Deswegen hat er dazu keine Aussagegenehmigung. Die Bundesregierung wird im Rahmen der Beratungssitzung morgen detaillierte Angaben dazu machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da bin ich mal sehr gespannt; aber den Teil möchte ich auch mal geklärt haben. -

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Liegt das außerhalb



Nur zur dienstlichen Verwendung

des Zeitraums? -
MR Torsten Akmann (BMI):
Alles nach Einsetzung des
Untersuchungsausschus-
ses! Das geht nicht!

Herr Kollege Flisek, jetzt haben Sie Ihre Zeit wei-
ter.

(Konstantin von Notz
BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Der Vorsitzende hat
nach 2013 gefragt! -
RD Philipp Wolff (BK):
März 2015!)

Christian Flisek (SPD): Wir sind bei einem Tref-
fen im März 2015. Also warten wir mal ab, was
morgen in der Beratungssitzung dazu kommt. Ich
bin sehr gespannt. Ich sage aber nur gleich auch
dazu: Die Hauptmotivation, warum ich da so
nachfrage, ist natürlich die: Ich will wissen, ob es
da irgendwelche Zeugen gibt, die bei solchen
Treffen über diese Sachverhalte referieren, die
wir vielleicht hier noch zu nennen haben, die wir
bisher nicht auf dem Bildschirm haben - also nur,
dass wir da in der Vorbereitung dann vielleicht
morgen dazu was hören. Weil: Wenn der Zeuge
selber da offensichtlich wenig gesprochen hat
und mitgeteilt hat, dann wird natürlich die Frage
sein, wer hat denn da was gesagt. Ich kann mir
kaum vorstellen, dass man zu diesem Zeitpunkt
ein Treffen organisiert, genau in dieser hochran-
gigen Besetzung, und all diese Leute da zusam-
mentrommelt und man dann nicht ausführlich
über diesen Themenkomplex spricht: Das würde
sich mir mehr als nur befremdlich darstellen.
Gut. - Ist Ihnen der Begriff „EADS/Eurocopter“
schon mal untergekommen?

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Wann denn?

(RA Johannes Eisenberg: In
nichtöffentlicher Sitzung!)

- Ist das auch außerhalb des Zeitraums, oder was?

(RA Johannes Eisenberg:
Nichtöffentliche Sitzung,
Herr Abgeordneter! -

Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Warum?)

- Warum denn?

(RA Johannes Eisenberg:
Weil es da um konkrete - -)

- Ja, müssen Sie schon begründen. Man kann
nicht einfach nur sagen „nichtöffentliche Sit-
zung“, weil dann sagen Sie in Zukunft immer
„nichtöffentliche Sitzung“. Sie müssen mal be-
gründen, warum.

(RA Johannes Eisenberg:
Weil es da um konkrete
Selektoren geht, oder? Da
frage ich die Bundes-
regierung!)

RD Philipp Wolff (BK): Die Unterlagen zu EADS
und Eurocopter sind eingestuft. Es geht tatsäch-
lich um konkrete Selektoren,

(RA Johannes Eisenberg: Es
ist auch bisher immer so
gehandhabt worden!)

und wenn er dazu überhaupt eine Ausnahme-
genehmigung hat, dann wird er zu „EADS/Euro-
copter“ in geheimer eine haben, kann er dazu
was sagen.

Christian Flisek (SPD): Gut. Dann habe ich jetzt
keine weiteren Fragen mehr in öffentlicher Sit-
zung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herz-
lichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur Frak-
tion von Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege
von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Ja, ich mache da direkt weiter, weil ich das
so nicht akzeptiere. Das kann sein, dass das auch
eingestufte Papiere sind, aber es wird breit disku-
tiert; Bundeskanzlerin und Minister äußern sich
dazu. Also die Frage, Herr W. O.: Sind Sie der-
jenige, der auf diese Begriffe gestoßen ist?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. O.: In nichtöffentlicher Sitzung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hätte das gern begründet. Was ist der Grund dafür? Was ist da das Staatsinteresse? Kündigen uns die Amerikaner unsere Freundschaft, wenn er hier sagt, worum es geht? Ich verstehe das nicht.

RD Philipp Wolff (BK): Es geht sowohl um das staatliche Interesse an dem - in Anführungszeichen - Schutz von konkreten Selektoren. Es geht auch um potenzielle Firmeninteressen, die wir berücksichtigen müssen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Das gilt für uns auch, übrigens.

RD Philipp Wolff (BK): Richtig. Aber er kann ja dann in eingestufte Sitzung was sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber da werden die Firmen das ja nicht erfahren, nicht? Das ist - -

RD Philipp Wolff (BK): Ich will noch mal was sagen: Es hat sich zu dem konkreten Inhalt von den benannten Firmen niemand in der Presse geäußert - sicher nicht, ganz im Gegenteil -, sondern es wurde Bezug genommen darauf, dass Unterlagen entsprechend eingestuft sind. Dass es in der Presse steht, hebt nicht die Einstufung auf - definitiv nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, mehrere Zeugen haben hier in öffentlicher Sitzung das gesagt, unter anderem Herr Urmann. Da sind Sie nicht eingeschritten.

RD Philipp Wolff (BK): Und zu Einzelheiten haben wir auf die nichtöffentliche verwiesen. Er hat auch vorhin schon was dazu kurz gesagt. Nur zu den Einzelheiten sind wir in die nichtöffentliche Sitzung. Es wurde auch akzeptiert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, er hat den ersten Buchstaben genannt und dann ganz schuldbewusst zu Ihnen rübergeguckt, Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Er hat vor ungefähr fünf Minuten schon was dazu gesagt, vor zehn Minuten. Und zu den Einzelheiten - und darauf weise ich hin - verweisen wir auf die nichtöffentliche Sitzung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Bis 2008 wurden die G-10-Prüfungen in Bad Aibling durchgeführt. So viel habe ich richtig verstanden, richtig?

Zeuge W. O.: Richtig, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht können Sie uns erzählen, wie die genau erfolgt sind.

RD Philipp Wolff (BK): Also, abstrakt ist das ja schon öfters dargestellt worden. Das kann der Zeuge sicher auch in öffentlicher Sitzung. Wenn es aber dann um die Details der G-10-Prüfung geht, auch da sind wir in geheimer Sitzung. Und das haben wir auch bisher - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Details“ heißt dann „konkret“ im Gegensatz zu „abstrakt“?

RD Philipp Wolff (BK): Genau, abstrakt. Wir haben über Stufen gesprochen. Das kann der Zeuge darstellen, dass es da verschiedene Stufen gibt. Allerdings: Wenn es dann wirklich in die Details geht, dann bitte in eingestufte Sitzung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Ich versuche es mal mit einem ganz anderen Thema: genaue Abläufe August 2013. Da hat ja der Kollege Flisek schon ein bisschen gefragt. Wann genau haben Sie denn diese erste Suche, die Sie rein mündlich, nichts Schriftliches, den Auftrag erteilt bekommen - - Wann genau war das?

Zeuge W. O.: Den genauen Tag kann ich nicht sagen. Es war Mitte August.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mitte August?

Zeuge W. O.: Mitte August 2013, ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie wissen nicht genau, wie viel Zeit vergangen ist für Ihre Prüfung?

Zeuge W. O.: Ein Tag.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein Tag.

Zeuge W. O.: Haben wir auch gesagt, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sich erinnern, wann Sie dann Rapport erstattet haben, wann Sie eine E-Mail geschrieben haben?

Zeuge W. O.: Sofort, als ich das Ergebnis hatte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Am nächsten Morgen oder sofort, als Sie das Ergebnis hatten?

Zeuge W. O.: Also, ich weiß nicht, ob ich es am nächsten Morgen geschrieben habe. Als ich das Ergebnis vorliegen hatte, habe ich ihn informiert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann fangen Sie denn morgens an zu arbeiten?

Zeuge W. O.: 6 Uhr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnte es sein, dass dieser Suchvorgang nur eine Stunde gedauert hat?

Zeuge W. O.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und danach haben Sie weitergesucht?

Zeuge W. O.: Ich habe erst die Antwort abgewartet, was dann als Folgeauftrag kam, und als es dann hieß „Löschchen!“, habe ich weitergesucht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war der Folgeauftrag?

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Folgeauftrag aus einem Wort - „Löschchen!“ - bedeutet für Sie: „Ich soll nicht nur löschen, sondern ich soll weitersuchen“?

Zeuge W. O.: Das war eine erste Analyse, diese Antwort an meinen Dienststellenleiter, und natürlich habe ich dann weitergesucht; ich habe natürlich nach weiteren europäischen Ministerien dann gesucht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat es noch mal ein Gespräch gegeben zwischen Ihnen und Ihrem Chef?

Zeuge W. O.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben selbstständig noch mal weitergesucht?

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatten Sie Sorge, dass da noch weitere Begriffe drin sein könnten?

Zeuge W. O.: Mir war klar, dass ich bei einer ersten Analyse nie alle finden würde.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und warum haben Sie dann so schnell Rückmeldung gegeben? Gab es irgendwie Zeitdruck?

Zeuge W. O.: Nein, Zeitdruck hatte ich keinen. Ich wollte einfach kurzfristig ein Ergebnis liefern.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann haben Sie noch mal ein zweites Ergebnis geliefert?

Zeuge W. O.: Nein, ein zweites Ergebnis habe ich nicht mehr geliefert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern?

Zeuge W. O.: Ich habe dann einfach weitergesucht, wie es der Auftrag war.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das haben Sie gar nicht mehr zurückgemeldet?

Zeuge W. O.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja interessant.

Zeuge W. O.: Der Auftrag war - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Ihr Chef hat gar nicht mehr erfahren, ob da noch mehr Sachen gelöscht wurden oder so?

Zeuge W. O.: Nein. Der Auftrag war, ich soll nach europäischen Ministerien suchen. Ich habe ein Ergebnis geliefert. Das Ergebnis war die Anweisung „Löschen!"; also bin ich mit den neuen Treffern genauso verfahren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Auftrag war, nach europäischen Ministerien zu suchen?

RD Philipp Wolff (BK): Zu Einzelheiten bitte ich den Zeugen in eingestufte Sitzung etwas zu sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Europäische Ministerien! - Wie viel Tage haben Sie denn dann noch gesucht?

Zeuge W. O.: Ich glaube, insgesamt drei Wochen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Drei Wochen.

Zeuge W. O.: So rum, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch August, September, bis in den September rein?

Zeuge W. O.: Bis Mitte September oder Anfang September, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und schließe ich richtig aus dem Umstand, dass Sie das noch nicht mal mehr Ihrem Chef, Ihrem Auftraggeber, gemeldet haben, dass eigentlich sonst niemand davon weiß, was Sie noch so gelöscht haben?

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie ungefähr sagen, wie viele Begriffe das noch waren?

RD Philipp Wolff (BK): In eingestufte Sitzung, bitte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie sagen das praktisch - - Also, Sie haben dann in mehreren Chargen nachgelöscht praktisch, also mehrfach? Es war nicht noch eine Aktion, sondern es gab noch mehrere Aktionen?

Zeuge W. O.: Es gab das öfters noch, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und könnte es sein, wenn das Bundeskanzleramt uns jetzt sagt, wie viele Begriffe gelöscht worden sind, dass Ihre gar nicht dabei sind, die Sie gelöscht haben?

Zeuge W. O.: Das weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnte ja sein, weil niemand weiß ja, was Sie gelöscht haben; Sie haben es ja niemandem erzählt.

Zeuge W. O.: Nein, ich habe es nicht gelöscht. Ich habe vorher ausgeführt: Löschen heißt bei uns: Ich setze sie auf „disapproved“. Das heißt, sie gehen nicht in die Erfassung. Sie werden nicht gelöscht, sie werden gemarkert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verstehe. Und gehen sie dann, wenn sie gemarkert sind, automatisch in diese Ablehnungsdatei?

Zeuge W. O.: Sie haben den Status „abgelehnt“. Sie gehen in keine Ablehnungs- -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist nicht das, was ich frage.

Zeuge W. O.: Sie gehen in keine Ablehnungsdatei. Sie haben den Status „abgelehnt“ und gehen dann nicht mehr in die Erfassung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnte es sein, dass in ganz kurzer Zeit die Gesamtzahl der Selektoren durch Ihre Aktion drastisch gesunken ist?

Zeuge W. O.: Davon gehe ich aus. Ich habe ja auch gelöscht. Das war ja auch mein Auftrag.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnte es sein, dass sie von 8,2 Millionen auf 4,6 Millionen runtergegangen sind?

Zeuge W. O.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Sie haben vielleicht ein paar Hunderttausend gelöscht, aber nicht Millionen?

Zeuge W. O.: Nicht mal paar Hunderttausend.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern?

RD Philipp Wolff (BK): Zu Zahlen bitte ich den Zeugen in eingestufter Sitzung etwas zu sagen. Ich gehe davon aus, dass die Zahlen, die der Abgeordnete von Notz genannt hat, nicht aus eingestuften Dokumenten sind.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, die gehen aus der Presse - - *Zeit Online* vom 19. Mai 2015, 19.23 Uhr - nicht 7.01 Uhr, 19.23 Uhr. - Also, Sie können sich den Rückgang von Selektoren - August 2013 bis 16. März 2015 praktisch die Halbierung der Selektoren - nicht erklären?

Zeuge W. O.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben auch keine Idee, wie viele Selektoren gelöscht wurden aufgrund der Aktion, die Herr Dr. T. gemacht hat?

Zeuge W. O.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und könnte es sein, dass Ihre Nachforschungen bezüglich europäischer Ministerien in Selektorenlisten stattgefunden haben, die eventuell in dem Auszug, den Sie für Herrn Dr. T. gemacht haben, gar nicht enthalten waren?

Zeuge W. O.: Das ist eine Mutmaßung. Weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie können es nicht ausschließen?

Zeuge W. O.: Nein, ich kann es nicht ausschließen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben vorhin gesagt, dass bis 2008 die G-10-Prüfungen in Bad Aibling erfolgt sind und nach 2008 in Pullach, weil es so viele Daten geworden sind.

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber ist das nicht kurios, wo doch die Operation „Eikonal“ justament Jahr 2008 beendet wurde, dass auf einmal so viele Selektoren unterwegs waren, dass man jetzt den Standort sogar wechseln musste? Also finden Sie das nicht einen kuriosen zeitlichen Zusammenhang, dass - -

Zeuge W. O.: Es wurde bei uns nie getrennt zwischen Satellitenerfassung und Kabelerfassung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge W. O.: Also, nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurde nie getrennt?

Zeuge W. O.: Wurde nie getrennt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und es ist immer auch beides erfolgt, auch nach 2008?

Zeuge W. O.: Davon gehe ich aus, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich auch. Aber schön, wenn es mal jemand ausspricht! Bis heute, nicht?

RD Philipp Wolff (BK): Zu Einzelheiten der Erfassungsansätze, die im Übrigen außerhalb des Untersuchungsgegenstandes sind, hat der Zeuge keine Aussage zu machen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das halte ich für eine massiv abwegige These, dass das außerhalb des Untersuchungsauftrages ist. Da müssten wir mal drüber reden, welche Kabelerfassungen das sind. Dann könnte man sich da der Wahrheit annähern. - Es geht auf jeden Fall nicht nur um Satellit?

Zeuge W. O.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir die Details in der nächsten Runde klären.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir kommen jetzt zur Fraktion der SPD. - Herr Kollege Flisek hat keine Fragen mehr in öffentlicher Sitzung.

Dann gehen wir in die nächste Fragerunde. Es beginnt für die Fraktion Die Linke Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie sich auch irgendwann mal die Meldungen angesehen, die am Ende des Verarbeitungsprozesses standen?

Zeuge W. O.: Wenn ich am Gang mit den Kollegen spreche, erzählen sie mir ab und zu mal was, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Bei diesen Meldungen, gab es da auch mal Auffälligkeiten?

Zeuge W. O.: Inwiefern Auffälligkeiten?

Martina Renner (DIE LINKE): G-10-relevante Inhalte, EU-relevante Inhalte.

RD Philipp Wolff (BK): Zu Einzelheiten von Meldungsinhalten bitte ich den Zeugen auch in eingestufte Sitzung auszusagen. Es ist eingestuftes Material.

Martina Renner (DIE LINKE): Das war ziemlich allgemein: Gab es Auffälligkeiten? Ich wollte nicht wissen, in welchem Jahr, nicht, welche. Nur: Gab es Auffälligkeiten?

(RA Johannes Eisenberg:
Das hat er doch schon
gesagt! Ja!)

- Ja? - Und dann? Was war dann der Meldeweg, wenn man so etwas festgestellt hat, dass in den Meldungen etwas steckt, was da nicht hineingeht? Wer wurde dann informiert?

Zeuge W. O.: Normalerweise haben wir dann den 20AD informiert, und die haben dann entschieden, was zu tun ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Und was wird dann getan? Bekommen die Amerikaner das nicht, oder was passiert dann, wenn man sagt, diese Meldungen - -

Zeuge W. O.: Es wird gelöscht. Also, das Ergebnis wird gelöscht.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Meldung?

Zeuge W. O.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Inhaltsdaten?

Zeuge W. O.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und dann bekommen die Amerikaner die nicht?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. O.: Richtig.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie macht man das in einem automatisierten Verfahren? Also, wir haben von anderen Zeugen gehört, dass die Meldungen automatisiert weitergegeben wurden.

Zeuge W. O.: DAFIS. Am Ausgang steht ja DAFIS. Also, wir sehen ja nur - - Wenn Sie mich fragen, ob wir mit Kollegen gesprochen haben: Das ist ja dann unser Meldungsanteil, also der deutsche Meldungsanteil.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie mir das noch ein bisschen besser erklären? Ich verstehe es nicht.

Zeuge W. O.: Sie hatten mich vorher gefragt, ob ich mit Kollegen über Meldungsinhalte sprechen kann.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge W. O.: Das ist ja der Meldungsinhalt von -

Martina Renner (DIE LINKE): - deutschen Selektoren?

Zeuge W. O.: Richtig, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Zu Meldungsinhalten von US-amerikanischen Selektoren hat man sich nicht verständigt?

Zeuge W. O.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Dieses „disapproved“-Setzen, wird das irgendwie dokumentiert?

Zeuge W. O.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie wird das dokumentiert?

RD Philipp Wolff (BK): Auch das wird in eingestufte Sitzung besprochen. Da geht es um die Details der Datenbank, und da haben wir schon vorher schon drüber diskutiert.

Martina Renner (DIE LINKE): Machen wir das mal anders rum. Da Sie ja da bis heute sind: Lässt sich das für die Jahre ab 2008 rückverfolgen, wann was „disapproved“ gesetzt wurde?

RD Philipp Wolff (BK): Die Datenbank, wie die aufgebaut ist, was man da feststellen kann, wird der Zeuge in eingestufte Sitzung umfassend darstellen - gar kein Problem.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Frage, ob man nachverfolgen kann, was „disapproved“ gesetzt wurde - -

RD Philipp Wolff (BK): Ja, das ist aber genau eine Einzelheit der Datenbank: wie das funktioniert, welche Funktionen sie hat. Genau darum geht's.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, das geht nicht - - Ich will doch gar nicht wissen - - Ich will nur wissen, ob man das rückverfolgen kann - das ist quasi eine datenschutzrechtliche Frage -, ob man es dokumentiert und rückverfolgen kann, was zwischen 2008 und Ende des Untersuchungszeitraumes - ich will ja gar nicht bis heute - -

RD Philipp Wolff (BK): Das betrifft die Funktionalität der Datenbank, -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein.

RD Philipp Wolff (BK): - und das können wir in eingestufte Sitzung gerne - -

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist die Dokumentation der Datenbank.

RD Philipp Wolff (BK): Nein, das ist eine Funktion der Datenbank.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, ich finde nicht, dass es Funktionalität ist, sondern das ist die Dokumentation, aber na ja. - Wie findet man denn eigentlich Selektoren, die rausgenommen werden sollen? Also Pullach meldet: Nimm den Selektor raus! - Das sind irgendwie 8,x Millionen oder wie viele. Und wie finden Sie den dann, der rausgenommen wird?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. O.: Da gibt es eine Suchfunktionen in der Datenbank.

Martina Renner (DIE LINKE): Und die Information, die aus Pullach kommt, ist so eindeutig, dass ich das innerhalb kürzester Zeit finde, was da rausgenommen werden soll?

RD Philipp Wolff (BK): Jetzt sind wir wieder genau bei der Funktionalität der Datenbank, und das kann ja der Zeuge wirklich darlegen, wenn wir in eingestufte Sitzung sind - aber eben in eingestufte Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sagten, Sie hatten auch Kontakt mit den US-amerikanischen Kollegen. Haben Sie mit denen auch zusammengearbeitet in Ihrem Aufgabengebiet?

Zeuge W. O.: Wir waren ein Sachgebiet: JSA.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Sitzen Sie auch mit einem US-amerikanischen Kollegen in einem Zimmer?

Zeuge W. O.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Man sitzt in getrennten Zimmern?

Zeuge W. O.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Andere Zeugen haben mir gesagt, das geht da Schreibtisch an Schreibtisch. Das ist schon interessant irgendwie. - Also Sie arbeiten im Sachgebiet zusammen, aber nicht mit einem direkten Partner? Oder gibt es ein Pendant zu Ihnen auf US-amerikanischer Seite?

Zeuge W. O.: Es gab ein Pendant zu mir auf US-amerikanischer Seite.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau, darauf will ich hinaus. Welche Aufgabe hatte dieses Pendant?

Zeuge W. O.: Die Amerika- - Unsere Suchbegriffe nach deren Recht zu prüfen.

Martina Renner (DIE LINKE): Die deutschen Selektoren danach zu überprüfen, ob US-Amerikaner betroffen sind?

Zeuge W. O.: Richtig, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Das heißt, die deutschen Selektoren wurden übergeben in Bad Aibling -

Zeuge W. O.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): - und kamen dann zurück?

Zeuge W. O.: Die kamen nicht zurück. Die haben uns gesagt, was wir dann rausnehmen müssen, was nach deren Recht nicht eingestellt werden darf.

Martina Renner (DIE LINKE): Und was war das? Also, wenn natürliche Personen mit der Staatsbürgerschaft der USA betroffen waren, oder was sollte rausgenommen werden?

RD Philipp Wolff (BK): Das betrifft jetzt auch wieder Einzelheiten der Zusammenarbeit, insbesondere das MoA. Das sind genau die Absprachen, die da auch geregelt sind. Und das haben Sie auch; das kennen Sie. Das ist entsprechend eingestuft.

Martina Renner (DIE LINKE): Mir geht ja immer noch um die Frage, welche Zugänge beide Seiten zu den Selektoren und den Datenbanken hatten.

RD Philipp Wolff (BK): Das können wir ja dann in geheimer Sitzung umfassend klären.

Martina Renner (DIE LINKE): Sind Sie vor Frühjahr 2015 noch einmal zu der Abgabe eines Sachstandsberichts oder Ähnliches, also in schriftlicher Form, veranlasst worden, zur Selektorenproblematik?

Zeuge W. O.: Vor Frühjahr 2015? - Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sagten vorhin, man hat nach Selektoren gesucht zu europäischen Regierungen. Hat man auch zu Selektoren



Nur zur dienstlichen Verwendung

von Institutionen der EU gesucht? Das ist ja etwas anderes.

RD Philipp Wolff (BK): Bitte zu Einzelheiten der Selektorenprüfungen auch in eingestufter Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sagten, Sie haben im Internet recherchiert, welche möglichen Suchbegriffe dazu infrage kommen. Haben Sie neben der Recherche im Internet auch auf anderem Wege Suchbegriffe entwickelt, zu denen man die Selektoren durchsuchen muss?

Zeuge W. O.: Wenn irgendwelche Auffälligkeiten waren, hat man die natürlich auch benutzt.

Martina Renner (DIE LINKE): Was sind denn „Auffälligkeiten“?

Zeuge W. O.: Wenn man jetzt einen Selektor gesucht hat, und dann ist aufgefallen: „Da ist noch was anderes mit dabei“, dann hat man natürlich auch speziell nach dem gesucht. Aber ich denke, das ist dann auch nichtöffentlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ich habe dann erst mal keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion der Union. Ich glaube, es sind immer noch keine Fragen in öffentlicher Sitzung mehr. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch mal ganz kurz zu dieser Frage der deutschen Interessen in Abgrenzung zu G 10. Ab welchem Jahr wurden deutsche Interessen bei den Selektoren berücksichtigt?

Zeuge W. O.: Da müssen Sie T2AB fragen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wissen Sie gar nicht?

Zeuge W. O.: Nein, das weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war gar kein Thema bei Ihnen?

Zeuge W. O.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnte es sein, dass bis heute deutsche Interessen keine Rolle spielen?

Zeuge W. O.: Ich weiß es nicht. Da müssen Sie T2AB fragen. Ich bin mit der Selektorenprüfung seit 2008 nicht mehr beauftragt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber Sie bekommen doch mit, welche Selektoren zurückkommen und nicht gehen. Das ist doch Ihre alltägliche Arbeit gewesen.

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und da wird Ihnen doch wohl aufgefallen sein, ob deutsche Interessen, also nicht nur G 10, sondern deutsche Interessen eine Rolle gespielt haben.

Zeuge W. O.: Sicherlich sind mal Dinge drin, die ich mir nicht erklären kann. Ob das jetzt deutsche Interessen sind, das kann ich nicht verifizieren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gibt so eine total interessante Liste in den Snowden-Unterlagen. - Die muss ich jetzt einmal suchen. - Die haben Sie vielleicht auch schon mal gesehen. - Können Sie ihm die einmal geben? - Das sind die Snowden-Unterlagen. Da ist diese JSA Restriction. Das ist die deutsche Übersetzung hier:

Uns wurde mitgeteilt,

- ich lasse Ihnen das gleich geben -



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass folgende Domains bei der JSA nicht zugelassen sind, um zu verhindern, dass mit Blick auf Nationalität sensible Selektoren ins Visier genommen werden. Eine vollständige Liste der Ländercodes ist [hier verfügbar](#).

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Dann gibt es die Ländercodes. Das sind auf Seite 2 - - Ich sage es mal fürs Protokoll: Das hat bei uns auch ein Aktenzeichen: MAT A Sek-4-1m_DE, Blatt 2¹. Sie haben das englische Original. Aber letztlich ist das, was drinsteht, ja gleich.

Da stehen jetzt Endungen.

Zeuge W. O.: Die Domains?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - „.as“, „.at“, „.au“, „.ca“, „.de“. Das sind eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben, acht, neun, zehn, elf, zwölf. Warum ausgerechnet diese zwölf Endungen?

Zeuge W. O.: Weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein?

Zeuge W. O.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wenn man jetzt die Unternehmen und Körperschaften, die offensichtlich auf so einer Ausfilterungsliste - der deutschen - drauf sind, sich anguckt: Da sind Sachen drauf, die machen für den Laien, der ich bin, Sinn: „DHL.COM“. Das ist ein deutsches Unternehmen, kein „.de“. Das nimmt man drauf. „EADS.NET“, „EURO-COPTER.COM“, „SIEMENS.COM“. Und dann gibt es kuriose Dinge: „KLIMAWANDEL.COM“,

„NEUE-EINHEIT.COM“ und - mein absolutes Lieblingsding - „ORGELBAU.COM“. Sind das Tarnfirmen des BND?

(Heiterkeit)

„ORGELBAU.COM“. Jetzt interveniert Herr Wolff sicher gleich. - Wie erklären Sie sich, dass die Amerikaner - - Glauben die, dass wir irre sind, oder gibt es eine belastbare Argumentation, wie es dazu kommen kann, dass die Deutschen Wert darauf legen, dass das Unternehmen „BAU-MARKTFORSCHUNG.COM“ nicht ausgeforscht wird?

Zeuge W. O.: Ich kann nichtöffentlich etwas sagen dazu.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie können was dazu sagen.

(Zuruf der Abg. Martina Renner (DIE LINKE))

- Die Kollegin Renner besteht darauf, dass ich „FEUERWEHR-INGOLSTADT.ORG“ noch anspreche.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das kann ich sogar erklären.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber bitte unter Wahrheitspflicht, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gerne mich als Zeugen laden, wenn es gewünscht ist. Aber erst einmal bitte ich doch, dass es im Ausschussaal ruhig ist, dass wir den Zeugen hören, dass wir den Fragesteller hören. Das ist ja keine - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Das nehme ich genau so. - Aber Sie können das nachher vielleicht in nichtöffentlicher Sitzung - - hinter der Zusammenstellung

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle dieses Zitats sowie der folgenden Zitate lautet: MAT A Sek-4 1. Zusammenarbeit Übersetzungen 1190-14_Dokument 1m_DE.



Nur zur dienstlichen Verwendung

dieser Begriffe vielleicht eine Systematik erkennen, die ich so nicht sehe?

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gut. - Vielleicht noch eine kurze Frage. Also, Sie können es jetzt nicht genau sagen, ab wann deutsche Interessen oder ob deutsche Interessen überhaupt eine Rolle gespielt haben beim Ausfiltern der Selektorenlisten. Hat denn auf amerikanischer Seite - - Die Amerikaner - so habe ich das verstanden - haben ja so was wie wir, wie das G-10-Gesetz. Das heißt da anders. Der 128 oder so. Ich habe es vergessen; aber so ähnlich.

Zeuge W. O.: USSID 18.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. So. - Aber haben denn die Amerikaner nach amerikanischen Interessen ausgefiltert?

Zeuge W. O.: Das weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war nie ein Thema bei Ihnen in der Abteilung, -

Zeuge W. O.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - welche Kriterien der Amerikaner dazu geführt haben, dass deutsche Selektoren abgelehnt wurden?

Zeuge W. O.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Ja, dann habe ich erst mal keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. - Jetzt frage ich mal in die Runde der Fraktionen: Gibt es denn noch Fragen im öffentlichen Teil an den Zeugen? - Nein. Ich sehe, das ist bei keiner Fraktion der Fall. Ich will auch keinen übersehen. Wenn es keine weiteren Fragen mehr

gibt, die in öffentlicher Sitzung beantwortet werden können, müssen wir einen Beschluss zum Ausschluss der Öffentlichkeit fassen, weil, ich glaube, es gibt zahlreiche Fragen, die in nicht-öffentlicher oder eingestufte Sitzung interessant werden. Ich schlage daher folgenden - -

(Zuruf)

- Nein, wie wir es immer machen: erst Beschluss fassen, dann Zeugen warten lassen, nächsten Zeugen öffentlich, wieder Beschluss fassen. So haben wir es doch vereinbart. Nur, wenn er jetzt weggeht, dann ist er weg.

Also: Deswegen schlage ich folgenden Beschluss vor:

Für die weitere Vernehmung des Zeugen W. O. am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Allgemeinwohls des Bundes entgegenstehen.

Wer dafür ist, das so zu beschließen, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Sehe ich keine. Dann ist so beschlossen.

Bevor die nichtöffentliche Vernehmung des Zeugen W. O. folgt, würden wir aber mit dem nächsten Zeugen in öffentlicher Sitzung anfangen. Das ist W. K. - Herr W. O., ich danke Ihnen schon mal, dass Sie in öffentlicher Sitzung uns Rede und Antwort gestanden haben. Wir werden im späteren Verlauf des Tages in nichtöffentliche bzw. eingestufte Sitzung übergehen. Ich bitte, sich bereitzuhalten. Ich gehe davon aus, dass das noch klappt. Sollte das aus irgendwelchen Gründen heute nicht mehr stattfinden, teilen wir es Ihnen so schnell wie möglich mit. - Danke schön.

Ich würde jetzt bitten, den nächsten Zeugen in den Sitzungssaal zu geleiten. Das geht wahrscheinlich relativ zügig. So lange ist die Sitzung unterbrochen.

(Unterbrechung von
19.39 bis 19.52 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung des Zeugen W. K.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: So, dann denke ich, dass wir wieder in die Sitzung eintreten. - Tür ist zu, dann fangen wir an. Dann darf ich Herrn W. K. begrüßen. - Nett, dass Sie da sind. Sie sind geladen worden, ein bisschen sehr kurzfristig; aber Sie kennen sich ja hier schon aus. Am 13. November und am 5. Februar waren Sie schon hier im Ausschuss. Also dürften die Regularien im Großen und Ganzen bekannt sein. Trotzdem weise ich da noch mal darauf hin: Die Aussage wird vom Tonband mitgeschnitten, wird mitgeschrieben. Sie bekommen dann das Protokoll und können noch mal nachlesen und eventuell noch einiges richtigstellen. Das ist Ihnen ja bekannt. Zwei Wochen haben Sie Zeit für die Korrektur. Das ist wahrscheinlich letztes Mal auch gut gelaufen, nicht?

Zeuge W. K.: Ja.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Ja. Gut. - Sie haben einen rechtlichen Beistand. Herr Eisenberg, einmal kurz. - Jawohl.

RA Johannes Eisenberg: Ja, ich bin der Rechtsanwalt Eisenberg.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Hinsichtlich der notwendigen Wahrheitspflicht und der notwendigen Belehrung kann ich Bezug nehmen auf die bereits ergangenen Belehrungen. Die sind Ihnen noch präsent, oder?

Zeuge W. K.: Nein, weiß ich noch alles, Frau Vorsitzende.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Wissen Sie noch alles. Dann können wir darauf verweisen und auch gleich anfangen. - Sagen Sie doch noch einmal kurz Angaben zur Person.

Zeuge W. K.: Mein Name ist W. K., und ich bin Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes, Unterabteilungsleiter im Bundesnachrichtendienst.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Standort?

Zeuge W. K.: Pullach.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Ja. Danke. - Möchten Sie zu Anfang irgendwie was sagen dazu, als Eingangsstatement?

Zeuge W. K.: Nein, heute nicht.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Heute nicht. Gut. Ja, dann geht es gleich los. - Dann gebe ich die Fragen an die CDU/CSU.

Nina Warken (CDU/CSU): Herr Zeuge, wir untersuchen ja die momentan aktuellen Vorgänge der Überprüfung dieser Selektoren, die die Amerikaner an den BND übermittelt hatten. Wir haben dazu in der vergangenen Sitzungswoche ja den Zeugen D. B. gehört, mit dem Sie wohl darüber gesprochen haben, dass dieser im August 2013 eine Überprüfung des US-Selektorenprofils veranlasst hatte. Der Zeuge gab auch an, dass er Sie über die gefundenen Ergebnisse informiert hat. Jetzt hätte ich zunächst die Frage, was denn der Zeuge D. B. Ihnen geschildert hat, wie er denn dazu gekommen ist, warum er diesen Auftrag erteilt hat, die Selektorenliste, das Selektorenprofil zu überprüfen.

Zeuge W. K.: Ja, also der Zeuge D. B. hatte mich im August - ich weiß nicht mehr, wann es genau war -, im August 2013 telefonisch informiert, soweit ich das noch weiß, dass er eine Außer-Reihe-Prüfung der US-Selektoren vornehmen hat lassen und dass er dabei Selektoren gefunden hat, die abzulehnen sind, die noch nicht abgelehnt waren. Und er wollte mich informieren, dass das in größerer Zahl als üblich war und er den weiteren Vorgang dann mit der Dienststelle Bad Aibling weiter fortführen würde, in seiner Zuständigkeit. Über die Gründe, warum er das gemacht hat - - Es ist mir nicht Erinnerung, dass er mir da welche mitgeteilt hätte.

Nina Warken (CDU/CSU): Und haben Sie ihn dann nicht konkret gefragt, was ihn dazu bewogen hat bzw. was genau dann sein Auftrag war - ist Ihnen das bekannt? -, den er dann an den Dr. T., den wir hier auch gehört haben, gegeben hat? Es muss ja da ein konkreter Überprüfungs-



Nur zur dienstlichen Verwendung

auftrag vorgelegen haben. Hat er Ihnen das geschildert, was denn genau überprüft werden sollte?

Zeuge W. K.: Nein, das hat er nicht. Wir hatten auch im Sommer 2013 - - Sie können vielleicht errahnen, was bei uns los war, im Sommer 2013. Es fiel ja nicht in meine Zuständigkeit, diese Selektoren zu prüfen; es fiel in seine Zuständigkeit. Er war mir immer bekannt als ein verlässlicher Unterabteilungsleiter. Ich habe auch keine Veranlassung gehabt, hier jetzt näher nachzufragen; ich hatte eigene Aufgaben. Ich war auch die meiste Zeit hier in Berlin damals und musste Erklärungen vorbereiten und Stellungnahmen zu parlamentarischen Anfragen, wenn es um Erfassungstechnik ging.

Nina Warken (CDU/CSU): Also er hat Ihnen im Prinzip berichtet, dass er eine Überprüfung veranlasst hatte. Sie haben nicht nachgefragt, wie genau überprüft wurde, und er hat Ihnen dann gesagt, es seien mehr Selektoren unzulässigerweise aufgefallen als üblich. Was ist denn „üblich“? Und was ist dann aufgefallen?

Zeuge W. K.: Ja, „üblich“ - - Ich hatte schon mal im November, als ich hier war, über die Selektorenprüfung berichtet, auch wie die abläuft, auch ungefähr in welcher Höhe die Selektoren abgelehnt werden bei den regelmäßigen Prüfungen. Ich hatte damals auch schon berichtet, dass es nicht in meine Zuständigkeit fällt. Mir ist jetzt leider nicht mehr bewusst, ob ich es in geheimer oder in offener Sitzung gesagt habe. Ich hatte auch über die Größe des Suchprofils geredet. Ich weiß nicht - - Da muss ich jetzt kurz nach links gucken.

RD Philipp Wolff (BK): Die konkreten Zahlen bitte in eingestufter Sitzung.

Zeuge W. K.: Okay.

Nina Warken (CDU/CSU): Können Sie ungefähr sagen? Es war ein Vielfaches von dem, was üblich war? Können Sie das vielleicht zumindest kurz ins Verhältnis setzen, ohne eine konkrete Zahl zu nennen? War es das Vierfache, Fünffache, Hundertfache an unzulässigen Selektoren?

Zeuge W. K.: Nein, das weiß ich ganz ehrlich nicht mehr. Es ist auch - - Wie gesagt, da es nicht in meine Zuständigkeit gefallen ist, war es für mich auch, würde ich sagen, eine Information, lediglich, dass er mit der Dienststelle Bad Aibling den Vorgang weiter bearbeitet.

Nina Warken (CDU/CSU): Ihnen war dann aber bekannt, dass der Dr. T. damit beauftragt war?

Zeuge W. K.: Nein, das wusste ich nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie wusste auch nicht, nach was der Dr. T. gesucht hat?

Zeuge W. K.: Nein. Ich denke mal, nach den üblichen Kriterien, nach denen wir die Selektoren prüfen. Auch das hatte ich ja im November hier schon mal geschildert.

Nina Warken (CDU/CSU): Nämlich welche Kriterien?

Zeuge W. K.: G 10 und deutsche Interessen.

Nina Warken (CDU/CSU): Und Sie haben da nicht nachgefragt, was denn der Grund sein könnte, dass es jetzt mehr sind als üblich, oder ob die Prüfung anders gewesen ist als vorher, weil es - - Irgendwas muss sich ja geändert haben. Entweder man prüft genauer, oder es werden mehr unzulässige eingestellt. Wurde darüber gesprochen?

Zeuge W. K.: Nein. Ich hatte, wie gesagt - - Ich war mit meiner anderen Aufgabe mehr als ausgelastet. Wir hatten auch lange Arbeitszeiten, zum Teil auch am Wochenende. Ich war auch die meiste Zeit hier in Berlin. Und, wie gesagt, ich war nicht zuständig, und D. B. ist ein zuverlässiger Unterabteilungsleiter. Ich hatte keinen Grund, anzunehmen, dass er nicht selber mit der Aufgabe zurechtkommt.

Nina Warken (CDU/CSU): Und hat er Ihnen gesagt, was er dann ganz konkret gemacht hat, bzw. haben Sie ihn angewiesen, was er - -

Zeuge W. K.: Nein, das kann ich gar nicht. Ich kann ihn nicht anweisen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Sie haben gesagt: Er hat dann in Bad Aibling das weitere Vorgehen veranlasst, -

Zeuge W. K.: Genau.

Nina Warken (CDU/CSU): - er hätte dann weitere Dinge veranlasst. Was war denn das genau?

Zeuge W. K.: Nein, er hat mich nur informiert, dass er alles Weitere mit der Dienststelle Bad Aibling dann veranlassen wird.

Nina Warken (CDU/CSU): Und dann fragen Sie nicht nach, was „alles Weitere“ ist? Löschen oder - -

Zeuge W. K.: Ich ging davon aus, dass es um Löschen ging. Wie gesagt: Die Zuständigkeit für die Prüfung der Selektoren ist nicht in meinem Bereich.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Wurde dann darüber gesprochen, ob irgendwelche weiteren Maßnahmen ergriffen werden müssen, ob weiter genauer geprüft werden muss oder ob insgesamt Dinge geändert werden müssen, die Prüfung an sich? Oder wurden irgendwelche Schlussfolgerungen gezogen in Ihrem Gespräch?

Zeuge W. K.: Nein, ich ging auch davon aus: Wenn so etwas erfolgt wäre, dass es dann in seiner Zuständigkeit, in seinem Bereich auch vorgenommen wird.

Nina Warken (CDU/CSU): Warum hat er dann eigentlich mit Ihnen darüber gesprochen?

Zeuge W. K.: Das weiß ich auch nicht mehr. Vielleicht, weil die Dienststelle Bad Aibling zu meiner Organisationseinheit gehört - vielleicht. Ich weiß es nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Dann musste er schon davon ausgehen, dass Sie, wenn Bad Aibling in Ihrer Zuständigkeit ist und das ja Dinge betrifft, die in Bad Aibling vorkommen, dann weitere Vorgesetzte gegebenenfalls darüber unterrichten. Wurde das besprochen, dass Sie jemanden darüber unterrichten, oder hat D. B. berichtet, dass

er jemand unterrichtet, oder ist man da gar nicht auf die Idee gekommen, dass vielleicht jemand, ein Vorgesetzter, unterrichtet werden muss, zum Beispiel der Abteilungsleiter TA?

Zeuge W. K.: Nein, wenn ich meinen Abteilungsleiter unterrichte, dann über Dinge in meiner Zuständigkeit. In meinen Bereich fällt ja die Erfassungstechnik, die Erfassungsansätze. In seinen Bereich fällt die Steuerung und die Nachrichtensbearbeitung und damit auch die Prüfung der Selektoren. Ob er es für notwendig erachtete, seinen Vorgesetzten zu informieren, oder nicht, war nicht meine Sache.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, auch wenn Sie eigentlich für Bad Aibling zuständig sind und dort ja die, sage ich mal, Anwendung der Selektoren stattfindet, haben Sie es dann für nicht erforderlich gehalten, bei so einem Vorfall dann auch Ihren Vorgesetzten zu informieren?

Zeuge W. K.: Es war für mich nicht ersichtlich, dass es irgendein besonderer Vorfall war. Wie gesagt: Die Prüfung war in seinem Bereich, er hat eine Prüfung veranlasst, hat dabei was festgestellt und auch - - So ging ich davon aus: Das wird dann auch abgestellt. Aber die Selektorenprüfung war nie, ist auch heute nicht in meiner Zuständigkeit. Also es gibt für mich keinen Anlass - ich sah zumindest damals keinen Anlass -, da jetzt irgendwie tätig zu werden außerhalb meiner Zuständigkeit.

Ich hatte, als ich im November hier war - Entschuldigung, wenn ich vielleicht ein bisschen erläutere -, ja schon erwähnt, dass ich für diesen Bereich nicht zuständig bin, hatte aber berichtet, wie die Prüfung abläuft - und auch über die Quantitäten, weil ich es damals für wichtig erachtet hatte, das zu erläutern, auch im Rahmen des Projekts „Eikonol“, für das ich damals hier ausgesagt habe. Aber ich habe mehrmals betont, dass ein anderer Bereich - ich habe den auch damals genannt - für diese Prüfung zuständig ist.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt wird Ihnen aber von D. B. berichtet, dass er eben diese Überprüfung des Selektorenprofils veranlasst hat - warum



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch immer -, dass es eine höhere Anzahl als üblich an unzulässigen Selektoren gegeben hat. Wenn man das im ganzen Zusammenhang sieht: Sie haben ja gesagt, es war eine aufgeregte Zeit, auch in Ihrem Haus; die Zusammenarbeit gerade mit den Amerikanern war in den Schlagzeilen; Sie haben auch viele Anfragen dazu beantwortet. Ich glaube schon, dass Sie dann auch sensibilisiert waren für die Brisanz, die gegebenenfalls in dieser Information liegt. Kam Ihnen da nie der Gedanke, dass das vielleicht auch im Zusammenhang stehen könnte mit den aktuellen Schlagzeilen? Oder waren Sie da nicht sensibilisiert dafür, wenn dann so ein Vorgang Ihnen berichtet wird und Sie wissen, was im Moment gerade los ist, dass man dann nicht erst recht nach oben berichtet an den Abteilungsleiter?

Zeuge W. K.: Es war ja für mich keine Brisanz erkennbar. Wenn mein Kollege mir mitteilt, er hat eine Prüfung veranlasst und alles Weitere veranlasst während seiner Zuständigkeit - -

Nina Warken (CDU/CSU): Was wäre denn ein Vorfall von besonderer Brisanz oder Bedeutung, den jetzt Sie an Ihren Abteilungsleiter berichten würden? Nur weil wir jetzt hier uns auch fragen: Wie läuft der Informationsfluss? In welchen Fällen informieren Sie? In welchen Fällen müssen Sie informieren? Gibt es dazu vielleicht auch Dienstanweisungen?

Zeuge W. K.: Also, ich muss natürlich informieren über Vorfälle in meiner Unterabteilung, in meinem Zuständigkeitsbereich. Ich sage mal: Wenn eine Erfassungsstelle ausfällt, über so etwas würde ich informieren. Wenn ich Probleme mit einem Partner habe, darüber würde ich informieren. Aber, wie gesagt, die Steuerung und die Nachrichtenbearbeitung fällt nicht in meine Zuständigkeit. Und ich sah keinen Anlass, Herrn D. B. jetzt hier unterstützen zu müssen. Er ist in dem Bereich, glaube ich - - Da ist er mir fachlich überlegen. Ich habe nie in dem Bereich Nachrichtenbearbeitung gearbeitet.

Nina Warken (CDU/CSU): Gibt es eine interne Dienstanweisung, konkret in welchen Fällen nach oben berichtet werden muss, oder gibt es so was nicht?

Zeuge W. K.: Vorfälle von besonderer Bedeutung - - Habe ich jetzt nicht parat. Entschuldigung.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie entscheiden im Prinzip eigenständig, was Sie berichten?

Zeuge W. K.: Möchte ich jetzt nicht so - - Ich habe es jetzt leider nicht parat. Es gibt für manche Dinge Dienstanweisungen, besondere Vorkommnisse zum Beispiel, das ist genau geregelt. Aber ansonsten liegt es in der Verantwortung natürlich des Vorgesetzten, zu entscheiden, was er berichten muss. Aber ich bin nicht der Vorgesetzte des Herrn D. B.

Nina Warken (CDU/CSU): Wurde jetzt, ganz allgemein gefragt, in dieser Hinsicht, was wem berichtet werden muss, in den letzten Wochen und Monaten organisatorisch etwas geändert in Ihrem Haus?

Zeuge W. K.: Ist mir nicht bekannt.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Jetzt mal zu einem anderen Bereich. Wir hatten vorhin den Zeugen vor Ihnen schon gefragt: Diese Selektoren, dieses Selektorenprofil, diese Datenbank der Amerikaner, wo genau kam die zum Einsatz? Bei welchen Erfassungsansätzen wurden diese Selektoren verwendet?

Zeuge W. K.: Die wurden verwendet in der Satellitenerfassung in Krisengebieten, die von Bad Aibling aus gemacht wird, und bei der Operation „Eikonol“; darüber hatte ich ja im November berichtet hier in öffentlicher und in geheimer Sitzung.

Nina Warken (CDU/CSU): Wurden sie noch bei anderen Erfassungsansätzen, Kabel - -

Zeuge W. K.: Meiner Kenntnis nach nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Hat der BND diese Selektoren auch für eigene Ansätze verwendet, die er nicht in Zusammenarbeit mit einem anderen Nachrichtendienst, also mit der NSA, erfasst hat?



Nur zur dienstlichen Verwendung

RD Philipp Wolff (BK): Unterfällt nicht dem Untersuchungsgegenstand aus unserer Sicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - In der *Süddeutschen Zeitung* stand in einem Bericht Ende April dieses Jahres, dass im BND im Jahr 2014 eine geheime Arbeitsgruppe eingerichtet worden sei, die die Selektoren nochmals einer genauen Überprüfung unterzogen hat, und dabei sollen Tausende problematische Selektoren identifiziert worden sein, die schon früher aufgefallen waren und zum großen Teil nicht zum Einsatz gekommen waren. Diese Liste der Selektoren sei auf unerklärliche Weise verschwunden. Bei einer Rekonstruktion seien weitere 2 000 problematische aktive Selektoren gefunden worden, und gleichwohl hätte man aber seitens des BND das Bundeskanzleramt über diese Funde nicht informiert. Können Sie etwas dazu sagen, ob diese Darstellung in der Presse, in diesem Artikel zutreffend ist?

Zeuge W. K.: Ich kenne den Artikel jetzt nicht, und ich weiß auch von keiner geheimen Arbeitsgruppe, die im Jahr 2014 eingerichtet worden wäre zu diesem Zweck.

Nina Warken (CDU/CSU): Können Sie irgendwas über einen Sachverhalt sagen, nachdem Selektoren im Jahr 2014 noch mal überprüft worden sind, oder zu einem anderen Zeitraum? Vielleicht auch 2007, 2008?

Zeuge W. K.: Also, die Selektoren wurden von Beginn an, seit sie verwendet wurden, regelmäßig überprüft.

Nina Warken (CDU/CSU): Was heißt „regelmäßig überprüft“? Jetzt die ganz normale Prüfung, wenn sie eingestellt werden, -

Zeuge W. K.: Genau.

Nina Warken (CDU/CSU): - oder noch mal eine spezielle Nachkontrolle auf spezielle Begriffe hin?

Zeuge W. K.: Einen Augenblick bitte.

(Der Zeuge berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK))

Also, wie gesagt, ich war nie zuständig dafür, deswegen - - Ich hatte jetzt erst - - Seit März 2015 bin ich Teil der Projektgruppe, die das aufarbeiten soll, und ich habe Kenntnisse jetzt, wie das genau funktioniert, die Prüfung der Selektoren. Ich höre aber gerade, über den Teil darf ich nicht aussagen. - Also, ich habe keine eigenen Kenntnisse aus der früheren Zeit mangels Zuständigkeit. Das, was ich im November berichtet habe, habe ich mir aus den Akten angelesen, speziell zur Operation „Eikonol“, um hier darstellen zu können, wie die Prüfung ungefähr ablief. Für alles Weitere hatte ich ja schon verwiesen auf die andere Unterabteilung.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. - Also, Sie waren an keiner früheren Überprüfung irgendwelcher Selektoren beteiligt oder haben darüber Kenntnis, abgesehen von Ihrer Tätigkeit in der jetzigen Projektgruppe.

Zeuge W. K.: Also, ich weiß, dass die Selektoren überprüft wurden. Ich weiß auch, dass mal - das war ja, glaube ich, auch in der *Süddeutschen Zeitung* mal - - dass da, ich glaube, vier europäische Firmen waren das, aufgefallen sind. Aber ich selber war nie Teil der Überprüfung der Selektoren. Ich war weder zuständig für den Bereich noch habe ich es selber gemacht.

Nina Warken (CDU/CSU): In Ihren bisherigen Vernehmungen haben Sie ja diese Vorgänge, die uns jetzt beschäftigen, so konkret gar nicht erwähnt. Welchen Grund gibt es denn dafür?

Zeuge W. K.: Sie meinen jetzt den August 2013?

Nina Warken (CDU/CSU): Ja.

Zeuge W. K.: Der ist mir auch jetzt erst mit der Überprüfung seit März 2015 in dieser Arbeitsgruppe so richtig bewusst geworden. Ich maß dem damals keine Bedeutung bei, als mich D. B. anrief. Das war für mich ein Vorgang wie die Überprüfungen sonst eben auch, dass er mal etwas mehr gefunden hat und in seiner Zuständigkeit das regeln wird. Wie gesagt, wir hatten auch



Nur zur dienstlichen Verwendung

viele andere Dinge zu tun in der Zeit, jeder in seinem Zuständigkeitsbereich.

Nina Warken (CDU/CSU): Mir ist immer noch nicht ganz klar geworden, warum D. B. Sie dann da informiert hat, warum er gedacht hat, er müsste Sie informieren, ob er dann irgendwie erwartet hat, Sie würden vielleicht was veranlassen oder was melden, -

Zeuge W. K.: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): - oder rein, um Sie zu informieren. Er wollte ja auch keine Arbeitsanweisung von Ihnen, haben Sie ja gesagt. Das konnten Sie auch gar nicht.

Zeuge W. K.: Das konnte ich auch gar nicht, und er hat bestimmt auch nicht erwartet, dass ich jetzt an höhere Stelle gehe und sage: Herr D. B. hat hier irgendetwas gefunden, und ich melde das. - Wir haben regelmäßig telefoniert, nicht nur ich mit ihm. Ich habe mit vielen regelmäßig telefoniert. Meine Aufgabe war es damals, komplexe technische Zusammenhänge so verständlich darzustellen, dass sie für die Beantwortung von parlamentarischen Anfragen geeignet waren oder für die Vorbereitung von PKG-Sitzungen, derer es ja mehrere gab. Es war nichts Besonderes, dass ich mit ihm sprach, so wie mit den anderen Unterabteilungsleitern auch, mit anderen Kollegen auch. Also, das war jetzt kein besonderer Fall, dass ich allein aufgrund der Tatsache, dass er anrief, sagen musste: Oh, da ist irgendwas Besonderes.

Nina Warken (CDU/CSU): Die Selektoren, die abgelehnt worden sind, hat man die sich in irgendeiner Weise genauer angeschaut? Gab es dann auch noch mal Rückmeldungen an die Amerikaner, dass man gesagt hat: „So geht es nicht, solche Dinge könnt ihr uns nicht übermitteln, solche Dinge können nicht eingestellt werden“, oder hat man vielleicht auch die Selektoren dahin gehend angeschaut, um zu gucken, ob sie vielleicht auch interessant für die eigene Arbeit sein könnten?

Zeuge W. K.: Ich hatte ja letztes Mal berichtet, dass die Selektoren, die abgelehnt werden, den Amerikanern nicht mitgeteilt werden, um sie

nicht darauf hinzuweisen, nach welchen Kriterien wir ablehnen. Das war auch meine Kenntnis zurzeit im letzten November. Ich denke, das war auch der Kenntnisstand vieler anderer. Jetzt im Zuge der Aufarbeitung ist mein Kenntnisstand ein anderer. Aber, ich glaube, darüber darf ich nicht berichten.

RD Philipp Wolff (BK): Zu Einzelheiten, wie das - das hatten wir vorhin auch schon - im Kontakt mit den Amerikaner abläuft, in eingestufte Sitzung.

Nina Warken (CDU/CSU): Also dann war es die ganze Zeit so, dass die einfach technisch abgelehnt wurden und die Amerikaner darüber aber keine Kenntnis erlangt haben.

Zeuge W. K.: So war mein Kenntnisstand.

Nina Warken (CDU/CSU): So war Ihr Kenntnisstand, oder so war es? Es geht ja darum, wie es früher war.

RD Philipp Wolff (BK): Genau. Zu Einzelheiten zu dem Kontakt sagt er was in eingestufte Sitzung, wie das mit den Amerikanern läuft, sofern er es weiß. Das weiß ich jetzt, ehrlich gesagt, auch nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Und hat man sich die Selektoren selbst angeschaut, um daraus irgendwelche Schlüsse zu ziehen?

Zeuge W. K.: Das fand meiner Kenntnis nach statt. Aber, wie gesagt, auch nicht in meiner Zuständigkeit.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. - Dann habe ich momentan keine Fragen.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann geht es weiter an Frau Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr W. K. haben Sie sich seit Ihrer letzten Vernehmung noch mal Ihre Protokolle angesehen, die Protokolle der Zeugenaussagen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. K.: Ja klar, ich habe ja meine Protokolle bekommen, um die zu überprüfen. Selbstverständlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Vielleicht jetzt auch noch mal vor dem heutigen Tag?

Zeuge W. K.: Leider nicht genau vor dem heutigen Tag, da die Einladung relativ kurzfristig war und ich nicht im Büro war eineinhalb Wochen.

Martina Renner (DIE LINKE): Gibt es irgendwelche Punkte, wo Sie sagen, da würden Sie gerne zu Ihren bisherigen Aussagen noch mal ergänzen oder korrigieren wollen?

Zeuge W. K.: Ich habe ja gerade gesagt, dass ich die letzten zwei Male berichtet habe nach meiner Kenntnis, und jetzt, da ich Teil dieser Projektgruppe war, die die Aufarbeitung der Vorfälle gemacht hat, habe ich zu einigen Punkten eine etwas andere Kenntnis; aber darüber habe ich leider keine Aussagegenehmigung.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben ja hier eben über die Frage der Prüfung der Selektoren berichtet und eben gerade sinngemäß ausgeführt, dass Sie nie Teil der Selektorenprüfung waren.

Zeuge W. K.: So ist es.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie kann man denn zu Gegenständen berichten, zu denen man selbst gar kein Erfahrungswissen hat?

Zeuge W. K.: Ich hatte ja letztes Mal gesagt, ich habe mich in die Akten eingelese. Ich fand es notwendig, das letztes Mal darzustellen, weil es, sagen wir mal, zum Verständnis, wie genau die Operation „Eikonol“ ablief, ich denke, auch für Sie notwendig war, und da habe ich mich schlau gemacht.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist dann aber im Kern keine Zeugenaussage.

Zeuge W. K.: Ich denke, ich habe zu vielen Dingen hier fast schon ein bisschen wie ein Sachverständiger Stellung genommen, wenn es notwendig war, aber auch auf Wunsch von Ihnen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber darauf will ich jetzt hinaus. - Sie haben Akten gelesen, die nicht aus Ihrem eigenen Tätigkeitsbereich, weil Sie gar nicht selbst die Selektoren geprüft haben - - gelesen in Vorbereitung der Sitzung und dazu referiert. Aber Sie sind hier als Zeuge geladen zu Ihrem eigenen Erfahrungswissen, zu Ihrer Tätigkeit.

Zeuge W. K.: Das habe ich aber gesagt letztes Mal, dass das nicht in meinen Zuständigkeitsbereich war.

(RA Johannes Eisenberg:
Hier wird doch immer nach
Zeug gefragt, was die Leute
nicht aus eigenem Wissen
wissen! Wollt ihr doch
immer hören!)

Martina Renner (DIE LINKE): Sie konnten ja dann den Inhalt dessen, was Sie gelesen haben, nicht überprüfen hinsichtlich seines Gehaltes. Sie haben ihn referiert hier.

(RA Johannes Eisenberg: Ist
das jetzt eine Frage?)

- Ja.

(RA Johannes Eisenberg:
Aha!)

Zeuge W. K.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Das hätten wir dann gerne vorher gewusst, dass uns aus Akten referiert wird und hier keine Zeugenaussage getroffen wird.

Zeuge W. K.: Das hatte ich doch gesagt letztes Mal.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Nein, das ist ein Problem, wenn Zeugen hier aus Akten referieren, die sie zur Vorbereitung der Sitzung lesen, und nicht sozusagen aus ihrer Kenntnis aus ihrer dienstlichen Tätigkeit berichten.

(RA Johannes Eisenberg:
Sie fragen ja sogar, was



Nur zur dienstlichen Verwendung

beim Mittagessen besprochen wird! Sie wollen so etwas wissen!)

- Hallo, Herr Eisenberg!

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Herr Eisenberg, das passt jetzt nicht hier rein.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, wir fragen auch nicht, was beim Mittagessen besprochen wird irgendwie.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Eisenberg, Sie können hier überhaupt nichts sagen! Seien Sie doch einfach leise, und beraten Sie, aber im Stillen!)

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Frau Renner ist jetzt dran.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Ich wollte nur auf diesen Widerspruch hinarbeiten. Ich glaube, ich habe ihn für mich geklärt. Damit kann ich Ihre Aussagen, die Sie bis jetzt getätigt haben, auch ein bisschen besser einordnen.

Sie sprachen davon, dass auch auf deutsche Interessen Rücksicht genommen wurde. Ab wann ist das der Fall aus Ihrer Kenntnis heraus, nicht aus Aktenwissen?

Zeuge W. K.: Meiner Kenntnis nach von Beginn der Überprüfung an.

Martina Renner (DIE LINKE): 2005?

Zeuge W. K.: Etwa 05, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und was sind deutsche Interessen?

Zeuge W. K.: Deutsche Interessen meiner Kenntnis nach sind, wenn ich keine formalen G-10-Kriterien anwenden kann, es aber dennoch sich um

Fälle handelt, wo ich sage: Das ist nicht in unserem Interesse, dass es erfasst und an Partner weitergegeben wird.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer legt denn fest, was deutsche Interessen sind?

Zeuge W. K.: Die andere Unterabteilung, diejenigen, die die Selektoren prüfen, T2.

Martina Renner (DIE LINKE): Die legt fest, was deutsche Interessen sind?

Zeuge W. K.: So ist es.

Martina Renner (DIE LINKE): Und was wissen Sie darüber, nach welchen Maßstäben dies geschieht?

Zeuge W. K.: Ich weiß es jetzt, seit ich Mitglied dieser Projektgruppe bin. Aber es fällt auch heute noch nicht in meine Zuständigkeit. Da könnte ich jetzt nur, was ich ohnehin nicht darf, aus den aktuellen Akten referieren.

Martina Renner (DIE LINKE): Aus Ihrer Kenntnis heraus: Seit wann wird auf schutzwürdige Interessen von EU-Staaten abgezielt?

Zeuge W. K.: Das, meine ich, ist seit - ich weiß es nicht - zwei Jahren vielleicht der Fall.

Martina Renner (DIE LINKE): 2013?

Zeuge W. K.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Sommer 2013?

Zeuge W. K.: Ich weiß es nicht genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Bei den - - Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Nur ganz kurz: Ich finde so ein bisschen schwierig, weil wir genau in dieser Situation sind. Wenn er sagt, er weiß es nicht genau, dann wird vermutet, dann wird es ihm wieder vorgeworfen. Also da müssen wir wirklich vorsichtig sein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, nein, ich habe doch gar keinen Vorwurf gemacht; das ist doch alles gut. - Bei diesem Bericht von Herrn D. B., spielten da europäische Regierungsbehörden eine Rolle?

Zeuge W. K.: Auch das weiß ich leider nicht mehr. Ich weiß nur, dass er etliche Selektoren gefunden hat, die abzulehnen sind, mehr als üblich. Ich habe die Liste, um die es da geht, nie gesehen. Ich war auch zu der Zeit nicht in Pullach. Wir hatten telefoniert. Mir ist nicht erinnerlich, dass es da um spezielle Ziele ging, die er gefunden hätte, über die er jetzt mir gesondert berichtet hätte.

Martina Renner (DIE LINKE): Bei der Prüfung in Bad Aibling, die dann auch stattgefunden hat - da hatten wir eben gerade den Zeugen W. O. dazu -, hat man eben europäische Regierungsbehörden gefunden, und ich denke, dass ja dann auch bei der Prüfung von D. B. entsprechende Funde gemacht wurden. Hätte es zu so etwas eine Meldepflicht gegeben?

Zeuge W. K.: Das weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist das ein besonderes Vorkommnis?

Zeuge W. K.: Nein, glaube ich nicht. Ich weiß es nicht. Ich weiß es wirklich nicht, weil der Fall in meiner Zuständigkeit ja nie auftrat.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, wenn der Élysée-Palast da drauf steht, ist das ein besonderes Vorkommnis?

Zeuge W. K.: Da müsste ich mich jetzt ehrlicherweise schlaumachen. Wie gesagt, ich habe nie in der Nachrichtenbearbeitung oder -steuerung gearbeitet. Deswegen möchte ich jetzt auch dazu keine Aussage machen, ohne dass ich mich vorher dann schlaumache.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich glaube, da muss man sich nicht sonderlich schlaumachen. Da hat man doch ein Gefühl dazu. Also man arbeitet in einem Auslandsnachrichtendienst, und

man stellt fest, dass der Partner, mit dem man kooperiert, ein befreundetes Land und dort die Regierung ausforschen will. Da hat man vielleicht, ohne jetzt groß Wissen zu haben, ein Gefühl in dem Moment, ob das jetzt etwas Besonderes ist oder nicht.

Zeuge W. K.: Aber jetzt wollen Sie wieder was wissen, was ich nicht in eigener Zuständigkeit als Zeuge beantworten kann.

(RA Johannes Eisenberg:
Gefühle gehören hier nicht
hin, Frau Renner!)

Martina Renner (DIE LINKE): Wir haben eben gerade gehört, dass die Frage, was deutsche Interessen sind, ziemlich variabel wohl irgendwie gehandhabt wird nach - - Deswegen scheinen bestimmte Sachen tatsächlich nicht normiert zu sein, deswegen muss man tatsächlich auf so einer Einschätzungsebene auch fragen. Ich kann mir eben nicht vorstellen, dass in diesem Sommer 2013, wenn solche Funde gemacht wurden, man sich a) heute nicht mehr daran erinnert und b) man nicht auch gedacht hat, das ist jetzt etwas, wo ich auch andere Vorgesetzte informieren muss.

Zeuge W. K.: Ja, aber da bin ich doch vielleicht der falsche Ansprechpartner dann. Ich weiß nicht, ob Sie sich vorstellen können, was bei uns im Sommer 2013 los war.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein.

Zeuge W. K.: Allein die Darstellung der technischen Gegebenheiten nahm eine enorme Arbeit in Anspruch. Sie hatten in der Presse ja Veröffentlichungen, die zum Teil falsch interpretiert wurden. Da mussten Stellungnahmen geschrieben werden, parlamentarische Anfragen. Meine Aufgabe war es auch damals nicht, mich um die Selektorenprüfung zu kümmern. In der großen Abteilung gibt es verschiedene Unterabteilungen mit verschiedenen Zuständigkeiten. Meine Zuständigkeit war das nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber Herr D. B. berichtet ja Ihnen gegenüber.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. K.: Nein, er hat mir nicht berichtet. Das muss er auch nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Sondern?

Zeuge W. K.: Er hat mich informiert, wahrscheinlich während eines Gespräches. Wir haben viele Gespräche geführt. Ich bin mir sicher, dass mir auch die anderen Unterabteilungsleiter aus ihrem Bereich irgendwas berichtet haben. Aber, wie gesagt, es war weder meine Zuständigkeit noch brauchte ich es für die aktuelle Arbeit. Von daher - - Es war auch nicht als besonderer Vorfall jetzt, dem ich irgendwelche Brisanz beimessen müsste, mir hier zugetragen worden.

Martina Renner (DIE LINKE): Erinnern Sie sich daran, dass im November 2013 es dann einen Erlass gibt durch den Präsidenten, dass europäische Institutionen im besonderen Maße zu schützen sind?

Zeuge W. K.: Daran erinnere ich mich.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie etwas über das Zustandekommen dieses Erlasses?

Zeuge W. K.: Das hing, glaube ich, zusammen mit der Aussage der Frau Bundeskanzlerin, Freunde hört man nicht ab.

Martina Renner (DIE LINKE): Und hat man mal überlegt, was Freunde sein könnten?

(Christian Flisek (SPD):
„Ausspähen unter Freunden - das geht gar nicht“!)

Zeuge W. K.: Oder: Ausspähen geht gar nicht. Ja.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Frau Renner, dann wäre die Zeit rum.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, also das war jetzt eine konkrete Frage. - Und dann hat man angefangen, zu überlegen, wer Freunde sein könnten?

Zeuge W. K.: Das weiß ich nicht. Dann gab es diesen Erlass, und dem hat die zuständige Unterabteilung Folge geleistet, indem die entsprechenden Selektoren gefiltert wurden.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Die SPD macht weiter. Herr Flisek.

Christian Flisek (SPD): Danke, Frau Vorsitzende. - Es ist nicht einfach. Herr W. K., Sie sind ja auch mittlerweile Stammgast. Sie haben gesagt, damals gab es im Sommer 2013 viel Arbeit.

Zeuge W. K.: So ist es.

Christian Flisek (SPD): Sie waren auch befasst mit diversen Anfragen aus dem PKGr. Also kann man sagen, die viele Arbeit hatte mit den Snowden-Veröffentlichungen was zu tun?

Zeuge W. K.: So ist es.

Christian Flisek (SPD): Also, man war in seinen Kapazitäten gut ausgelastet?

Zeuge W. K.: So ist es.

Christian Flisek (SPD): Das war ja zusätzliche Arbeit, oder?

Zeuge W. K.: Es war zusätzliche Arbeit, selbstverständlich, und die war auch nicht leicht zu erledigen.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, man hatte eine Grundsensibilisierung für die gesamte Problematik auch, die sich da jetzt aufbaute. Man hat ja wirklich die parlamentarischen Anfragen auch auf dem Tisch gehabt.

Zeuge W. K.: Nein. Ich war ja nicht zuständig für die gesamte parlamentarische Anfrage, sondern ich war zuständig für den Bereich Technik; der war besonders schwierig. Schauen Sie, das ist so: Wenn Sie jetzt irgendeinem Normalbürger mitteilen oder irgendwas erzählen über die teleologische Reduzierung eines Gesetzes, das versteht kein Mensch. Wenn Sie aber sagen: Ich erkläre



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ihnen jetzt mal, was der Gesetzgeber meint - - Genau das war auf meiner Seite auch. Die Technik, um die es da ging, die versteht kein Normalbürger.

Christian Flisek (SPD): Ja, ja, klar.

Zeuge W. K.: Das war meine Aufgabe. Und die war nicht einfach.

Christian Flisek (SPD): Das waren sozusagen dann vorbereitende Arbeiten dafür, dass dann im PKGr die Fragen entsprechend von der Bundesregierung richtig beantwortet werden konnten.

Zeuge W. K.: So ist es.

Christian Flisek (SPD): Ja, genau.

Zeuge W. K.: Aber in diesem Bereich.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Jetzt frage ich nochmal: Wir haben natürlich das ganze Thema Selektorenprüfung. Da haben wir gelernt: Das findet eigentlich in Pullach statt. Da gibt es eine spezielle Prüftruppe, die macht das, also Lieferung der Selektoren von den Amerikanern, wahrscheinlich mehrfach täglich, einmal in der Woche, zack, rüber. Ja?

Zeuge W. K.: So war das, ja.

Christian Flisek (SPD): Prüfungsergebnis dann wieder im Paket zurück.

Zeuge W. K.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Bad Aibling hat dann einfach nur eingestellt, rausgenommen, eingestellt, wie auch immer. Kaltgestellt, scharfgestellt.

Zeuge W. K.: Im Wesentlichen ist das so.

Christian Flisek (SPD): Jetzt findet aber in Bad Aibling, also in dem Bereich, den Sie verantworten - ist ja auch unstrittig -, zum ersten Mal, offensichtlich ausgehend von dem Zeugen, den wir gerade gehört haben, auf Weisung seines Dienststellenleiters eine eigene Selektorenprüfung statt.

Zeuge W. K.: Nein, die fand nicht in Bad Aibling statt.

Christian Flisek (SPD): Doch, hat er gerade gesagt.

Zeuge W. K.: Ja, aber die Prüfung, über die mich der Zeuge D. B. informiert hat, die fand ja in Pullach in seinem Bereich statt.

Christian Flisek (SPD): Ich rede nicht über die Prüfung von D. B. Ich rede über die Prüfungen, die in Ihrem Bereich stattfanden, wo gerade unser Zeuge gesagt hat, er hat auf Weisung seines Dienststellenleiters selbstständig nach eigenem Ermessen und nach eigenen Kriterien, die er sich selber zurechtgelegt hat und die er selber noch ergänzt hat durch Recherchen im Internet, Selektorenprüfungen vorgenommen, was sonst nicht seine Aufgabe war, weil Prüftruppe Pullach.

Zeuge W. K.: So ist es.

Christian Flisek (SPD): Aber er hat das gemacht auf Weisung von R. U. Das hat mit D. B. nichts zu tun gehabt. Das hat mit Dr. T. nichts zu tun gehabt erst mal. Haben wir gerade gehört. Und das ist Ihr Bereich.

Zeuge W. K.: Die Dienststelle gehört zu meiner Unterabteilung.

Christian Flisek (SPD): Ja, ja. So. Wie erklären Sie sich, dass jetzt zum ersten Mal in Ihrer Abteilung so ein Prüfvorgang stattfindet, der eigentlich ja überhaupt nicht Zuständigkeitsbereich Ihrer Mitarbeiter ist, noch dazu in einer Zeit, wo allen das Wasser bis zum Kopf steht und keiner weiß, wo er eigentlich neue Kapazitäten herholen soll? Wie kommt es dazu, dass man dann jenseits seiner Kompetenz - und wenn ich eins gelernt habe, dann achtet man beim BND sehr auf die Zuständigkeiten - -

Zeuge W. K.: So ist es.

Christian Flisek (SPD): Wie kommt das, dass offensichtlich in Ihrer Unterabteilung zum ersten Mal so ein Prüfvorgang stattfindet?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. K.: Das hatte ich doch vorhin gesagt. Der Zeuge D. B. hatte mich informiert, dass er alles Weitere mit der Dienststelle dann selber veranlasst in seiner Zuständigkeit. Und die Prüfung der Selektoren fiel in seine Zuständigkeit. Mir hat auch hinterher niemand berichtet, dass es einen besonderen Vorgang gegeben hätte.

Christian Flisek (SPD): Also noch mal: D. B. hat mit Ihnen ja gesprochen.

Zeuge W. K.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ist ja auch schon mal was, dass man spricht.

Zeuge W. K.: Na ja, das - -

Christian Flisek (SPD): Ist ja so. Das hatten wir heute auch schon mal anders. - Jetzt möchte ich mal genau wissen: Was haben Sie beide dort besprochen?

Zeuge W. K.: Das habe ich doch gerade gesagt.

Christian Flisek (SPD): Ja, wiederholen Sie es bitte noch mal.

Zeuge W. K.: Er hatte mich informiert, dass er eine Prüfung außer der Reihe vorgenommen hat und mehr Selektoren als üblich gefunden hat, die abzulehnen sind, und alles Weitere wird er mit der Dienststelle Bad Aibling in seiner Zuständigkeit vornehmen. Da war für mich die Sache an der Stelle erledigt.

Christian Flisek (SPD): Das hat Sie nicht weiter interessiert in einer Zeit, wo wir total - - ich sage mal, wo die Hütte brennt wegen der Snowden-Veröffentlichungen? Ich überspitze jetzt vielleicht. Aber wenn ich hier höre von verschiedenen Zeugen, die Arbeitsbelastung war immens.

Zeuge W. K.: Genau so war es.

Christian Flisek (SPD): Da waren Selektoren in nicht unerheblicher Anzahl scharfgestellt, die nachträglich als gegen deutsche Interessen zu verstehen waren. So. Und das nur aufgrund einer

Stichprobe, nicht aufgrund einer Gesamtinventur, nur aufgrund einer Stichprobe. Dann sagt dieser D. B. zu Ihnen: „Ja, ich habe da was gefunden, weil ich einen fleißigen Dr. T hab, der hat auch eine Liste, die kann ich schicken“, und dann sagen Sie: „Okay“, was auch eigentlich unüblich ist, dass man von einer Abteilung in die andere, finde ich, eine Anweisung geben kann, also dass der eine Unterabteilungsleiter der anderen Abteilung, Ihrem R. U., was sagen kann, dass das sozusagen nicht erst mal über Sie läuft. Ist das so?

Also, D. B. hat uns hier gesagt, auch in der öffentlichen Sitzung: Ich habe alles mit ihm abgestimmt. Ich habe nur mit ihm geredet. - Also, ich bin jetzt D. B. - Ich habe nur mit W. K. geredet, mit niemand anderem über diese - - nur mit W. K. und R. U, ja klar, weil dem habe ich dann die Weisung erteilt.

Zeuge W. K.: Ja. Das war ja genau das.

Christian Flisek (SPD): Ja, aber ist es üblich, dass man über die Abteilung hinweg - - dass der eine Unterabteilungsleiter von einer ganz anderen Abteilung dem anderen dann die Weisung erteilt?

Zeuge W. K.: Das war ja wahrscheinlich der Grund, warum er mich informiert hat. Er macht das jetzt mit der Dienststelle. Denn zuständig für die Steuerung für die Selektorenprüfung ist T2, und ein Teil davon findet natürlich in den Dienststellen statt, ein Teil der Ausführung. Aber zuständig für die Inhalte ist die andere Unterabteilung.

Christian Flisek (SPD): Okay. Und haben Sie sich mal die Liste vorgelegt?

Zeuge W. K.: Ich hatte die Liste nicht.

Christian Flisek (SPD): So, und Sie sahen auch keinen Anlass, mal das Ergebnis, die Liste Dr. T., sich vorlegen zu lassen?

Zeuge W. K.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Wieso nicht?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. K.: Weil es nicht in meiner Zuständigkeit ist, und Sie haben es ja gerade direkt genannt: Die Hütte hat gebrannt. Wir hatten viel zu tun. Jeder hatte viel zu tun, und ich hatte nicht die Zeit, mich auch noch um Dinge zu kümmern, die überhaupt nicht in meiner Zuständigkeit lagen.

Christian Flisek (SPD): Die Hütte hat gebrannt; nur, im Endeffekt sehe ich in diesem Verhalten, dass Sie sozusagen noch ein bisschen - -

Zeuge W. K.: Herr Abgeordneter, Sie gehen jetzt davon aus, dass ich irgendwie über den Dingen stand. Dass ich vielleicht sogar ... (akustisch unverständlich). Das war ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Nein, Sie standen mittendrin.

Zeuge W. K.: Ich war auf der gleichen Ebene wie der Zeuge D. B.

Christian Flisek (SPD): Ja, genau.

Zeuge W. K.: Er hat seine Zuständigkeit, ich habe meine.

Christian Flisek (SPD): Genau.

Zeuge W. K.: Wir haben noch weitere Unterabteilungsleiter mit ihren Zuständigkeiten, -

Christian Flisek (SPD): Ganz genau.

Zeuge W. K.: - und jeder war wirklich bis oben hin mit Arbeit in seinem Bereich. Das war nicht meine Aufgabe.

Christian Flisek (SPD): Okay. Und wir haben Snowden, und deswegen brennt die Hütte; darum ist so viel zu tun, -

Zeuge W. K.: So ist es.

Christian Flisek (SPD): - und Sie lassen sich nicht einmal die Liste vorlegen von Selektoren, die der T. gefunden hat, die dann noch mal in Bad Aibling selber - die haben ja nach dem, was

wir jetzt gehört haben, nicht die Liste vom Dr. T. genommen, -

Zeuge W. K.: Nein.

Christian Flisek (SPD): - sondern die haben da noch mal selber - - was ich auch nicht verstehe. Warum nimmt man nicht einfach die Liste vom Dr. T.?

Zeuge W. K.: Ja, da müssen Sie die Leute schon selber fragen.

Christian Flisek (SPD): Na ja, tun wir ja. Das sind Zeiten, wo man kaum Kapazitäten hat.

Zeuge W. K.: Also, es tut mir leid, wenn ich nur die Antwort geben kann. Aber nein, ich habe es nicht gemacht.

Christian Flisek (SPD): Ja. Wissen Sie, auf mich macht - -

Zeuge W. K.: ... (akustisch unverständlich) Zuständigkeit meines Arbeit- -

Christian Flisek (SPD): Ich sage mal ganz offen, was das auf mich für einen Eindruck macht: Hier schiebt die eine Seite der anderen Seite jeweils die Verantwortung zu.

Zeuge W. K.: Nein, das sehe ich nicht so.

Christian Flisek (SPD): Wir haben eine Situation - das ist mal das, was ich feststelle -: Das ist ein Vorgang, den wir in der Nachbetrachtung - das stimme ich zu; im Nachhinein ist man immer schlauer - als einen gravierenden Vorfall wohl ansehen müssen. Wir reden aber über eine Zeit, wo Snowden bereits voll aufgeschlagen ist, wo D. B. sagt: „Ich melde nix nach oben“, und Sie sagen uns hier auch: Ja, das war alles hier - - Wir waren so viel - - Ich habe keinen Anlass gesehen, mir das genau anzugucken. - Ich sage mal so: Wir haben die Akten gesehen, die sich mit der Zusammenarbeit der deutsch-amerikanischen Nachrichtendienste beschäftigen. Da gibt es schon auch sehr realistische Einschätzungen zum Teil manchmal so über Chancen und Risiken. Ich sage



Nur zur dienstlichen Verwendung

das jetzt mal offen. Also, man hat eine Grundsensibilisierung die ganze Zeit gehabt. Jetzt schlägt der Snowden ein, und jetzt kommt da eine Stichprobe über das Suchprofil, die sagt: 2 000 Selektoren scharfgestellt widersprechen deutschen Interessen. Dann frage ich mich: Warum geht man nicht her und sagt: „Lieber Präsident, wir brauchen dringend Kapazitäten, weil wir das gesamte Profil jetzt durchgucken müssen, sonst fliegt uns nämlich der Laden hier um die Ohren; es zeichnet sich ein Untersuchungsausschuss ab“? - Nichts dergleichen. 2 000 raus - Feierabend. Ein bisschen mehr noch gesucht; hören wir nachher vielleicht noch in der nicht öffentlichen Sitzung, nach welchen Kriterien. Auch noch mal raus - Feierabend. Alles Stichproben, keine Generalinventur, ja?

Zeuge W. K.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Sie sagen: Das hat der D. B. gefunden; der hat den R. U. angewiesen; die haben das geklärt; ich habe damit nix zu tun - Feierabend. - Ich sehe das anders. Das ist Ihre Abteilung.

Zeuge W. K.: Nein, ist es nicht. Das ist nicht meine Abteilung.

Christian Flisek (SPD): D. B., R. U. ja.

Zeuge W. K.: Ja, aber - -

Christian Flisek (SPD): Ihre Unterabteilung.

Zeuge W. K.: Aber es gibt doch eine Verteilung der Geschäfte. Das kennen Sie doch aus anderen Behörden auch.

Christian Flisek (SPD): Ja. Ich weiß auch, was das bedeutet.

Zeuge W. K.: Aber Sie werfen mir jetzt vor - -

Christian Flisek (SPD): Ich frage mich nur: In dieser Konstellation, die ich gerade geschildert habe - -

Zeuge W. K.: Aber Sie werfen mir jetzt doch vor - -

Christian Flisek (SPD): Ich gehe noch mal einen Schritt weiter: Wir haben im März 2014 die Konstituierung dieses Untersuchungsausschusses. Die Konstituierung dieses Untersuchungsausschusses im März 2014 mit einem überall einschichtigen und lesbaren Einsetzungsauftrag, wo ein ganzer Bereich II sich damit beschäftigt: Welche Rolle spielt der BND im Zusammenhang mit der amerikanisch-deutschen Nachrichtenkooperation. Verstehen Sie? Und dass dann nicht irgendwann einmal da die Glocken läuten in Bad Aibling und bei Ihnen in der Unterabteilung und beim D. B. in der Unterabteilung und mal irgendwann jemand auf die Idee kommt und mal zum Hörer greift und sagt: Damals haben wir Listen hier gehabt von scharfgestellten Suchbegriffen, die nur aufgrund einer Stichprobe erhoben worden sind; da müssen wir jetzt mal ran; das müssen wir zumindest mal nach oben melden. - Wir haben den Zustand, dass das jetzt erst im März 2015 offensichtlich irgendwo da oben aufgeschlagen ist. Sie sagen ja selber, Sie sind jetzt Mitglied dieser Prüfgruppe, die das aufzuarbeiten hat. Ich verstehe das nicht. Verstehen Sie? Ich verstehe nicht, wie hier anderthalb Jahre lang so ein Thema völlig - ich formuliere es wirklich so - unterm Teppich bleiben kann.

Zeuge W. K.: Es ist natürlich jetzt leicht, mit den Kenntnissen, die man heute hat, so was zu sagen. Ich hatte keinen Anlass. Es hat mir auch nach dem Sommer 2013 nie jemand einen Anlass gegeben, hier nachzufragen. Weder war es in meiner Zuständigkeit, noch hat jemand anders offenbar einen Anlass gehabt, das zu tun bis zum März 2015. Was soll ich anderes sagen?

Christian Flisek (SPD): Gut. Herr W. K., dann sagen Sie mir: Was hat Ihnen denn damals sinngemäß der D. B. in diesen Gesprächen gesagt? Was hat er Ihnen gesagt?

Zeuge W. K.: Soweit ich mich erinnere - jetzt sage ich es zum dritten Mal - : Er hat eine Prüfung außer der Reihe vorgenommen der US-Selektoren. Dabei sind ihm Ablehnungen aufgefallen, etwas mehr als sonst üblich, und er wird alles Weitere mit der Dienststelle Bad Aibling veranlassen. Das hat er mir mitgeteilt. Ich sah überhaupt keine Veranlassung, daran zu zweifeln,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass er, wenn er was gefunden hat, das nicht [sic!] ordentlich macht. Er ist ein zuverlässiger Unterabteilungsleiter. Er war zuständig. Er hat gesagt, er übernimmt die Federführung. Ich hatte anderes zu tun. Mehr war es nicht. Ob das glaubhaft klingt oder nicht: Tut mir leid, so war es.

Christian Flisek (SPD): Und Sie haben nie eine Sekunde in dem Gespräch gesagt: „Das muss an den Abteilungsleiter gemeldet werden oder an den Präsidenten“?

Zeuge W. K.: Also, der D. B. ist zuverlässig und kompetent genug. Wenn es etwas gewesen wäre, wo er gesagt hat: „Das muss ich jetzt melden“, hätte er mir nicht mitteilen müssen; hätte er vielleicht getan; weiß ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Da möchte ich jetzt noch mal nachhaken: Er hätte es Ihnen nicht mitteilen müssen. Das heißt, er hätte auch ohne Ihr Wissen direkt R. U. in Bad Aibling eine Weisung erteilen können?

Zeuge W. K.: Nein, wenn er es an den Abteilungsleiter meldet oder an höherer Stelle. Er muss mich nicht fragen, ob er so was meldet. Ich bin nicht sein Vorgesetzter. Das meinte ich damit. Jeder Unterabteilungsleiter ist für seinen Bereich selber verantwortlich.

Christian Flisek (SPD): Sie wissen, was das für einen Eindruck hinterlässt?

Zeuge W. K.: Aber was erwarten Sie denn?

Christian Flisek (SPD): Ich sage nur: Sie wissen, was das bedeutet in der Bewertung für uns. Das bedeutet für uns in der Bewertung - oder zumindest für mich - , dass ich den Eindruck habe, dass hier in so einer Situation, die sicher in der Nachbetrachtung sich so darstellt, wo ich mir die Frage stelle, es muss eine Grundsensibilisierung von Sommer 2013 über März 2014 da gewesen sein, die sich sogar verstärkt hat - - dass man hier so tut, als macht jeder nur seinen Job. Man erledigt Aufträge, Befehle, die man bekommt, aber stellt sich nie die Frage: Ist dieser Vorgang ex situatione, wo ich damit konfrontiert werde, ein relevanter Vorgang, oder könnte sich sozusagen

das im Laufe der Zeit als ein relevanter Vorgang verdichten? Ich sage es mal so: Wenn das der Eindruck ist, und ich halte das für einen höchst relevanten Vorgang - - Wir reden darüber, dass hier massive - ich brauche das Kanzleramt nicht zu zitieren in seiner offiziellen Stellungnahme; seltener Fall, dass so was so rausgeht - Organisationsdefizite auftauchen oder aufgefliegen sind und hier der Eindruck erweckt wird, das sei üblich so, ja das sei sozusagen business as usual; das passiert halt. Ja, weil, verstehen Sie: Ich würde mir sehr wünschen als jemand, der dafür sorgen möchte, dass wir funktionierende Geheimdienste auch weiterhin in Deutschland haben, dass das ein absoluter Einzelfall ist. Nur, der Eindruck verstärkt sich halt, dass das etwas ist, was überall zu jeder Zeit genauso immer wieder passieren kann, und das ist ein verheerender Eindruck.

Zeuge W. K.: Aber Sie setzen ja jetzt voraus, dass ich die Kenntnisse, die ich jetzt hier habe und die Sie hier alle auch haben, dass wir die alle damals schon gehabt hatten. Sie haben ja gerade selber gesagt: Im Nachhinein ist es leicht, darüber zu urteilen.

Christian Flisek (SPD): Ich frage Sie jetzt mal - - Ich sage es noch mal so: Ich würde gar nicht ausschließen, dass man vielleicht am Ende auch noch mal eine Gegenüberstellung machen muss.

Zeuge W. K.: Gerne.

Christian Flisek (SPD): Ich sage es nur. Der Punkt ist - ich frage Sie mal -: Ist jetzt in der Nachbetrachtung, was Sie jetzt wissen, dass offensichtlich D. B. das eben nicht gemeldet hat nach oben, und unterstellt, Sie sagen: „Für mich war das damals kein relevanter Vorgang; ich hab ihm gesagt, kümmere dich drum; erteile dem R. U. von mir aus die Weisung, und die sollen das erledigen“ - - Ist das in der Nachbetrachtung aus Ihrer Sicht korrekt?

Zeuge W. K.: Das weiß ich nicht. Damit habe ich mich jetzt nicht beschäftigt. Das ist auch eine hypothetische Frage.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): So hypothetisch ist sie nicht.

Zeuge W. K.: Aber Sie wollen von mir jetzt eine Stellungnahme zu einem hypothetischen Fall. Wenn ich gewusst hätte, was ich jetzt weiß - -

Christian Flisek (SPD): Wenn Sie D. B. gewesen wären, hätten Sie es gemeldet?

Zeuge W. K.: Weiß ich nicht. Müsste ich mich jetzt mit dem Fall näher beschäftigen. Das habe ich nicht. Aber fragen Sie das doch lieber den D. B., ob er aus seiner heutigen Sicht ... (akustisch unverständlich)

Christian Flisek (SPD): Was machen Sie denn in der Prüfgruppe?

Zeuge W. K.: Wir versuchen, den Vorgang aufzuarbeiten.

Christian Flisek (SPD): Und da machen Sie sich über die Frage keine Gedanken?

Zeuge W. K.: ... (akustisch unverständlich)

Christian Flisek (SPD): Komisch. Ich finde das komisch.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Die Fragezeit wäre jetzt um.

Christian Flisek (SPD): Ich finde das wirklich komisch, dass Sie sich jetzt darauf hinausreden: hypothetische Fragen usw. Es steht ein massives Fehlverhalten im Raum. Das kulminiert an zwei Personen: W. K. - das sind Sie - und D. B.

Zeuge W. K.: Aber welches Fehlverhalten genau werfen Sie mir denn jetzt vor?

Christian Flisek (SPD): Aus meiner Sicht, dass keiner die Veranlassung sah, ausgehend vom Sommer 2013 bis, ich sage mal, März 2015 irgendwann so sensibilisiert zu sein, zu sagen: Da gibt es aufgrund einer Stichprobe - ich wiederhole mich jetzt genauso - diese Listen, nicht aufgrund einer Generalinventur, und das Ganze kann richtig lodern. Und jetzt lodert es.

Zeuge W. K.: Aber das setzt ja voraus, dass diese Kenntnis, die Sie heute haben, dass die damals schon bestanden hätte. Jetzt möchten Sie von mir eine Aussage - -

Christian Flisek (SPD): Ja, die haben Sie ja gehabt. Niemand anders im BND hätte sie haben können.

Zeuge W. K.: Jetzt möchten Sie von mir eine Aussage, dass ich, wenn ich D. B. gewesen wäre, seine Kenntnisse hätte, dass ich das anders gemacht hätte? Was wollen Sie denn mit dieser Aussage haben? Dass ich jetzt über ihn urteile? Also beim besten Willen, Herr Abgeordneter!

Christian Flisek (SPD): Was Sie gemacht hätten. Das war die Frage.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Jetzt geht es weiter bei Herrn von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde gern für zwei Minuten die Sitzung unterbrechen und mit den Obleuten und Herrn Wolff kurz sprechen.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Zustimmung. - Dann unterbrechen wir jetzt für zwei Minuten.

(Unterbrechung von
20.42 bis 20.46 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung geht weiter. - Bevor der Kollege von Notz mit seiner Befragung weitermacht, möchte ich allgemein erwähnen, dass wir bitte schön den Lärmpegel runterfahren und dass natürlich Kommentierungen im Ausschuss nicht gestattet sind, sondern nur der fragende Abgeordnete oder die Abgeordnete Fragen stellt und der Zeuge antwortet, und darauf beschränkt sich das und dann läuft das auch alles sehr, sehr geordnet und kann das Ziel des Ausschusses stärker befördern als alles andere. - Herr Kollege von Notz, Sie haben das Wort.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr W. K., wir sind ja hier jetzt zum dritten Mal zusammen, und ich habe mich bei Ihren einleitenden Sätzen gefragt, ob das eigentlich alles an Korrektur ist, was Sie zu dem Gesagten bisher vornehmen wollen. Also, ich werde mir nicht die Mühe machen, die Dinge, die ich mir aufgeschrieben habe, Sie jetzt hier einzeln abzufragen und die Möglichkeiten zur Korrektur zu geben. Aber ich frage noch mal: Das, was Sie bisher gesagt haben, ist alles, was Sie an den protokollarisch festgehaltenen Antworten, die Sie bisher gegeben haben, korrigieren wollen?

Zeuge W. K.: Ich sehe im Augenblick keinen Anlass, noch weitere Korrekturen vorzunehmen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gut. Prima. - Die Info, die Sie erhalten haben, können Sie da ein genaues Datum sagen von D. B.?

Zeuge W. K.: Nein, kann ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den Monat?

Zeuge W. K.: Es muss wohl Anfang August gewesen sein oder Ende Juli, da war ich die meiste Zeit hier. Da es telefonisch war, muss es wohl gewesen sein, als ich in Berlin war.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie diese Information an irgendjemanden weitergegeben? Also, ich frage nicht: „Haben Sie sie nach oben gemeldet?“, sondern: Haben Sie die mit irgendjemanden geteilt?

Zeuge W. K.: Nein, habe ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist es nicht so, dass Sie als Leiter T1 für die Außenstellen Schöningen, Rheinhausen, Bad Aibling, Gablingen und Husum zuständig sind?

Zeuge W. K.: So ist es.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben vorhin gesagt, dass diese Selektoren - - dass man da etwas mehr als üblich gefunden hätte, die auffällig waren. Jetzt frage ich mal nicht die Menge, was üblich war; aber der Unterschied hier war doch, dass die liefen, dass die im aktiven Profil liefen. War das nicht irgendwie eine relevante Neuigkeit für Sie?

Zeuge W. K.: Das war mir nicht bewusst.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie meinen Sie das: Das war Ihnen nicht bewusst?

Zeuge W. K.: Das war mir nicht bewusst. Ich dachte, es war eine Prüfung der Selektoren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, der D. B. hat das nicht gesagt, dass das Selektoren sind, die laufen. Weil wir fragen ihn gleich, und das ist interessant.

Zeuge W. K.: Ja, können Sie ihn gerne fragen. Ich erinnere mich wirklich nicht daran. Ich kann nur noch mal wiederholen, was ich vorhin gesagt habe: Ich war bis obenhin zu mit anderen Aufgaben, und das war nicht in meiner Zuständigkeit.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das bezweifle ich stark. Sie waren zuständig für technische Planung und Grundlagen operativ. Sie waren zuständig für Fernmeldeaufklärung taktisch und operativ. Sie waren zuständig für Fernmeldeaufklärung strategisch und operativ, und da ist doch selbstverständlich eine wesentliche Frage, ob da Zehntausende von Selektoren eingestellt sind, die ein Problem sind. Das ist doch in Ihrer Abteilung. Sie sind zuständig für die Außenstellen, und da wollen Sie mir sagen, Sie sind nicht zuständig?

Zeuge W. K.: Das ist korrekt, was Sie gerade vorgelesen haben; aber in meinen Zuständigkeitsbereich fällt nicht die Steuerung und die Nachrichtenbearbeitung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber die Prüfung -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. K.: Auch wenn Sie in meinen Außenstellen - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - der Selektoren fällt in Ihren Bereich.

Zeuge W. K.: Nein, das tut es nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vielleicht kann Herr Wolff helfen, oder ist das - -

Zeuge W. K.: Das tut es nicht.

RD Philipp Wolff (BK): Ich wollte nur ganz kurz darauf hinweisen, dass die konkreten Zuständigkeiten, so wie sie ausgewiesen sind, eingestuft sind. Man erkennt das nach ... (akustisch unverständlich)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar, aber es ist natürlich schwierig, wenn der Zeuge die ganze Zeit sagt - ja, Herr Bernard, es ist ein hartes Leben -, wofür er nicht zuständig ist. Das scheint ja nicht so ein Betriebsgeheimnis zu sein. Also, man muss dann auch mal klären, wofür er zuständig ist. Das ist doch sonst absurd. Und die These, die er hier äußert - - Das ist doch absurd, zu behaupten, dass er dafür nicht zuständig ist. Warum ruft ihn denn D. B. an im Need to know? Der ruft Sie doch an, weil Sie - - You need to know it.

Zeuge W. K.: Ich verstehe jetzt Ihre Aufregung nicht. Ich habe das im November hier schon so gesagt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was haben Sie da so gesagt?

Zeuge W. K.: Wie die Selektorenprüfung stattfindet und dass die Zuständigkeit nicht in meinem Bereich liegt, sondern in der Unterabteilung T2. Das hatte ich im November bei meiner Aussage hier so gesagt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber das Fahren der Selektoren, das ist ja damit verbunden. Sie können das doch nicht trennen.

Zeuge W. K.: Doch, das kann man.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das können Sie nicht.

Zeuge W. K.: Doch, das kann man.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, dann sagen Sie mir bitte: Wen meinte das Bundeskanzleramt, wenn die am 23. April 2015 sagen: „Im Rahmen der Dienst- und Fachaufsicht hat das Bundeskanzleramt technische und organisatorische Defizite beim BND identifiziert“?

Zeuge W. K.: Da müssen Sie das Kanzleramt fragen; das weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Also Sie sind damit nicht gemeint.

Zeuge W. K.: Ich weiß es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was meinen Sie denn, wie R. U. und W. O. auf die Idee gekommen sind, eine ganz eigene Prüfung zu machen?

Zeuge W. K.: Also, ich habe es jetzt schon dreimal gesagt: Mir hat der D. B. - - Telefonisch hat er mich informiert, dass er sich mit der Dienststelle Bad Aibling in Verbindung setzen wird und den Vorgang aufarbeiten wird. So werden die davon Kenntnis erlangt haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dass die eine eigene Prüfung durchgeführt haben, das ist Ihnen auch nicht irgendwie zugetragen worden?

Zeuge W. K.: Mir hat der Dienststellenleiter weder vorher noch hinterher berichtet, dass er eine eigene Prüfung veranlassen will oder eine veranlasst hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sage ich nicht. Ich sage nicht, ob Ihnen der Dienststellenleiter das berichtet hat.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. K.: Wie soll ich denn sonst Kenntnis erlangen?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, keine Ahnung.

Zeuge W. K.: Ja, ich auch nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben von einer weiteren Prüfung von R. U. und W. O. noch nie was gehört?

Zeuge W. K.: Jetzt im Rahmen der Aufarbeitung in der Projektgruppe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Davor haben Sie noch nie was davon gehört?

Zeuge W. K.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein?

Zeuge W. K.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da ist Ihnen nie was zu Ohren gekommen, dass da gleichzeitig eine andere Prüfung, bei denen Zehntausende von Selektoren aufgefallen sind - - Haben Sie nie gehört?

Zeuge W. K.: Sie behaupten jetzt, dass es gleichzeitig eine andere Prüfung war.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge W. K.: Ich gehe davon aus, dass das nicht so ist, sondern dass dieses - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da gehen Sie falsch von aus.

Zeuge W. K.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Dann wissen Sie mehr als wir. Dann erklären Sie mal: Wie waren die Abläufe zwischen der Prüfung von D. B. und Dr. T. und der

Prüfung, von der Sie angeblich nichts wissen, R. U. und W. O.? Wie war das denn zeitlich?

Zeuge W. K.: Sie verdrehen mir jetzt hier die Wörter im Mund. Ich habe doch gerade gesagt: D. B. hat mich informiert, dass er alles Weitere mit der Dienststelle in Bad Aibling veranlassen wird, und das wird wohl dann diese Prüfung gewesen sein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, D. B. hat Dr. T. beauftragt und dafür - -

Zeuge W. K.: Das wusste ich ja nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dann müssen Sie ins Parlament kommen, damit Sie von uns erfahren, wie es beim BND läuft.

Zeuge W. K.: Ich durfte ja nicht anwesend sein bei den Zeugenaussagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie wissen nicht, dass es zwei parallele Selektorenprüfungen gab? Das hören Sie hier zum ersten Mal? Das haben Sie auch während Ihrer Prüfung jetzt im Bundeskanzleramt nie gehört?

RD Philipp Wolff (BK): Wir haben vorhin darüber diskutiert, dass die Prüfung im Bundeskanzleramt natürlich jetzt außerhalb des Untersuchungsgegenstandes ist. Der Zeuge soll zu den Erkenntnissen damals aussagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Vor der Prüfung im Bundeskanzleramt haben Sie nie was davon gehört, dass in Bad Aibling, bevor die Ergebnisse von Dr. T. kamen, R. U. und W. O. miteinander eine ganz eigene Prüfung durchgeführt haben?

Zeuge W. K.: Nein, habe ich nicht. Meiner Erinnerung nach nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese Dienstanweisung innerhalb der Be-



Nur zur dienstlichen Verwendung

hörde, dass man jetzt zukünftig auch deutsche Interessen, also andere Staaten sozusagen schützt, von wann ist die genau?

Zeuge W. K.: Habe ich jetzt das genaue Datum nicht. Ich meine, das war im Herbst 2013. So wie ich vorhin gesagt habe, nach dieser Aussage: Freunde ausspähen, das geht gar nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, sozusagen die Aussage der Kanzlerin vom 24. Oktober 2013 in Brüssel - Ausspähen unter Freunden geht gar nicht -, führt zu veränderten Verordnungen innerhalb des BND. Wenn die das sagt im Fernsehen, dann müssen wir das jetzt zukünftig anders handhaben, weil wir spähen ja Freunde aus. - Das ist das, was Sie erzählen.

Zeuge W. K.: Ich habe nur erzählt, dass in der Folge dann diese Dienstanweisung kam.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, zuerst war die Aussage von Frau Merkel, und dann wurde die Dienstanweisung geändert?

Zeuge W. K.: Ob es dabei einen kausalen Zusammenhang gibt, das müssen Sie doch andere fragen. Die Dienstanweisung kam doch - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich frage Sie nach den zeitlichen Abläufen.

Zeuge W. K.: Der zeitliche Ablauf war so. Genau wie Sie sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist megakurios, wirklich. Anders kann ich das nicht sagen. - Bei der Selektorenprüfung selbst sozusagen, wie wurde das denn diskutiert bei der Zeit, wo Sie so viel zu tun hatten und wo so viel Hektik war auch aufgrund der Snowden-Veröffentlichungen? An was für Runden haben Sie denn da teilgenommen, dass Sie bei Selektorenprüfungen nicht so genau im Film sein wollten oder konnten zeitlich? Was haben Sie denn stattdessen als Schlussfolgerungen aus den

Snowden-Veröffentlichungen veranlasst in Ihrer Abteilung?

Zeuge W. K.: Ich habe keine Schlussfolgerungen veranlasst.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was war da an Arbeit? Warum war da so viel los?

Zeuge W. K.: Es war eine Menge technische Veröffentlichungen mit technischen Aussagen. Und es waren auch Aussagen über Metadaten, die angeblich über deutsche Staatsbürger erzeugt würden, und wir mussten der Sache nachgehen. Es war Technik zu erklären: Was machen wir genau technisch mit den Amerikanern in Bad Aibling. Das ging über mehrere Monate.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Details müssten wir dann aber - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Frage habe ich noch, dann gebe ich gerne ab.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eine, okay.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie persönlich gute Kontakte ins Bundeskanzleramt?

Zeuge W. K.: Nicht dass ich wüsste.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein? Also wäre es vorstellbar, dass, wenn man bestimmte Sachen zur Kenntnis bekommt oder irgendwie relevant findet, man die vielleicht gar nicht an seinen Präsidenten meldet, sondern direkt an irgendjemanden, den man im Bundeskanzleramt kennt?

Zeuge W. K.: Das wäre vielleicht vorstellbar. Das würde ich aber nicht tun.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das haben Sie auch nicht getan?

Zeuge W. K.: Nein. Das ist mir nicht erinnerlich, dass ich so was getan habe.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen nicht erinnerlich?

Zeuge W. K.: Nein, also - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre ein Vorgang, an den würden Sie sich erinnern, weil der so kurios ist, dass Sie lächeln, wenn ich das frage, oder?

Zeuge W. K.: Nein, also ich - - Das ist völlig unüblich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das habe ich nicht gefragt, ob das unüblich ist.

Zeuge W. K.: Okay. Also, ich habe es nicht gemacht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben es nicht gemacht. Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. - Wir kommen jetzt zu den Fragen der Fraktion der CDU/CSU. Herr Kollege Wendt fängt an.

Marian Wendt (CDU/CSU): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Brauchen Sie eine Sekunde?

Marian Wendt (CDU/CSU): Nein, danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Herr Kollege Wendt.

Marian Wendt (CDU/CSU): Zwei Bereiche, die ich mal klären möchte sozusagen: einmal die Stimmung beim BND. Wir haben jetzt festgestellt: Der erste Zeuge, der Herr W. O., sagte: Nachdem die Enthüllungen aufgefallen waren, hat sich eigentlich nichts verändert. Man hat nicht darüber gesprochen beim BND, man ist mal über den Hof gelaufen, hat sich begrüßt. - Sie hatten das ein bisschen anders dargestellt: dass da viel Hektik war; es war sehr arbeitsintensiv Ihrerseits.

Vielleicht könnten Sie noch mal vielleicht aus Ihrer Sicht, aus Ihrer persönlichen Sicht auch, damit wir so ein bisschen den Eindruck bekommen, wie sich auch Ihr persönlicher Zustand oder der Zustand der Mitarbeiter an sich verändert hatte nach diesen Enthüllungen, nach den Vorwürfen vom August 2013 - - Was hat sich da bei Ihnen vielleicht persönlich verändert? Was haben Sie gedacht? Wir wollen nicht über Gefühle sprechen, aber das gehört ja auch immer so damit dazu, um einen Zeugen sozusagen - - seine Aussage einordnen zu können, seine Glaubwürdigkeit auch ein Stück weit und natürlich: In welchem Umfeld hat er gewisse Einschätzungen getroffen, auch gewisse Entscheidungen getroffen, jemanden zu informieren, jemanden nicht zu informieren? Vielleicht sozusagen: Was war da so ein Moment bei Ihnen, der da vielleicht entscheidend war, Dinge anders zu sehen oder anders zu entscheiden? Vielleicht wenn Sie noch mal dieses Umfeld vom August 2013 so im Vorher-Nachher beleuchten könnten.

Zeuge W. K.: Was meinen Sie jetzt mit anders entscheiden? Oder wollen Sie wissen, wie generell die Arbeitsbelastung war?

Marian Wendt (CDU/CSU): Genau. Also vorher - - Sie sagten: Es war viel zu tun; wir haben Überstunden gemacht, am Wochenende gearbeitet. Sie waren sehr viel auch in Berlin.

Zeuge W. K.: Ja.

Marian Wendt (CDU/CSU): War das vorher anders? Wie sah so ein Arbeitsalltag aus? Was hat sich mit einmal verändert? Also waren Sie dann - - Ganz praktisch, sage ich mal so.

Zeuge W. K.: Das ist natürlich eine Situation, wenn Dinge aufgearbeitet werden müssen und viele Fragen beantwortet werden müssen, da haben Sie keine normale Fünftagearbeitswoche mehr, sondern ich stand praktisch immer zur Verfügung, auch am Wochenende. Wir hatten Arbeitszeiten teilweise bis nachts um 23 Uhr, wenn schnell Anfragen beantwortet werden mussten für den nächsten Tag. Mir wurde mein kompletter Jahresurlaub gestrichen. Ich hatte vier Wochen Jahresurlaub geplant, der wurde einfach



Nur zur dienstlichen Verwendung

gestrichen erst mal bis auf Weiteres. Also, die Arbeitsbelastung war enorm.

Marian Wendt (CDU/CSU): Und was waren das für Tätigkeiten, die Sie dann zusätzlich ausgeführt haben? Wieso kam denn die hohe Arbeitsbelastung konkret zustande?

Zeuge W. K.: Ja, wir mussten natürlich den vielen Dingen nachgehen, die veröffentlicht waren, wenn es da hieß: Es werden Millionen von Metadaten von Deutschen an die USA weitergegeben, was veröffentlicht war in der Zeitschrift *Der Spiegel*. Das war natürlich ein Schock. Wir mussten nachgehen: Ist da vielleicht irgendwas dran? Wie sieht es denn genau aus, die Erfassungstechnik? Was passiert da in Bad Aibling? Wie haben wir kooperiert? Wir mussten auch zurückgehen in den Jahren und aufarbeiten praktisch - wie soll ich mal sagen? -, eine historische Auswertung - nein, das klingt wahrscheinlich falsch - erstellen, wie die Zusammenarbeit genau aussieht: Wer hat was wann gemacht? Es mussten technische Zusammenhänge erläutert werden. Das war besonders komplex; denn Sie können nicht einfach jetzt - ich mache jetzt mal ein Beispiel - eine Erfassung von Internetverkehren im PKG darstellen. Das müssen Sie schon darstellen, dass es auch verständlich wird. Also solche Dinge. Das war mit schneller Schlagzahl. Wir hatten viele parlamentarische Anfragen, beinahe im Tagesrhythmus, von verschiedenen Behörden, auch aus dem Parlament selbstverständlich, und wir hatten im Wochenrhythmus Veröffentlichungen, und ich meine, damals sogar im nicht ganz Wochenrhythmus parlamentarische Sondersitzungen des PKGs.

Marian Wendt (CDU/CSU): Und haben Sie da auch - - Die normale Arbeit lief ja parallel weiter, also die normale nachrichtendienstliche Tätigkeit. Es wurden ja trotzdem Terroristen gejagt auf der Welt, es fanden Anschläge statt. Wie wurde davon die Arbeit betroffen? Haben Sie da Strukturänderungen vorgenommen, um zu sagen: „Okay, wir richten jetzt eine Einheit Aufklärung ein oder Mitarbeiter, die speziell für die Historie zuständig sind, für die Zusammenfassung und Bearbeitung dieser Akten, dieser Anfragen“ -

nicht der Akten -, „und dass man sozusagen noch die normale Tätigkeit ja auch ausführen kann“?

Zeuge W. K.: Ja, man hat natürlich versucht, die normale Arbeit auch weiterlaufen zu lassen. Es sind ja auch, sage ich mal - - Nicht jeder war ja so direkt betroffen mit der Beantwortung. Die normalen Sachbearbeiter konnten ihre Arbeit in der Regel weiterführen. Man hat natürlich versucht, Leute zu identifizieren, die man aus der Arbeit rausziehen kann und die diese Sonderaufträge erledigen können.

Marian Wendt (CDU/CSU): Wie können Sie das ungefähr darstellen von der Arbeitsbelastung her? Wie hat sich das verschoben? Also, klar, 100 Prozent ist ja der normale Bereich. War das eine also 50 : 50, 50 Prozent in Ihrer Abteilung für die Beantwortung der Anfragen, die Aufarbeitung der Historie, die Zusammenstellung und Übersichten?

Zeuge W. K.: Das kann ich Ihnen jetzt auf Anhieb nicht mehr sagen. Das war schubweise. Also, manchmal hat man den ganzen Tag, Tage und das Wochenende nur damit verbracht, die Anfragen zu beantworten. Dann war mal wieder ein paar Tage Luft, man konnte sich ums Tagesgeschäft kümmern. Das betraf aber ja nicht alle Hunderte von Mitarbeitern gleichmäßig, sondern, sage ich mal, nur einige davon.

Marian Wendt (CDU/CSU): Haben Sie in Ihrem Haus ein Handbuch oder eine Übersicht, eine Liste mit allen E-Mail-Endungen, E-Mail-Adressänderungen der Regierungen der europäischen Länder? Gibt es da ein Buch, eine Liste, ein Standardwerk, sage ich mal so?

(Der Zeuge berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK))

Also, unabhängig jetzt davon, ob Sie die Selektoren geprüft haben, einfach einmal, ob es so ein Buch gibt, sage ich mal, oder eine Liste, wo Sie - -

Zeuge W. K.: Nein, ein Buch nicht. Also, es gibt in der dafür zuständigen anderen Unterabteilung natürlich ein Prüfprofil, sage ich mal, mit dem die Selektoren geprüft werden, und da ist das



Nur zur dienstlichen Verwendung

drin. Über die Details kann ich Ihnen da nichts sagen. Wie gesagt, ich mache das Profil nicht, ich pflege das auch nicht und bin auch nicht dafür zuständig.

Marian Wendt (CDU/CSU): Also, wenn jetzt zum Beispiel gesagt wird: „Okay, wir brauchen mal eine Übersicht, welche E-Mail-Adressen gibt es von Regierungen, welche Änderungen, weil wir - sage ich mal so - Selektoren prüfen müssen, zum Beispiel, oder andere Merkmale“, dann kann jeder Mitarbeiter darauf zugreifen, nimmt sich das Buch und prüft damit die Selektorenliste, zum Beispiel anhand dieser - -

Zeuge W. K.: Die Selektorenprüfung findet ja nicht überall statt, sondern an dieser Stelle. Und wie diese Mitarbeiter das handhaben - ich denke, da müssten Sie eher mit denen reden. Man macht alles Mögliche, man guckt in offenen Quellen, Handelsregisterauszüge. Ich weiß es nicht. Ich habe das nie gemacht. Ich war auch nie für diesen Bereich zuständig.

Marian Wendt (CDU/CSU): Dann danke ich erst mal.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir haben dann in der öffentlichen Sitzung keine Fragen mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr W. K., wir haben in einer früheren Vernehmung mit Ihnen über das Kontrollsystem gesprochen.

Zeuge W. K.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Gehört es auch zur Aufgabe des Kontrollsystems, sich die Selektoren anzusehen?

Zeuge W. K.: Nein. Wir haben in geheimer Sitzung darüber geredet. Deswegen hier nur so viel: Dieses System sollte nur feststellen, ob es einen Unterschied gab zwischen den Selektoren, die nach der Prüfung dann für die Erfassung vorgeesehen waren, und den Selektoren, die tatsächlich

in der Erfassung waren. Das diente nicht dazu, die Selektoren zu prüfen.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber dazu muss man ja die Selektoren haben.

Zeuge W. K.: Ja, die sind ja in den Erfassungssystemen drin.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber man muss sich also mit den Selektoren beschäftigen?

Zeuge W. K.: Nein, man muss nur gucken, ob es einen Unterschied gibt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, und den Unterschied stellt man fest, indem man sich mit den Selektoren beschäftigt. Also, wenn ich zwei Mengen miteinander vergleiche, muss ich mir sie ja ansehen.

Zeuge W. K.: Ja, mengenmäßig.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, nicht nur mengenmäßig, auch inhaltlich.

Zeuge W. K.: Müssen Sie nicht, nur wenn Sie einen Unterschied feststellen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, wenn ich einen Unterschied feststelle, beschäftige ich mich damit inhaltlich.

Zeuge W. K.: Ja, aber wenn Sie keinen Unterschied fest-

Martina Renner (DIE LINKE): Sie waren einer der wenigen, die zu diesem Kontrollsystem überhaupt etwas wussten?

Zeuge W. K.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Richtig. Und dieses Kontrollsystem hat sich mit den Selektoren beschäftigt?

Zeuge W. K.: Nein, es hat sich damit beschäftigt, ob es einen - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

RD Philipp Wolff (BK): Der Zeuge kann in eingestufteter Sitzung dazu umfassend aussagen. Das ist ein geheimer Sachverhalt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber jetzt sage ich mal: Wir haben den Eindruck, dass hier nicht wahrheitsgemäß ausgesagt wird, und das gilt insbesondere zu der Frage irgendwie, ob der Zeuge mit der Prüfung der Selektoren befasst war oder nein oder es in seinem Zuständigkeitsbereich lag oder nicht. Diesen Satz: „Dafür bin ich nicht zuständig, das ist nicht mein Zuständigkeitsbereich“ - wir machen hier eine Strichliste -, haben wir jetzt annähernd irgendwie drei Dutzend Mal gehört. Ja? Und es kreist tatsächlich um eine zentrale Frage, nämlich ob er in irgendeiner Form mit der Selektorenprüfung betraut war. Und es gibt jetzt einen Widerspruch, weil zum einen er einer der wenigen Personen war, die zu diesem Kontrollsystem Kenntnis hatten, das sich auch mit den Selektoren befasst hat, und zum anderen nichts zur Selektorenprüfung wissen will vor sozusagen dieser speziellen Gruppe, die sich in diesem Frühjahr irgendwie noch einmal mit dem ganzen Vorgang befasst hat. Und diesen Widerspruch versuchen wir jetzt mal aufzudröseln. Darum geht es gerade.

Zeuge W. K.: Also, ich finde es jetzt ziemlich komisch, was Sie da sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja?

Zeuge W. K.: Ich habe mehrmals das gesagt - wenn Sie hier eine Strichliste führen, gerne -, weil Sie mich mehrmals gefragt haben, Sie alle, zu diesem Thema. Ich habe gerade gesagt, was das Kontrollsystem - ich kann in geheimer Sitzung auch mehr noch dazu sagen; ich habe das auch letztes Mal schon versucht - gemacht hat. Es dient nicht der Prüfung der Selektoren, sondern ob es einen Unterschied gibt zwischen denen, die eingestellt werden, und denen, die am Erfassungssystem sind. Und das war nur damals zu diesem einen Teil einer Operation. Ich sage es hier auch so: Ich sage hier immer die Wahrheit. Ich habe das schon die letzten zwei Male gemacht. Ich wüsste auch keinen Grund, warum

ich hier die Unwahrheit sagen sollte. Ich verwehre mich gegen die Behauptung, dass ich hier die Unwahrheit sagen würde.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN): Das ist sein
gutes Recht!)

Martina Renner (DIE LINKE): Dann erklären Sie mir mal, wie man diesen Unterschied zwischen das - wie haben Sie das eben gesagt? -, was eingestellt wurde, und das - - Können Sie noch mal sagen: Was war Aufgabe des Kontrollsystems bezüglich der Selektoren?

RD Philipp Wolff (BK): Der Zeuge kann dazu in eingestufteter Sitzung en détail aussagen. Das ist gar kein Problem. Aber der entsprechende Vorgang im Rahmen dieser Operation ist eingestuft, der ist Geheim. Auch die Motivlage ist Geheim, und das kann der Zeuge, glaube ich, sehr gut aufklären in einer eingestuften Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir hatten ja vorhin Herrn W. O. hier, der in einer Phase, wo die Hütte brennt, ja, die Kapazität hat, irgendwie noch mal etwas zu machen, was Herr D. B. auch schon macht. Auch kurios - hat ja schon Herr Flisek drauf hingewiesen -, dass man das so macht. Kann es sein, dass man mit unterschiedlichen Motivlagen zum einen Herrn D. B. hinsichtlich der Selektoren überprüfen lässt und auf der anderen Seite Herr W. O. mit einem sozusagen anderen strategischen Ansatz dort rangeht? Also, um es mal konkreter zu sagen: Hat man nach der Veröffentlichung der Snowden-Dokumente in Pullach festgestellt: „Wir müssen dringend mal sehen, was dort in Bad Aibling, die uns irgendwie ein Stück weit der Kontrolle entglitten sind, passiert? Wir brauchen die Selektoren hier auf den Tisch, und wir setzen hier zwei Leute, drei Leute dran, die sich das mal ansehen irgendwie“, und daraufhin hat man bestimmte Ergebnisse generiert, und gleichzeitig, als man in Bad Aibling mitbekommen hat, dass sich Pullach der Selektoren annimmt, hat man gesagt: „Wir gucken mal lieber schnell rein, bevor uns diese Sache hier um die Ohren fliegt“? Ist das so ein vorstellbarer Vorgang, der erklärt, warum Herr W. O.



Nur zur dienstlichen Verwendung

und Herr D. B. quasi gleichzeitig sich daranmachen, die Selektoren zu überprüfen?

Zeuge W. K.: Also, dass uns damals die Kontrolle entglitten wäre, das ist jetzt eine Behauptung von Ihnen. Wenn Sie mit „man“ meinen, dass wir uns in einem Kreis zusammengesetzt hätten, die Unterabteilungsleiter und der Abteilungsleiter, und das so besprochen hätten: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich sage Ihnen, warum man zum Beispiel vielleicht festgestellt hat, dass einem die Kontrolle entglitten ist: Wir reden mittlerweile von 8 bis 9 Millionen Selektoren, die zu diesem Zeitpunkt aktiv gestellt waren und zu denen man in einem hohen Ansatz überhaupt nicht wusste, zu welchen Ländern man sie zuordnen kann, ob sie deutsche Grundrechtsträgerinnen und -träger betreffen, weil sie zum Beispiel Kommunikationsmerkmale beinhaltet haben, Werte, die man überhaupt nicht zuordnen kann einzelnen Ländern, die man auch sich nie dahin gehend richtig angesehen hat, und da könnte es durchaus der Fall gewesen sein, dass man nun Sorge hatte, was dort möglicherweise im System läuft.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu hat Herr Wolff eine Anmerkung.

RD Philipp Wolff (BK): Ich wollte nur fragen, woher die Zahlen kommen, die 8 bis 9 Millionen.

Martina Renner (DIE LINKE): *Zeit Online*.

RD Philipp Wolff (BK): Von Ihnen auf *Zeit Online*? Oder woher kommen die Zahlen?

Martina Renner (DIE LINKE): Bitte? Von mir auf *Zeit Online*? Ich bin keine Autorin. Ich bin Abgeordnete.

Zeuge W. K.: Was war Ihre Frage jetzt?

Martina Renner (DIE LINKE): Meine Frage war, ob man sich zu dem Zeitpunkt darüber Gedanken gemacht hat, dass unter den Selektoren eine hohe Anzahl sein könnte, zu denen man keine Kenntnisse hat, zu welchen Ländern man sie zuordnen kann, dass es Kommunikationsmerkmale waren,

die man nicht überprüft hatte, und man Sorge hatte, dass dort unter gegebenenfalls sich Ziele verbergen, die nicht nur dort deutschen Interessen, sondern auch deutschen Gesetzen widersprechen.

Zeuge W. K.: Dafür gab es ja die Selektorenprüfung, die man ja seit Beginn der Nutzung der Selektoren durchgeführt hat. Man hat ja genau die nicht verwendet, die man auf diese Weise aussortiert hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie, wie viele Arten es an Selektoren gibt?

Zeuge W. K.: Insgesamt?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge W. K.: Nein, müsste ich schätzen. Hunderte wahrscheinlich verschiedener Arten.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Und wie viele von denen kann ich einem Land zuordnen?

Zeuge W. K.: Das weiß ich nicht. Da bin ich überfragt. Ich weiß jetzt, da ich in dieser Projektgruppe mitgearbeitet habe, wie genau dieses Profil aussieht, und ich versteige mich jetzt mal zu der Behauptung, dass man sehr viel mehr zuordnen kann, als es Ihre Aussage jetzt hier zulässt. Aber ich kann leider zu der jetzigen Arbeit der Projektgruppe - - darf ich leider nichts sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): War diese Problematik früher mal Thema, dass man die Selektoren nicht Ländern zuordnen kann?

Zeuge W. K.: Meines Wissens nach nicht. Darf ich vielleicht was ergänzen?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge W. K.: Es ist jetzt schwierig für mich hier in öffentlicher Sitzung. Aber Sie gehen jetzt davon aus, dass ein Selektor eines einzelnen Typs, also ein Telekommunikationsmerkmal, das ich vielleicht keinem Land zuordnen kann, dass das alleinig geprüft wird, weil es alleinig für ein Ziel steht. Dem ist ja nicht so. Zu einem Ziel gehören



Nur zur dienstlichen Verwendung

ja immer mehrere TKMs. Sie kennen das ja von sich selber: Sie haben ja nicht nur ein Telefon, Sie haben ja auch noch was weiß ich welche Kommunikationsmöglichkeiten; das ist ja heutzutage nichts Ungewöhnliches. Wenn Sie nur eines dieser Telekommunikationsmerkmale zuordnen können, dann ordnen Sie damit alle anderen dem gleichen Ziel, dem gleichen Land, der gleichen Identität zu. Vielleicht macht es das etwas deutlicher.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber es gibt Equations, haben wir gelernt, bei denen es keine E-Mails oder Telefonnummern gibt, und das heißt, diese Telekommunikationsmerkmale fehlen, die ich eindeutig einem Land zuordnen kann, und bei denen ist es ja dann vollkommen unmöglich, den gesamten Satz sozusagen eindeutig jetzt zum Beispiel dem deutschen oder europäischen Raum zuzuordnen.

Zeuge W. K.: Es gibt auch noch ein paar andere Selektoren, an denen man Geografie festmachen kann, also Land oder Nutzer; möchte ich aber in offener Sitzung jetzt nicht sagen. Das betrifft ja auch noch unser operatives Geschäft.

Martina Renner (DIE LINKE): Vor jetzt Frühling 2015: Ist diese Problematik, dass man Teile der Selektoren nicht zuordnen kann, jemals besprochen worden, vielleicht auch bezüglich dieser Kontrollgruppe?

Zeuge W. K.: Wenn es das war, dann war ich da nicht anwesend. Also, mir ist es nicht bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Wurden Sie darüber informiert, welche Selektoren im System deaktiviert werden?

Zeuge W. K.: Nein. Muss ich auch nicht. Oder meinen Sie jetzt?

Martina Renner (DIE LINKE): Nein.

Zeuge W. K.: Damals? Nein. Muss ich ja auch nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Kannten Sie diese Ablehnungsliste?

Zeuge W. K.: Von einer Ablehnungsliste, wie sie jetzt bekannt wurde, habe ich auch erst - -

Martina Renner (DIE LINKE): Oder Datei? Also, es ist ja eine Datei; dann ist sie ausgedruckt worden. Die Datei ist weg.

Zeuge W. K.: Nein. War mir nicht bekannt, dass diese Historie geführt wird. Ich habe auch ja im November hier meiner Kenntnis nach wahrheitsgemäß berichtet, dass es hierüber keine Historie gibt. Aus jetziger Sicht muss ich sagen: War aus jetziger Sicht falsch. Ich wusste das aber nicht besser und wahrscheinlich viele andere auch nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Jetzt müssten wir wechseln. - Wir kommen zur nächsten Fraktion, der Fraktion der SPD. Wer übernimmt? - Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Ich versuche es jetzt noch mal anders: Sie hatten ja bei Ihren bisherigen zwei Zeugenvernehmungen hier im Untersuchungsausschuss - - Beim letzten Mal - nach meiner Erinnerung war das so - haben wir ja auch die Problematik EADS/ Eurocopter besprochen. Da erinnern Sie sich noch dran, oder?

Zeuge W. K.: Da erinnere ich mich dran, ja.

Christian Flisek (SPD): Und da gab es damals die Aussage: Ja, durchaus gab es Versuche - ich sage mal: der Amerikaner -, so etwas einzuspeisen, aber wir haben das eben aufgrund unserer Filterung bis hin zu einer manuellen Filterung am Ende im Griff.

Zeuge W. K.: Und durch die Selektorenprüfung, dass es gar nicht zu Erfassungen kommt.

Christian Flisek (SPD): Ja, genau. Jetzt hatten Sie sich ja damals, wie alle Zeugen auch innerhalb des BND, darauf vorbereitet auf diese Zeugenvernehmung.

Zeuge W. K.: So ist es.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Und damals war ja auch dieses Thema - darum sind wir ja auch darauf gekommen - durchaus schon diskutiert. Warum haben Sie es nicht zum Anlass gesehen, sozusagen auch in der Vorbereitung noch mal diesen Sachverhalt, über den wir hier jetzt reden, auch wenn Sie nur entfernt, wie jetzt sich aus Ihren Schilderungen ergibt, damit zu tun hatten - - Aber es war ein Sachverhalt, Sie wussten: Da gab es kritische Begriffe in einem höheren Maße, über EADS und Eurocopter hinausgehend, die zur Löschung gelangt sind. Also, wir haben uns ja hier - ich sage es jetzt mal so - schon über zwei Begriffe lange unterhalten. Da gab es fast zwei, drei Fragerunden über dieses Thema, inwieweit das Indizien sind für eine Wirtschaftsspionage, wie kritisch das alles sein kann. Ja? So, daraus hat man ja gesehen, wie ernst wir das nehmen. Und dann gab es - - Also, das muss ich einfach, weil ich Sie für einen sehr intelligenten Menschen halte - - Ja? Dass einfach da im Hinterkopf diese Selektorenliste, zumindest von der Bekanntheit, im Hintergrund noch bekannt war, dass es das gab, dass es mal weit über zwei Begriffe hinausgehende eine Kontrolle, eine nachträgliche Kontrolle, gab - warum haben Sie uns das damals eigentlich nicht gesagt?

Zeuge W. K.: Weil ich es nicht wusste. Ich ging ja damals davon aus, dass es keine Historie darüber gibt, was abgelehnt wurde. So habe ich es ja auch berichtet. Und so haben es ja, glaube ich, auch ein paar andere Zeugen berichtet.

Christian Flisek (SPD): Na ja, was heißt eine Historie? Eine Historie heißt aus Ihrer Sicht, dass es eine Liste gab, die nachträglich jetzt auftaucht.

Zeuge W. K.: Oder Datei; oder was auch immer.

Christian Flisek (SPD): Ja, aber worüber Sie Bescheid gewusst haben auf jeden Fall, war, dass es diesen Vorfall mit D. B. gab, der da gesagt hat: Ich habe das gefunden. - Und der D. B. wird Ihnen ja irgendwo was gesagt haben über eine Quantität und dass man sich dann eben, wie hier besprochen, jetzt - ich unterstelle das ja alles jetzt mal als gegeben - geeinigt hat: R. U. wird informiert. R. U. kümmert sich um die Löschung. - So. Ich meine, wir reden über zwei Begriffe, die kritisch

waren. Und es gab einen Vorfall, der weit darüber hinausgeht, der zu einer Löschung scharfgestellter kritischer Begriffe geführt hat. Warum gab es dort keine Hinweise? Ich meine, wir sind ja auch in dem Untersuchungsausschuss in der Situation: Wir haben eine ganze Reihe von Beweisbeschlüssen getroffen, nicht nur den, der jetzt dazu geführt hat, dass das Ganze hochkam, wo wir der Überzeugung waren, es hätte längst schon dieser Sachverhalt dem Untersuchungsausschuss gemeldet werden müssen, also in den Akten zur Verfügung gestellt werden müssen. Es gab ja auch in den Abteilungen, in denen Sie Verantwortung tragen, Vorbereitungen, Aktenunterlagenichtigungen für die Frage, was man im Untersuchungsausschuss zur Verfügung stellt. Wissen Sie, ich stelle mir einfach die Frage: Warum taucht das nicht auf? Warum taucht das in der Zeugenvernehmung nicht auf? Warum ist das in den Beschlüssen nicht aufgetaucht? Warum taucht es jetzt auf einmal auf? Ich meine, wir sind froh, dass es überhaupt auftaucht, aber warum spielt es überhaupt keine Rolle? Warum hat das niemand irgendwo noch mal auf dem Bildschirm?

Zeuge W. K.: Sie messen ja jetzt retrospektiv zu Recht dem Vorgang eine Bedeutung bei, die - ich weiß nicht - wahrscheinlich nicht nur ich, sondern andere ihm damals nicht beigemessen hatten. Und die Tatsache, dass diese Ablehnungen gesammelt wurden und in einer Datei aufgehoben wurden, die war mir nicht bekannt, die war vielen anderen wahrscheinlich auch nicht bekannt. Davon erlangte ich erst Kenntnis jetzt im März 2015. Ich habe in meinen letzten Aussagen wahrheitsgemäß über meine Kenntnisse berichtet. Ich wusste es einfach nicht, auch nach Aktenstudium. Und ich habe mich sehr wohl vorbereitet auf meine Aussagen. Ich habe mich auch - auch wenn es mir jetzt ein bisschen vorgeworfen wurde - über Dinge vorbereitet, wo ich einfach der Meinung war, das hier aussagen zu müssen, um die Vorgänge auch in ein richtiges Licht zu rücken. Ich weiß, dass es alles immer schwer verständlich war. Das war mein Bemühen auch in den letzten Aussagen.

Christian Flisek (SPD): Gut. Wir stoßen da mit der öffentlichen Beweisaufnahme sicherlich auch



Nur zur dienstlichen Verwendung

in einigen Punkten an die Grenze. Aber ich will halt auch ganz gerne jetzt noch mal für ein paar Punkte im Protokoll Dinge festhalten, so wie sich das jetzt für mich darstellt. - Also, weder der W. O. noch der R. U. haben Sie jemals darüber informiert, dass im August 2013 mehrere 10 000 Selektoren als unzulässig identifiziert und darauf hingehend deaktiviert wurden. Ist das richtig?

Zeuge W. K.: Das ist korrekt.

Christian Flisek (SPD): Niemals?

Zeuge W. K.: Nein. Bis jetzt, zu der Projektgruppe.

Christian Flisek (SPD): Ja. Bis jetzt zu?

Zeuge W. K.: Als wir jetzt diese Projektgruppe eingerichtet haben.

Christian Flisek (SPD): Also, im Prinzip alles was jetzt März 2015 ... (akustisch unverständlich).

Zeuge W. K.: So ist es.

Christian Flisek (SPD): Und auch der D. B. hat Sie niemals darüber informiert, dass der Mitarbeiter Dr. T. mehrere Tausend solcher unzulässiger Selektoren gefunden hatte?

Zeuge W. K.: Mir ist nicht rememberlich, dass er mir den Mitarbeiter Dr. T. genannt hat.

Christian Flisek (SPD): Gut. Dann lassen wir den Dr. T., und dann sprechen wir abstrakt von seiner Unterabteilung. Hat D. B. Ihnen gesagt, dass jemand in seiner Unterabteilung mehrere Tausend solcher unzulässigen Selektoren gefunden hatte?

Zeuge W. K.: Nein. Er hat mir gesagt, dass er eine Prüfung veranlasst hat - wer auch immer das dann gemacht hat; ich ging davon aus, der dafür zuständige Bereich - und er mehr als üblich an Ablehnungen gefunden hat, und er wird das mit der Dienststelle in Bad Aibling, den Vorfall, dann weiter klären.

Christian Flisek (SPD): Sie erinnern sich an der Formulierung von D. B., dass er die Formulierung verwendet hat „mehr als üblich“?

Zeuge W. K.: Nein. Ich erinnere mich nicht daran, dass er mir gesagt hätte, es wären 1 000, 2 000 oder 3 000 gewesen. Ich erinnere mich nicht an eine Zahl, und ich maß dem auch deswegen keine große Bedeutung bei.

Christian Flisek (SPD): Ich frage jetzt noch mal: Wir reden ja auch nicht nur über die Quantität, wir reden ja auch über die Tatsache, dass es eben sozusagen nicht im Rahmen einer Prüfung präventiv stattgefunden hat. Ich meine, es könnte ja an sich schon ein relevanter Vorgang sein, wenn man Selektorenlieferungen von der NSA bekommt. Man macht die proaktive Prüfung, die präventive Prüfung und stellt dann bei einer Lieferung mehr als üblich unzulässige Selektoren fest. Ich meine, das, was ja hier sozusagen hinzukommt, ist sozusagen, dass der Umstand im Raum steht: Es sind mehr als üblich - ich übernehme jetzt mal die Formulierung - Selektoren identifiziert worden, die bereits scharfgestellt waren. Hat er mit Ihnen darüber gesprochen, dass es sich um Selektoren handelt, die bereits im Einsatz waren?

Zeuge W. K.: Nein, daran erinnere ich mich eben nicht. Und dass die Prüfung der Selektoren immer eine schwankende Anzahl von Ablehnungen ergab, das war normal.

Christian Flisek (SPD): Also, es könnte auch sein, dass D. B. mit Ihnen darüber gesprochen hat, dass es sich um eine präventive Selektorenprüfung gehandelt hat?

Zeuge W. K.: Ich weiß es ehrlich nicht mehr. Ich weiß nicht, ob er mir jetzt gesagt hat, er hat das im Vorfeld gemacht.

Christian Flisek (SPD): Ja, aber es muss ja eigentlich eine aktive, also sozusagen eine retrospektive Prüfung sein. Weil was wäre denn sonst der Grund gewesen, dass man R. U. einschaltet und ihm sozusagen den Auftrag gibt, dann über W. O. ... (akustisch unverständlich) zu veranlassen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. K.: Auch bei der proaktiven Prüfung, wie Sie es nennen, müssen die dann ja in Bad Aibling in die entsprechende Datenbank eingetragen werden. Das ist im Prinzip ja der gleiche Vorgang. Ich weiß jetzt im Nachhinein, dass es so war. Aber mir ist das damals nicht als besonderer Vorfall in Erinnerung gewesen.

Christian Flisek (SPD): Also, Sie würden sogar sagen, Ihnen war damals jetzt aus Ihrer Erinnerung nicht bewusst, ob es sich sozusagen um ein Ergebnis einer präventiven oder einer nachträglichen Prüfung handelt?

Zeuge W. K.: Nein. Ich weiß es jetzt. Ich weiß aber jetzt auch nicht, ob es - - Nein, ich weiß nicht, es wäre spekulativ.

Christian Flisek (SPD): Und Sie haben mit D. B. auch nicht darüber gesprochen, wie mit dem Vorgang in Bezug auf Dienstvorgesetzte weiter zu verfahren ist?

Zeuge W. K.: Nein. Das weiß Herr D. B. genauso gut wie ich. Und da es in seinem Zuständigkeitsbereich lag - - Ich muss es leider noch einmal sagen, das Wort.

Christian Flisek (SPD): Ja, aber mich interessiert noch mal: Was weiß - - Sie sagen jetzt: Das weiß er genauso gut wie ich. - Was heißt das denn? Was weiß er „genauso gut wie ich“?

Zeuge W. K.: Ja, wenn es ein besonderes Vorkommnis wäre, das ich meinem Abteilungsleiter melde. Wenn ich in meinem Bereich ein besonderes Vorkommnis hätte, würde ich es meinem Abteilungsleiter melden. Ich muss mich dazu aber nicht beraten mit den anderen Unterabteilungsleitern. Ich wüsste nicht, warum ich das tun sollte, außer es ist ein Vorkommnis, das mehrere Bereiche beträfe.

Christian Flisek (SPD): War das jetzt nicht so? Das betraf ja zwei Abteilungen.

Zeuge W. K.: Nein. Die Steuerung, die Prüfung der Selektoren, die Steuerung der Erfassung - nicht die Erfassung selbst, nicht die Technik,

nicht der Aufbau von Erfassungsstellen, der Betrieb, sondern die Steuerung und die Nachrichtenbearbeitung -, dafür ist die Unterabteilung zuständig. Deswegen maß ich dem Vorgang keine Bedeutung bei. Was soll ich sagen? Ich kann es nur noch mal wiederholen. Man kann jetzt retrospektiv darüber sinnieren, ob ich anders hätte handeln können oder müssen. Ich weiß es nicht.

Christian Flisek (SPD): Nein. Ich kann es nur aus meiner Sicht bewerten, und aus meiner Sicht stellen sich zwei Fragen. Die eine ist: Hat unsere gesamte Selektorenprüfung der vergangenen Jahre vielleicht erhebliche Mängel? Das ist ja ein Vorfall, an dem man im Zusammenhang mit so einem Ergebnis denken könnte und den ich für einen sehr relevanten Vorgang halte angesichts dessen, was wir bisher von allen Zeugen über Filter und wie wichtig das ist und überhaupt gehört haben, auch im Hinblick auf G 10 und deutsche Interessen. Dann kommt so was. Ja? Und das andere ist, dass man eben einfach mal ansetzen muss und sagen muss: Ja, wir haben nur eine Stichprobe. Aber wir haben da ein Riesenprofil, das jeden Tag läuft, das Treffer produzieren kann.

Zeuge W. K.: Ob es eine Stichprobe war oder das Gesamtprofil, weiß ich nicht. Also, jetzt im Nachhinein, als Mitglied dieser Prüfgruppe - - Aber wie es damals war, da wusste ich es nicht.

Christian Flisek (SPD): Ja, gut. Ich frage die Kollegin, ob sie noch Fragen hat. - Wir haben in der öffentlichen jetzt keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir zu den Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr W. K., vielleicht noch mal ganz grundsätzlich: Warum wurde eigentlich „Eikonale“ beendet?

Zeuge W. K.: „Eikonale“ wurde beendet, weil eine rein maschinelle G-10-Prüfung der Ergebnisse mit den Vorgaben, die wir hatten, so nicht durchführbar war.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt „so nicht durchführbar“?

Zeuge W. K.: Wir hatten Vorgaben, dass die rein maschinelle Prüfung der Ergebnisse zu 100 Prozent - also für 100,0, nicht 99,999 - durchzuführen sei, und das war nicht machbar.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bezog sich das auf die Meldungen oder die Inhaltsdaten?

Zeuge W. K.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht auf die Metadaten?

Zeuge W. K.: Sie reden von „Eikonale“? Da gab es nur Sachdaten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge W. K.: Ich habe über „Eikonale“ - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich habe zu „Eikonale“ gefragt.

Zeuge W. K.: Ja. Jetzt muss ich gerade mal - -

RD Philipp Wolff (BK): Zu Details der Operation bitte in geheimer Sitzung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

RD Philipp Wolff (BK): Also, wenn es um Erfassungsergebnisse geht, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

RD Philipp Wolff (BK): - sagt er dazu in geheimer Sitzung aus.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber es geht ja - - Herr Wolff. Also, ich habe die Frage gestellt, ob es aufgrund der Problematik der Filterung bei Inhaltsdaten zu dem Ende von „Eikonale“ gekommen ist.

Zeuge W. K.: Das habe ich ja bejaht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben Sie bejaht. Und jetzt frage ich Sie, wie sich das im Hinblick auf die Metadaten verhalten hat.

Zeuge W. K.: Jetzt bin ich ein bisschen in der Zwickmühle: Ich hatte letztes Mal ja in streng geheimer Sitzung dazu berichtet, auch im Detail zu den Metadaten, auch der Unterschied zu den Sachdaten, die wir damals verwendet haben. Ich würde auch jetzt auf eine nicht öffentliche, geheime Sitzung verweisen müssen; denn der Sachverhalt hat sich ja nicht geändert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat es im Vorfeld der Einstellung von „Eikonale“ um die Jahre 2007, 2008 Auffälligkeiten und Probleme mit den Selektoren gegeben?

Zeuge W. K.: Das war ja dieser Fall, der jetzt schon ein paar Mal auch genannt wurde, mit EADS und Eurocopter. Das hatte ich ja auch schon mal berichtet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war aber im Jahr - -

Zeuge W. K.: Ich meine, das war 2005.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 2005?

Zeuge W. K.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wir reden jetzt über drei Jahre später. Da fließt ja viel Wasser die Spree runter und viele Daten über den Internetknotenpunkt Frankfurt. Und es ist ja erst drei Jahre später beendet worden.

Zeuge W. K.: Ja, aber das hat ja jetzt nichts mit dem Internetknotenpunkt Frankfurt zu tun. Auch das hatte ich ja letztes Mal schon gesagt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das hat was mit Frankfurt zu tun



Nur zur dienstlichen Verwendung

und einem anderen Telekommunikationsbetreiber. Aber gut, okay, ich verstehe. Es hat nichts mit DE-CIX zu tun, bis 2008 zumindest nichts, und dann - - Gut. Okay.

Zeuge W. K.: Auch danach nicht. - Sie reden von Eikonol.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich rede von Eikonol, genau. DE-CIX, ja gut, das sind Sachen, die können wir vielleicht in anderen Zusammenhängen mal - -

Zeuge W. K.: Ich finde das schon wichtig, weil das immer im Zusammenhang gebracht wird.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge W. K.: Ich finde das schon wichtig, weil das immer unzulässigerweise in Zusammenhang gebracht wird.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, dann ist gut, wenn Sie es ansprechen.

RD Philipp Wolff (BK): Und ich glaube, in geheimer Sitzung kann man das im Zusammenhang auch klären.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so. Ja, das habe ich mir gedacht. - Okay. Gut. Also, Eikonol wurde 2008, drei Jahre nach EADS und Eurocopter, beendet.

Zeuge W. K.: So ist es.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Weil man die G-10-Filterung nicht gewährleisten konnte.

Zeuge W. K.: So ist es.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe ja jetzt eingangs gesagt: Ich halte Ihnen nicht alle Sachen vor aus der letzten Sitzung, weil mir das zu kleinteilig ist. Ich will Ihnen aber trotzdem mal eine Stelle vorhalten,

weil sie ganz schön ist und aus dem öffentlichen Teil der letzten Sitzung. Da fragt Christian Flisek:

Gab es denn Fälle, wo Selektoren - und wenn ja:

- so steht das hier -

können Sie irgendwas zu der Zahl sagen? -, die Amerikaner gebracht haben, wirklich zurückgewiesen worden sind?

Sagen Sie:

Ja, klar.

Flisek:

Also es gab diese Fälle?

...: Ja.

Flisek:

Können Sie das irgendwie quantifizieren: War das eher einmal in der Kooperation oder kam das regelmäßig vor?

Sagen Sie:

Ich kenne eine Zahl - da verweise ich jetzt aber bitte auf eine geheime Sitzung -; die Zahl habe ich zufällig gelesen, die würde ich Ihnen auch nennen.

Sagt Flisek:

Okay.

Und dann fügen Sie noch an:

Die ist relativ gering, sage ich jetzt mal an dieser Stelle. Wir haben auch - das möchte ich gern noch mal wiederholen - diese Zurückweisung den Amerikanern nicht mitgeteilt;

Zeuge W. K.: So ist es.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

denn wir wollten keine Hinweise darauf geben, nach welchen Kriterien wir zurückweisen.

Zeuge W. K.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Das ist auch so akzeptiert.

(Der Zeuge nickt)

Die Aussage machen Sie heute auch noch so?

Zeuge W. K.: Nein, das habe ich doch vorhin schon gesagt. Das war bereits bei der Frage von Frau Abgeordneter Warken. Ich habe gesagt: Mit jetziger Kenntnis - jetzt weiß ich es besser - - Das war meine damalige Kenntnis, das war auch die Kenntnis vieler anderer, dass es nicht mitgeteilt wurde.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Und jetzt vor dem Hintergrund, dass es mitgeteilt wird. Wenn Ihre Aussage hier richtig ist: „Wir wollten keine Hinweise darauf geben, nach welchen Kriterien zurückgewiesen wird“, -

Zeuge W. K.: So ist es.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - wollten offenbar einige Leute doch Kriterien geben, Hinweise geben, nach welchen Kriterien zurückgewiesen wird.

Zeuge W. K.: Ich war auch damals nicht zuständig -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist denn - -

Zeuge W. K.: - für die Prüfung der Selektoren, Herr Abgeordneter von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge W. K.: Für mich war es damals so erklärlich, als ich die Aussage hier gemacht habe: Wenn man es nicht mitteilt, muss es ja einen Grund geben. Und das schien für mich der einzig plausible Grund. Das war auch für viele andere der einzig plausible Grund.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Dann frage ich Sie jetzt mal umgekehrt und jetzt sozusagen als erfahrenen BNDler aus dem Bereich: Warum macht man das denn? Also: Was ist denn der Grund, wenn man es meldet?

Zeuge W. K.: Na, der Grund könnte sein, einen Hinweis zu geben, dass das in Zukunft nicht mehr gesteuert wird.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber man sortiert ja die Dinge selbst erfolgreich aus. Ist doch egal; man filtert die ja raus; man nimmt die raus. Im Vorfeld setzt man Flags. Warum muss ich die Amerikaner informieren dann darüber?

Zeuge W. K.: Warum das so vereinbart wurde, weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber Sie -

Zeuge W. K.: Aber der Grund könnte sein - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - haben ja hier auch eine Mutmaßung angestellt -

Zeuge W. K.: So ist es.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): -, und jetzt bitte ich Sie - -

Zeuge W. K.: Jetzt habe ich gerade eine andere Mutmaßung gemacht. Der Grund könnte natürlich sein, einen Hinweis zu geben: „Das in Zukunft bitte nicht mehr steuern!“, was auch Sinn macht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil man doch nicht so erfolgreich ausfiltert?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. K.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wozu dient denn so eine Liste? Wenn man so eine Datei schafft mit abgelehnten Suchbegriffen, wozu könnte die gut sein?

Zeuge W. K.: Na, um zu verhindern, dass eine erneute Besteuerung extra noch mal geprüft wird. Man kann dann gleich sagen: Der ist schon abgelehnt; den brauche ich gar nicht mehr weiter prüfen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es wird doch sowieso alles geprüft.

Zeuge W. K.: Ja. Also, die Gedanken haben wir uns auch gemacht: Wozu diente das? Es kann auch heute keiner mehr sagen, der damals - - wer das damals so entschieden hat, dass das gemacht wird. Es ist in der Tat, wie Sie sagen: Wenn ich die prüfe - - eigentlich brauche ich es nicht. Vielleicht wäre es auch besser gewesen, wir hätten es nicht gespeichert. Im Nachhinein - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das denken jetzt wahrscheinlich eine Reihe von Leuten.

Zeuge W. K.: Ja, es lässt sich in der Tat nur so erklären, dass man vielleicht den Prüfprozess vereinfacht und man sagt: Ich muss die gar nicht mehr prüfen. Ich weiß, der ist schon abgelehnt; ich mache mir nicht mehr die Mühe, zu gucken, ob ich ihn ablehnen muss oder nicht. - Das ist die einzige Erklärung, die nicht nur ich habe, sondern die auch andere Leute haben. Ob es Sinn macht aus fachlicher Sicht, würde ich heute mal dahingestellt lassen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnte es sein, dass andere Behörden und Institutionen diese Liste vielleicht zur Kenntnis bekommen haben?

Zeuge W. K.: Das müsste ja jetzt seit März 2015 geschehen sein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, vorher.

Zeuge W. K.: Eine Ablehnungsliste?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich muss jetzt mal kurz dazwischengehen. Sind das Dinge, die Sie wissen -

Zeuge W. K.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - oder die Sie hier rein mutmaßend spekulieren?

Zeuge W. K.: Nein, ich habe jetzt - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist auch total schön; so geht der Abend auch rum.

Zeuge W. K.: Nein, ich habe jetzt überlegt, ob ich es weiß.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das kann aber nicht auf die Wahrheitspflicht bezogen werden, weil wenn der Zeuge spekuliert und es gar nicht weiß, dann ist begrenzter Mehrwert in der Aussage da. Ich lasse es natürlich zu, gar keine Frage; nur: Es geht uns Zeit verloren, wenn der Zeuge es gar nicht - - selber sagt, er weiß es nicht.

Zeuge W. K.: Ich habe jetzt überlegt. Herr Vorsitzender, ich wollte nicht spekulieren; ich habe jetzt überlegt, ob ich es weiß. Aber mir ist es jetzt nicht bekannt, dass wir - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann ist es von der Wahrheitspflicht umfasst. Wenn Sie es wissen, müssen Sie es auch sagen.

Zeuge W. K.: Ich weiß es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will nur sagen: Es wäre ja vorstellbar, und der BND ist ja in seinem Aufgabenprofil gesetzlich limitiert, und andere Dienste sind das eventuell nicht.

Zeuge W. K.: Aber - - Also soweit mir jetzt bekannt ist, ist ja von der Existenz einer solchen Ablehnungsliste jetzt erst im März 2015 - - ist uns ja erst das bekannt geworden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge W. K.: Ich hätte es ja vorher auch schon sagen können, als ich im November hier war. Mir war es ja nicht bekannt und den Abgeordneten auch nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wem war es denn bekannt?

Zeuge W. K.: Ich glaube, niemandem.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Niemandem?

Zeuge W. K.: Niemandem, den ich kenne. Ich glaube, es waren alle überrascht im März, dass das System diese Liste führt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Können wir wechseln?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist daran okay? - Bitte?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können wir wechseln? Wir müssten - - Ich lasse ja immer gern noch eine Frage zu, wenn sie im Sachzusammenhang ist. Aber wenn es ein neuer Komplex ist, müssten wir nach neun Minuten jetzt wechseln. Ich gehe aber davon aus - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde gerne diese zwei Sätze, die Flisek dann noch gemacht hat, dem Zeugen noch vorhalten. Das dauert ... (akustisch unverständlich)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sehr gern.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das geht dann weiter. Sie sagen:

Ich kenne keine [sic!] Zahl - da verweise ich ...

Die ist relativ gering ...

Dann sagt Flisek:

Ah, ja, okay. - Hat sich denn durch die Veröffentlichung der Snowden-Dokumente, also durch den Beginn der Veröffentlichung der Snowden-Dokumente letztes Jahr, in der Kooperation mit den Vereinigten Staaten und damit auch in dem Bereich, den Sie verantworten, irgendetwas geändert?

Daraufhin sagen Sie:

Durch die Snowden-Dokumente allein nicht, nein. Also da haben wir nichts gespürt.

Dann sagt Flisek:

Ich gehe jetzt mal davon aus, dass der BND natürlich auch irgendwo in Szenarien denkt, auch wenn er jetzt vielleicht selber keine Anhaltspunkte oder Belege hat. Ist Ihnen irgendetwas bekannt darüber, dass die NSA in Bezug auf Deutschland Dinge macht, die grundrechtsrelevant sind, also die eine Relevanz für Grundrechtsträger haben, in die Sie nicht unmittelbar einbezogen sind, wo Sie in den Prozessen selber keine Mitwirkung oder sonstige Teilnahmehandlung vollführen?

Da sagen Sie:

Nein, ist mir nichts bekannt. Ich habe das auch in der Zeitung gelesen, was da vermutet wird an der einen oder anderen Stelle. Mir persönlich bekannt aus den Kooperationen heraus ist das nicht.

...: Und aus Ihrem Geschäft irgendwo, -

Sie sagen:

Nein.

...: - Wahrnehmungen, die Sie haben, -

...: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

...: - Gespräche mit Kollegen/Kolleginnen?

Sie sagen:

Nein.

Zeuge W. K.: Ja.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. - Dann wechseln wir jetzt zur - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das korrigieren Sie nicht?

Zeuge W. K.: Nein, das korrigiere ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles klar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann wechseln wir jetzt zur Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Herr Zeuge, ich hätte jetzt doch noch mal ein, zwei Nachfragen zu dem Gespräch zwischen Ihnen und dem D. B. Ich habe jetzt auch das Protokoll zur Aussage des D. B., und er hat uns im Prinzip gesagt, dass er, bevor er diesen Suchauftrag erteilt hat, den Prüfungsauftrag, Sie informiert hat, vor der eigentlichen Auftragserteilung, weil sein Referent, also der T., die Unterstützung der Dienststelle Bad Aibling brauchte. Die musste dem gewährt werden.

Und nachdem das Ergebnis vorlag, habe ich ihn

- also den UAL T1 -

auch über das Ergebnis grob informiert und habe ihn auch über meine vorgeschlagene Maßnahme informiert. Und er hat beiden immer zugestimmt.

Das deckt sich jetzt nicht ganz mit dem, wie Sie das gesagt haben. Also, der D. B. hat gesagt, er habe Sie vorher informiert und dann auch wieder

über das Ergebnis informiert. Und er hat Sie dann sozusagen auch um Unterstützung gebeten.

Und auf Frage des Kollegen Flisek haben Sie dann auch gesagt, dass es - - hat der D. B. auch gesagt, dass er Sie über die Folgemaßnahmen informiert hatte.

Zeuge W. K.: Ja, aber das hatte ich ja vorhin gesagt. Also, er hat mir gesagt, er wird den Vorfall weiterbehandeln mit der Dienststelle Bad Aibling.

Nina Warken (CDU/CSU): Hat er Sie vorher gefragt, bevor er die Prüfung beauftragte? Also, so wie sich jetzt der Sachverhalt aus der Aussage des Zeugen D. B. darstellt, war es ja so: Er hat Sie vorher im Prinzip informiert oder gefragt, weil er Ihre Unterstützung brauchte als zuständiger UAL für Bad Aibling, und danach hat er Sie über das Ergebnis informiert und über die Folgemaßnahme.

Ich hatte Sie jetzt vorhin verstanden, dass es so ein eher beiläufiges Gespräch war, in dem D. B. Ihnen gesagt hat, dass er da was gefunden hat. Aber das war ja jetzt - - Nach dem, was ich Ihnen vorgetragen hatte, waren es ja zumindest zwei Gespräche und auch schon ein bisschen konkreter. Oder verstehe ich das jetzt falsch?

Zeuge W. K.: Also, ich erinnere mich nicht dran, dass er mir gesagt hat, er muss jetzt auf die Dienststelle Bad Aibling zugehen - ich will das aber nicht ausschließen -, weil er vielleicht die Selektoren sich dort noch mal holen wollte zur Prüfung. Auch das wäre aber ja nichts Ungewöhnliches für mich gewesen und schon gar nicht zur damaligen Zeit, einfach weil ich mit anderen Dingen beschäftigt war. Ich hätte auch, wenn jetzt nicht diese Snowden-Zeit, sage ich mal, gewesen wäre - - auch da hätte ich jetzt nicht irgendwas Ungewöhnliches daran gefunden, wenn er sagt, dass er die Selektoren prüfen will. Dafür hat er ja einen Bereich, der dafür zuständig ist. Aber ich erinnere mich nicht daran, dass er mir das - - Ich will es nicht ausschließen, nur: Ich erinnere mich nicht daran, dass er mir im Vorfeld gesagt hat, dass er das machen wird.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Genau. - Aber er hat Sie dann über das Ergebnis grob informiert, wie er gesagt hat, und über die vorgeschlagene Maßnahme informiert - können Sie sich erinnern zum einen, was die Maßnahme war? -, und Sie hätten beiden zugestimmt. Wie ist das zu verstehen?

Zeuge W. K.: Er hat zu mir gesagt, dass er das mit Bad Aibling - - den weiteren Vorgang ausführen wird, eben diese Selektoren abzulehnen, die er bei der Prüfung gefunden hat. Ob er das mit dem - - Wahrscheinlich hat er gefragt, ob er selber auf den Dienststellenleiter zugehen soll - nehme ich mal - - Das weiß ich aber jetzt im Detail nicht mehr. Was soll ich dem Vorgang zustimmen? Natürlich habe ich gesagt: Ja, mach mal!

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Also hat er das dann doch schon mit Ihnen besprochen, aber Sie haben nichts in Bad Aibling veranlasst.

Zeuge W. K.: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Das hat der D. B. selbst gemacht.

Zeuge W. K.: So ist es. Ich war auch zu der Zeit hier, in Berlin.

Nina Warken (CDU/CSU): Dann habe ich keine weiteren Fragen. - Die anderen: Fragen? - Nein. Dann, bitte, erst in der Nichtöffentlichen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann sind wir jetzt bei der Fraktion Die Linke. - Frau Kollegin Renner hat keine Fragen mehr in öffentlicher Sitzung. Dann sind wir bei der Fraktion der SPD. Gibt es noch Fragen in öffentlicher Sitzung? - Okay. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Sie haben ja gerade gesagt, dass Sie jetzt nicht beurteilen wollen, was D. B. gemacht hat. Okay. Von Kollege Unterabteilungsleiter zu Kollege Unterabteilungsleiter ist das vielleicht auch zu viel verlangt, aber: In Ihrem Bereich nachgeordnet ist der R. U. gewesen. Deswegen frage ich Sie jetzt noch mal auch diesbezüglich: Es gab diese Prüfung dort. Wir ha-

ben das mal so bewertet, dass das nicht der Regelfall war, dass dort Prüfungen stattfinden, eigene Prüfungen, in Bad Aibling, sondern es war eine Sonderprüfung. Ergebnis war eben: mehrere, wohl tausend unzulässige Selektoren. - Sind Sie der Ansicht, dass R. U. Ihnen hätte das berichten müssen?

Zeuge W. K.: Ja, aus heutiger Sicht ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Ich will nur anmerken, dass auch das keine Frage zur Wahrnehmung des Zeugen ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber auch rechtliche Einschätzungen, Bewertungen sind Gegenstand von Zeugenaussagen.

RD Philipp Wolff (BK): „Ist eine innere Tatsache“, würde ich sagen.

(Zuruf: Aber ich kann ja keine rechtliche Einschätzung fragen!)

- Nein, ist eine innere Tatsache.

(RA Johannes Eisenberg:
Wie wollen Sie darüber Beweis erheben?)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Doch, auch allein das schon wissen, wann man melden muss, wenn ein besonderes Vorkommnis vorliegt; haben Sie eben ausgeführt. Kennt man ja. Ist unbestritten, glaube ich, Gegenstand einer Frage.

Zeuge W. K.: Ja, aber warum er es nicht gemacht hat - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie haben es ja beantwortet. - Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Aber er hätte es machen müssen.

Zeuge W. K.: Also, ich kann jetzt spekulieren. Ich an seiner Stelle hätte es wahrscheinlich gemacht.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Sie an seiner Stelle hätten es gemacht?

Zeuge W. K.: Wahrscheinlich.

Christian Flisek (SPD): Wahrscheinlich.

Zeuge W. K.: Ich kenne jetzt seine Motivlage nicht, aber - -

Christian Flisek (SPD): Nein, ich erwarte auch nicht von Ihnen, dass Sie irgendwelche Aussagen über die inneren Zustände von R. U. machen. Es geht um die Frage: Wenn ein objektiver Sachverhalt, wie er sich jetzt darstellt, in der Person von R. U., bekannt wird, wie er bekannt geworden ist offensichtlich zu diesem Zeitpunkt, objektiv, ob in der Verantwortungskette Ihrer Unterabteilung es eigentlich so gewesen sein müsste, dass er das Ihnen hätte melden müssen. So. Darum geht es.

Zeuge W. K.: Aber Sie setzen ja jetzt voraus, dass er selber so eine Prüfung veranlasst hat.

Christian Flisek (SPD): Dass er was?

Zeuge W. K.: Dass er selber so eine Prüfung veranlasst hat.

Christian Flisek (SPD): Das wissen wir ja jetzt mittlerweile.

Zeuge W. K.: Ach so. Gut. Das weiß ja ich nicht. Ich ging ja immer davon aus, dass das zusammenhängt mit dem, was mir D. B. gesagt hat: Ich gehe jetzt auf die Dienststelle zu und mache das.

Christian Flisek (SPD): Nein, er hat ja - - Also, D. B., der hat eine Liste gemacht vom Dr. T.

(Zuruf von
RA Johannes Eisenberg)

Wo die gelandet ist, was die - - Also, da, glaube ich, gibt es ein schwarzes Loch.

(Zuruf von
RA Johannes Eisenberg)

- Nein, wir haben heute gehört - -

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Eisenberg auch! - Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

- Geht es wieder? Ja.

(RA Johannes Eisenberg: Herr Vorsitzender, ich habe ihm gesagt, dass der Vorhalt falsch ist! ... (akustisch unverständlich))

- Nein, der Vorhalt ist nicht falsch. Wir haben heute gehört, Herr Eisenberg, dass in Bad Aibling unabhängig von dem Ergebnis des Dr. T. eine eigene Prüfung vorgenommen worden - -

(RA Johannes Eisenberg: Das konnte der W. O. gar nicht sagen! Der wusste nämlich nicht, warum er angesprochen worden war!)

- Herr Eisenberg, Sie waren heute dabei, ja, die ganze Zeit, also nicht nur physisch - -

(RA Johannes Eisenberg: Ob der D. B. den R. U. angerufen hat oder nicht ... (akustisch unverständlich) - Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist das eigentlich hier? „Der Zeuge Eisenberg“ oder was ist das hier gerade? Herr Vorsitzender! - RA Johannes Eisenberg: Ich habe ihm doch nur gesagt, dass er einen falschen Vorhalt gerade gemacht hat! - Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nehmen Sie das Mikrofon! Sonst ist das alles nicht im Protokoll!)

- Herr Wolff, wollen Sie jetzt nicht mal intervenieren? Das ist immerhin auch - - Also, ich finde das krass hier gerade.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Absolut!)

Also, ich finde es jetzt wirklich - - Ich sage Ihnen ganz offen: Also, das ist jetzt eine Situation - und das sage ich jetzt auch mal an die Adresse von Ihnen -, die für mich grenzwertig ist. Wir haben heute hier gehört, dass es ausnahmsweise in Bad Aibling eine Sonderprüfung gegeben hat - so! -,

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN): Ja!)

und zwar unabhängig von dem Ergebnis ist es eine - - es ist selbstständig noch mal in Bad Aibling angesetzt worden.

RD Philipp Wolff (BK): Wobei ich jetzt, ganz ehrlich, da das durchaus nachvollziehen kann. Der W. O. kann ja nicht sagen, ob der R. U. das vom D. B. veranlasst bekommen hat.

(Heiterkeit)

Insofern: Die Unabhängigkeit, die kann ich jetzt so auch nicht feststellen. Also - -

(Zuruf von
RA Johannes Eisenberg)

Christian Flisek (SPD): Er hat gesagt: Das ist ein falscher Vorhalt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich würde einfach - -

(RA Johannes Eisenberg: ...
(akustisch unverständlich)
von D. B., dass er den R. U.
angerufen hat! -
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Herr Vorsitzender!)

Ich finde es ja unheimlich interessant auch, den Ausführungen zu lauschen, aber ich erinnere an das, was ich vor gut einem Jahr mal gesagt habe: Die Zeugenbeistände haben hier kein Rederecht.

Christian Flisek (SPD): Ja, aber da hält sich Herr Eisenberg schon seit einem Jahr nicht dran.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich sage mal: Wir müssen uns natürlich auch alle dann daran halten und in dem Fall auch nicht in eine Diskussion eintreten, die es hier gar nicht zu führen gilt. Der Zeugenbeistand darf - und das jederzeit - den Zeugen beraten,

(RA Johannes Eisenberg:
Das habe ich gemacht!)

und wir fragen den Zeugen. Und damit machen wir jetzt weiter, indem der Kollege Flisek seine Fragen stellen kann und Sie bitte sie beantworten.

Christian Flisek (SPD): Also, dann formuliere ich es noch mal so - damit die Nerven von Herrn Eisenberg nicht blank liegen -: Ich habe gerade den W. O. so verstanden, dass er hier gesagt hat, dass in Bad Aibling auf Verlangen seines Dienststellenleiters R. U. eine eigene Prüfung ohne Zugrundelegung irgendwelcher Ergebnisse aus der Unterabteilung D. B. vorgenommen worden ist, vor allen Dingen unter Zugrundelegung eigener, nach freiem Ermessen gewählter Kriterien des Zeugen W. O., und es zu einem Ergebnis kam, dass mehrere Tausend Selektoren als unzulässig eingestuft worden sind. - So.

Dieses Ergebnis ist dem R. U. bekannt gegeben worden. Er hat darauf eine Weisung getroffen. Und jetzt ist noch mal die Frage die - das ist ja eine Frage, wie sie auch in der Unterabteilung gestellt ist -: Ist das ein irrelevanter Vorgang dergestalt, dass Sie sagen: „Das hat der R. U. so abschließend richtig behandelt“, oder hätte er Sie darüber informieren müssen, was dort stattfand?

Zeuge W. K.: Also, es tut mir leid. Ich bezweifle, dass die Darstellung so stimmt. Also, ich weiß nicht, was der W. O. hier gesagt hat, aber D. B. hat mir gesagt, er wird sich mit der Dienststelle in Bad Aibling in Verbindung setzen. Deswegen gehe ich davon aus, dass das der Auslöser war für den Dienststellenleiter, diese Prüfung zu veranlassen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Der Auslöser ja. Die Frage ist - noch mal -: Da ist die - -

Zeuge W. K.: Aber dann muss er mir ja keine Meldung machen; denn dann hat er ja den Auslöser von der ... (akustisch unverständlich).

Christian Flisek (SPD): Herr Zeuge, noch mal: Es geht nicht um den Auslöser. Es geht darum, dass eine unabhängig - - Wir haben zwei verschiedene Prüfungen, die stattgefunden haben: eine vom Dr. T. und eine vom Herrn W. O., Mitarbeiter in Ihrer Unterabteilung. Es ist nicht so gewesen - das ist das, was uns hier erzählt worden ist, vor wenigen Stunden -, dass dort irgendwo eine Liste - - Das wäre ja naheliegend gewesen. Ich hätte das wahrscheinlich so gemacht. Ich hätte als D. B. die Liste von Dr. T. genommen: „Hier ist sie“, und dann hätte ich als R. U., wenn ich vor allen Dingen keine Kapazitäten habe und mal schnell handeln will, gesagt: Hier ist die Liste. Hau die Dinger raus! - Feierabend.

Aber es ist eben nicht so gemacht worden. Die Liste hat keine Rolle erst mal gespielt. Wir wissen nicht, wo die Liste hingekommen ist, sondern wir haben die Aussage, dass unabhängig davon - - hat im Internet nach Kriterien recherchiert, um hier einen eigenen Prüfprozess einzuleiten und eigene Selektoren zu ermitteln aufgrund dieser von ihm nach eigenem Ermessen bestimmten Kriterien, und hat dann eine eigene Ausschussliste sozusagen - - eine Ausschlussliste erstellt.

Jetzt sagen Sie, Sie halten diesen Sachverhalt nicht für glaubhaft oder für nicht stimmig. Dann sagen Sie mir bitte, wo, an welcher Stelle.

Zeuge W. K.: Am Auslöser. Ich glaube, der Auslöser war D. B.

Christian Flisek (SPD): Unstreitig! Gehen wir darüber hinweg! Auslöser ist D. B.

Zeuge W. K.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Bitte versuchen Sie nicht -

Zeuge W. K.: Okay.

Christian Flisek (SPD): - ich hoffe, ich habe es jetzt ein paarmal versucht -, zu erklären, wo hier - - Das ist nicht der Dissens, sondern in Ihrer Abteilung, die eigentlich keine materielle Selektorenprüfung macht dort unten in Aibling - - 10 Prozent, hat der W. O. gesagt, seiner Arbeit beschäftigt er sich mit diesem Thema. Lieferungen von Selektoren kommen von den Amerikanern, werden wochenweise gestapelt und dann im Paket nach Pullach geschickt - in Erwartung der Antwort.

Zeuge W. K.: Ja.

Christian Flisek (SPD): So, nicht mehr und nicht weniger. Das ist das Routinegeschäft.

Und dann findet dort eine Sonderprüfung statt, von R. U. veranlasst, ohne Zugrundelegung der Materialien und Ergebnisse von D. B. Ohne! Das ist die Aussage. Eigene Prüfung, eigene materielle Prüfung, nach eigenen Kriterien.

Zeuge W. K.: Okay.

Christian Flisek (SPD): Das wird an R. U. gemeldet. Maßnahme wird ergriffen. So. Packen Sie sich nicht an die Stirne und sagen: „Das hätte er irgendwann mal mir jetzt dort auch melden müssen“?

Zeuge W. K.: Wenn es so war, wie Sie sagen, dass er das selber gemacht hat - ich hätte an seiner Stelle wahrscheinlich dann mal mit meinem Vorgesetzten gesprochen.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Keine weitere Frage. Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Jetzt frage ich mal in die Runde: Gibt es noch Fragen? - Ja. Dann kommen wir jetzt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe eine Nachfrage noch mal zu dem, was Sie vorhin schon mit dem Kollegen von Notz



Nur zur dienstlichen Verwendung

erörtert haben. Die direkten Kontakte zu den US-Dienststellen waren ja in Bad Aibling. Da saßen ja auch Personen der NSA, also mit denen man direkt Kontakt haben konnte.

Zeuge W. K.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Daher kriegten Sie auch die Selektoren, von denen.

Zeuge W. K.: Die Selektoren wurden - - kamen auf elektronischem Weg.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

Zeuge W. K.: Zu den Details würde ich - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Und die Selektoren wurden dann geprüft.

Können Sie denn ausschließen, dass das Ergebnis der Prüfung in Pullach, wo man Selektoren, die da nicht drin sein sollten, gefunden hatte, dann auch weitergegeben worden ist in Bad Aibling an die Amerikaner?

Zeuge W. K.: Aus heutiger Sicht kann ich das nicht ausschließen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aus heutiger. Und aus damaliger? Also, irgendjemand aus Ihrem Bereich in Pullach hat jetzt so eine Liste mit, ich sage mal, unzulässigen Selektoren, aus welchen Gründen auch immer - kommen wir vielleicht gleich noch drauf -, und die haben Sie - - die schickt der jetzt nach Bad Aibling, -

Zeuge W. K.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - damit die rausgenommen werden.

Zeuge W. K.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann liegt es doch auch nahe, wenn einer

informiert jetzt die Amerikaner und sich mit denen auseinandersetzt, dass er das - - dass das dort dann auch geschieht.

Zeuge W. K.: Ja, so wie ich im November hier berichtet habe; das war der Kenntnisstand, den wir ja alle hatten, dass das eben nicht an die Amerikaner gemeldet wird. Sie meinen jetzt, ob es irgendeinen menschlichen Faktor gab, dass das jemand gemacht - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Wenn Sie sagen: „Das war der Kenntnisstand“, woher war denn Ihr Kenntnisstand?

Zeuge W. K.: Akten, und ich habe mich mit den Leuten unterhalten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Damals?

Zeuge W. K.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die haben gesagt: „Den Amerikanern haben wir das nicht gegeben“?

Zeuge W. K.: So ist es.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War das auch Herr D. B.?

Zeuge W. K.: Der hier war?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge W. K.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat gesagt: „Den Amerikanern haben wir es nicht gegeben“?

Zeuge W. K.: Den habe ich damals auch gefragt, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und haben Sie gefragt, warum?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. K.: Das ist - - Das konnte er mir nicht beantworten, und das war ja das, was ich auch im November hier erläutert habe. Der Grund, den wir glaubten, den es dafür gab, war: um die Kriterien, nach denen die geprüft werden, nicht mitzuteilen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich meine, vielleicht hätten die Amerikaner ja dann sagen können: „Ihr habt jetzt 2 000 da rausgenommen; bei 1 900 sehen wir es ein, aber bei den anderen 100 sehen wir es überhaupt nicht ein; da gibt es den Grund“, oder irgend so was, dass Sie dann auch hätten dazu Stellung nehmen können. Das wäre doch eigentlich allein von daher sinnvoll gewesen, denen zu sagen: Die nehmen wir jetzt raus.

Zeuge W. K.: Ja, das ist jetzt im Nachhinein leicht, zu sagen, man hätte das eine oder andere anders machen müssen. Ich weiß es nicht, warum es so eingeführt wurde. Ich war damals nicht in dem Bereich. Das ist so eingeführt worden und beibehalten worden, dieses Verfahren.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie haben das auch noch gelesen, haben Sie gesagt. D. B. hat Ihnen das erzählt, und Sie haben es noch irgendwo gelesen. Wo haben Sie es denn gelesen?

Zeuge W. K.: Das weiß ich nicht mehr. Ich habe Aktenstudium gemacht, bevor ich hierherkam.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge W. K.: Ich habe Aktenstudium gemacht, bevor ich hierherkam.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also in den Akten, die Sie jetzt gelesen haben - -

Zeuge W. K.: Jetzt habe ich keine gelesen; ich hatte die Zeit nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nicht heute, aber bevor Sie hierher zum ersten Mal als Zeuge kamen,

(Der Zeuge nickt)

da haben Sie das gelesen.

Zeuge W. K.: Ich habe mich kundig gemacht, und ich habe Leute gefragt. Ob ich jetzt das genau gelesen habe oder ob ich es durch Befragung der Leute gehört habe, weiß ich jetzt nicht mehr.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so, dann - -

Zeuge W. K.: Aber fragen Sie ruhig die anderen. Das war der Kenntnisstand von uns allen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, ein Kenntnisstand ist immer ein bisschen allgemein. Mich interessiert jetzt, woher der ist, ob Sie gedacht haben: „Das ist so“, -

Zeuge W. K.: Nein, gedacht sicher nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - oder hat Ihnen das jemand gesagt? - Dieses Gespräch mit D. B. haben Sie vor Ihrer Vernehmung im November gemacht. Oder wann war das?

Zeuge W. K.: Welches Gespräch meinen Sie jetzt mit D. B.?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo er Ihnen mitgeteilt hat: An die Amerikaner haben wir das nicht weitergegeben. - Oder war das 2013?

Zeuge W. K.: Weiß ich nicht mehr. Vor dem November wahrscheinlich. Ich weiß es nicht mehr. Ich habe da nicht Buch geführt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber hatte was mit Ihrer Aussage hier zu tun, in Vorbereitung Ihrer - -

Zeuge W. K.: Mit der Vorbereitung. Ich habe mich natürlich vorbereitet, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, klar.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. K.: - habe mich kündigt gemacht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und da hat der D. B. Ihnen geantwortet: Haben wir nicht weitergegeben.

Zeuge W. K.: Ob es der D. B. war oder der W. O. - ich meinte vorhin, Sie meinen den W. O., der vorher hier war -, das weiß ich nicht mehr.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, D. B. D. B. war ja der Hauptakteur, sagen wir mal, in Pullach.

Zeuge W. K.: Das glaube ich nicht. Ich glaube eher, dass ich den W. O. gefragt habe oder einen seiner Vorgesetzten in Bad Aibling; denn dort hätte es ja stattfinden müssen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber jetzt geht es doch ein bisschen durcheinander. Ich habe Sie vorhin gefragt, und da haben Sie gesagt: Der D. B. hat mir das gesagt.

Zeuge W. K.: Nein, nein. Ich habe „W. O.“ verstanden. Ich habe auch gesagt - - mit dem Zeugen, der vorher hier war. Entschuldigung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Mit D. B. haben Sie da gar nicht darüber geredet.

Zeuge W. K.: Nein, ich glaube auch nicht, dass der das gewusst hätte. Der hätte mich wahrscheinlich wieder an Bad Aibling verwiesen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, der muss doch wissen, ob er diese Selektoren nach Bad Aibling weitergegeben hat mit dem Auftrag, mit der Bitte, auch den Amerikanern das zu sagen, -

Zeuge W. K.: Das weiß ich nicht. Da müssen Sie ihn selber fragen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - oder vielleicht mit dem Gegenteil - - gesagt: Nicht weitergeben!

Zeuge W. K.: Das ist ja ein Prozess. Der war ja schon etabliert, als D. B. seine Unterabteilung übernommen hat. Der war ja schon lange Jahre etabliert, auch bevor ich in die Unterabteilung, in meine, kam. Ich glaube nicht, dass das hinterfragt wurde.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und gelesen haben Sie es jetzt auch in Vorbereitung der Aussagen, weil wir - - Ich habe da auch nichts von gesehen, aber ich will jetzt nicht sagen ... (akustisch unverständlich)

Zeuge W. K.: Also, ich kann es jetzt wirklich nicht mehr sagen, ob gelesen oder in Gesprächen. Ich musste mit vielen Leuten sprechen; denn alles war mir auch nicht mehr erinnerlich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn mit D. B. noch mal gesprochen jetzt, bevor Sie hier ausgesagt haben, heute?

Zeuge W. K.: Mit D. B.?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge W. K.: Ja, wir sind Kollegen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge W. K.: Wir sind Kollegen. Wir sprechen fast täglich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, haben Sie auch über diese ganze Problematik gesprochen?

Zeuge W. K.: Na, er hat mir natürlich mitgeteilt, dass er mich damals informiert hat. Habe ich gesagt: Ja, wenn es so war.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat er Ihnen mitgeteilt jetzt, also - -

Zeuge W. K.: Ja, ich habe es auch im Blog gelesen hier, netzpolitik.org.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge W. K.: Ich habe es ja auch im netzpolitik.org-Blog gelesen, dass er es hier ausgesagt hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so. Und das hat er Ihnen jetzt noch mal erzählt. Wann war das?

Zeuge W. K.: Ach, schon vor einigen Wochen, vor seiner Aussage, glaube ich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vor seiner Aussage? Aber da konnte man es ja noch nicht im Blog lesen.

Zeuge W. K.: Ja, dann habe ich es aber auch im Blog gelesen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so.

Zeuge W. K.: Ich habe ja gesagt: Ich habe es auch im Blog gelesen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danach haben Sie es - -

Zeuge W. K.: Also, wenn Sie meinen - - Wir haben uns nicht abgesprochen, wenn Sie das meinen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben darüber gesprochen, vielleicht nicht ab-, aber gesprochen.

Und haben Sie jetzt noch mal zeitnäher mit ihm darüber geredet: „Ich bin dann morgen wieder dran oder übermorgen“?

Zeuge W. K.: Ja, ich war allerdings die letzten eineinhalb Wochen nicht im Büro. Dass ich hier heute drankomme, kommt für mich jetzt auch relativ überraschend.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Also haben Sie nicht mit ihm darüber geredet?

Zeuge W. K.: Nicht über den Inhalt hier meiner Aussage oder seiner Aussage.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja überhaupt?

Zeuge W. K.: Ja, natürlich. Wir sind ja Kollegen. Ich spreche auch mit den anderen Kollegen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, es kommt immer darauf an, über was.

Zeuge W. K.: Aber wir haben ja auch dienstlich miteinander zu tun. Ich kann ja jetzt nicht mit allen, die hier möglicherweise Zeugen sind, die Gespräche einstellen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das verlangt ja keiner.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, ganz herzlichen Dank. - Jetzt frage ich mal in die Runde: Gibt es noch - - Ich glaube, bei einer Fraktion gibt es noch Fragen. Das ist die Fraktion Die Linke mit einer Frage. - Dann Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe noch eine Frage, Herr W. K. Ich beziehe mich auf die Unterlage MAT A Sek-4/1d; das ist die deutsche Übersetzung eines der sogenannten Snowden-Dokumente. Es geht hier um einen Besuch von Herrn Dietmar B. bei den NSA in den USA vom 30. April bis zum 1. Mai 2013. Ich möchte Ihnen einen Absatz vorlesen. Unter „Hintergrund“ heißt es dort:

Herr B... besetzt seit 2011 seine heutige Position und besucht die NSA bereits zum zweiten Mal. Er wird als Kandidat für den Posten des SIGINT-Direktors und potenzieller Nachfolger von Generalmajor Hartmut P... gehandelt. Er wird von Herrn Wilfried K..., Direktor für SIGINT-Erfassung, begleitet sowie folgenden Mitgliedern der BND-Führungsriege: ...

Das ist ein Besuch von Herrn Dietmar B., Unterabteilungsleiter - richtig?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. K.: So, wie es da steht.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau, der als Erstes genannt wird. Und er wird begleitet von seinem Vorgesetzten, Herrn Wilfried K. Müsste es nicht andersherum sein?

Zeuge W. K.: Das, also - - Augenblick, bitte.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Scheint eine gute Frage zu sein!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie das Dokument vorliegen? Sonst - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge W. K.: Habe ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre vielleicht sinnvoll, dass man dem Zeugen das Dokument vorlegt.

Zeuge W. K.: Ich bin jetzt nur ein bisschen verunsichert, weil hier werden jetzt Namen genannt. Ich meine, wir sind ja nicht ohne Grund hier mit Initialen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich lese aus einer nicht eingestuften Unterlage -

Zeuge W. K.: Ja, aber Sie fragen mich - -

Martina Renner (DIE LINKE): - des Ausschusses vor.

(RA Johannes Eisenberg: Ja, aber er macht dazu keine Angaben, weil er keine Namen sagen darf, und Sie das jetzt auf diese Weise versuchen, zu durchbrechen! Deshalb macht er in öffentlicher Sitzung hierzu keine Angaben! Hat er keine Aussagegenehmigung!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt würde ich sagen, dass wir dem Zeugen das Dokument zugänglich machen.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut, dann sage ich: Ich möchte wissen, warum Herr D. B. im Mittelpunkt des Besuches steht.

(RA Johannes Eisenberg: In öffentlicher Sitzung wird dazu keine Angabe gemacht!)

Martina Renner (DIE LINKE): Hallo! Ich frage nicht Sie, Herr Eisenberg.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Eisenberg, das stört die Befragung.

Martina Renner (DIE LINKE): So. Ich kann Ihnen das gerne mal rübergeben.

(RA Johannes Eisenberg:
Machen Sie keine Angaben!)

Warum ist Herr D. B. die zentrale Figur bei diesem Besuch, dass der oben in der Überschrift steht?

Besuch Kurzfassung
Herr Dietmar B...

(RA Johannes Eisenberg: In öffentlicher Sitzung nicht!)

Zeuge W. K.: Also, ich kann in nichtöffentlicher Sitzung gerne dazu Stellung nehmen. Wir haben auch in nichtöffentlicher Sitzung in meinen letzten beiden Zeugenvernehmungen zu mehreren Besuchen schon - - habe ich schon Stellung genommen. In öffentlicher Sitzung möchte ich keine Angaben machen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wieso können wir das jetzt nicht hier besprechen?

(RA Johannes Eisenberg:
Darf ich das erklären? -
Gegenruf des Abg.
Dr. Konstantin von Notz



Nur zur dienstlichen Verwendung

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. Also, wir haben das - -

(RA Johannes Eisenberg:
Keine Aussagegenehmigung, Herr Vorsitzender!
Ganz einfach! - Jan Tobias
Bernard (BK): Er will das
doch gerade erklären!)

Zeuge W. K.: Ich habe keine Aussagegenehmigung, über Namen - -

Martina Renner (DIE LINKE): Dann reden wir über D. B.

(RA Johannes Eisenberg:
Nein! Sie haben ja die
Namen schon genannt! -
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach!)

- Ach, Entschuldigung!

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Ich will nur darauf hinweisen, dass es tatsächlich auch durch den Ausschuss gilt die Persönlichkeitsrechte der Zeugen zu wahren. Und ich bitte, dass - -

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie, wie viele Dietmar B. es auf der Welt gibt? Ich habe selbst einen in meiner Fraktion.

(RA Johannes Eisenberg:
Dietmar Bartsch, kenne ich!
Unterabteilungsleiter
Dietmar Bartsch!)

Das ist echt lächerlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir klären es ja in nichtöffentlicher Sitzung. Ich muss dem nur hinzufügen: Ist natürlich auch blöd, wenn einem solche Dokumente verloren gehen, nicht? - So.

(RA Johannes Eisenberg: Ja, aber doch nicht dem Zeugen, Herr Vorsitzender!)

Zeuge W. K.: Die sind ja nicht mir verloren gegangen.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer weiß! Wer weiß!)

Martina Renner (DIE LINKE): Die sind auch niemandem - - Das sind die Übersetzungen, die angefertigt worden sind -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Frau Kollegin Renner!

Martina Renner (DIE LINKE): - im Untersuchungsausschuss, und sind auch niemandem verloren gegangen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Frau Kollegin Renner, das war gar nicht gegen Sie. Noch mal nachdenken!

RD Philipp Wolff (BK): Die Persönlichkeitsrechte des Angeklagten haben nichts mit Unterlagen - -

(Heiterkeit - RA Johannes
Eisenberg: Angeklagter?)

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, so weit sind wir noch nicht.

RD Philipp Wolff (BK): - des Zeugen haben nichts mit Unterlagen zu tun, die verloren gehen. - Es tut mir leid, dass ich das gesagt habe, und ich finde es auch gar nicht so wahnsinnig witzig, muss ich sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das war die eine Frage von Frau Kollegin Renner. Gibt es noch Fragen bei den Fraktionen, die in öffentlicher Sitzung geklärt werden können? - Das ist gut. Dann können wir auch hier folgenden Beschluss fassen, weil ich denke, dass auch der Kollege W. K. im Anschluss in nichtöffentlicher Sitzung befragt werden soll. Ich schlage folgenden Beschlussvorschlag vor:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Für die weitere Vernehmung des Zeugen W. K. am heutigen Tage wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Sehe ich nicht.

Damit sind wir am Ende des Teils der öffentlichen Vernehmung mit Ihnen, Herr W. K. Wir werden im Anschluss nach der öffentlichen Vernehmung des nächsten Zeugen in die nichtöffentliche bzw. eingestufte Sitzung einsteigen. Von daher bitte ich Sie, sich bereitzuhalten. Wir würden Sie dann wieder aufrufen, sobald es weitergeht.

Als nächster Zeuge wäre jetzt D. B. dran. Ich bitte, ihn in den Raum zu bringen. So lange unterbreche ich die Sitzung für zwei, drei, vier, fünf Minuten; dann wird das geschehen sein. Er hält sich nämlich schon bereit. Kurze Unterbrechung, bis der nächste Zeuge D. B. im Raum ist.

(Unterbrechung von
22.05 bis 22.18 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich darf als nächsten Zeugen den Zeugen D. B. begrüßen und Sie bitten, Platz zu nehmen.

Vernehmung des Zeugen D. B.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr B., Sie haben die Ladung kurzfristig erhalten. Ich freue mich umso mehr, dass Sie dieser kurzfristigen Ladung nachgekommen sind und heute bei uns sind. Sie wissen, dass wir eine Tonbandaufzeichnung anfertigen, diese zur Erleichterung des Protokolls dient und Ihnen die Möglichkeit gegeben wird, dieses noch einmal durchzulesen und gegebenenfalls Fehler bei der Übertragung zu korrigieren. Das kennen Sie schon aus der letzten Sitzung.

Herr Rechtsanwalt Eisenberg ist Ihr Zeugenbeistand. Wir haben ja schon einen längeren Tag hinter uns; von daher ist uns das alles bekannt.

Ich belehre Sie trotzdem noch mal neu, obwohl Sie ja in der letzten Sitzung schon belehrt worden sind - nur, dass keine Missverständnisse entstehen -: Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen: Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 Strafgesetzbuch mit Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder

Ordnungswidrigkeit eben auch Disziplinarverfahren. - Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge D. B.: Keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Sie kennen auch schon, dass Sie dann, wenn Ihre Antworten möglicherweise nur in nichtöffentlicher oder eingestufte Sitzung gegeben werden können, weil sie Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnisse betreffen, uns ein Zeichen geben müssen, und dann würden wir gegebenenfalls die Sitzung auch einstufen.

Den Ablauf der Sitzung brauche ich Ihnen nicht zu erklären. Ich glaube, das ist noch hinreichend bekannt. Sie sind dem Ausschuss bekannt, brauchen sich auch nicht extra vorstellen. Ich würde direkt in die Befragung übergehen; ich selbst stelle keine Fragen zu Anfang, sondern gehe in die normale Fragerunde und gebe der Union als erster Fraktion das Wort.

Nina Warken (CDU/CSU): Herr D. B., ich habe im Prinzip nur eine Frage noch in öffentlicher Sitzung momentan. Es geht um das Gespräch, das Sie ja mit dem Zeugen W. K. hatten, in dem Sie ihn ja auch über Ihren Prüfauftrag, den Sie dem Dr. T. gegeben haben, informiert haben. Ich habe jetzt den Zeugen W. K. so verstanden, dass der davon ausgegangen ist, es handele sich bei dem Prüfauftrag um die normale vorgeschaltete Prüfung der Selektoren, bevor die eingestellt werden. Was haben Sie ihm denn tatsächlich gesagt? Musste er oder konnte er davon ausgehen, dass es sich um das aktive Suchprofil der Amerikaner handelt, das noch mal überprüft werden sollte? Oder was genau haben Sie da mit W. K. besprochen? Wenn Sie das noch mal konkretisieren könnten.

Zeuge D. B.: Soweit ich mich erinnere, habe ich ihn drüber informiert, dass ich eine Sonderprüfung durchführen will, also keine Routineprüfung, so wie sie jede Woche abläuft, sondern dass man das aktive Profil überprüft, wie es sich zusammensetzt, aus welchen Diensten und welche Regionen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Und haben Sie ihn dann anschließend auch über die Ergebnisse und Ihre vorgeschlagenen Maßnahmen unterrichtet?

Zeuge D. B.: Ich habe ihn nach dem Ablauf der Überprüfung grundsätzlich übers Ergebnis informiert und habe ihn auch drüber informiert, dass ich den Dienststellenleiter in Bad Aibling informiert habe und dass dieser auch die US-Repräsentantin in Bad Aibling dazu kontaktieren sollte.

Nina Warken (CDU/CSU): „Grundsätzlich über das Ergebnis informiert“, heißt: Haben Sie ihm dann konkrete Zahlen gesagt? Oder was haben Sie ihm da genau gesagt? Dass Ihnen was Außergewöhnliches aufgefallen sei? Können Sie das bitte noch konkretisieren?

Zeuge D. B.: Ich habe ihn informiert, dass in großer Anzahl aus meiner Sicht nicht korrekte Steuerbegriffe stattgefunden haben. Ich habe ihm aber keine Anzahl genannt. Ich habe ihm auch keine Listen übergeben.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. - Das wären momentan die Fragen, die wir in öffentlicher Sitzung noch hatten. - Vielen Dank.

Zeuge D. B.: Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann komme ich zur Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr D. B., ich würde Sie gerne fragen zu einer Unterlage des Untersuchungsausschusses, MAT A Sek-4/1d. Das ist die Übersetzung eines sogenannten Snowden-Dokumentes, und es ist die Vorbereitung eines Besuchs von Ihnen in den USA bei der NSA. Sie werden begleitet von Herrn W. K. bei dieser Reise. Ist das richtig?

Zeuge D. B.: Ich kenne das Dokument jetzt nicht. Dies müssten Sie mir zeigen, dann kann ich sagen, ob ich das kenne.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, es geht nicht darum, ob Sie das Dokument kennen, sondern ob

Sie vom 30.04. bis zum 1. Mai 2013 mit Herrn W. K. zusammen in den USA bei der NSA waren.

Zeuge D. B.: Das ist gut möglich, aber kann ich jetzt auch nicht exakt sagen. Also, so ein genaues Datumsgedächtnis habe ich auch nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Das soll Ihr zweiter Besuch gewesen sein. Können Sie sich daran erinnern? Hier steht, das sei Ihr zweiter Besuch in den USA bei der NSA, „besucht die NSA bereits zum zweiten Mal.“

Zeuge D. B.: Das ist gut möglich.

Martina Renner (DIE LINKE): An den zweiten Besuch erinnert man sich meistens noch. Wenn es der zwanzigste wäre, würde ich Ihnen jetzt glauben, dass Sie sich daran nicht mehr so gut erinnern, aber da es der zweite war, wird es doch vielleicht in Ihrer Erinnerung noch vorhanden sein, ja?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge D. B.: Soweit ich mich erinnere, sind in dem Dokument nähere Details zu meinem Namen enthalten oder könnten zu meinem Namen enthalten sein.

Martina Renner (DIE LINKE): Habe ich nicht gesagt!

Zeuge D. B.: Deshalb möchte ich diese Frage dann in nichtöffentlicher Sitzung - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Lasse ich nicht zu, sorry.

Zeuge D. B.: Lassen Sie nicht zu?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie dürfen sie hier beantworten. Und Sie haben sich auch gar nicht erinnert, sondern Ihr Rechtsbeistand hat sich erinnert. Sie müssen die Frage hier beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Ich habe bei - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge D. B.: Ich habe meinen Rechtsbeistand kontaktiert, und - -

Martina Renner (DIE LINKE): Danke, reicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke. Ich teile diese Ansicht nicht. Sie müssen diese Frage hier beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Und ich habe mich jetzt auch beim Vorlesen des Dokumentes darauf beschränkt, die Abkürzungen zu verlesen. Somit gibt es überhaupt gar kein Problem.

So. Unter Punkt 4 bei dieser Besuchsvorbereitung zu Ihnen - - Nein, fangen wir mal andersherum an.

(RD Philipp Wolff (BK):
Kann dem Zeugen das
Dokument vielleicht mal
vorgelegt werden?)

- Ja, natürlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist ein guter Hinweis.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann muss ich gerade mal gucken, ob ich das zweimal habe, weil ich brauche ja auch noch eins zum Vorlesen. - Wir haben das englische und das deutsche nur einmal, höre ich gerade. Möchten Sie die deutsche Übersetzung oder das englische Originaldokument?

(Zuruf einer Mitarbeiterin
der Fraktion DIE LINKE:
Welche Nummer?)

- MAT A Sek-4/1d.

(Zuruf einer Mitarbeiterin
der Fraktion DIE LINKE:
Ich habe es in Englisch
zweimal!)

- Wir haben es in Englisch zweimal.

Zeuge D. B.: Ja, geben Sie mir bitte die englische.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut, das wird gerade geklärt. - Sehe ich es richtig, dass Sie zu dem Zeitpunkt des Besuchs Unterabteilungsleiter waren? Oder - -

Zeuge D. B.: Ja, zu dem Zeitpunkt war ich Unterabteilungsleiter.

Martina Renner (DIE LINKE): Und welche Funktion bekleidete Herr W. K.?

Zeuge D. B.: Unterabteilungsleiter.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch Unterabteilungsleiter. - Und er hat Sie begleitet, steht hier. Das ist richtig?

Zeuge D. B.: Ja. Ich glaube, es waren noch mehr Personen dabei.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Weil wir ja dann nachher über diese Situation im August reden - Kommunikation zu diesen Selektorenlisten -, ist vielleicht interessant, dass man auch zusammen gemeinsam auf einer USA-Reise ist. Man hat also doch enger zusammengearbeitet?

Zeuge D. B.: Ja, wir haben eng zusammengearbeitet.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Unter Punkt 4 wird in dieser Besuchsvorbereitung ausgeführt, dass die NSA bei diesem Besuch sich für die Zusammenarbeit mit dem BND in der Special Source Operation Wharpdrive bedanken möchte, EMERALD - Smaragd. Können Sie sich daran erinnern?

RD Philipp Wolff (BK): Ich weise den Zeugen darauf hin, dass es aus unserer Sicht nicht untersuchungsgegenständlich ist. Da haben wir auch schon Stellung genommen als Bundesregierung, auch schriftlich.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Das sehen wir unterschiedlich!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Das sehen wir unterschiedlich, genau. Ich kann ja hier auch nicht aus irgendwelchen Akten zitieren oder Kenntnis haben, sodass auch die Gefahr nicht besteht, dass es jetzt hier in irgendeiner Form zu Inhalten kommt, die nicht verhandelt werden können. Also ich frage lediglich zu dieser Unterlage, ob er sich an diesen Punkt des Arbeitsbesuchs erinnern kann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können wir es denn so fragen, dass es zielführend auf den Untersuchungsgegenstand ist? Vielleicht kann man die Frage - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, wir kommen da gleich wunderbar zu.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Martina Renner (DIE LINKE): Bin schon in Frage zwei.

Zeuge D. B.: Also, das ist ja die Vorbereitungsunterlage, nicht das Protokoll.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge D. B.: Ich denke, dass es bei dem Besuch angesprochen worden war. Ich hatte da aber nicht die Federführung für diesen Punkt. Ich habe da eine dunkle Erinnerung dran.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie hatten nicht die Federführung für diesen Punkt, aber wenn Sie auf Seite 1 dieser Vorbereitung gehen, steht:

Besuch Kurzfassung
Herr D... B...

Also, Sie scheinen ja schon die zentrale Person bei diesem Besuch gewesen zu sein. Das ist die Überschrift.

Zeuge D. B.: Ich war der dienstältere UAL, insofern der Dienstgradhöchste der Delegation und automatisch damit der Delegationsleiter.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut, weil wir kommen jetzt ganz fix zu den Selektoren.

RD Philipp Wolff (BK): Ich will aber wirklich den Zeugen darauf hinweisen: Das ist ein Dokument, das zwar veröffentlicht ist, aber weiterhin eingestuft ist; auch in dem Aktenbestand des BND ist dieser Besuch eingestuft. Vor diesem Hintergrund geht das nicht in öffentlicher Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist doch nicht eingestuft.

RD Philipp Wolff (BK): Das Dokument an sich - - davon gehe ich aus, dass das ein eingestuftes Dokument ist, dass es zwar veröffentlicht worden ist im Rahmen der Snowden-Dokumente, das heißt aber nicht, dass es herabgestuft worden ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber bei uns ist es nicht eingestuft.

RD Philipp Wolff (BK): Nein, bei Ihnen nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau, deswegen geht das jetzt weiter.

RD Philipp Wolff (BK): Ich weise den Zeugen darauf hin, dass er, wenn er dazu Angaben machen soll - ich sage auch nicht, dass Sie das nicht zitieren dürfen Frau Renner -, das in eingestufter Sitzung machen kann. Wenn es um den vorher genannten Sachverhalt geht, hat er dafür keine Aussagegenehmigung.

Martina Renner (DIE LINKE): Hm. - So - -

(RA Johannes Eisenberg:
Das habe ich ja eingangs
schon gesagt! Dann wurde
ich zurechtgewiesen!)

- Hallo! Also irgendwann wird man dann auch etwas ärgerlich, wenn so wenig Lernbereitschaft nach so vielen Monaten da ist, was hier die Verfahrensweisen sind.

Bei dieser Operation, die dort besprochen wurde und für die Sie jetzt ausgeführt haben, dass Sie nicht verantwortlich waren: Ist das eine Operation, zu der auch Selektoren der NSA eingesetzt wurden?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge D. B.: Das ist Geheim. Das Protokoll zu dieser Besprechung ist auch Geheim. Kann ich nur in nichtöffentlicher Sitzung aussagen.

(RD Philipp Wolff (BK):
Darf ich?)

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

RD Philipp Wolff (BK): Das ist nicht untersuchungsgegenständlich. Da hat sich die Bundesregierung dazu geäußert, hat mit dem Ausschuss darüber gesprochen, mehrfach. Und ich weise den Zeugen darauf hin, dass es nicht untersuchungsgegenständlich ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Kann es sein, dass diese Operation, die hier besprochen wurde, das Nachfolge- oder Kompensationsprojekt für „Eikonal“ ist?

Zeuge D. B.: Keine Aussagegenehmigung.

Martina Renner (DIE LINKE): Keine Aussagegenehmigung. - War „Eikonal“ auch eine Special Source Operation? - Das dürfte eine Aussagegenehmigung noch betreffen.

RD Philipp Wolff (BK): Da kann der Zeuge in eingestufte Sitzung dann gerne was dazu sagen, zu „Eikonal“.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie - wir untersuchen ja Kooperationen des BND mit den Five-Eyes-Staaten, bei denen es möglicherweise zur Datenverarbeitung von Kommunikationsdaten von Bundesbürgern und Bundesbürgerinnen gekommen ist - denn ausschließen, dass es bei weiteren Kooperationen gegebenenfalls im Ausland auch nach dem Ende der Operation „Eikonal“ zu Erfassungen von Verkehren insbesondere bei paketvermittelter Kommunikation gekommen ist, die auch deutsche Grundrechtsträger und -trägerinnen betroffen hat oder deutsche Interessen tangiert hat?

Zeuge D. B.: Ich kann das nicht ausschließen. Details, warum, wieso, weshalb und was im Einzelnen, könnte ich in nichtöffentlicher Sitzung sagen, aber hier im Einzelnen nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay, dann müssen wir das dann in nichtöffentlicher Sitzung weiterbehandeln.

Sie haben eben auf die Frage der Kollegin Warken geantwortet, Sie haben damals nach dieser Prüfung der Selektoren ausgesagt, dass eine große Anzahl nicht zulässiger Suchbegriffe gefunden wurde, aber Sie nicht die Liste übergeben haben und auch nicht Angaben gemacht haben zu den einzelnen aufgefundenen unzulässigen Suchbegriffen. Haben Sie auch keine Beispiele gebildet in einem Gespräch gegenüber Herrn W. K, um zu erläutern, was Ergebnis Ihrer Prüfung gewesen ist?

Zeuge D. B.: Soweit ich mich erinnere, habe ich bei meiner Antwort nicht von „unzulässig“ gesprochen. Ich habe ihm aber auch keine Beispiele gegeben. Ich habe nur abstrakt ihm berichtet.

Martina Renner (DIE LINKE): Und danach sind Verabredungen getroffen worden, was dann zu geschehen hat?

Zeuge D. B.: Ich habe ihn informiert, was ich veranlasst habe. Von Verabredung kann man auch so nicht sprechen. Er hat dagegen keine Einsprüche erhoben, seine Dienststelle offensichtlich auch nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Hätte er denn sich informieren lassen können? Also hätte er sagen können: „Das möchte ich mir näher erläutern lassen“?

Zeuge D. B.: Sicher.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Ich habe erst mal keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion der SPD. Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Vielleicht noch zwei Fragen. - Erst mal: Guten Abend!

Als das Ergebnis bei Ihnen jetzt vorlag, was der Dr. T. ja angefertigt hat, also diese Liste: Haben



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie irgendeine Weisung erteilt in die Prüfteilung der Selektoren, welche Maßnahmen für zukünftige Selektorenprüfungen, also von zukünftigen Lieferungen, neuen Lieferungen, zu ergreifen sind unter Berücksichtigung dieses Ergebnisses?

Zeuge D. B.: Ich habe über das kritische Ergebnis auch den zuständigen Referatsleiter informiert.

Christian Flisek (SPD): Das ist T2AB, nicht?

Zeuge D. B.: T2A ist der Referatsleiter, und T2AB ist das zuständige Sachgebiet.

Christian Flisek (SPD): Sie haben ihn informiert. Was heißt das?

Zeuge D. B.: Informiert, dass das aus meiner Sicht kritisch sei, und er hat den Dialog ja auch weitergeführt, auch mit der Dienststelle. Also, aus meiner Sicht war klar, dass er in seinem Referat als Träger der Fach- und Sacharbeit weitere Veranlassungen hätte treffen müssen.

Christian Flisek (SPD): Haben also - -

Zeuge D. B.: Habe diese nicht konkret beauftragt.

Christian Flisek (SPD): Also, Sie haben keine konkrete Weisungen erteilt?

Zeuge D. B.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Sie haben jetzt nicht gesagt: „Bei zukünftigen Selektorenlieferungen ist auf Folgendes zu achten, weil wir aufgrund unserer Stichprobe folgende kritische Punkte haben“?

Zeuge D. B.: Nein, habe ich so nicht getan.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie ihm denn die Weisung erteilt, er soll Maßnahmen ergreifen? Weil Sie haben jetzt sehr neutral den Begriff - - Sie haben ihn informiert. Haben Sie es bei dieser Information belassen?

Zeuge D. B.: Ich kann mich jetzt da nicht ganz konkret dran erinnern, in welcher Form und Art und Weise ich das gesagt habe. Aus meiner Sicht wäre klar gewesen, dass daraus Folgemaßnahmen

auch hätten ergriffen werden müssen. Aber ich kann mich nicht an eine konkrete Weisung an ihn erinnern, dass er jetzt konkret tätig werden müsse und was er konkret tun müsse etc. pp. Das weiß ich nicht mehr.

Christian Flisek (SPD): Was er dann ergriffen hat an Maßnahmen, also ob und gegebenenfalls was, hat Sie dann aber auch nicht mehr interessiert? Haben Sie dann nicht nachgehakt später?

Zeuge D. B.: Ich habe nicht konkret nachgehakt.

Christian Flisek (SPD): Gab es eine Rückmeldung von dem Referat T2A bzw. dann T2AB?

Zeuge D. B.: Ich möchte an diesem Punkt wieder von meinem Zeugnisverweigerungsrecht aus - - Anspruch nehmen.

Christian Flisek (SPD): Okay. Das akzeptieren wir. - In Bad Aibling kam es ja zu eigenständigen Prüfungen, nicht?

Zeuge D. B.: Ich weiß nicht, was Sie meinen, Herr Abgeordneter.

Christian Flisek (SPD): Na ja, es gab ja da sozusagen - - Das hatten Sie uns ja letztes Mal gesagt auch. Es ist ja nicht so passiert, dass die Liste, die der Dr. T. gemacht hat, da eins zu eins dann umgesetzt wurde. Oder liege ich falsch?

Zeuge D. B.: Also, Sie hatten zu Anfang der Frage gesagt, die hätten eigenständige Überprüfungen gemacht; -

Christian Flisek (SPD): Nein.

Zeuge D. B.: - jetzt zum Schluss haben Sie gesagt, die Liste von Dr. T. wurde eins zu eins - - Ich verstehe es nicht ganz.

Christian Flisek (SPD): Ja, ich kläre es noch mal: Gab es nach Ihrem Kenntnisstand in Bad Aibling eine von der Liste, vom Ergebnis des Dr. T. unabhängige materielle Prüfung des Suchprofils der Amerikaner?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge D. B.: Ob man das als Prüfung bezeichnen kann, will ich dahingestellt lassen. Ich denke, aufgrund meiner telefonischen Erstinformation an den Dienststellenleiter in der Dienststelle ist man tätig geworden und hat zu löschende Suchbegriffe, ohne dass die Liste von Dr. T. vorlag, auch sich selbstständig erarbeitet.

Christian Flisek (SPD): Also eine materielle selbstständige Prüfung? - Ja.

Zeuge D. B.: Wenn Sie so wollen, ja.

Christian Flisek (SPD): Ich beantworte Ihnen die Frage, ich helfe Ihnen. - Ja. Denn anders kann man es ja nicht beurteilen. So. Und gibt es darüber hinausgehend - - Gab es nach Ihrem Kenntnisstand noch weitere Prüfungen dort in Bad Aibling, die weitere Löschungen zur Folge hatten?

Zeuge D. B.: Über die Löschungen hatte ich ja in der geheimen Sitzung beim letzten Mal berichtet, die dort stattgefunden haben.

Christian Flisek (SPD): Ja. Also gab es sozusagen - - Es gab eine erste Ermittlung, die zu einer Löschung geführt hat. Und gab es darüber hinausgehende Prüfungsvorgänge, die dann wiederum zu Löschungen von Selektoren geführt haben? Ist Ihnen da was bekannt?

Zeuge D. B.: Die genauen Abläufe in Bad Aibling sind mir nicht bekannt. Im Ergebnis ist mir bekannt, dass dieses Ergebnis der Liste von Dr. T. vollständig umgesetzt wurde.

Christian Flisek (SPD): Und Ihnen ist nicht bekannt, dass eventuell darüber hinausgehend dann noch was geprüft wurde, dass noch weitere Kriterien angelegt worden sind?

Zeuge D. B.: Es sind zu Anfang wohl weitere Kriterien angelegt worden, und zum Schluss ist die vollständige Liste nach Dr. T. umgesetzt worden.

Christian Flisek (SPD): Ist Ihnen bekannt, dass das, was dann in Bad Aibling am Ende tatsächlich stattgefunden hat, quantitativ weit über das hinausging, was Herr Dr. T. an einer Quantität

ermittelt hat? Wir müssen halt einfach so bescheuert abstrakt hier reden.

Zeuge D. B.: Das kann ich Ihnen in nichtöffentlicher Sitzung erklären.

Christian Flisek (SPD): Hatte das denn für Sie irgendeine Relevanz? Haben Sie sich dafür dann mal interessiert, was die in Bad Aibling eigentlich noch mal genau gemacht haben?

Zeuge D. B.: Ja, es ist mir ja bekannt geworden, dass diese Löschungen durchgeführt wurden.

Christian Flisek (SPD): Ja, und wollten Sie - - Haben Sie sich da noch mal dafür interessiert, nach welchen Kriterien die da eventuell weitergehende Löschungen vorgenommen haben?

Zeuge D. B.: Das ist mir ja erst im März 2015 bekannt geworden.

Christian Flisek (SPD): Wissen Sie, warum ich frage? Weil ich mir einfach denke: Sie sind ja da in einer Abteilung, einer Unterabteilung verantwortlich für die Prüfung, für die proaktive präventive Prüfung dieser Selektoren. Und wenn ich jetzt so jemand wäre, dann wäre ich schon auf Habachtstellung beim Ergebnis von Dr. T. gewesen, wenn ich jetzt sozusagen dann irgendwie noch erfahren hätte, die in Bad Aibling, die machen da noch weitergehende Prüfungen.

Wissen Sie, warum mich das brennend interessieren würde? Weil das natürlich über die Arbeit in dieser Prüftruppe, die ich zu verantworten habe, und über die Leistungsfähigkeit dieser Ergebnisse ein Urteil fällt. Und es interessiert mich natürlich. Das interessiert mich zum einen rückwirkend, um die Qualität meiner Arbeit in der Abteilung bewerten zu können, und es interessiert mich sozusagen für die Zukunft: Was muss ich vielleicht dringend an Maßnahmen ergreifen, um bestimmte Missstände in Bezug auf Selektoren, die uns da irgendwo durchrutschen, aufgrund von Kriterien abzustellen? Deswegen, wenn - - Also, ich versetze mich jetzt mal da rein und sage: Mich würde das brennend interessieren.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge D. B.: Zum einen kann ich über die detaillierten Kriterien in der nichtöffentlichen Sitzung dann Näheres sagen. Zum anderen waren die Sachbearbeiter in Bad Aibling und in meiner Unterabteilung ja im ständigen Kontakt.

Christian Flisek (SPD): Wer war im ständigen Kontakt?

Zeuge D. B.: Der Sachbearbeiter in Bad Aibling, der heute hier auch Zeuge war, -

Christian Flisek (SPD): W. O.?

Zeuge D. B.: - W. O. - war ja im ständigen Kontakt zu dem Mann, der bei T2AB die wöchentlichen Prüfungen gemacht hat. Die haben sich ja ständig ausgetauscht.

Christian Flisek (SPD): Wer ist das?

Zeuge D. B.: Das ist K. M.

Christian Flisek (SPD): Die haben sich immer ausgetauscht?

Zeuge D. B.: Ja, die - - Zwischen denen wurden ja immer auch die Dateien hin- und hergeschoben und auch die Ergebnisse hin- und hergeschoben.

Christian Flisek (SPD): Und haben Sie sichergestellt, dass der K. M. das bei den neuen Selektorenlieferungen berücksichtigt?

Zeuge D. B.: Das hatten wir eben schon: Auskunftsverweigerungsrecht.

Christian Flisek (SPD): Okay. Ja, dann habe ich in öffentlicher Sitzung keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr D. B., wussten Sie, dass es diese Ablehnungsdatei gibt?

Zeuge D. B.: Nein. Erst im März 2015.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn es diese Ablehnungsdatei nicht geben würde, glauben Sie, dass der Ausschuss irgendeine Kenntnis von diesen vielen, vielen Selektoren, die illegitim im System waren, heute wüsste?

Zeuge D. B.: Dazu kann ich nichts sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann es sein, dass das Verfahren vielleicht insgesamt darauf angelegt war, möglichst ohne viele Spuren in den Akten zu arbeiten?

Zeuge D. B.: Es waren mehrere Personen involviert. Also von - - Irgendwie Vertuschung oder Ähnliches kann ich in keinster Weise erkennen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Wort hätte ich jetzt gar nicht benutzt. Aber wo Sie es sagen: Warum haben Sie es denn nicht nach oben gemeldet?

Zeuge D. B.: Hatte ich beim letzten Mal schon gesagt: Auskunftsverweigerung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auskunftsverweigerung. Ihr Vorgesetzter war?

Zeuge D. B.: Entschuldigung, ich habe Ihre Frage nicht verstanden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihr Vorgesetzter war?

Zeuge D. B.: Hartmut Pauland, Abteilungsleiter.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Pauland. Und bis wann war der vor Ort?

Zeuge D. B.: Was meinen Sie mit „vor Ort“?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bis wann war der Ihr Vorgesetzter in dieser Zeit August 2013?

Zeuge D. B.: Hat Ende August einen Schlaganfall erlitten. Bis dahin war er mein Vorgesetzter.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann waren Sie praktisch Chef der Abteilung? Vielleicht können Sie das sagen, ohne dass Herr Eisenberg Ihnen das vorsagt.

Zeuge D. B.: Ja. Für mehrere Wochen habe ich ihn dann vertreten, und wenn ich nicht da war, hat ihn dann ein anderer vertreten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wer war über Ihnen in der Zeit, in der Herr Pauland nicht da war?

Zeuge D. B.: Über dem Abteilungsleiter ist der Präsident und damit auch über mir gewesen, wenn ich den Abteilungsleiter vertreten habe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und der Präsident wusste auch von all diesen Vorgängen nichts?

Zeuge D. B.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie vielleicht Kontakte ins Bundeskanzleramt, Herr D. B.?

Zeuge D. B.: Sicher habe ich auch Kontakte ins Bundeskanzleramt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das denke ich mir. Haben Sie vielleicht jemandem im Bundeskanzleramt fernab der geordneten Dienstreihenfolge über diesen hochrelevanten Vorgang irgendetwas erzählt?

Zeuge D. B.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Niemandem?

Zeuge D. B.: Niemandem.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie da jemanden benennen, zu dem Sie Kontakt ins Bundeskanzleramt haben?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist nicht Untersuchungsgegenstand. Das muss ich jetzt mal sagen, sorry.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wieso ist das nicht Untersuchungsgegenstand?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil der allgemeine Kontakt zu Personen im Kanzleramt nicht Untersuchungsgegenstand ist. Aber man kann die Frage wahrscheinlich klüger formulieren, dass ich nicht einschreiten würde.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagt mir der kauende Vorsitzende. Okay.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe keine Spuren hinterlassen da hinten an der Haribodose.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wussten Sie eigentlich, Herr D. B., dass vor den Snowden-Veröffentlichungen - - dass die Selektoren der NSA, die Sie einstellen, dass die durchaus europäische Interessen verletzen?

Zeuge D. B.: Verstehe ich jetzt nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, Sie haben ja diese Durchsuchung veranlasst, nicht? So ist ja die Geschichte. Sie sind ganz alleine auf die Idee gekommen, da müsste man jetzt mal was machen.

Zeuge D. B.: Da habe ich auch das letzte Mal erläutert, was die Kriterien für die Suche waren, und dass das Ergebnis eigentlich ein Nebenprodukt war, das der Dr. T. festgestellt hatte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und dieses Nebenprodukt und den Fortgang der Dinge bei diesem Nebenprodukt: Für das haben Sie sich dann nicht mehr interessiert?

Zeuge D. B.: Ich habe die entsprechende Weisung erteilt. Ich habe das verteilt. Die Selektoren sind gelöscht worden. Insofern kann man nicht davon sprechen, dass ich mich nicht interessiert habe.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wir haben hier von Zeugen gehört, dass wochenlang weitergesucht und gefunden und gelöscht wurde. Und Sie als Zuständiger, als Chef dieser Abteilung, haben davon nichts gehört?

Zeuge D. B.: Wochenlang geforscht, gesucht, gelöscht wurde?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wochenlang.

Zeuge D. B.: Verstehe ich nicht ganz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Zeuge W. O. hat hier ausgesagt, dass er nach dieser einen berühmten E-Mail, die er geschrieben hat, sich weiter schlaugemacht hat, ein bisschen gegoogelt hat und so und drei Wochen lang weiter viele, viele Begriffe gefunden hat und gelöscht hat, über die er niemandem erzählt hat.

Zeuge D. B.: Kann ich nicht nachvollziehen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatten Sie nicht den Eindruck, wenn man diese E-Mail liest, die ich jetzt hier nicht zitieren darf in öffentlicher Sitzung, dass das eher eine Stichprobe war, eher etwas beliebig, drei Begriffe und ein „Et cetera“?

Zeuge D. B.: Ich hatte ja gesagt, im Ergebnis wurde die komplette systematisch erarbeitete Liste von Dr. T. umgesetzt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann erläutern - -

Zeuge D. B.: Wie viele Stichworte W. O. hatte, war mir zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt und auch für mich nicht unbedingt erheblich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, für Sie ist das ein koordiniertes Vorgehen gewesen zwischen W. O. und dem Herrn Dr. T.? Weil ich sage Ihnen mal ganz ehrlich, nur damit Sie hier nichts Falsches sagen: Herr W. O. hat uns gesagt: Dr. T., eine Liste? Noch nie ge-

hört, ist uns völlig fremd. Ich habe hier das gemacht, was ich selbst für richtig hielt, und von der Liste von T. habe ich nix gehört. - Deswegen: Das ist eine interessante Frage. Was haben Sie eigentlich mit den Ergebnissen von Dr. T. gemacht?

Zeuge D. B.: Ich wiederhole noch einmal: Die Ergebnisse von Dr. T. sind im August 2013 vollständig umgesetzt worden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo sind denn die Ergebnisse von Dr. T.?

Zeuge D. B.: Die finden sich in der Ablehnungsliste.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die hat er da reingeschrieben?

Zeuge D. B.: Nein, er selber kann das ja gar nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, genau. Eine Liste ist eine Liste. Also, wo sind denn die Ergebnisse von Dr. T.?

Zeuge D. B.: Die Ergebnisse von Dr. T. sind von einem Mitarbeiter aus Bad Aibling in die entsprechende Datenbank eingepflegt worden, sodass die Datensätze in die Ablehnungsdatei gelangt sind.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat das denn da eingepflegt?

Zeuge D. B.: Ich bin kein Mitarbeiter von Bad Aibling. Ich gehe mal davon aus, dass es W. O. gemacht hat. Ich weiß es aber nicht, weil ich es ja nicht persönlich gesehen habe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): W. O. hat uns gesagt, dass er nichts von Herrn Dr. T. bekommen hat. Herr D. B., das ist ein offener Widerspruch. Und das ist - -

Zeuge D. B.: Dann ist das ein Widerspruch, den ich so nicht lösen kann.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann erklären Sie uns noch mal ganz genau vom Ablauf, August 2013, Ihre Idee: Jetzt gucken wir mal! Wie sind diese Selektoren eigentlich regional verteilt? - Sie sprechen mit Dr. T. Und jetzt führen Sie mich mal durch den Monat. Wie ist das gelaufen?

Zeuge D. B.: Da muss ich ja viele Details von auflisten, die ich leider nur in nichtöffentlicher Sitzung erörtern kann.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fangen Sie mit den Details an, die Sie in öffentlicher Sitzung erzählen dürfen.

Zeuge D. B.: Es gibt ja nur zwei Prüfkriterien; die habe ich gesagt: regionale Verteilung und Kommunikationsdienste.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber sagen Sie mal von den zeitlichen Abläufen: Wann haben Sie den Prozess als abgeschlossen gesehen, zeitlich? Wann war das vorbei? Da Sie leider keine schriftlichen Vermerke gemacht haben und nur mündlich zwischen Tür und Angel Dinge besprochen haben, muss ich so impertinent fragen; denn wir haben leider keine Aktenlage zu diesem Vorgang. Also, vielleicht können Sie uns mal Daten nennen: Wann wurde was von Ihnen veranlasst, und wann war der Prozess abgeschlossen und von wem?

Zeuge D. B.: Am 09.08. hat Dr. T. eine Mail an mich geschrieben, wo er bezüglich der Kommunikationsdienste und der regionalen Verteilung, ich sage mal, die Ergebnisse aufzeigt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da steht aber nichts von irgendwie einer besonderen E-Mail-Adresse, die ihm aufgefallen sei, oder so. Das muss irgendein anderer Vorgang sein. Deswegen: Führen Sie mich einmal bitte durch den Monat August, wie er aus Ihrer Erinnerung abgelaufen ist. Wann haben Sie mit Dr. T. gesprochen? Wann wurden die Dinge an W. O. weitergegeben? Wann hat man in Bad Aibling diese Sachen umgesetzt? Das würde ich jetzt gerne einmal in einer schlüssigen Geschichte, die ich nachvollziehen kann, von Ihnen hören.

Zeuge D. B.: Anschließend hat mir Dr. T. in einer ersten Tranche aus seiner Sicht kritische Adressenselektoren vorgelegt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo sind die? Wo ist das? Er hat doch was erstellt! Und jetzt nicht der Ausdruck der Liste. Der T. hat ja was gemacht. Der hat was übersetzt. Der hat was transkribiert. Der hat - schlauer Mathematiker, habe ich gelernt; den Eindruck hat er auch tatsächlich gemacht - ja irgendwas aufgeschrieben. Wo ist das?

Zeuge D. B.: Also, mir hat er einen Ausdruck vorgelegt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Einen Ausdruck von was?

Zeuge D. B.: Von diesen Selektoren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo ist dieser Ausdruck?

Zeuge D. B.: Ich habe diesen Ausdruck weitergeleitet an den Dienststellenleiter in Bad Aibling, nachdem ich ihn vorher telefonisch informiert habe und ihm gewisse Anweisungen gegeben habe, die ich das letzte Mal auch in nichtöffentlicher Sitzung genau erläutert habe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat diese materielle Liste? Und ich muss mir das so vorstellen: Was Sie mir sagen, ist praktisch: Der T. hat diese Ablehnungsdatei einfach - - Die Leistung dieses genialen Mathematikers, den Sie erwählt haben, um das zu übersetzen, lag darin, eine Ablehnungsdatei auszudrucken. Der hat auf Print gedrückt. - Oder hat er etwas erstellt, was wir eben nicht haben und was vielleicht auch nicht in dieser Selektorenliste steht? Hat er irgendwas dazugeschrieben, hat er erläutert? Steht irgendwo in Ihren Unterlagen, die Sie gesehen haben, eine E-Mail-Adresse, auf die er aufmerksam geworden ist? Oder sind vielleicht diese gesamten Akten im Orkus verschwunden? In der Ablage Schredder?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge D. B.: Also, Herr Dr. T. hat mir eine ausgedruckte Liste ohne Kommentierung, ohne Auswertung, ohne Zusätze übergeben. Er selber hatte das Ergebnis ja auf seinem Computer.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was stand auf dieser Liste drauf? Sagen Sie nicht die Details. Das dürfen Sie nicht; weiß ich auch. Sagen Sie: Waren das E-Mail-Adressen, waren das Telefonnummern? Wie muss ich mir das vorstellen? Wie sah diese Liste aus?

RD Philipp Wolff (BK): Der Zeuge kann dazu allgemeine Ausführungen machen, aber nicht en détail, nicht zum konkreten Inhalt. Also, wenn er sagt: Selektoren - ja, das kann man natürlich sagen. Aber wenn es jetzt aufzuschlüsseln ist: A, B, C, D, E, dann kann er das nicht sagen. Dann hat er keine Aussagegenehmigung dafür.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Wolff, es gibt hier eine Diskrepanz; das sage ich Ihnen. Es fällt Ihnen ja bestimmt auch auf, und als Bundeskanzleramt wäre ich hoch besorgt. Es gibt eben nicht nur eine Selektorenliste, die in irgendeiner Datei auf Print - - sondern der Dr. T. hat ja was geschrieben, der hat ja was produziert. Der hat ein paar Wochen an etwas gearbeitet, ja. Der hat selbst etwas erstellt, und das ist nicht da. Und das wüsste ich gerne, wo das ist, was Ihnen vorgelegt wurde. So. Wenn Sie mir jetzt sagen, dass diese Liste - - diese physisch ausgedruckte Liste haben Sie jemandem übergeben. Sagen Sie mal die Kürzel von dem Abteilungsleiter, dem Sie das - - Haben Sie ihm das per Post - -

Zeuge D. B.: Dienststellenleiter Bad Aibling, R. U.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): R. U.? Dem haben Sie das per Post geschickt.

Zeuge D. B.: Per Kurier ist ihm das zugeleitet worden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Einschreiben?

Zeuge D. B.: Bitte?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Einschreiben?

Zeuge D. B.: Kurier. Wir haben im Bundesnachrichtendienst - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Den Wechsel haben Sie noch, dass der das auch bekommen hat?

Zeuge D. B.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hm. Weil das ist natürlich eine ganz relevante Frage: Sah das denn aus wie eine einfach ausgedruckte Liste? Das frage ich jetzt ganz allgemein. Oder war da erkennbar, was der Dr. T. sozusagen an Arbeitsleistung über mehrere Wochen da reingesteckt hat? Wo drin lag denn seine Leistung, die er erbracht hat? Wie hat er denn Ihren Auftrag umgesetzt?

Zeuge D. B.: Der Dr. T. hat ja verschiedenste Aspekte des Grundauftrages Kommunikationsdienste und regionale Verteilung wahrgenommen, und vor allem die Kommunikationsdienste waren wohl das intellektuell Herausfordernde. Die Adressenselektoren, die er ja dabei mehr oder weniger zufällig als Nebenprodukt entdeckt hat, waren wohl nicht so intellektuell hochstehend; das hat er relativ schnell gemacht und mir ausgedruckt vorgelegt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, die Liste, die Sie bekommen hatten, die umfasste nur Selektoren, die Herrn Dr. T. verdächtig vorkamen?

Zeuge D. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und jetzt müssten wir wechseln.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie viele waren das denn ungefähr?



Nur zur dienstlichen Verwendung

RD Philipp Wolff (BK): Dazu kann der Zeuge in eingestufte Sitzung Angaben machen, wie viele das waren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt hätten wir als Nächstes die Fraktion der CDU/CSU mit dem Kollegen Schipanski und den nächsten Fragen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, vielen Dank. - Herr Zeuge, was uns jetzt ein Stückchen überrascht, ist, dass Sie jetzt sagen, Sie haben den W. K. informiert, weil der W. K. uns gerade erzählt hat, er wusste von alledem gar nichts. Von daher würde ich gern mal wissen: Über was haben Sie denn den W. K. informiert?

Zeuge D. B.: Ich habe ihn informiert, dass ich diese Prüfung durchführen wolle und werde, nachdem er nicht widersprochen hat, und ich habe ihn über das Ergebnis der Überprüfung in allgemeiner Form auch informiert und dass ich gegenüber seinem Dienststellenleiter tätig geworden bin.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das heißt: das Ergebnis der Prüfung von Dr. T.?

Zeuge D. B.: Ja.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das heißt im Umkehrschluss: Über die Erkenntnisse des W. O. hatten Sie wiederum keine Kenntnis gehabt?

Zeuge D. B.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu meldet sich Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Das ist jetzt ein bisschen zeitverzögert. - Ich will nur darauf hinweisen: W. K. hat nicht gesagt, dass er von alledem gar nichts wusste. Nur für das Protokoll. Insofern wäre der Vorhalt nicht korrekt. W. K. hat durchaus gesagt, dass er davon etwas wusste.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Also, ich habe den W. K. so verstanden, dass er von diesen ganzen Prüfungen und den Schwierig- - Na gut, also. Dann - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hat er auch wieder recht. - Entschuldigung.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Also, von der Prüfung des W. O. haben Sie faktisch gar nichts gewusst? Noch mal zu dem Hinweis: Sie haben ja gerade ausgesagt, dass sich der W. O. - und bei Ihnen ist es der K. M. - durchaus intensiv ausgetauscht haben auf Sachbearbeiterebene. Das heißt, der K. M. hat Ihnen dann auch nicht gemeldet, dass der W. O. da eine eigenständige Prüfung durchgeführt hat.

Zeuge D. B.: W. O. und K. M. waren ja mit der wöchentlichen Routineprüfung beschäftigt. Und die Frage eben war: Inwieweit sind denn die Ergebnisse des Dr. T. in die fortlaufende Routineprüfung eingeflossen, und hätten nicht die entsprechenden Personen informiert, angewiesen werden müssen? Und dazu habe ich gesagt, dass die zwei Personen, die diese wöchentliche Überprüfung machen - die zufällig - - die eine Person identisch ist mit der, die diese Sonderprüfung bzw. Sonderlöschung gemacht hat -, dass die zwei in engem Kontakt stehen jede Woche.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Also, ich habe Sie schon so verstanden: Der W. O. sitzt in Bad Aibling, der K. M. sitzt bei Ihnen. Der W. O. macht eine Sonderprüfung über einen Auftrag, den Sie nicht kannten. Aber Sie wissen jetzt nicht, ob der W. O. sich mit dem K. M. da ausgetauscht hat, aber Sie haben jedenfalls von der Sonderprüfung durch den W. O. über den K. M. nichts erfahren.

Zeuge D. B.: Die Sonderprüfung des W. O. ist ja im Zusammenhang mit der Liste des Dr. T. entstanden; die ist ja nicht aus dem Himmel gefallen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Also wussten Sie doch etwas von der Sonderprüfung durch den Herrn W. O.

Zeuge D. B.: Nein. Ich sage mal, ich weiß jetzt, nach der Sachverhaltsaufklärung, die ab März 2015 durchgeführt wurde, dass, ich sage mal, aufgrund des ersten Anrufes schon selbstständiges



Nur zur dienstlichen Verwendung

Denken stattgefunden hat und selbstständige Prüfungen - wie Sie genannt haben - und in diesem Zusammenhang auch es zu ersten Löschnungen kam, bevor überhaupt nur eine Liste in Bad Aibling war.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Also im Umkehrschluss nehme ich jetzt mit: Sie wissen durchaus, dass der W. O. da etwas - - dass da eine Prüfung durchgeführt wurde von W. O. Das war Ihnen durchaus bekannt.

Zeuge D. B.: Das ist mir seit März 2015 bekannt.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ah, seit März 2015. Gut. - Dann noch mal, jetzt müssen wir mit den Abkürzungen noch mal schauen. Wenn Sie anstelle des W. K. gewesen wären - und Sie haben ja heute berichtet, Sie haben ja den W. K. da informiert -, hätten Sie denn an seiner Stelle bei R. U. einmal nachgehakt zu dieser Problematik?

Zeuge D. B.: Das ist jetzt eine hypothetische Frage.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja, es ist eine hypothetische Frage. Können Sie ja sagen! Sind beide Unterabteilungsleiter, Sie kennen sich sehr eng, Sie haben zusammengearbeitet, gleicher Dienstgrad. Was hätten Sie denn als Unterabteilungsleiter gemacht?

Zeuge D. B.: Dadurch dass ich einen kenne, muss ich mich ja nicht in seine Rolle reinversetzen, und ob er was getan hätte und wie sein Verhältnis dazu ist. Also, kann ich nichts zu sagen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Also, Sie wissen nicht, ob Sie als Unterabteilungsleiter mal bei dem R. U. nachgehakt hätten.

Zeuge D. B.: Will ich jetzt nichts zu sagen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Wollen Sie nichts zu sagen. - Wie sind denn Ihnen die Löschnungen bekannt geworden? Wer hat Ihnen das mitgeteilt?

Zeuge D. B.: Das weiß ich nicht mehr so genau; aber es ist mir bekannt geworden.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja, das Schöne ist nur, dass der eigentlich Zuständige - - Wir haben ja gehört, der W. O. hat das ja wohl letztlich „gelöscht“, in Anführungszeichen, aber davon war ja der W. K. - - Ich habe das ja so verstanden: Der W. O. müsste an den W. K. berichten, und das war ja dem W. K. nicht bekannt gewesen.

Zeuge D. B.: Der W. O. berichtete an seinen Dienststellenleiter, der ihm auch den Auftrag gegeben hat an R. U.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Gut. - Dann hat R. U. nicht an W. K. berichtet. Das Schöne ist nur: Sie als Unterabteilungsleiter wussten ja anscheinend über die Löschnungen Bescheid, obwohl Sie ja gar nicht der Unterabteilungsleiter für R. U. in diesem Moment bzw. für W. O. zuständig wären bzw. waren.

Zeuge D. B.: Aber ich war ja fachlich involviert; insofern war es auch natürlich logisch, dass ich über das Ergebnis dann auch wieder informiert werde.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Na ja, es ist ja nur erstaunlich, dass dann der W. K. nicht informiert wird. Also, das ist schon ein bisschen - -

Zeuge D. B.: Aber das muss man natürlich den R. U. fragen, nicht mich.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja, und Sie wissen jetzt nicht mehr, ob Sie das vom R. U. wissen, vom W. O. wissen, von den - - Na gut, von W. K. können Sie es nicht wissen. W. K. weiß gar nichts.

Zeuge D. B.: Ich weiß es entweder von R. U. oder von dem Referatsleiter T2A. Das kann ich nicht mehr genau sagen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Tja. - Gut, dann habe ich erst mal dazu keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Hat die Union sonst noch Fragen.

Nina Warken (CDU/CSU): In öffentlicher Sitzung nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. In öffentlicher Sitzung nicht. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich verstehe immer noch etwas nicht, Herr D. B. Am 9. August berichtet Herr Dr. T. erstmals gegenüber Ihnen zu diesem Suchauftrag mit der Angabe von ersten Erkenntnissen zu Arten der Kommunikationsmerkmale und Ähnliches mehr mit einer E-Mail - das hatten wir ja schon -, und da gibt es auch Anhänge, wo er seine Ergebnisse dokumentiert. Ist das richtig?

Zeuge D. B.: Das ist richtig.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Also, man kennt das Format „Datei versenden“ wohl im BND. Dann hat er irgendwann sozusagen ein weiteres Ergebnis produziert, da gibt es dann diese - ich nenne die jetzt nicht, Sie haben das vorhin ja bemängelt: unzulässige Selektoren, sondern - beanstandeten Selektoren. Und jetzt kennt er das Format „Datei versenden“ plötzlich nicht mehr und druckt das aus. Ja? Richtig?

Zeuge D. B.: Richtig.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Also, am 9. kennt er noch „Datei versenden“ von Exceltabellen. Am 14., 15. - von welchem Tag wir reden, wissen wir ja nicht so genau, weil wir wissen ja nicht, wann ausgedruckt wurde - kennt er plötzlich „Datei versenden“ nicht mehr und verfällt irgendwie 15 Jahre zurück und kennt nur noch Papier. Richtig?

Zeuge D. B.: Der Dr. T. ist ein wissenschaftlich ausgebildeter guter Mitarbeiter. Der kennt natürlich alle möglichen Arten der Kommunikation, auch der internen E-Mail-Kommunikation.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Was ist denn der Unterschied zwischen „eine Datei verschicken“ und „einen Ausdruck machen und in einen Briefumschlag stecken und das weitergeben“?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Frage kann der Zeuge schwer beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Doch. Doch, das kann er. Da gibt es einen Unterschied. Den können Sie mir auch erklären.

Zeuge D. B.: Ich weiß jetzt nicht, was Sie meinen.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sind in einer Behörde, und da kennt man den Unterschied zwischen „eine Datei versenden“ und „etwas ausdrucken, in einem Briefumschlag schicken und weitergeben“. Was ist da der Unterschied?

Zeuge D. B.: Ja, ich sage mal, ich glaube, beim Militär heißt es: Man kann melden mündlich, schriftlich oder in anderer Weise. Das heißt, ich kann Ergebnisse vorlegen ausgedruckt, per E-Mail, je nachdem. Auch der Vorgesetzte bestimmt im Allgemeinen das Format. Ich neige im Allgemeinen auch zum Lesen von ausgedruckten Papieren, weil ich dann den Inhalt sehr viel schneller erfasse, als wenn ich es elektronisch am Bildschirm lese.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Es ging ja dann darum, dass man Bad Aibling mitteilte, dass man diese Feststellung getroffen hat und dass man dort diese Selektoren löschen möchte, sollte. Was wäre denn die praktikabelste Variante gewesen, um das in Bad Aibling schnell umzusetzen: eine Datei nach Bad Aibling schicken oder einen Ausdruck nach Bad Aibling zu schicken?

Zeuge D. B.: Das Schnellste und Intelligenteste, um eine sofortige Löschung zu machen, wäre, gewisse allgemeine Kriterien, die der Liste zugrunde liegen, nach Bad Aibling zu schicken und sie dort umsetzen zu lassen.

Martina Renner (DIE LINKE): Es werden aber nicht die allgemeinen Kriterien nach Bad Aibling geschickt, sondern es wird ein Ausdruck nach Bad Aibling geschickt.

Zeuge D. B.: Richtig.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist dann nicht die cleverste Variante.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge D. B.: Es kommt darauf an. Wenn man natürlich die Mitarbeiter und vielleicht andere problembewusst machen will, ist natürlich eine solch ausgedruckte Liste, wo man dann - - die man selber in Augenschein nehmen kann, natürlich eine sehr adäquate Möglichkeit, um sie auf eine gewisse besondere Situation hinzuweisen.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Dann braucht es zu dieser Liste noch einen Beipackzettel oder Markierungen in diesem Ausdruck, wo man sagt: Das sind die möglichen Kriterien, die wir empfehlen dort durchlaufen zu lassen, um dann entsprechend die Selektoren zu detektieren, die gelöscht oder inaktiv gestellt werden sollen. Richtig?

Zeuge D. B.: Die sind - -

Martina Renner (DIE LINKE): Dann reicht es nicht, die Liste allein zu schicken, oder?

Zeuge D. B.: Die Liste ist sehr einfach auswertbar. Die Kriterien sind sofort für jeden herauslesbar. Das ist schnell zu machen, das war nicht erforderlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie viel Seiten waren das? Wir reden - -

Zeuge D. B.: Da kommen wir wieder an die, ich sage mal, Zahl. Zahlen kann ich gerne in nicht-öffentlicher Sitzung erklären.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja. Wir waren da ja das letzte Mal da schon ein bisschen weiter. Das war ein großer Stapel Papier. Das ist nicht so leicht in Bad Aibling mal schnell auszuwerten, welche Kriterien man aus so einem Stapel Papier irgendwie ableiten soll, außer es gibt zu diesem Stapel Papier noch einen Beipackzettel, wo drinsteht: Wir empfehlen, die Endungen oder die Begriffe X, Y, Z durch das System zu jagen und dann die Selektoren herauszufinden, die dringend deaktiviert werden müssen. - Weil sonst haben Sie Bad Aibling in einer dringenden Sache damit belästigt, einen Riesenstapel Papier durchzusehen mit so einem Vorgang, wo es bei Ihnen eine Datei gibt, die man hätte einfach überspielen

müssen, und dann hätte man auf Grundlage dieser Datei diese Selektoren sehr schnell inaktiv stellen müssen. Das hat ja mehr Arbeit gemacht, dieses Verfahren, immens viel mehr Arbeit.

(RA Johannes Eisenberg:
Was ist jetzt die Frage?)

Die Frage ist, warum man ein solches ineffektives Verfahren wählt. Sonst ist man in der Lage, Dateien zu schicken, sonst ist man in der Lage, diese wöchentlichen Selektorenprüfungen auch in Form eines elektronischen, sozusagen, Weges hin und her zu schicken zwischen Pullach und Bad Aibling, und dann plötzlich, ja, irgendwie kennt man alles das nicht mehr, sondern drückt aufs Knöpfchen, druckt viel Papier aus, schickt viel Papier nach Bad Aibling und sagt: Vielleicht könnt ihr mal euch drei Tage damit hinsetzen und irgendwie das Papier durchgucken, ob euch dazu was auffällt. - Warum dieses ineffektive Verfahren?

Zeuge D. B.: Also, es gab keinen Beipackzettel, es war aus meiner Sicht nicht ineffektiv, es war sehr schnell - - war die Logik dieser, ich sage mal, Kriterien erkennbar. Es war keine tagelange Arbeit in Bad Aibling erforderlich. Das ging alles aus meiner Sicht sehr schnell.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren denn die als kritisch identifizierten Selektoren sortiert in diesem Ausdruck?

Zeuge D. B.: Selbstverständlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren es lediglich E-Mails und Telefonnummern?

Zeuge D. B.: Das hatten wir schon. Nichtöffentliche Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): „Das hatten wir schon“ reicht. - Das heißt, die waren in Gruppen sortiert, sodass man schnell sehen konnte, dass sie bestimmte gleiche Merkmale betrafen.

Zeuge D. B.: So ist es.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): In vergleichbaren Fällen, wenn es darum geht, Selektoren inaktiv zu stellen: Ist es noch mal vorgekommen, dass man das vom Papieraustausch gemacht hat? Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge D. B.: Mir sind keine vergleichbaren Fälle bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, es muss ja dann weiter gehend noch Kommunikation gegeben haben, weil es wurde ja noch - wie wir wissen - weiter geprüft. Also, es ist ja nicht so - das haben wir vorhin mit Herrn W. O. relativ lange diskutiert -, es war ja nicht ein einmaliger Vorgang, sondern es ist fortgesetzt dann noch zu Prüfungen in diesen Selektoren gekommen. Auch darüber erklärt sich ja auch nur dann nachher diese Ablehnungsliste von 40 000. Wissen Sie darüber etwas, dass es danach noch weitere Prüfungsintervallschritte gegeben hat?

Zeuge D. B.: Also, ich kann über die Abläufe im August 2013 in nichtöffentlicher Sitzung berichten, was da genau passiert ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich würde das trotzdem noch mal fragen wollen: Kennen Sie andere Vorgänge, bei denen es in solchen Fragen zu einer Kommunikation mit Bad Aibling in der Form gekommen ist, dass man solche Ergebnisse, Erkenntnisse nicht in Form von Dateien, sondern in Form von Papier ausgetauscht hat?

Zeuge D. B.: Kann ich jetzt nicht sagen. Sicher wurde auch mal Papier zwischen Pullach und Bad Aibling - - Deshalb fährt da ja auch täglich ein Kurier.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. Es geht darum, ob - -

Zeuge D. B.: Bezüglich Selektorenprüfungen sind mir keine anderen Fälle bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, wir reden davon, dass es eine Liste war mit 12 000 Selektoren, ja, und ich weiß nicht, wie viele bei wie viel Punkt Schrifttyp auf eine Seite passen, aber es müssen irgendwie viele Papierseiten gewesen

sein, ja? Es muss ein großer Stapel Papier gewesen sein, den man austauscht, wo man auch eine Datei hätte austauschen können. Kennen Sie einen vergleichbaren Vorgang, bei dem man dann darauf verfallen ist, solche Informationen über Papier auszutauschen im Jahr 2013, ja? Also, sozusagen zu einem Zeitpunkt, wo wir irgendwie das Format „Datei anhängen an eine E-Mail“ kannten.

Zeuge D. B.: Über die Zahlen darf ich leider nur in nichtöffentlicher Sitzung reden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann denken Sie sich die Zahl 12 000 mal weg.

Martina Renner (DIE LINKE): Das war nicht meine Frage. Kennen Sie einen anderen Vorgang, wo man viele Hunderte Seiten ausgedruckter Excel-Tabellen verschickt hat?

RD Philipp Wolff (BK): Nur: Der Vorhalt ist, glaube ich, so einfach nicht korrekt. Also, die Seitenzahl können Sie sogar den eingestuften Akten entnehmen - wenn Sie reinschauen -, um wie viele es sich handelt.

(Zuruf: Der Zeuge hat das letzte Mal auch was dazu gesagt! - Gegenruf von RA Johannes Eisenberg: Aber doch nicht von 12 000!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn ich mich noch mal ein- - Die Zeit ist ja ohnehin schon bei der Fraktion abgelaufen. Ich hätte schon gerne noch die Frage beantwortet, ob Ihnen ein vergleichbarer Fall bekannt ist, wo ein entsprechender Umfang in Papier verschickt worden ist.

Zeuge D. B.: Kann ich nicht sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie nicht sagen, weil Sie keine Aussagegenehmigung haben, oder heißt das: „Weiß ich nicht“, weil, ich glaube, in Ihrem - -

(RA Johannes Eisenberg:
Hat er schon gesagt: Weiß er nicht!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge D. B.: Weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ach, „weiß ich nicht“.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Erinnere ich nicht)

Okay, gut. - Da haben wir die Antwort auf jeden Fall gehört. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Ich hatte Sie ja vorhin gefragt in Bezug auf die Prüfung der Selektoren, die neuen, die reinkamen, also, was dann sozusagen da an Maßnahmen in T2AB zu treffen war. Da hatten Sie ja gesagt, Sie haben das da runtergegeben, den Vorgang, und für Sie war klar, dass das sozusagen von der Relevanz her erkennbar war, dass man da die geeigneten Maßnahmen ergreifen muss für die zukünftige Prüfung. Habe ich richtig wiedergegeben, oder?

Zeuge D. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Das bedeutet, für Sie war das dann damit auch in Bezug auf die Frage, wie das mit zukünftigen Selektoren ist, grundsätzlich ja auch erst mal erledigt.

Zeuge D. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Und gehe ich recht in der Annahme, dass aufgrund der Tatsache, dass Sie das ja jetzt nach Bad Aibling gemeldet hatten im Gespräch mit W. K., aber in direkter Weisung dann an den R. U., dass Sie davon ausgegangen sind, die Abteilung von W. K. wird sich darum kümmern, dass sozusagen die Vergangenheit bereinigt wird - also, ich sage jetzt mal: alles, was sozusagen aktiv ist -, dass man da die geeigneten Maßnahmen ergreift?

Zeuge D. B.: Richtig.

Christian Flisek (SPD): Gehe ich dann recht in der Annahme, dass Sie dann auch davon ausgegangen sind, wenn sozusagen da jetzt - was weiß ich - größere Kapazitäten erforderlich wären, um

zum Beispiel mal das Gesamtprofil einer Inventur zu unterziehen - - dass Sie gesagt hätten, das hätte dann der W. K. in seiner Unterabteilung bzw. mit seinem Abteilungsleiter klären müssen?

Zeuge D. B.: Ich verstehe jetzt nicht: Warum eine größere Inventur? Weil aus meiner Sicht ist ja diese eine Aktion abgeschlossen gewesen und bot keinen Anhalt dafür, weitere Analysen oder Lösungen oder Prüfungen anzustellen.

Christian Flisek (SPD): Können Sie mir das noch mal erklären, warum Sie meinen, dass das jetzt keinen Anhalt geboten hat, weitere Analysen anzustellen?

Zeuge D. B.: Es wurde ja ein aus meiner Sicht kritisches - wie soll ich das sagen? - Kriterium erkannt, dieses vollständig, ich sage mal, analysiert und dann gelöscht. Es war jetzt kein Hinweis darauf, dass ich das Profil noch nach anderen Kriterien durchsuchen musste. Auch dem Dr. T. war ja bei seiner Gesamtüberprüfung auch nichts anderes Kritisches aufgefallen. Auch sonst gab es keinen Anhalt dafür, dass irgendetwas nicht in Ordnung gewesen sei.

Christian Flisek (SPD): Ja, Sie haben jetzt gesprochen von einem kritischen Kriterium, das analysiert worden sei.

Zeuge D. B.: Das geht ja - - Ich weiß jetzt nicht, ob ich das in öffentlicher Sitzung sagen darf, muss ich mich mit dem Herrn Wolff mal beraten.

(Der Zeuge begibt sich zu
RD Philipp Wolff (BK) und
berät sich mit diesem)

Das Kriterium muss ich in nichtöffentlicher Sitzung konkretisieren.

Christian Flisek (SPD): Hm. - So, dann haben Sie gesagt, die Liste vom Dr. T., die sei vollständig durch Bad Aibling abgearbeitet worden. Richtig, oder?

Zeuge D. B.: Richtig.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Woher haben Sie diese Information?

Zeuge D. B.: Die ist mir damals gesagt worden und habe ich jetzt auch vor kurzem kontrolliert.

Christian Flisek (SPD): Die ist Ihnen damals gesagt worden? Von wem?

Zeuge D. B.: Entweder vom R. U. oder vom Referatsleiter T2A.

Christian Flisek (SPD): Und das wissen Sie aber nicht mehr?

Zeuge D. B.: Weiß ich nicht mehr genau.

Christian Flisek (SPD): Bei der Gelegenheit ist nicht Ihnen die Information zugegangen, dass da noch mehr abgearbeitet wurde, was über die Liste von T. hinausgeht?

Zeuge D. B.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Sie haben die Information sinngemäß bekommen: Erledigt.

Zeuge D. B.: So ist es.

Christian Flisek (SPD): Hm. - Da haben Sie gesagt, als Sie sozusagen diesen Vorgang in die Abteilung T2AB gebracht haben, da haben Sie gesagt: Die Erwartung war da, dass man erkennt die besondere Relevanz, um dann die Maßnahmen zu treffen. - Ja?

Zeuge D. B.: Ich habe den Referatsleiter T2A informiert und bin davon ausgegangen, dass er das entsprechend umsetzt.

Christian Flisek (SPD): Ich muss manchmal - - Es wiederholt sich, das ist halt einfach so, ja? Sie haben ihn informiert. Über was haben Sie jetzt ihn informiert?

(RA Johannes Eisenberg:
Ach!)

- Ja, Herr Eisenberg, ich würde es mir auch kürzer wünschen und weniger zäh, aber es ist nun mal so.

Zeuge D. B.: Habe ihn über das Kriterium, was ich aus meiner Sicht als kritisch erkannt habe, informiert, und dass ich entsprechende Schritte Richtung Aibling - - tätig geworden sei. Und demzufolge konnte er meines Erachtens eindeutig erkennen, dass das ja natürlich auch in Zukunft so fortgesetzt werden müsse.

Christian Flisek (SPD): Hm. - Ja, was ja voraussetzt, wenn er das so erkennen soll, dass er eine besondere Relevanz erkennt, weil ansonsten kann er sich ja auch damit - - kann er ja auch seine Hände zusammenfalten und sagen: Na ja, Bad Aibling ist ja tätig geworden. Was muss ich jetzt da machen?

Zeuge D. B.: Er wusste ja, dass die wöchentliche Prüfung in seinem Sachgebiet stattfindet. Er kannte ja auch das Ergebnis. Der Dr. T. war auch in seinem Referat. Also, das ist nicht abwegig.

Christian Flisek (SPD): Nein, abwegig finde ich das überhaupt nicht. Es ist aber ein einmaliger Vorgang gewesen, oder?

Zeuge D. B.: Die Sonderprüfung war ein einmaliger Vorgang.

Christian Flisek (SPD): Ja. - Und, ich sage mal, die Erwartungshaltung, dass so ein Mitarbeiter dann in so einem Referat das erkennt - -

Zeuge D. B.: Das ist nicht ein Mitarbeiter des Referats, das war der Referatsleiter.

Christian Flisek (SPD): Ja, ja.

Zeuge D. B.: Der Träger der Fach- und Sacharbeit.

Christian Flisek (SPD): Ja, der Referatsleiter ist auch ein Mitarbeiter des Referats, aber gut, ist Referatsleiter.

Zeuge D. B.: Aber ein herausgehobener.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Ja, machen wir es so: der Referatsleiter. Dass er das erkennt, dass er da sozusagen die besondere Relevanz erkennt, dass er seine Maßnahmen ergreifen soll für die zukünftige Selektorenprüfung, ich sage mal, das ist sozusagen die Erwartung nach unten gerichtet, aus Ihrer Sicht, aus Ihrer Position. Die korrespondierte aber nicht mit irgendeiner Motivation Ihrerseits, das dann auch mal nach oben zu melden.

Zeuge D. B.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Ja. Gut. - Das war es bei uns.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Herzlichen Dank. - Kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Der Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Danke, Herr Vorsitzender. - Ich habe auch nur zwei Fragen, um aus dem, was jetzt diskutiert worden ist, noch mal zu versuchen Schlüsse zu ziehen. Das Erste ist: Habe ich das richtig verstanden - jetzt in den verschiedenen Vernehmungen -, dass dieses Ergebnis, was Ihnen der T. K. vorgelegt hat, dass dieses Ergebnis auch mit Bad Aibling mündlich besprochen worden ist?

Zeuge D. B.: Sie meinen das Ergebnis von Dr. T.?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Entschuldigung. Habe ich - -

Zeuge D. B.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und zwar bevor Sie dieses Paket da losgeschickt haben.

Zeuge D. B.: So ist es.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und kann es deshalb sein, dass dann der Dr. T., nein, der in Bad Aibling, der das bekommen hat - wer auch immer das war -, dass der

schon mal angefangen hat, auch das aufzuarbeiten - sage ich mal so -, das Ergebnis schon in seiner Selektorendatei anzufangen - - rauszunehmen?

Zeuge D. B.: Das ist möglich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, dass, wenn er selber was rausgeholt hat - - dann muss das nicht was Zusätzliches gewesen sein zu dem, was Ihnen der Herr Dr. T. gegeben hat.

Zeuge D. B.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Also ist das so richtig. - Die zweite Frage, die vorhin auch immer diskutiert worden ist mit dem vorangegangenen Zeugen: Haben Sie denn veranlasst oder gehört, dass die ganze Angelegenheit auch an den US-amerikanischen Partner, an die NSA, weitergegeben werden soll?

Zeuge D. B.: Nichtöffentliche Sitzung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Wir haben mit dem anderen Zeugen - - Der hat gesagt, davon sei ihm damals jedenfalls nichts bekannt gewesen. Wenn Ihnen jetzt doch was bekannt war, sehe ich eigentlich nicht ein, warum Sie nicht sagen können: Bei mir ist es anders.

Zeuge D. B.: Ich muss ja mich an meine Aussagegenehmigung halten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie sagen, zu NSA dürfen Sie gar nichts sagen.

(Heiterkeit)

Zeuge D. B.: Beantworte Ihre Frage gerne in nichtöffentlicher Sitzung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na gut.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht darf ich da gleich anschließen:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vielleicht für andere deutsche Behörden? Könnte das sein, dass diese Liste für andere Behörden interessant gewesen sein könnte?

Zeuge D. B.: Die Relevanz habe ich so nicht gesehen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnte es die geben?

Zeuge D. B.: Entspricht nicht meiner Beurteilung, bin ich nicht für zuständig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wäre das nicht im Sinne einer kompletteren Erfassung ein interessanter Gedanke?

Zeuge D. B.: Spekulativ.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben darüber keine Kenntnis?

Zeuge D. B.: Worüber habe ich keine Kenntnis?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darüber, dass eventuell die Ergebnisse dieser Ablehnungsdatei von anderen deutschen Behörden genutzt wurden.

Zeuge D. B.: Nein, habe ich keine Kenntnis drüber.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie schließen es aber auch nicht aus?

Zeuge D. B.: Kann ich nicht ausschließen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, hm. - Noch mal eine ganz andere Frage. Also, ich knüpfe noch mal an, was ich vorhin gefragt habe: Die Analyse von T., wo ist die heute?

Zeuge D. B.: Ich kann sagen: Ich habe sie nicht.

(Lachen des Abg.
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN))

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer könnte sie denn haben?

Zeuge D. B.: Grundsätzlich könnten sie ja alle beteiligten Personen haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind ja eine beteiligte Person. Warum haben Sie sie denn nicht?

Zeuge D. B.: Ich habe damals mein Exemplar aus der Hand gegeben. Die Ergebnisse wurden umgesetzt; insofern bestand für mich keine Notwendigkeit, Ergebnisse zu behalten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Arbeitet man so beim BND? Aktenwahrheit, Aktenklarheit, Ablage? Sagen Sie mal! Ich stelle Ihnen die Frage mal anders: Wenn Sie Ihre Spuren hätten verwischen wollen bezüglich dieser sensiblen Operation, wie wären Sie denn da vorgegangen? Hätte man dann nicht die Sache ausgedruckt, per Bote verschickt

(RA Johannes Eisenberg
berät sich mit dem Zeugen)

- bitte nicht, Herr Eisenberg -,

(RA Johannes Eisenberg:
Ich habe ihm nur geraten,
die Frage nicht zu
beantworten!)

den Zettel verloren, den Computer plattgemacht, und dann ist nur diese eine Mail von Dr. T., nur diese eine Mail, die zufällig noch auf seinem Rechner ist, sonst wäre die ganze Geschichte verschwunden.

(RA Johannes Eisenberg
berät sich mit dem Zeugen)

- Herr Eisenberg, ist das eine rechtliche Beratung, oder?

(RA Johannes Eisenberg: Ja,
ja! Doch! Doch! Ungemein!)

Dass Sie mit Ihrem rechtswidrigen Verhalten kokettieren, das lässt auch tief blicken. So. Also.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(RA Johannes Eisenberg:
Ich darf ihn doch beraten!
Das ist doch nicht rechts-
widrig!)

Zeuge D. B.: Das ist eine spekulative Frage.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, es ist eine Frage: Wie wären Sie vorgegangen, wenn Sie das alles hätten vertuschen wollen?

Zeuge D. B.: Ich hatte nichts zu vertuschen. Wieso sollte ich da was - - mir Gedanken drüber machen?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil Sie keine Spuren von diesem mega-relevanten Vorgang mehr haben bei sich. Das ist doch absurd. Ich sage Ihnen: Wir kämpfen uns durch Hunderttausende von Seiten BND-Material, Hunderttausende von Seiten! Es wird über jeden Kokolores irgendwie ein Vermerk geschrieben. Und über diese Geschichte hier, einen hammerharten Vorgang - Tausende von Selektoren, ja, die hier die Interessen unserer Partnerländer, zumindest die, verletzen -, darüber wollen Sie als wichtiger Senior Abteilungsleiter da im BND - - Ausgerechnet darüber machen Sie nichts schriftlich. Wie soll ich denn das werten, außer: Verwischung der Spuren? „Spekulativ“! - Erklären Sie es mir mal anders!

Zeuge D. B.: Ich habe nichts vertuschen wollen und habe nichts vertuscht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie es mir anders erklären? Wie kann es sein, dass heute dazu keine Aktenlage mehr besteht?

Zeuge D. B.: Ich kann Ihnen erklären, dass für mich keine Notwendigkeit bestand, dort etwas zu behalten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Darf ich Ihnen mal ein anderes Rätsel - - vielleicht können Sie das für mich lösen. Sie argumentieren ja mit Aussageverweigerungsrecht, mit der Sorge um ein Disziplinarverfahren.

(RA Johannes Eisenberg:
Hat er doch!)

- Was?

(RA Johannes Eisenberg:
Hat doch sogar der eine
Abgeordnete ihm
zugestanden!)

- Das gestehe ich ihm auch zu. Aber wie erklären Sie den Widerspruch, dass Sie offensichtlich in dieser Prüfgruppe - Sie arbeiten jetzt dem Bundeskanzleramt zu und helfen und tragen Informationen zusammen; da scheint ja irgendwie tiefes Vertrauen zu Ihnen - -

(RA Johannes Eisenberg:
Er muss sein Auskunfts-
verweigerungsrecht nicht
begründen und nicht
rechtfertigen!)

- Nein, er muss es nicht, aber er kann es ja. Das ist doch eine gewisse Diskrepanz, wenn man sagt: „Ich habe Angst, hier disziplinarrechtlich belangt zu werden“, und auf der anderen Seite hat das Bundeskanzleramt volles Vertrauen in Sie; Sie dürfen an all diesen Aufklärungsprozessen teilhaben, obwohl Sie nicht gemeldet haben. Erklären Sie mir das mal!

(RA Johannes Eisenberg:
Hat er nun Auskunfts-
verweigerungsrecht oder
nicht?)

- Jetzt hören Sie mal auf, Herr Eisenberg! Reden Sie mit Ihrem Mandanten, und labern Sie mich nicht zu! Ich würde gern meine Frage beantwortet haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kollege von Notz!

(RA Johannes Eisenberg: Er muss sich nicht rechtfertigen, warum er ein Auskunftsverweigerungsrecht hat!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann bringen Sie ihn zum Schweigen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich höre das ja gar nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sitzen da, es ist halb zwölf, und Herr Eisenberg brabbelt vor sich hin.

(RA Johannes Eisenberg:
Ich habe nur zum Besten
gegeben, dass er das Aus-
kunftsverweigerungsrecht
nicht rechtfertigen muss!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir tun uns doch alle einen Gefallen, wenn wir den Zeugen befragen und uns von der Zeugenbefragung gar nicht ablenken und irritieren lassen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte!

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber Sie, Herr Kollege, nicht ich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe die Frage gestellt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie dazu was sagen, Herr Zeuge, warum - -

Zeuge D. B.: Nein, ich kann dazu nichts sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, danke.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kennen Sie aus den Snowden-Unterlagen eine Positivliste, die Begriffe wie „BASF“, „debitel.net“, „Deutsche Bank“ - ohne Endung -, „eurocopter.com“, „eads.net“, „dhl.com“ - - Sagen Ihnen diese Begriffe etwas?

Zeuge D. B.: Ich habe diese Liste auch irgendwann mal gesehen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Irgendwann mal?

Zeuge D. B.: Ja, die ist ja schon eine Weile veröffentlicht, soweit ich mich erinnere.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben die Snowden-Vermerke hier gesehen. Sie selbst kennen diese Begriffe nicht. Edward Snowden hat dem BND geholfen. Dadurch, dass NSA-Unterlagen veröffentlicht wurden, haben Sie als Abteilungsleiter erst von diesen Begriffen erfahren. Sie selbst kennen das nicht.

Zeuge D. B.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie können mir auch nicht erklären, warum da „brandstifter.com“, „baumarktforschung.com“ und „feuerwehr-ingolstadt.org“ draufsteht.

Zeuge D. B.: Kann ich mir genauso wenig erklären wie Sie.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Also, Ihnen ist nicht bekannt, dass eine solche Liste mit Adressen, von denen die Deutschen nicht wollten, dass die Amerikaner nach ihnen suchen, innerhalb des BND irgendwie eine Rolle spielte. Davon haben Sie noch nie was gehört.

Zeuge D. B.: Habe ich im BND nie gesehen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Tja. Dann habe ich keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so, doch, eine Frage habe ich noch. Ist das okay?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eine noch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nett, Herr Vorsitzender, vielen Dank; sorry. - Nach dem August 2013 ist die Anzahl der Selektoren dramatisch gesunken. Das



Nur zur dienstlichen Verwendung

war erst ein sehr hoher Millionenbereich und dann ein etwas niedrigerer, vielleicht um 50 Prozent reduzierter Millionenbereich.

Zeuge D. B.: Das halte ich für unwahrscheinlich; kann ich Ihnen in nichtöffentlicher Sitzung bestimmt näher erläutern.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie glauben, die Zahlen stimmen nicht.

Zeuge D. B.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah! Das wäre interessant. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen zur nächsten Fraktion, der Fraktion der CDU/CSU. Der Kollege Schipanski mit den nächsten Fragen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, vielen Dank. - Herr Zeuge, die Zweifel, die Herr Notz hier dargestellt hat, muss ich mal sagen, sind durchaus begründet, und Sie können sie hier in keiner Art und Weise ausräumen. Der Informationsaustausch, wie er ja anscheinend im BND in diesem Fall erfolgt ist, ist schon verwunderlich, um das höflich zu formulieren, allen voran zwischen Ihnen und dem Herrn W. K. Von daher stellt sich für mich einfach noch mal die eine Frage: Wer hätte denn den W. K. anweisen sollen oder können, wie er mit diesem Phänomen dieser unzulässigen Selektoren umzugehen hat?

Zeuge D. B.: Wieso sollte jemand Herrn W. K. anweisen, irgendetwas zu tun?

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Na ja, Sie waren doch zu dem fraglichen Zeitpunkt Abteilungsleiter und waren ihm doch letztlich in dieser Position vorgesetzt. Sie haben uns vorhin erklärt, Sie haben ihn darauf hingewiesen, dass das vorgefallen ist, und sind dann davon ausgegangen, dass da schon irgendwas passieren wird.

Zeuge D. B.: Zu dem Zeitpunkt, als diese Prüfung durchgeführt wurde und als die Ergebnisse da waren, waren wir beide Unterabteilungsleiter, und niemand war dem anderen vorgesetzt.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das heißt, derjenige in dem Falle, der hätte anweisen können, wäre der Herr Pauland gewesen.

Zeuge D. B.: Wenn es einer Weisung bedurft hätte, hätten wir zu Herrn Pauland gehen müssen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Was heißt: „wenn es einer Weisung bedurft hätte“? Der hat es ja anscheinend bedurft, weil der Herr W. K. ja nichts gemacht hat.

Zeuge D. B.: Der Herr W. K. musste ja auch nichts machen, weil die Dienststelle hatte ja schon gelöscht oder war mit der Löschung beschäftigt.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das Schöne ist, dass der Herr W. K. als Zuständiger da ja anscheinend nichts wusste.

Zeuge D. B.: Das ändert ja nichts daran, dass er dann nichts mehr unternehmen muss.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das ist eine sehr spannende Logik, Herr D. B.

Zeuge D. B.: Das verstehe ich wirklich nicht.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Die Frage ist schon - wir haben ja morgen Herrn Pauland da -: Sie haben das also auch nicht weiter nach oben in diesem Moment gemeldet. Das ist bis zu Ihnen gedrungen, zum Herrn W. K. dann nicht, und alle unter Ihnen wussten dann Bescheid von der Hierarchie. So war das?

Zeuge D. B.: Ich will vielleicht mal den Konfliktmechanismus im BND und in einer Behörde ganz allgemein - - Wenn sich Uneinheitlichkeit zwischen zwei Referaten ergibt und die können sich nicht einigen, wird das auf die Ebene der Unterabteilungsleiter gegeben. Wenn die zwei sich dann einigen, ist keine Entscheidung des Abteilungsleiters - - Man versucht immer, eine Hierarchie höher zu gehen, und führt eine Einigung herbei. Nur im Dissensfall geht man eine Etage höher. Da keine Uneinigkeit zwischen W. K. und mir bestand, war keine weitere Weisung von oben erforderlich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das ist ja schon spannend. Nur, wenn man so eine Sonderprüfung macht und alles, ist das ja schon ein besonderer Vorfall, wo man schon denken könnte, man müsste auch mal weiter informieren. Wir haben in der Fraktion auch gewisse Ebenen, und ich berichte nicht nur im Rahmen des Dissenses nach oben, sondern auch bei besonderen Vorkommnissen.

Zeuge D. B.: Bezüglich der Meldung nach oben gilt mein Auskunftsverweigerungsrecht.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Gut. - Dann lassen wir das bis hierhin für die öffentliche Sitzung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe noch eine Frage: Würden Sie das Auftreten von dem, was Ihnen Dr. T. vorab und auch nachher gegeben hat, als ein besonderes Vorkommnis bewerten?

Zeuge D. B.: Habe ich zum damaligen Zeitpunkt nicht als besonderes Vorkommnis gesehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Würden Sie es jetzt als besonderes Vorkommnis bewerten?

Zeuge D. B.: Jetzt, in Kenntnis aller Details und Analysen, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke. - Weitere Fragen hat die Union anscheinend nicht. Dann kommen wir jetzt wieder zur Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Zeuge, als Sie im Frühjahr dieses Jahres in diese Sonderprüfgruppe berufen wurden, haben Sie dort gegenüber dem Verantwortlichen zu bedenken gegeben, dass das auch Vorgänge betrifft, wo Sie durchaus disziplinarische - -

(RA Johannes Eisenberg
berät sich mit dem Zeugen)

- Kann ich die Frage noch stellen, oder möchten Sie gleich reinreden, Herr Eisenberg? Ich war

noch beim Fragestellen. Es ist ziemlich unhöflich, in dem Moment mit dem Zeugen zu reden, wo ich versuche, dem Zeugen eine Frage zu stellen.

(RA Johannes Eisenberg:
Höflichkeit ist meine ganz
große Stärke!)

Sie könnten wenigstens den Punkt meiner Frage noch abwarten.

Also: Haben Sie, als Sie zu dieser Sonderprüfgruppe berufen wurden, dem Zuständigen mitgeteilt, dass es auch Vorgänge betrifft, wo Sie durchaus befürchten, dass es disziplinarrechtlich gegen Sie möglicherweise zu Ermittlungen, Schwierigkeiten kommen kann?

Zeuge D. B.: Ich mache dazu keine Angaben.

(RA Johannes Eisenberg:
Auskunftsverweigerungs-
recht!)

Martina Renner (DIE LINKE): Also, Sie haben hier Ihre Auskunft zu Fragen dahin gehend verweigert, dass Sie disziplinarrechtliche Schritte befürchten. Sie sind zu diesen Vorgängen in dieser Prüfgruppe und haben dort diese Problematik nicht zur Sprache gebracht.

Zeuge D. B.: Ich mache da von meinem Auskunftsverweigerungsrecht Gebrauch.

Martina Renner (DIE LINKE): Kann man Sie denn in diese - - Andersherum: Hätte man Sie in diese Prüfgruppe berufen, wenn Sie diese Problematik zur Sprache gebracht hätten?

Zeuge D. B.: Ich bin nicht der, der Leute in die Prüfgruppe berufen hat. Insofern kann ich Ihre Frage nicht beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, Sie wollen uns die Frage, ob Sie das dort auch thematisiert haben, nicht beantworten.

Zeuge D. B.: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Dann müssen wir den Verantwortlichen von der Prüfgruppe dazu befragen. Der ist morgen da; das werden wir dann fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt frage ich mal: Gibt es noch Fragen einer Fraktion in öffentlicher Vernehmung? - Nein, nein, nein, nein.

Wenn es keine weiteren Fragen mehr gibt, die in öffentlicher Sitzung beantwortet werden können, müssen wir einen Beschluss zum Ausschluss der Öffentlichkeit fassen. Auch hier schlage ich wieder folgenden Beschluss vor:

Für die weitere Vernehmung des Zeugen D. B. am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen.

Wer dafür ist, so abzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Wir sind jetzt mit den öffentlichen Vernehmungen der Zeugen W. O., W. K. und Herrn D. B. durch und würden dann jetzt in eingestufte Sitzung übergehen. Bis jetzt ist die Zeugenreihenfolge genauso auch in eingestufte Sitzung bzw. nichtöffentlicher oder eingestufte Sitzung beschlossen; das wäre also auch die Reihenfolge W. O., W. K., D. B. Wenn ich nichts Gegenteiliges höre, dann ist das auch so. - Eine Meldung.

Christian Flisek (SPD): Die Frage ist, ob das Sinn macht; denn wir kriegen keine Runde aller Fraktionen mehr.

(Zurufe)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aus Sicht der Union: Macht irgendwas Sinn?

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir machen W. O.
noch!)

Ich unterbreche mal eben fünf Minuten.

(Nina Warken (CDU/CSU):
Nein, nicht unterbrechen
jetzt! - Weitere Zurufe)

- Sind alle für W. O.? - Wunderbar.

Dann müssen wir jetzt trotzdem unterbrechen und die Telefone rausbringen, weil wir direkt in eingestufte Sitzung gehen.

Ich bedanke mich bei der Öffentlichkeit und den Pressevertretern für die Teilnahme und wünsche allen einen schönen Abend, die jetzt gehen müssen.

Wir machen in fünf Minuten weiter mit der Vernehmung des Zeugen W. O.

(Schluss des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung,
Öffentlich: 23.42 Uhr -
Folgt Sitzungsteil Zeugen-
vernehmung, Geheim)